Kursbuch

Rowohlt · Berlin
Februar 1993
Heft 111 · DM 15
A 20281 F

In Sachen Erich Honecker

Jens Reich,
Der Strafanspruch des Volkes
Irene Böhme /Annette Simon / Cornelia Geißler / Jonas Maron / Ulrich Schacht,
Fünf Zeitzeugnisse 1949-1989
Alexander Osang,
Aus dem Leben des E.H.
Reimer Hinrichs,
Psychogramm des Angeklagten
Wolfgang Engler,
Versuch über die Macht
Cora Stephan,
Das »bessere« Deutschland
Günter Schabowski,
Selbstblendung
Wolfgang Leonhard,
E.H. und die Mauer
Stefan Welzk / Gerd Wilde,
Die SED-Wirtschaft
Gregor Gysi,
Letzte Ausfahrt Sozialismus
György Dalos,
Die Arroganz des Bollwerks
Peter Glotz,
Wir Komplizen
Uwe Wesel / Heribert Prantl,
Zum Prozeß

Kursbuch 111
In Sachen Erich Honecker
Februar 1993

05 Kur-
Goethe-Institut e.V.
Bibliothek
ausgeschieden am: .....

Zu diesem Heft 1
Jens Reich, A la lanterne?
Über den Strafanspruch des Volkes 3
Irene Böhme, Jugendbande
oder der mißbrauchte Idealismus 13
Annette Simon, Ich und sie
Versuch, mir und anderen meine ostdeutsche
Moral zu erklären 25
Cornelia Geißler, Kampfreserve der Partei
Wie wir alle sozialistische Persönlichkeiten
werden mußten 35
Jonas Maron, Die freie deutsche Jugend 45
Ulrich Schacht, Der Sekretär der Schreibtisch-
mörder. Eine Anklage 55
Alexander Osang, »Ein lustiges Rotgardisten-
blut«. Aus dem Leben des E.H. 63
Reimer Hinrichs, Krankheit ohne Leidensdruck.
Psychogramm des Angeklagten 71
Wolfgang Engler, Der proletarische König.
Ein Versuch über die Macht 89
Cora Stephan, Die DDR, das »bessere« Deutsch-
land. Ein historisches Gutachten 99
Günter Schabowski, Selbstblendung. Über den
Realitätsverlust der Funktionärselite 111
Wolfgang Leonhard,
Erich Honecker und die Berliner Mauer 125
Stefan Welzk / Gerd Wilde, Der lange Weg
in den Bankrott. Ein Expertengespräch über
die SED-Wirtschaft 133
Gregor Gysi, Letzte Ausfahrt Sozialismus.
Wenn ich 1985 das Steuer in die Hand
bekommen hätte 149
György Dalos, Die Arroganz des Bollwerks.
Wie die DDR ihre Bruderländer kujonierte 157
Peter Glotz, Wir Komplizen.
Über die Prozesse gegen Erich Honecker
und die Ostpolitik 163
Uwe Wesel, Recht und schlecht.
Über die Schwierigkeiten des Rechtsstaats
mit einem Prozeß gegen Erich Honecker 173
Heribert Prantl, Moabiter Lernprozeß.
Welcher strafrechtliche Maßstab ist an
politisches Handeln zu legen? 181

Begründet von
Hans Magnus Enzensberger
Herausgegeben von
Karl Markus Michel und
Tilman Spengler
Redaktion: Ingrid Karsunke

Das KURSBUCH erscheint einmal im Vierteljahr. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement DM 12.-, im Einzelverkauf DM 15.-
VERLAG:
Rowohlt · Berlin Verlag GmbH, Einsteinufer 63a, 1000 Berlin 10, Telefon 030-342 00 11.
Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein, bittet jedoch darum, Rückporto beizufügen; sie erklärt, daß sie solche Sendungen in der Regel nicht kommentieren und keine Haftung für sie übernehmen kann.
VERANTWORTLICH FÜR DEN INHALT:
Karl Markus Michel und
Ingrid Karsunke.
ANZEIGENVERWALTUNG:
Runze & Casper Verlagsservice OHG, Schöneberger Ufer 68, 1000 Berlin 30, Telefon 030-250 08 30, Fax: 030-250 08 383.
COPYRIGHT: © 1993
Rowohlt · Berlin Verlag GmbH, Berlin. Alle Rechte für sämtliche Beiträge, auch das der Übersetzung und der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendungen und alle elektronischen Übermittlungen vorbehalten.
GESAMTHERSTELLUNG:
Druckerei Wagner GmbH, Nördlingen

ISBN 3-87134-111-8
ISSN 0023-5652

BEILAGEN:
»Kirschkern« Buchversand (Teilbeilage), Kühl Verlag/ Kommune (Teilbeilage), Rowohlt Verlag.

Zu diesem Heft

Kann man Erich Honecker den Prozeß machen? Man kann nicht. Aber man muß. Und durchaus so, wie es bezüglich der Moabiter Justizposse von der einen Seite beklagt, von der anderen bestritten wurde: als *politischen* Prozeß, als Tribunal. Denn das »Urteil der Geschichte«, das nunmehr, anstatt eines Justizurteils, über Honecker gesprochen werden soll, kommt ja nicht von einem höchsten Richter; der Richter sind wir selbst. Wir alle müssen urteilen – in Kenntnis der Taten und Umstände, um die es sich handelt.

In seiner Erklärung vom 3. Dezember 1992 hat der Angeklagte gesagt, das politische Ziel des gegen ihn angestrengten Prozesses sei es, »die DDR und damit den Sozialismus in Deutschland total zu diskreditieren«. Drastischer äußert er sich in seiner Rechtfertigungsschrift *Über dramatische Ereignisse*, die den makabren Vorzug hat, von ihm selbst verfaßt zu sein: Es gehe bei der Kriminalisierung seiner Politik »nicht um Recht, sondern um Rache«; er spricht von »Gesinnungsterror und Gesinnungsprozessen« und fragt dann keck: »Welches Recht maßt sich die deutsche Justiz an, über die Geschichte zu urteilen?« Das heißt: Er identifiziert sich, sein Lebenswerk als Funktionär, mit der Geschichte. Und stiehlt sich zugleich aus der Verantwortung für dieses Werk – er hat ja, in seinem Idiom gesagt, nur »die Gesetze der Geschichte« vollstreckt, nur auf der »Bühne der Geschichte« einen Part gegeben.

Dennoch sollten wir ihm die Ehre antun, ihn als Person verantwortlich zu machen, wenigstens für das SED-Regime seit 1971. Auch wenn er dadurch in mancher Hinsicht aufgewertet wird, ausgestattet mit einem politischen Gewissen, befördert zu einer historischen Gestalt.

Welche Rolle spielen die sogenannten großen Männer in der Geschichte? Darüber machte sich in der Zeit, als Deutschland durch Bismarck geeinigt wurde, Jacob Burckhardt seine Gedanken, zwiespältige. »Es tritt auf der ›Mann nach dem Herzen Gottes‹ ..., welchem alle Ruchlosigkeit nachgesehen wird, freilich um irgendeines religiösen Verdienstes willen ...« Aber je später in der Geschichte diese großen Individuen

auftreten, desto dürftiger muten sie den Betrachter an; sie entsprechen ganz der »Mediokrität unserer Zeit«, insofern sich deren »vorherrschendes Pathos (das Besserlebenwollen der Massen) unmöglich zu einer *großen* Gestalt verdichten kann«. Selbst in Napoleon sah Burckhardt nur »das Hauptporträt eines mangelhaft ausgestatteten Menschen ersten Ranges«. Was hätte er, um von größeren Diktatoren unseres Jahrhunderts zu schweigen, in einem Honecker gesehen? Wie hätte er bei ihm die »merkwürdige Dispensation von dem gewöhnlichen Sittengesetz« erklärt, für die es bei früheren historischen Größen immerhin die prekäre Rechtfertigung gibt, daß sie das Verbrechen monopolisierten – gleichsam im Vollzug eines Gesamtwillens zum Bösen?

Es liegt auf der Hand: Die SED vollstreckte keinen Gesamtwillen. Ihr Generalsekretär war kein »Mann nach dem Herzen Gottes«, trotz seiner Verdienste um die Religion des Sozialismus, trotz seiner Ruchlosigkeit im Namen des Antifaschismus. Umso merkwürdiger, umso empörender ist es, daß er für zwei Jahrzehnte eine Machtfülle auf sich vereinigen konnte, die dazu angetan war, nicht nur ihn selbst zu blenden, sondern das Leben von Millionen von Menschen zu beschädigen – um eines sehr schlichten Zieles willen: das Besserlebenwollen der Massen, wie *er* es verstand. Selbst das war am Ende vertan. »Wir konnten nicht immer genügend Bananen einführen«, darin gipfelt des Staatsoberhauptes Selbstkritik. Die Wahrheit ist: der Staat war bankrott, das »Volkseigentum« verrottet, die Umwelt zerstört ... und die dem politischen Gegner unterstellte Absicht aus eigener Kraft erreicht: »den Sozialismus in Deutschland total zu diskreditieren«.

Davon handeln die Beiträge dieses Hefts. Als sie geschrieben wurden, war die Einstellung des Verfahrens gegen Erich Honecker absehbar; sofern sie auf dieses Verfahren Bezug nehmen, tun sie es voller Skepsis, desinteressiert an Strafe oder gar Vergeltung. Der wahre Prozeß gegen Honecker, gegen das SED-Regime und den Stasi-Staat, gegen das zur Zwangsanstalt entartete »bessere Deutschland« muß anders geführt werden. Er wird hier begonnen.

Die Redaktion

Jens Reich
A la lanterne?

Über den Strafanspruch des Volkes

»Bis ihr ihn vor Gericht habt, ist er tot!«
Danton über das Verfahren gegen Ludwig XVI.

Am 21. Januar 1793 wurde der Bürger Louis Capet, vormals Ludwig XVI., auf der Grundlage eines Schuldspruchs des Konvents – 387 zu 334 Stimmen – zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde zwar nicht à la lanterne vollstreckt, wohl aber in Gegenwart von Militär und einer riesigen Menschenmenge als Enthauptung auf dem Platz der Revolution.

Genau zweihundert Jahre später werden die Ost-Deutschen an ihrem gewesenen Staatsoberhaupt *keinen* Schuldspruch vollstrecken. Es wird kein Tribunal über die politische Vergangenheit Erichs I., des Roten, geben; kein Parlament wird sich richterliche Souveränität verleihen, kein öffentlicher Ankläger wird die Liste der politischen Verfehlungen verlesen, kein Verteidiger wird wie damals de Sèze ein elegantes Plädoyer für die Immunität des Königs halten (die auch Honecker beansprucht). Kein Robespierre wird sich dagegen in einem »Brief an die Auftraggeber« auf die Souveränität des Volkes berufen und feststellen, »daß es euch die Aufgabe übertrug, ihn klar und deutlich zu verurteilen zum Heil des Vaterlandes und der Welt zum Beispiel«. Es gibt den Robespierre nicht, und es gibt auch nicht den Glauben an die Kraft der Auf-klärung, die ihn zu den Worten »klar und deutlich« greifen läßt, um Aufgabe und Urteil zu beschreiben – »clara et distincta« benannte der geistige Vater dieses Zeitalters, Descartes, in den *Prinzipien der Philosophie* die Erkenntnis, die Anspruch auf Wahrheit erheben darf. Und es ist auffällig, daß Robespierre gerade auf diese zwei »sinnlichen« Adjektive aus dem Kontext zurückgreift, sich moralischer Diktion enthält und nur das Heil des Gemeinwesens und den Modellcharakter des Urteils anruft. Ein so deutlich abschließendes Urteil werden wir am Ende des deutschen Realsozialismus nicht erhalten. Schon die Erwartung war illusionär. Abbruch der Aufklärung. Vorhang.

Die Deutschen werden auch das andere Extrem vermeiden. Kein Kaiser türmt diesmal unbehelligt nach Spa. Kein abgesetzter Präsident begibt sich in eine Bananenrepublik ins Exil und lebt dort vom Schweizer Konto. Sie blieben hartnäckig und holten ihn heim, als er zunächst unter

den Schutzmantel der Kirche, dann in die innere Emigration zu den Russen nach Beelitz, schließlich in die äußere Emigration, die doppelte, in die chilenische Botschaft nach Moskau flüchtete. Es blieb ihm nichts übrig; er mußte seine Marie-Antoinette verlassen (sie ist mindestens ebenso verhaßt wie die jenes Capet in Paris) und ins vergitterte Moabit zurückkehren, schon von der Krankheit geschwächt, mußte sich dem Prozeß stellen, der sich aus humanitären Gründen nicht zu Ende bringen ließ. So endete seine politische Laufbahn, wie sie begann, mit einem als Strafprozeß verkleideten politischen Prozeß. Die zehn Jahre, die er damals zu Unrecht in Brandenburg saß, werden ihm jetzt erlassen. Er hat sie schon abgesessen. Ein einleuchtendes Urteil fehlt allerdings, eine Urteilsbegründung steht aus. Dabei wird es bleiben.

Honecker – ein Totschläger?

Empört weist er den Vorwurf zurück. Er hat in seinem Leben keinen Menschen erschlagen, hat nur alljährlich Hasen und Rotwild auf der Diplomatenjagd zur Strecke gebracht. Was sich bei Grenzdurchbrüchen ereignete, war ein Schußwaffeneinsatz, wie er an vielen Grenzen, auch westlicher Staaten, angeordnet sei, um die Souveränität des Staates zu schützen und die Verfolgung flüchtiger Straftäter zu gewährleisten.

Die Tötung von mehreren hundert Menschen beim Versuch, die deutsch-deutsche Grenze zu passieren, hat sich als der einzige Vorwurf einer Tat herausgestellt, die nach DDR-Recht wie auch nach westdeutschem Recht als strafbar erkannt werden könnte und dabei als hinreichend »kapital«, daß ihre Verfolgung dem politischen Anspruch auf eine Abrechnung mit dem alten Regime einigermaßen gerecht würde, diesen nicht sofort lächerlich machte (wie es z. B. Verhandlungen über geklaute silberne Löffel und analoge Vergehen tun, die man Harry Tisch vorwarf). Hunderte Tote an der Mauer, das ist kein kleiner Anteil an der Negativbilanz der realsozialistischen DDR; man verhandelt zwar nicht über das Ganze, aber doch auch nicht über Lappalien, wenn man diesen Vorwurf herausgreift, weil er der einzige im westdeutschen Recht justitiable ist. Ich kann ihn als Stellvertretervorwurf akzeptieren, obwohl er weit hinter den tatsächlichen Verhandlungsansprüchen zurückbleibt, die die Bevölkerung an ihren gestürzten Landesvater hätte.

Gegen den Totschlagsvorwurf bei den Maueropfern wird (meist von westdeutschen Juristen) eine ganze Batterie von verteidigenden Argumenten vorgebracht:

1. Schußwaffengebrauch war geltendes positives Recht.
2. Wie jeder Staat hatte auch die DDR das Recht, ihre Grenzen zu

sichern. Sie hatte auch eine Art Fürsorgepflicht gegen die eigene Bevölkerung, unter anderem, dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung ihr nicht fortlief und damit den Bestand der Gesellschaft gefährdete (also Mauerbau zur Rettung der zivilen Gesellschaft). Dieses Argument bedeutet, daß der Schußwaffengebrauch nicht nur positive Rechtsnorm war, sondern ihre Setzung auch angemessen und akzeptabel.

3. Wenn es Überschreitungen dieser Gesetze gab, dann ist weder Honecker noch anderen Schreibtischaktivisten ein persönliches Verschulden nachzuweisen.

Auf die Stärke dieser Argumente muß ich nicht eingehen. Sie beruht auf dem Prinzip, daß nur zur Tatzeit im Gesetz mit Strafe bedrohte Handlungen strafrechtlich verfolgt werden dürfen.

Dieser Standpunkt ist deshalb so gewichtig, weil er der herrschende ist. Die Bürger der DDR sind dieser Rechtsform beigetreten und haben im Einigungsvertrag mitunterschrieben, daß (verkürzt gesagt) für Handlungen vor 1989 DDR-Recht nach formalen Prozeduren und Prinzipien der Bundesrepublik angewendet werden wird. Dahinter können wir jetzt nicht mehr zurück.

Der Rechtspositivismus kennt keine metaphysische Rechtsinstanz. Weder für Gerechtigkeit noch für Ungerechtigkeit. Es gilt, was aufgeschrieben ist, und Unrecht kann nur immanent im Umgang mit diesen Prozeduren entstehen. Wer etwas inhaltlich anders haben will, weil es ungerecht sei, der ist auf den Gesetzgebungsmechanismus und damit auf die Zukunft verwiesen.

Das in unserem Zusammenhang unerhebliche Problem dieser Rechtslehre besteht darin, ob sie nicht selbst von vornherein metaphysisch gesetzt ist. Ob sie überhaupt in den Raum hineingelangt, in dem sie immanent handeln möchte. Nicht so erheblich ist das Problem hier, weil wir im Augenblick keine Gesellschaftskritik der Bundesrepublik verhandeln, sondern den Abschlußprozeß der DDR, also einen der Rechtsordnung der BRD gegenüber externen Sachverhalt.

Durch den Export wird der Rechtsstaat zum Esel. Er gibt sich zur Rechtsprechung über Gesetze her, die gesetzt wurden, damit sie willkürlich angewendet würden. Er ist wie der Physiker, der über Engel forscht – er spricht Recht in einem Zusammenhang, den er dem Prinzip nach aus der Rechtsprechung ausschließen müßte.

»Das sozialistische Recht«, heißt es im *Kleinen politischen Wörterbuch der DDR*, »ist ein staatliches Instrument, um die aus objektiven Gesetzen abgeleiteten und in Parteibeschlüssen formulierten Aufgaben bei der sozialistischen und kommunistischen Umgestaltung der Gesellschaft allgemeinverbindlich durchzusetzen.« Wer mit einer rechtsstaatlichen Prozedur in einen solchen Zusammenhang hineingeht, muß sich mit Fragen

befassen wie der, ob Stalin das Gulagsystem oder die Troikas (Sondergerichte) rechtsverbindlich abgesichert hatte. Wenn ja, dann war alles rechtens, und man kann höchstens Exzesse von Befehlsempfängern der Durchführung verfolgen. Es liegt auf der Hand, daß solche Rechtsprechung dazu führen muß, daß die Kleinen gefangen und die Großen freigelassen werden. Daß der Ladendieb rechtskräftig verurteilt ist, während ein Massenmörder frei ausgehen kann, wenn er vorher die Gesetze clever formuliert hat.

Dieser Gefahr, zum Vollstrecker von Unrecht zu werden, indem es ein fundamentales Unrecht zu verdauen sucht, ist die bundesdeutsche Rechtsprechung bereits einmal verfallen, bei der Beurteilung von Handlungen zur Hitlerzeit nämlich. Roland Freisler vom Volksgerichtshof wäre nicht zu belangen gewesen, wenn er sich stets buchstabengetreu auf die Gesetzeslage bezogen hätte. Hitler wäre davongekommen, wenn er den Judenmord und andere Verbrechen durch ordentliche Gesetze fixiert hätte. So wie es kam, sind zwar nicht Hitler und Freisler davongekommen, aber zahlreiche andere »Volksrichter«, Schreibtischtäter und Befehlsnotständler.

Für die Beurteilung von Strafvorwürfen zu DDR-Zeit muß die Justiz nach meiner festen Überzeugung die Radbruch-Formel oder etwas Analoges anwenden. Es muß für einen wohldefinierten Kernbereich festgestellt werden, daß es staatlich gesetztes Unrecht gab und weder vorhandene Vorschriften noch fortgeschaffte Beweise das zu ändern vermögen. Die einzige Alternative dazu wäre nämlich, konsequent auf jede Rechtsprechung im DDR-Gebiet überhaupt zu verzichten, bis hin zum Trunkenheitsdelikt am Steuer. Das ist nicht durchführbar. Die statt dessen applizierten Verlegenheitslösungen erzeugen eine unerträgliche, völlig willkürliche, zum Teil zufällige Grauzone zwischen dem, was durch DDR-Recht formal gedeckt war, und dem, was auch dort strafbar war. Bei den Mauerschüssen haben wir ein eklatantes Beispiel dafür; Mißhandlungen bei Ermittlungsverfahren, der verheerende Zustand des Strafvollzugs (z. B. in Bautzen), vom Politbüro oder MfS vorentschiedene politische Urteile oder der Einsatz der Psychiatrie zur Brechung politischen Widerstandes sind andere Beispiele.

Das führt zu dem Schluß, daß tötender Schußwaffeneinsatz gegen grenzüberschreitende Personen nicht durch Buchstaben und Sinn der DDR-Rechtsverfassung gedeckt waren, und zwar auch dann nicht, wenn es auf dem Papier irgendwelche verlogenen Satzungen für den propagandistischen Gebrauch nach außen gab. Es gibt schlüssiges Handeln, das die tatsächliche Rechtssituation und das Bewußtsein davon bezeugt, und zwar von Honecker herunter bis zum Unteroffizier. Mauerschützen wurden gedrillt und indoktriniert, und der Befehlshierarchie war sehr

wohl klar, daß hier die Verletzung von Menschenrechten und von DDR-Recht vorbereitet und mit Strafandrohung erzwungen wurde. Der ganze Zirkus der Belobigung, Geheimhaltung und Versetzung nach vollbrachter Heldentat zeigt das Tatbewußtsein aller Beteiligten. Deutlich ist auch die Praxis, daß Rekruten nicht zur Grenze eingezogen wurden, wenn sie erkennen ließen, daß ihre Gewissensskrupel größer waren als die Privilegien, die der Dienst an der Grenze mit sich brachte. Deutlich ist, daß es keine schriftlichen Zeugnisse, ebensowenig wie mündliche, über eine Schießpraxis gibt, der Hunderte tödlich und Tausende mit Verletzungen zum Opfer fielen. Jeder wußte damals und jeder weiß heute Bescheid. Im Westen wurden Salzgitter-Akten gefüllt, im Osten wurde Westfernsehen geschaut und in der Öffentlichkeit unter dem wohlbekannten eindringlich-wachsamen Sicherheitsblick geschwiegen. Hier geschah schweres Unrecht, und die Beteiligten wußten es sehr wohl.

Die Menschenjagd auf Flüchtende (von hinten) mit der Automatikwaffe im Anschlag ist durch kein Grenzgesetz zu rechtfertigen. Für die Tötungsmaschinen gibt es nicht einmal ein solches Feigenblatt. Die Verantwortlichen tun, als seien diese vom Himmel gefallen. Und heute: Mit der MP erschossen – tut uns leid, können wir nicht verfolgen, das war positives Recht. In eine Tötungsmaschine gelaufen – tut uns leid, können wir nicht verfolgen, es gab keinen ausdrücklichen Befehl. Die einen Täter sind entschuldigt, weil es Befehle gab, die anderen, weil es keine gab, und die für beides verantwortlich zeichneten, retteten im Kalten Krieg den Frieden und sind deshalb vorab exkulpiert. Eine feine Rechtsprechung!

Zu der Einlassung, daß die arme DDR gezwungen war, auf Grenzkletterer zu schießen, vielleicht sogar eine zivilisatorische Tat vollbrachte, indem sie die Abwanderung qualifizierter »Kader« verhinderte, kann ich nur sagen, daß der Grenzwall nach innen tief gestaffelt ausgebaut war, mit Kontrollzonen, Sperrzäunen, dem Genehmigungsverfahren bei der Einreise ins Grenzgebiet, mit Stacheldraht, Mauer, Sichtschneisen, Hundelaufgräben usw. hinreichend gesichert, so daß nur in Ausnahmefällen ein Grenzdurchbruch gelingen konnte. Das war mehr als genug. Es bedurfte keiner Tötungsmaschinen und keines Dauerfeuers. Wer gleichzeitig Tausende quasi-legal nach dem Westen verkaufte, kann nicht behaupten, daß die wenigen Grenzdurchbrüche, die ohne Schußwaffengebrauch doch noch möglich gewesen wären, eine unerträgliche Beeinträchtigung der Staatssouveränität oder der Lebensfähigkeit der DDR dargestellt hätten.

Ich meine überhaupt, daß kein gedachter Strich in irgendeiner Landschaft der Welt es rechtfertigt, den Überschreitungsversuch als solchen mit Feuerwaffen zu beantworten, schon gar keiner durch Deutschland

zwischen zwei deutschen Staaten, auch nicht zur Zeit des Kalten Krieges. Das gilt ebenso für die Grenzen Frankreichs, der Niederlande, Belgiens usw. Kein illegaler Grenzübertritt als solcher rechtfertigt den Einsatz von Schußwaffen und Minen. Für die Verfolgung flüchtiger Schwerverbrecher kann man Abkommen schließen, Rechtshilfe gab es sogar zwischen den verfeindeten deutschen Staaten, und gegen den weitverbreiteten Auswanderungswunsch hätten die Machthaber in den 30 Jahren nach dem Bau der Mauer sich andere, politische Mittel einfallen lassen müssen.

Es ist, so lerne ich, schwierig, Honecker & Co. den direkten »Schießbefehl« als Schriftstück nachzuweisen. Wenn jedoch irgendwo Zeugnisse und Indizien vorhanden sind, dann in diesem Fall. Tausende ehemalige Grenzsoldaten könnten bezeugen, daß überall ein koordinierter und unglaublich starker Indoktrinations- und Befehlsdruck vorgelegen hat, daß ein Grenzdurchbruch mit allen Mitteln, bis hin zur Vernichtung, zu verhindern war. Es gab harte Strafen, wenn man im Dienst »versagte«. Die Befehlskette lief nachweisbar lückenlos von oben (Verteidigungsrat) nach unten, die Berichtskette bei »Vorkommnissen« ebenso lückenlos nach oben. Die Verantwortlichen oben schwiegen beharrlich zu den zahlreichen internationalen Protesten, bestritten die Zwischenfälle, taten die Berichte als Aufbauschung und Verleumdung ab. Und dann das Wunder: Auf Drängen von Strauß sagte Honecker schließlich zu, die gar nicht existierenden Tötungsgeräte abzuziehen. Das wurde dann als humanitäre Vorleistung vor irgendwelchen Vertragsabschlüssen verkauft. Und der Warschauer Pakt, ohne dessen Befehl Honecker angeblich keine Küchenschabe erschlagen konnte, der segnete diesen Deal mit dem Klassenfeind ab!

Honecker hatte damit gezeigt, daß er seit 1973 die Macht- und Verhandlungsmittel hatte, das Grenzregime zu ändern, wenn er wollte. Wenn er trotzdem zuließ, daß noch bis 1989 Dutzende junger Menschen zu Tode kamen, dann beweist das Schreibtischmittäterschaft bei allen Verletzungs- und Todesfällen zwischen 1971 und 1989, zumindest bei den durch Minen und Tötungsmaschinen verursachten (die er ja einfach mit Federstrich abzustellen wußte, als es opportun war).

A la lanterne? Oder besser ins Gefängnis, vielleicht wegen dutzendfachen Totschlags?

Nein, ich meine nichts dergleichen. Aber nicht, weil das Unrecht wäre, sondern weil es sinnlos ist. Wir haben den starren alten Mann und seine Satrapen zu lange im Amt alt werden lassen und können uns jetzt nicht beschweren, wenn sie nicht mehr verhandlungsfähig sind.

Da wurde ein Staat eingerichtet, der eine Verfassung und Gesetze hatte, deren Wortlaut wohlklingend den Verfassungen freier Länder nachgebildet war.

Da wurde eine Gesellschaft gegründet, die den Anspruch erhob, gerecht zu sein, sozialistisch und menschenfreundlich.

Da wurden die Impulse von Millionen Menschen aufgenommen, die in (Ost-)Deutschland nach der Katastrophe von Nationalsozialismus und entfesseltem Weltkrieg einen Neuanfang wünschten.

Da wurde eine Gemeinschaft versprochen, die nicht nach reich und arm, nicht nach Privilegien aufgeteilt wäre.

Da wurde der Jugend eine bevormundungsfreie Erziehung nach humanistischen Idealen versprochen.

All das geriet sofort unter den Schatten des Stalinismus und in die Mahlsteine des Kalten Krieges. Millionen kehrten dem Land den Rükken, und ihr Exodus erzwang die Konstruktion eines Käfigs, einer übermannshohen Mauer um Bewegungsfreiheit und Bewußtsein der Menschen, die in diesem sozialistischen Paradies lebten.

Auch nach 1961, als das Leck gestopft war, unternahm das Regime nichts, um Liberalität, Freizügigkeit und Freiheit wenigstens schrittweise zu erreichen. Im Gegenteil: Die Fesseln wurden angezogen, und Ulbricht beteiligte sich wortgewaltig an der Niederschlagung des Prager Frühlings und der Erhebungen in Polen.

Unter Honecker, seit 1971, gelang dem Regime der Durchbruch, die internationale Anerkennung, die Duldung durch die Bundesrepublik. Wer erwartet hatte, daß Hunderte von ausländischen Botschaften, die Akkreditierung von Journalisten, die Aufnahme in die UN und die Anerkennung der Menschenrechte und der Helsinki-Vereinbarung die Herrschenden dazu bringen könnte, auf das Volk zuzugehen, nun, da die Herrschaft gefestigt und anerkannt war, der sah sich getäuscht. Was Honeckers Regime in den siebziger Jahren zustande brachte, war eine zeitweilige Verbesserung der Lebensbedingungen, offenbar auf Pump und die Leistungs- und Organisationskraft des Systems überschreitend. Das Ende dieser Epoche brachte eine Verschärfung des politischen Strafrechts, das nunmehr sogar Freundes- und Verwandtenbesuche zu Straftaten stempeln konnte und einen freizügigen Ideenaustausch mit der Welt unmöglich machte.

In der Wirtschaftspolitik geriet Honecker und seinem Kronprinzen Mittag das Ruder aus den Händen. Anstatt das zuzugeben und Reformen einzuleiten oder wenigstens zurückzutreten, wurde stur die Substanz heruntergewirtschaftet, wurde das Ökosystem des Landes bis zum Ber-

sten belastet. Schriftzeichen an der Wand wurden mißachtet, die Überbringer der Botschaft diskriminiert und ins Gefängnis gesteckt (z. B. Robert Havemann, Rudolf Bahro).

Zum Schluß gerieten die Machthaber auch noch in Konflikt mit ihren Schutzherren in Moskau, was sie dann wehrlos machte, als der Bestand des Sozialismus endlich auf eine politische Probe gestellt wurde.

Und während all dieser Jahre gab es ein Erziehungssystem, das zur inneren Entfremdung mehrerer Generationen führte, einen Armeedienst, der nur als Barras bezeichnet werden kann, mit stupiden, sinnlosen Befehlen und der Einstimmung auf einen Marsch in Richtung Hildesheim oder auch über die Oder, wenn für notwendig erachtet.

Honecker und seine Satrapen wurden schließlich abgesetzt, uneinsichtig, starrsinnig, immer noch Widerstand leistend, mit Gewalt drohend. Sie hinterlassen das Land in einem Zustand des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenbruchs, nicht weit entfernt von einer ökologischen Katastrophe. Die Nachfolger erklären eine Art Staatsbankrott; das Volk sieht die einzige Rettung im sofortigen Beitritt zur Bundesrepublik und erzwingt für sechzehn Millionen ein politisch-wirtschaftliches Asylverfahren. Das Produktivvermögen des Volkes löst sich in Wohlgefallen auf, und wir stehen da als ein Volk von Arbeitnehmern ohne Rücklagen, von Schuldnern, von Arbeitslosen, von Vorruheständlern, von Almosenempfängern. In die neue Zeit wird nach zwei Generationen ein geistig verunsichertes Volk entlassen, das nie wieder das Wort Sozialismus hören will und von dem große Teile zu Rechtsradikalismus, Ausländerfeindlichkeit, sozialer Brutalität neigen oder dem Konsumegoismus erliegen.

Ein Land wurde heruntergewirtschaftet, zwei Generationen wurden im Käfig gehalten, zu Bettlern gemacht und in die depressive Resignation gestoßen, die Menschheitsideale der großen sozialen Revolutionsbewegungen wurden verraten (zum Beispiel die Freizügigkeit mit gezielten Schüssen erstickt). Das Staatsoberhaupt, mit der Erfahrung von zehn Jahren rechtswidriger Haft im Lebensgepäck, läßt es geschehen, daß wegen politischer Vergehen Zehntausende von Menschenlebensjahren in Bautzen und anderswo verbracht werden; anstatt die Gefängnisse freizumachen, verkauft er die Gefangenen gegen Devisen und läßt die Herstellung von Verurteiltennachschub zu, gibt solchen Kuhhandel noch als humanitäre Leistung aus; anstatt die Freiheit des Wortes einzuführen, für die er von 1930 bis 1945 gekämpft zu haben beansprucht, fördert er in einem Rausch von Sicherheitsparanoia einen exponentiellen Zuwachs des Spitzelsystems; anstatt dem Trend zu Freizügigkeit und internationalem Verkehr zu folgen, läßt er an der Grenze weiter schießen und verteidigt ein absurdes Besuchserlaubnisprivilegiensystem.

All das soll keinen Anspruch auf Schuldfeststellung und Verantwortung rechtfertigen? Da sind offenbar Tausende Milliarden Mark verfeuert worden, und niemand soll dafür geradestehen? Nur diese alberne »politische Verantwortung«, die Einsicht »aus heutiger Sicht«, dieser halb dreiste, halb dümmliche, halb starrsinnige Gesichtsausdruck im Interview oder beim Auftritt vor Gericht? Und die Schuldzuweisungen an Gorbatschow oder an die beutegierigen Westhaie für das historische Scheitern eines Staatsexperiments, das immerhin 45 Jahre unter dem Schutzschirm einer Supermacht stand und die letzten 20 Jahre im Sonnenlicht einer weltpolitischen Entspannung mit Helsinki und Handelsabkommen, mit Sonderkonditionen in der EG usw.?

Gibt es für diese politischen Verfehlungen einen Strafanspruch gegenüber Honecker & Co?

Leider nein. Es gibt nur Unmut, Wut über unser verpfuschtes Leben im Käfig. Über das verpraßte »Volks«vermögen. Über die verratenen Ideale. Über die hunderttausendfachen Spitzeldienste. Über die schmähliche Bittstellerlage, in die wir geraten sind.

Jeder Strafanspruch ist gegenstandslos, weil wir beteiligt waren. Wir haben zugesehen. Wir haben weggesehen. Wir haben geschwiegen. Wir haben die Augen gen Himmel geschlagen. Wir haben alles besser gewußt. Viele haben mitgetan. Nur ein ärmliches Häuflein von Menschen hat versucht, den Prozeß aufzuhalten. Sie wurden als Spinner und Chaoten verschrien. Je gebildeter jemand unter uns ist, je nachdenklicher, je belesener, je intelligenter, desto schwerer wiegt sein Schuldanteil daran, daß wir diese Pfeifen im Politbüro, diese Esel im Zentralkomitee, diese grauen Mäuse in den Ministerien, diese Nassauer in den Außenhandelsbüros, diese Büttel in den Untersuchungsanstalten haben gewähren lassen. Zum Schluß haben wir noch bewiesen, welche Macht wir hatten: daß es nur einer energischen Anstrengung der ganzen Bevölkerung bedurfte (eigentlich nur eines entschlossenen kleineren Teils), um diese verantwortungslosen Trottel zum Teufel zu jagen. Zumindest für die letzte, mehr bürokratische als terroristische Epoche des Sozialismus gilt dieser Beweis; seit Gorbatschow ganz zweifelsfrei. Ich meine aber, auch für die früheren Jahre.

Hunderttausende hätten sie nicht abschießen können – sie hätten klein beigegeben. Ich erinnere mich noch an die Kaffeerevolution Ende der siebziger Jahre: Da wollte das Regime den Kaffeepreis verdoppeln und hätte fast eine Revolte ausgelöst. Ganz schnell wurde die Sache zurückgenommen. Ein paar Jahre zuvor der Bettwäschekrieg: Auch da ein Rückzug im Politbüro, als das Volk laut und hörbar zu murren anfing. Leider hat das Volk zu murren vergessen, als die Panzer nach Prag rollten.

Als die Solidarność streikte. Als in Danzig auf der Werft Arbeiter erschossen wurden.

Ich denke trotz allem, wir lassen die Sache so stehen. Für die Milliarden gibt es keinen Ersatz. Wir können Totschlag, Körperverletzung, Folterung und Rechtsbeugung in schweren Fällen sühnen, und ich habe wenig Verständnis, wie dargelegt, für pseudo-rechtsstaatliche formale Rabulistik zum Schutz von Schreibtischtätern. Vielleicht kann Schalck-Golodkowski statt am Tegernsee auch in der StVA Rummelsburg stationiert werden. Aber Genugtuung wird uns das alles nicht verschaffen. Die vergeudete Lebenszeit ist hin.

Für die Zukunft ist der tribunale Abschluß des Unternehmens DDR auch in dieser unfertigen Form wichtig. Wir werden uns gegen Legenden zu wehren haben. Und wir werden unser Gemeinwesen gegen den Zugriff Inkompetenter verteidigen müssen. So wie diese sich zu tarnen und zu verschanzen verstehen, ist dazu erhebliche Zivilcourage notwendig.

Heute, drei Jahre danach, mit Hoyerswerda und Rostock und dem Vereinigungskatzenjammer, sage ich nun doch: Geschlagen ziehen wir nach Haus, die Enkel fechten's besser aus. Zum 3. Oktober 1990 hätte ich diese Niederlage noch nicht eingestanden. Zu viele Enttäuschungen haben mich zur Einsicht bekehrt.

Das nächste Mal besser aufpassen: Damit allein können wir dem Anspruch des Volkes Genüge tun. Allerdings stehen die Aussichten nicht gut, ich weiß. Laternen als Galgen zu benutzen ist dennoch obsolet. Nach 1793 führt kein Weg zurück. Wir müssen neue Wege finden.

Irene Böhme
Jugendbande oder der mißbrauchte Idealismus

Im Jahr 1943 zog meine Mutter mit uns Kindern von Berlin-Friedenau in eine Kleinstadt im Anhaltinischen. Evakuierung hieß das damals oder Kinderlandverschickung. Schüler und Mütter mit ihren Kleinkindern wurden aus der Reichshauptstadt weggeschickt, damit sie vor den Bombenangriffen der Alliierten verschont blieben. Im Jahr darauf wurde mein Vater an der Ostfront vermißt; meine Mutter ließ ihn später für tot erklären, so kam sie an die Witwenpension. Im Anhaltinischen erlebte ich 1945 den Einmarsch der amerikanischen Panzer, wenige Monate darauf die Besetzung durch sowjetische Muschiks in Panjewagen und 1949 die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik.

Meine Familie flüchtete in den fünfziger Jahren nach West-Berlin zurück, ich hingegen blieb. Mit meinen achtzehn Jahren wußte ich genau, was falsch und was richtig ist und wie man die Welt retten könnte. Ich beschloß, dabei zu sein, wenn in der DDR der erste freie Staat auf deutschem Boden aufgebaut würde. Meine Mutter beschwor mich, nicht fanatisch zu werden, das habe bereits genug Unglück übers Vaterland gebracht. Ich hatte nur wütende Tränen für sie, die Unbelehrbare. So kam ich unter die DDR-Deutschen.

Vertreibung

Nachkriegszeit. Schulunterricht im ungeheizten Museum, eine Woche vormittags, die nächste nachmittags. Ins Gemeindehaus bringen wir geklaute Briketts, die Luft bleibt dennoch klamm. Die Vereine sind verboten und enteignet; kein Wandern, kein Rudern und Schwimmen mehr. Unerlaubt hocken wir noch zwei Sommer auf dem Schwimmclubgelände am Fluß, zwei Winter in Schuppen der leergeräumten Sodafabrik. Alle Gleise, Maschinen, Gerätschaften als Reparationen nach Rußland. Die Iwans werden keine Freude dran haben, wir haben's zerkloppt beim Einkisten. Arbeit nirgendwo, Lehrstellen wenige, Aushilfen beim Bauern

für einen Beutel Gerste. Die Lieblingspuppe gegen ein Karnickel auf dem schwarzen Markt eingetauscht. Mantelaufschlitzer in dunklen Straßen, wer sich abends allein hinauswagt, verliert die Unschuld, die Lebensmittelkarte, die Stiefel, das Leben.

Um den Grudeofen hocken Frauen, Greise, Kinder. Es stinkt nach Kohlengruß, Windeln und Kohlsuppe. Im Wrasen verschwimmen die Gesichter. Die Älteren erzählen vom Gutshaus in der kalten Heimat, vom Kotillon auf dem Tanzstundenball, vom Rotweingelage beim Erbfeind anno 15. Wer jung ist, kann da nicht mitreden. Das Wohnzimmer, die gute Stube, der Salon sind requiriert für Ausgebombte, Flüchtlinge, Umsiedler. Das Schlafzimmer ist nachts belegt mit sechs Personen in Doppelstockbetten, tagsüber ein Refugium, aus dem man verjagt wird. Zum Lesen bleibt die Toilette.

Das ehemalige HJ-Heim ist geheizt. Dort singen sie Volkslieder, nennen sich Freunde der Jugend, später Freie Deutsche Jugend. Dort mekkert kein Erwachsener, niemand befiehlt. Jungen und Mädchen ganz unter sich. Da kannste mal offen reden. Nach dem Heimabend in bunter Reihe durch die nächtlichen Straßen: »Wessen Straße ist die Straße, wessen Welt ist die Welt!«

Die »Sowjetische Militäradministration« installiert im März 1946 eine Jugendorganisation. Der zweiunddreißigjährige Dachdecker E.H. übernimmt die Rekrutierung des Nachwuchses. Er beabsichtigt, die »jahrzehntelange Aufspaltung der Jugendbewegung« zu beenden, was nach zwölf Jahren Einheitsjugend wirklich ein umwerfender Gedanke ist. Er verlangt für seine vierundzwanzigtausend Gefolgsleute die Teilhabe am Kampf um den Frieden, gegen Militarismus, für Demokratisierung und Neuaufbau. Er ernennt eine Führungsriege, die er auffordert: »Entfaltet den Feldzug der Jugend für Wissenschaft und Kultur.« Der Mann bevorzugt das militärische Vokabular. E.H. erhält als Kandidat im Politbüro einen Platz am Tische der Auguren.

Nur fünf Jahre braucht der Dachdecker ohne Gesellenbrief, schon steckt er die Mitglieder seines »stolzen Millionenverbands« in Uniformen, stattet sie mit neuen Gesängen aus und kommandiert sie in Marschblöcken durch die Städte. Hunderttausend seiner jungen Friedenskämpfer läßt er in West-Berlin aufmarschieren, 976 werden bei Auseinandersetzungen mit der »Stumm-Polizei« verletzt. Anläßlich der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1951 soll die Welt sehen, womit sie zu rechnen hat. Der neugeschmiedete Jugendverband singt: »Um uns selber müssen wir uns selber kümmern, und heraus gegen uns, wer sich traut!«

Erwachsene haben abgewirtschaftet. Die Väter sind tot, sind kriegsgefangen oder schweigen sich zu Hause aus. Die Mütter hamstern Kartoffeln und Kohlen, warnen ihre Kinder vor der Politik. Die einen behaupten, den Namen Adolf Hitler noch nie gehört zu haben, die anderen wußten nichts vom nahegelegenen Konzentrationslager. Keiner weiß etwas von Euthanasie in der Landes-Heil- und Pflegeanstalt, obwohl der Leichengeruch fast täglich zum Himmel stank. Nur Kinder sahen die Männer im gestreiften »Schlafanzug«, die von Hunden über das Kopfsteinpflaster getrieben wurden. Nur Kinder vergessen das Klappern und Schurren der Holzpantinen nicht, flüstern im Halbdunkel von ihren Ängsten. Flakhelfer, Pflichtjahrmädchen, Fähnleinführer und kinderlandverschickte Jungmädel sahen, was ihre Eltern nicht gesehen haben wollen. Sie schämen sich, weil jene scheinbar unbeeindruckt zur Tagesordnung übergehen. Andererseits begreifen sie nicht, warum ihre Aufmärsche mit Trommeln und Fanfaren, ihre Heimabende und Geländespiele verwerflich und falsch gewesen sein sollen. Eine verstörte Generation.

Die Freie Deutsche Jugend wird sie aus ihren Gewissensqualen erlösen, sie weiß auf alles eine Antwort. Schuld am Unglück ist der Faschismus, das höchste Stadium des Kapitalismus. Die Welt zerfällt nicht mehr in Rassen, sondern in Klassen. Die Mehrheit ist arm dran, man braucht sich nur umzusehen. Reich sind der Fleischermeister, der Schnapsfabrikant, der Bauer und alle jene, die etwas über den Krieg gerettet haben. Freiwillig geben die nichts her. Also muß Klassenkampf sein. Der Lebensmittelhändler wird für drei Tage in seinem Schaufenster ausgestellt. An den Stuhl gefesselt sitzt er da, um ihn herum die gehorteten Waren, vor seiner Brust das Schild »Ich bin ein Schieber, Saboteur und Volksfeind«. Die Passanten amüsieren sich. Die jungen Leute sind stolz auf ihre Klassenkampftat, die Stadt hat ihren Pranger wieder. Der Kaufmann verschwindet wegen Sabotage im Lager.

Nach derlei Scharmützeln zieht die »junge Garde des Proletariats« landesweit in Feldzüge gegen Pfaffen, Fabrikanten, Handwerker und »Kulaken«. Kanalisiert sind somit jugendlicher Tatendrang, Widerspruchsgeist und Abenteuerlust. Abgeschafft werden bürgerliche Umgangsformen, religiöse Bindungen, Familienverpflichtungen. Das Immunsystem der jungen Leute, in zwölf braunen Jahren geschwächt, widersteht den neuerlichen Verführungen nicht. »Auf, auf zum Kampf, zum Kampf, zum Kampf sind wir geboren . . .«

Ein warmes Mittagessen täglich ohne Lebensmittelkarten, ohne Bezahlung, das gibt's nur bei den Russen oder im volkseigenen Betrieb. Kaffee, Kleidung, Unterwäsche oder Schuhe – 1948 immerhin zwei Millionen Paar – erhält als eine Art Deputat, wer nicht in der privaten Wirtschaft arbeitet. 1949 ist die knappe Mehrheit von 53 Prozent der Berufstätigen in staatseigenen Betrieben beschäftigt. 1983 werden es 94,7 Prozent sein. Betriebsambulatorien, Betriebskindergärten, Betriebswäschereien und Betriebsberufsschulen locken. Im VEB wird man kostenlos ausgebildet oder umgeschult. Viele wollen möglichst viel lernen. Wie schnell Geld und Gut verloren sind, lehrte der Krieg. Was du kannst, kann dir niemand wegnehmen, also lerne. »Die Arbeiterklasse bricht das Bildungsprivileg.« Nun dürfen die Mittellosen studieren. Mittellos ist in der Nachkriegszeit fast jeder. Einige Jahre erhalten nur Arbeiter- und Kleinbauernkinder Zutritt zu Oberschulen und Universitäten. Arbeiter- oder Bauernkind läßt sich leicht werden. Erstens sind viele Familienpapiere verschollen, zweitens sind viele Väter tot, drittens ist aus einem Maurermeister mit kleinem Baugeschäft schnell ein schlichter Maurer gemacht, also Arbeiterklasse. Wer keine Chance hat, seine Ahnengalerie zu frisieren, zum Beispiel Kinder von Steuerbeamten und Versicherungsangestellten, erlernt einen Arbeiterberuf. Als Köchin oder Elektriker gewinnt man die Möglichkeit, im Zweijahresschnellkurs das Abitur abzulegen, der Weg zur Hochschule ist geebnet.

Das Bildungsprivileg wird nicht gebrochen, es wird verschärft. Richtige Abstammung allein genügt nicht, es bedarf auch der richtigen Gesinnung. Die wird in der Delegierung bescheinigt. Dieses Papier stellen SED, FDJ oder Staatsbetrieb aus. Wer was lernen will, muß sich arrangieren. Die erste Lebenslüge ist fällig. So wird der Fragebogen manipuliert, die Staatstreue geheuchelt oder aufgebauscht, eventuelle Westverwandtschaft verleugnet oder geschworen, jeglichen Kontakt zu dem beim Klassenfeind lebenden Großvater abzubrechen. Wer eine höhere Bildungsstufe erklimmt, lernt in einer Welt des Scheins zu leben. Wer lernen darf, ist auserkoren, muß jedoch so tun, als lebe er ganz gewöhnlich, so wie ein Fabrikarbeiter oder eine Putzfrau. Wer lernen darf, ist privilegiert, muß lebenslänglich dafür dankbar sein, daß die Arbeiterklasse ihm das ermöglichte. Sozialer Abstieg lauert allenthalben. Relegierung ist angedroht, falls jemand zum Rübenverziehen nicht antritt, Orwells *1984* liest, die Tante in West-Berlin besucht, Uwe Seeler für einen erstklassigen Fußballspieler hält oder nicht weitermeldet, was die Kommilitonen beim abendlichen Bier so besprachen. Die fortgesetzte Erpressung der Lernenden findet durch Honeckers Jugend-Gang statt.

So hoch der Einsatz, so niedrig die Bildung. Sie hält sich zunächst an das Niveau der kaiserlichen Klippschule, weil es den alten Herren im Politbüro vertraut ist. Ein Drittel der Zeit wird zum Erlernen des aktuellen Glaubensbekenntnisses aufgewendet, das wechselnd STALIN, ÖKONOMISCHE HAUPTAUFGABE oder KONVERGENZTHEORIE und beständig MARXENGELSLENINSTALIN heißt. Geisteswissenschaftler sind aufgefordert, die Quellen zu meiden und sich an der Sekundärliteratur zu orientieren. Auf Fremdsprachenkenntnis wird wenig Wert gelegt. Der Fachmann soll zu Hause werkeln, nicht in der Welt herumreisen. Wer beispielsweise intensiv Englisch oder Französisch lernt, gilt als verdächtiger Außenseiter. Fachwissen vermitteln in den ersten Jahren bürgerliche Wissenschaftler, später die selbstgezüchteten Experten. Die Sorge, bürgerliches Denken könne durch Bildung einsickern, hält den geheimen Staatsapparat auf Trab, läßt ihn unter Studenten und Studienabgängern um Nachwuchs buhlen. Ganze Fakultäten, die journalistische und die juristische zuvörderst, sind mit Spitzeln durchsetzt. Doch alle revolutionäre Wachsamkeit nützt nichts. Die neue Elite des Landes gerät nicht reinrassig proletarisch-revolutionär, sondern mehrheitlich spießbürgerlich-erfolgsorientiert; gelegentlich mendeln sich aus ihr Zweifler und Renegaten.

Verrat

Eine Mutter beschwert sich beim Schulrat. Der Neulehrer strich ihrem Kind einen Fehler an, verlangte »Bluhme« statt »Blume« zu schreiben. Der Schulrat, ein ehemaliger KZler, erklärt der Frau die politische Lage, den Mangel an gesinnungstreuen Pädagogen, vertröstet auf den Kommunismus und entscheidet lächelnd: »Und darum wird Blume bis auf weiteres mit h geschrieben.« Die Szene spielt in einem DDR-Fernsehfilm. Mit Verschwörerlächeln wird sie oft und gern zitiert. Was sind wir doch für Kerle, selbst die deutsche Rechtschreibung mißachten wir. »Das Sichere ist nicht sicher«, schreibt Bertolt Brecht. »Das neue Leben muß anders werden«, singt die FDJ. Der alteingesessene Tischlermeister an der Ecke bekommt so lange so hohe Steuern aufgebrummt, bis er sie nicht mehr bezahlen kann und wegen Steuerhinterziehung im Gefängnis landet. Danach tritt er freiwillig in die Produktionsgenossenschaft des Handwerks ein. Der Filmkritiker wird entlassen, weil er einen schlechten russischen Film nicht lobt. Der durch die Antifa-Schule geläuterte Naziflieger wird Planungsleiter, obwohl er seine ersten Sporen bei der Legion Condor verdiente. Als Auffangbecken für ehemalige Offiziere und national gesinnte Bürger werden ein Offiziersverein und eine neue Partei

gegründet. SED-Genossen erhalten den Parteiauftrag, dort Mitglied zu werden. Fabrikdirektoren und Ingenieure werden der Sabotage verdächtigt und wandern ins Zuchthaus. Ehemalige SPD-Mitglieder gelten als jugoslawische Agenten und verschwinden in Lagern. Emigration oder Gefangenschaft in England oder den USA ist grundsätzlich verdächtig, dort wurden Bombenleger und Brandstifter ausgebildet. Wer vom Westen heimkehrt, hat jahrelang schlechte Karten. Wer sich in sowjetischer Kriegsgefangenschaft für die höhere Verpflegungsrate entschied, sich deshalb zur Umschulung meldete, eine Antifa-Schule besuchte, der gilt als vertrauenswürdig. So einer ist Kader, erhält Posten in Staatsapparat und Wirtschaft. Der erste, der zweite Fünfjahrplan ist angesagt. Doch der Neuaufbau stockt. Allerorts Brückensprengungen, Stallbrände, Warenverschiebungen. Sprengsätze am neuen Rundfunkhaus in Berlin. Feinde allüberall. Unter zehn Jahren Zuchthaus geht's nie ab. Hilde Benjamin, die Generalstaatsanwältin, später Justizministerin, wütet im Freisler-Jargon. Jeder kann's hören. Viele hören lieber nicht hin. Die Kunst des Wegsehens, Weghörens wird fleißig weiter geübt. Honeckers junge Garde ist dabei, die Talsperre in Sosa zu bauen, die Höhen der Wissenschaft zu erstürmen, im »Nationalen Aufbauprogramm« allsonntäglich die Städte zu enttrümmern, die Aktivistenbewegung anzukurbeln. Sie schaut in die lichte Zukunft des Sozialismus und nicht links, nicht rechts. Ist Unrecht unübersehbar und wird danach gefragt, erklären alte Genossen den jungen Leuten die Notwendigkeiten des Klassenkampfes und reden sich auf Übergangsschwierigkeiten heraus. Die jungen Weltverbesserer müssen jetzt lernen, die »führende Rolle der Partei« anzuerkennen, sich keinen Kopf über Dinge zu machen, die nicht zu ihrem Arbeitsbereich gehören, denn die Partei hat immer recht. Das klappt geschwind. Die Leute haben noch nationalsozialistische Disziplin in den Knochen. Gelernt wird: »Wer nicht für uns ist, ist gegen uns.« Und wer mit uns in die neue Zeit zieht, dem geht es von Tag zu Tag etwas besser. Er darf glauben, der persönliche Aufschwung sei sein eignes Werk, nicht der Lohn fürs Schweigen, fürs Wegsehen, fürs Mitmachen und dafür, daß er seine kleinbürgerliche Humanitätsduselei gegenüber Klassenfeinden abtötet.

Sittenzerfall

Der ganze bürgerliche Plunder, über Bord mit ihm. Knicks und Verbeugung der Kinder: ein Zeichen der Verkrüppelung. Aufstehen vor Frauen, Älteren, Vorgesetzten: ein Überrest des Untertanengeistes. Wir sind alle »per Du«, denn wir sind alle in der Gewerkschaft. Bei Tisch benehmen

wir uns, wie es in einer Proletarierküche üblich ist. Mit Schürze und Hausschuhen auf die Straße, mit dem Blaumann ins Gasthaus, die Arbeitskleidung ist ein Ehrenkleid. Bunte Perlonkittelschürzen überfluten Fabriken, Läden, Ambulatorien und Kontore. Bald bemerkt niemand mehr, wie häßlich sie sind. Sie sind praktisch. Praktisch wie die »Sättigungsbeilagen« in Gaststätten und Kantinen: Satt sollen sie machen, schmecken müssen sie nicht. Bürgerliche Rudimente wie Briefgeheimnis, Achten der Privatsphäre, Arztgeheimnis stehen noch auf dem Papier. Niemand nimmt sie ernst. Unverständnis erntet, wer sein Einkommen nicht ausplaudert. Hohngelächter jedem, der sich auf Bürgerrechte beruft. In aller Welt werden die Umgangsformen moderater, steife Höflichkeit und strenger Komment seltener. In der DDR aber verändern die sittlichen Lockerungsübungen mehr als den »Knigge«. Der Kampf gegen Umgangsformen ist politisches Programm. Es geht gegen jede Tradition, gegen alle Sitten und Gebräuche, gegen alles, was nicht von den Kommunisten erdacht ist. 1945 gilt als Stunde Null. Was davor war, wird totgeschwiegen, verfälscht. Das Erbe zerfällt, verrottet, wird niedergemacht.

An erster Stelle auf der Abschußliste steht das Eigentumsdenken. Der Mensch soll nicht mehr besitzen, als er zum Leben braucht. Und was er braucht, wird ihm der Staat diktieren und geben. Da der Staat nicht immer gibt, nimmt sich der Mensch, was er braucht. Klauen wird zum Kavaliersdelikt. Im Laufe der Jahre verschwinden alle Hemmungen. Jeder unterschlägt, bereichert sich, achtet weder kommunales noch nachbarliches Gut. Alle sind gleich, sagt das ungeschriebene Gesetz der sozialistischen Moral. Anderssein ist ein Sakrileg. »Individualist« wird zum Schimpfwort. Doch jedermann sieht, daß Menschen nicht gleich sind und auch nicht gleich behandelt werden. Korruption und Privilegien trennen sie. Offiziell verkündete Gleichmacherei und insgeheime Bevorzugung sind selbstverständlich. Jeder weiß es, keiner sagt es. Die Korruption greift so um sich, daß »ohne materiellen Anreiz« viele DDR-Menschen nicht einmal mehr die Arbeit tun, für die sie Lohn erhalten. Am Ende des jahrelangen Umerziehungsprozesses rafft jeder im Verborgenen und verabscheut öffentlich das Eigentum. Die Verachtung des Besitzes wird zur Lebenslüge.

Zur neuen Art des Zusammenlebens gehört, daß man anders miteinander redet als früher. Man spricht deftig, grob und geradezu, nennt das offen und ehrlich. Man spricht vulgär und beleidigend, nennt das ein offenes Arbeiterwort. Man spricht in Kürzeln, die aus dem Funktionärsjargon stammen, benutzt politökonomische Fremdworte, bevorzugt Fachausdrücke. Die Intonation gewisser Funktionäre wird nachgeahmt, eine Sprachmelodie, die dem Russischen entlehnt ist. Das Kaderchine-

sisch mit zahlreichen Substantivierungen greift um sich. Durch Kybernetik und Informatik dringt Wissenschaftsvokabular ins Satzgefüge. Ganz neue Wortgebilde werden favorisiert. Als der Gartenzwerg zum »Hartwachswichtel«, der Weihnachtsengel zur »geflügelten Jahresendfigur« umbenannt werden, nimmt das keiner so recht ernst. Niemand scheint zu bemerken, daß Stück für Stück die alten Wörter verschwinden, von Jahr zu Jahr die Sprache ungenauer, unsinnlicher und dröger wird. Gezielt werden einfache Worte ausgemerzt und durch bombastische Gebilde ersetzt, die das Wesen der Dinge vernebeln. Tabuworte nehmen zu. Man sagt »sozialistische Humanität«. Wer von Menschlichkeit oder Menschenrechten spricht, benutzt die Sprache des Feindes. Journalisten erhalten den Rat, auf individuelle Formulierungen ganz zu verzichten, in der Wortwahl den offiziellen Dokumenten, in der Argumentation der Nachrichtenagentur ADN zu folgen. Zunehmend benutzen die Menschen ein Konglomerat aus dem offiziellen Sprachangebot auch im Alltag. An der Sprache zeigt sich, die Sitten und Gebräuche haben sich gewandelt. Das geplante Zerstörungswerk ist weit gediehen. Wer sich nicht an überlieferten Verhaltensweisen orientiert, wer nicht durch Familie oder Religionsgemeinschaft unterstützt wird, muß die neuen Umgangsformen akzeptieren.

Einschluß

Am 12. August 1961 schlagen die Regierungen der Warschauer-Vertrags-Staaten der DDR eine »wirksamere Kontrolle ihrer Staatsgrenze zu Westberlin« vor. Einen Tag später, »planmäßig und zur festgesetzten Stunde«, steht der »antifaschistische Schutzwall«. Neben Armee, Grenzpolizei und sowjetischen Soldaten sichern Kampfgruppen der Arbeiterklasse die Demarkationslinie. Mit dem Gewehr vor der Brust steht da mancher Mann, der sich 1945 schwor, nie mehr ein Gewehr in die Hand zu nehmen. Die akute Kriegsgefahr, der drohende Überfall der Imperialisten ist gebannt. Heimlich organisiert und generalstabsmäßig ausgeführt hat das E.H. Er ist Sicherheitspolitiker geworden, und dieses ist sein Meisterstück. Ein »Jahrhundertbauwerk« nennt er die Mauer später. Tausende Briefe und Telegramme an Staatsrat und Regierung loben ihn für diese Tat. Das FDJ-Sekretariat beschließt: »Das Vaterland ruft! Schützt die sozialistische Republik.« In den nächsten zehn Wochen melden sich 285 430 junge Männer freiwillig zur Volksarmee. Die sozialistische Republik ist eingemauert und wird fortan mit der Schußwaffe bewacht.

Zehn Jahre nach dem geglückten Einschluß des Volkes wird E.H. der

erste Mann im Staate. Er darf in aller Welt über rote Teppiche schreiten, am Helsinki-Tisch sitzen und mit Diplomaten Hasen jagen. Das genügt ihm nicht. Er will von seinem Staatsvolk verehrt werden. Höheren Lohn, niedrige Lebensmittelpreise, billige Wohnungen, Müttergeld und mehr Urlaub verspricht er nicht nur, er gewährt es auch. Der alternde Mafiaboß wird sentimental. Wie ein Duodezfürst lebt er auf Pump. Er verhökert Menschen und Pflastersteine, um ein unerschöpfliches Füllhorn seiner Gaben vorzutäuschen. Bei keinem Fest des Monarchen darf der Fackelzug der jungen Garde des Proletariats fehlen. Sein Jugendtraum wird wahr: Auf der Tribüne reckt die Faust der Dachdecker E.H., winkt die ehemalige Sekretärin, seine Frau, die Ministerin für Volksbildung – und das Volk marschiert mit ruhig festem Schritt.

Kindsmißhandlung

Kinder lernen früh mit untergeschlagenen Armen stillzusitzen, allein vom Kindergarten mit der Straßenbahn nach Hause zu fahren, sich eine Tütensuppe zu kochen. Kaum daß sie laufen können, dürfen sie auf die Eisbahn, auf den Schwebebalken, auf die Skier, um nach olympischem Gold zu spurten. 330 tausend verbringen ihre Tage in Kinderkrippen, 785 tausend in Kindergärten, 611 tausend in Schulhorten. Als junge Astronauten, junge Naturforscher, junge Eisenbahner nutzen sie ihre freie Zeit. 35 tausend besuchen nachmittags eine Musikschule, fast alle sammeln Flaschen und Altpapier. In der Schule essen 80 Prozent ihr Mittagsbrot, 69 Prozent nehmen an der »Trinkmilchversorgung« teil. Der DDR-Mensch lebt in der Gruppe von Kindesbeinen an, wird erzogen, nützlich zu sein, nicht aufzufallen. Wer funktioniert, dem geht es gut.

Der Kindergarten lehrt: Es gibt Kriegsmenschen und Friedensmenschen. Hinter der Grenze lauern Feinde. Ist Tante Olga ein Kriegsmensch? Sie schickt in der Adventszeit wohlriechende, bunte Pakete. So wie Kinder im »tausendjährigen Reich« nicht fragen sollten, ob Jesus ein Jude war, so sollen sie im Arbeiterparadies überhaupt keine falschen Fragen stellen. Das lernen sie schnell. Es wird ihnen vorgelebt. Niemand redet mit zwei Zungen. Gesprochen wird über staatliche Fürsorge, geschwiegen über staatliche Willkür. Besprochen werden Versorgungsmängel, verschwiegen Berufsverbote, Hausdurchsuchungen, polizeiliche Zuführungen. Der geborene DDR-Bürger ist kein Doppelzüngler. Er sagt einfach nicht, was er denkt. Er beschreibt seine Umwelt anders, als er sie erlebt. Soll er beispielsweise einem Mister aus Amerika die verrottete Bitterfelder Region als Umweltschutzgebiet und zukünftig blühende Freizeitlandschaft preisen, tut er das im erlesenen Oxfordenglisch. Im

Lehrbuch für Oberschulen steht diese Lektion, er kann sie auswendig. Soll er ganz offiziell eine Resolution, eine Grußbotschaft oder einen Leserbrief ans *Neue Deutschland* unterschreiben, unterschreibt er, ohne den Text zu lesen. Mit ihm persönlich hat das alles nichts zu tun. Das öffentliche Leben und das private berühren einander kaum. Im DDR-Staat geborene Kinder empfinden ihre gespaltene Existenz selten, denn sie kennen nichts anderes. Seit die Mauer gebaut ist, wissen Eltern, Lehrer und Erzieher, daß es kein Entkommen aus dem real existierenden Sozialismus gibt. Die Liebe zum Kind gebietet, es fürs Kollektivleben zu erziehen, es vor Zweifeln zu bewahren, es vor Verfolgungen zu schützen, die Andersdenkenden drohen. Ihr Leben sollen die jungen Leute als »gottgegeben«, als normal empfinden.

Normal ist Mangelwirtschaft, Schlangestehen vor Läden, Warten am Restauranteingang, um »plaziert zu werden«. Behauptet wird, das sei international üblich. Viele glauben's, denn sie erlebten gleiches in Moskau, Warschau und Bukarest. Das überhebliche Personal in schlechtgeführten Inter-Hotels, primitiven Inter-Shops, dreckigen Inter-Tankstellen und klapprigen Interflug-Maschinen scheint der Beweis dafür, daß weltweit der Bürger ein Bittsteller ist. Nur das Westfernsehen zeigt anderes: Menschen couragiert und kritisch, freundlich und luxuriös in einer reichen Warenwelt. Was vom Bildschirm flimmert, ist ebenso unwirklich wie eine Honeckerrede in der Zeitung. Nachrichten aus westlichen Ländern sind so etwas wie Kino, wie Hollywood, ein schöner Traum, nichts Wirkliches eben. Wirklich ist die Jagd nach grünen Gurken, nach Autoreifen und die Demutshaltung vor jedem, der eine Lehrstelle, einen Arzttermin oder einen Ferienplatz zu vergeben hat. Unterordnung wird jung erlernt. Jung gelernt wird, die Ellenbogen zu gebrauchen, dabei eine Unschuldsmiene aufzusetzen. Haß wird gelehrt, Haß auf Andersdenkende. Mißtrauen wird gesät gegen alles, was nicht in den sozialistischen Kram paßt. Zum Feind wird erklärt, wer im KA (kapitalistischen Ausland) wohnt. Wachsamkeit wird empfohlen, denn hinter der Mauer lauern Kapitalisten, jederzeit bereit, den bescheidenen Wohlstand zu rauben. Verbreitet wird variantenreich das Märchen vom schwarzen Mann. Die Kinder glauben es nicht ganz, und sie glauben es doch. Ungewißheit bleibt. Sie schlägt zeitweise in Angst um, zeitweise in Aggression. Zwei unmündige Generationen wachsen heran. Eltern und Erzieher lassen die Verkrüppelung der Kinder zu. Sie schweigen, versagen ebenso, wie ihre Mütter und Väter bei Hitler versagt haben.

Kohlen schleppen wir nicht mehr in unsere Wohnung, das Wasser fließt warm aus der Wand, im Kühlschrank Rinderrouladen mit Rotkohl, der Lada steht vor der Tür. Die Kinder sehen fern im eignen Zimmer, und morgen geht's auf die Datscha zum fröhlichen Umtrunk. Wir haben's weit gebracht. Alles aus eigner Kraft. Ganz ohne Marshallplanhilfe und trotz ständiger Abgaben an den sowjetischen Bruder. Wir sind stolz auf uns. Wunschlos glücklich geradezu. Nur ein Wunsch vielleicht noch: eine Reise nach Jugoslawien. Zum dritten Mal ist sie beantragt. Der Betrieb hat's befürwortet. Die Kinder bleiben zu Hause, zur Sicherheit. Die Stasi hat die Nachbarn nach uns ausgefragt. Vielleicht klappt es nun in diesem Jahr. Dem Kauf einer Levi's-Jeanshose im Inter-Shop steht auch nichts mehr im Wege. Ein Mann ist gefunden, der Ostgeld in Forumschecks eintauscht, Kurs eins zu fünf.

Alles geht seinen sozialistischen Gang. Doch weiß der biedere Genosse, was das Politbüro demnächst beschließt? Man muß wachsam sein. Risiko ist, zeigt eine Englischlehrerin im Unterricht Dias vom Tower und der Westminster Abbey. Die Dias gibt's in London an jedem Kiosk. Doch woher bezog die Lehrerin das Material? Will sie in den Kindern Reisewünsche wecken? Risiko ist, meldet ein Ingenieur ein Patent an, ohne sich vorher mit dem Parteisekretär zu beraten, seinen Betriebsleiter zu informieren. Risiko ist, hört man mit Freunden Biermann-Lieder, das könnte als Gruppenbildung ausgelegt werden. Witze darf man erzählen, dafür kommt keiner mehr nach Bautzen. Jedoch für ein Rosa-Luxemburg-Zitat kann's Berufsverbot geben. Die Unsicherheit bleibt. Angst wollen wir es nicht nennen. Die Parteilinie ändert sich schnell. Vorsicht bleibt geboten. Vor allem sich nicht exponieren, nicht auffallen, keine Alleingänge. Mittlerweile hat sich jeder abgewöhnt, selbständig etwas zu entscheiden. Ein Brief von Stasi-Minister Erich Mielke an den Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht aus dem Jahre 1959 erhellt die Situation. Es geht um die Anklage gegen zwei Kirchenleute. Mielke schreibt: »Ich bitte hier um Mitteilung, in welcher Höhe die Strafe ausgesprochen werden soll, oder ob die Stellung der Strafanträge und die Verurteilung dem Staatsanwalt und dem Gericht überlassen werden sollen. Mir scheint jedoch zweckmäßig, sie richtig zu informieren, da sie sonst nicht wissen werden, was sie tun sollen.«

Nein, Angst nennen die resoluten DDR-Menschen ihr Lebensgefühl nicht.

Im Jahr 1980 zog ich mit meinem Mann von Ost-Berlin nach West-Berlin. Zwei erwachsene Kinder ließen wir zurück. Sie mußten selbst entscheiden, wo sie leben wollten. »Dreißig Jahre hast du gebraucht, um vernünftig zu werden«, begrüßten mich meine Verwandten. Sie waren voller Unverständnis und selbstgerecht wie eh und je. Ich bereute meinen Weltverbesserungsversuch nicht. Auch nicht, 1961 in die SED eingetreten zu sein. Damals hoffte ich, wenige Jahre nach dem Mauerbau würde die kleine DDR ihre großen sozialistischen Ideale verwirklicht haben. Das war ein Trugschluß. Jahrelang mochte ich ihn mir nicht eingestehen. Aus der SED trat ich 1978 aus. Prompt verlor ich meinen Arbeitsplatz, die Möglichkeit, überhaupt Geld zu verdienen, und das Wohlwollen meiner Kollegen. Der vielzitierte Zusammenhalt unter DDR-Bürgern löste sich auf, er galt nicht in Notsituationen. Man ging auf die andere Straßenseite, wenn man mich von weitem sah. Das alles verbuchte ich als wertvolle Lebenserfahrung.

Noch lange lebte ich in der Bundesrepublik mit dem guten Gefühl, in der DDR an einem gesellschaftlichen Experiment teilgenommen zu haben, auch wenn es gescheitert war. Einer der Wege zur Utopie hatte sich als Irrweg erwiesen. Meine Ideen und Kräfte waren nicht vergeudet, die Enkel würden's besser ausfechten. Es dauerte einige Zeit, bis ich begriff: Ich bin einer Mafiabande aufgesessen. Blind und blöd bin ich hinter dem Fanfarenzug hergelaufen – wie meine Elterngeneration. Ich habe mich einfangen lassen durch Zukunftsvisionen, Sozialpakete und Ängste – alles Mittel zur Ruhigstellung des Volkes, die sich bei den Nazis bewährt hatten. Machtsicherung für die Gang, das war 1945 der einzige Auftrag der deutschen Kommunisten. Dafür war jede Lüge recht. Von Beginn an hatten wir keine Chance für eine neue Art des Zusammenlebens. So wurden wir Leibeigene einer internationalen kriminellen Vereinigung – und ich war einige Jahre Erfüllungsgehilfe dieser Bande.

Annette Simon
Ich und sie

Versuch, mir und anderen meine ostdeutsche Moral zu erklären

Ich war nicht neutral, als ich Erich Honecker als Angeklagten auf der Bank sitzen sah. Mit ihm persönlich habe ich keine Rechnung zu begleichen, da ginge es mir mit Margot Honecker schon anders. Aber er saß als Repräsentant des Staates vor Gericht, in dem ich 38 Jahre gelebt habe und dem ich mich bei allem Abstand und aller oppositionellen Kritik doch so weit verbunden gefühlt habe, daß ich ihn nicht verließ. Es waren widerstreitende Gefühle, die dieser Strafprozeß in mir auslöste: Freude und Genugtuung darüber, daß einer der Oberen der alten DDR sich der Verantwortung nicht entziehen konnte, die er vorher in so hypertrophiertem Maße für uns zu haben meinte. Da war Mitleid mit einem alten Mann, der für seine antifaschistische Gesinnung viele Jahre seines Lebens in Haft verbringen mußte und der in dem letzten Stadium seiner Krankheit eigentlich nicht mehr in einen Gerichtssaal gehörte. Aber da war auch Erleichterung, als in den ersten Prozeßtagen berichtet wurde, daß er fast elegant, gewandt und der Situation gewachsen aufgetreten sei. Denn ein erbärmliches Staatsoberhaupt – wie wir schon einen erbärmlichen Chef des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes haben – hätte doch nur die gängigen Klischees über die Ostler bedient. Und dann kamen wieder Wut und Empörung, als er in seiner Verteidigungsrede die persönliche und moralische Verantwortung für die Toten an der Mauer zurückwies.

Diese verschiedenen Gefühle sind offensichtlich die Facetten meines Loyalitätskonflikts. Loyalität nicht gegenüber Erich Honecker – die hatte ich nicht –, gemeint ist die Loyalität zur ehemaligen DDR. Dieser Konflikt ist durch meine Sozialisation in der DDR bedingt, in der ich jahrzehntelang mit Moral überfrachtet wurde; und zwar mit der Moral, für die Erich Honecker dann auch als Repräsentant vor Gericht stand. Aber vielleicht versuche ich, die ganze Geschichte meiner moralischen Prägungen genauer zu erzählen: eine Geschichte, die wahrscheinlich nur für die Schicht und Generation gültig ist, aus der ich komme. Eigentlich kann ich nur für mich selbst sprechen, da meine Biographie keineswegs

»typisch« ist. Mit meiner individuellen Darstellung werde ich vielleicht auch dem jetzt vorherrschenden Bild entgegenwirken, daß alle DDR-Bürger gleich seien.

Die Moral, die ich in Kindergarten und Schule und weitaus differenzierter von meinen Eltern vermittelt bekam, war eine anti-faschistische, besser müßte ich sagen: eine nach-faschistische. Es war die Moral der Antifaschisten, die überlebt hatten, und die Moral der jungen Aufbaugeneration der DDR. Diese Aufbaugeneration, zu der auch meine Eltern gehörten, war selbst noch von der faschistischen Erziehung geprägt worden; und sie fühlte sich deswegen und wegen des Mitläufertums ihrer Eltern verständlicherweise schuldig. Sie wollte sich von diesem Erbe eindeutig abgrenzen und frei machen.

Mir ist heute klar, daß ich regelrecht mit Antifaschismus gefüttert wurde – und im Gegensatz zum jetzt umlaufenden Schlagwort vom »teilnahmslosen« Antifaschismus der DDR-Pädagogik kenne ich von mir persönlich einen überaus »teilnahmsvollen« Antifaschismus. Es wurde bei mir zu Hause sehr viel über die Zeit des Nationalsozialismus gesprochen, meine Eltern hatten Freunde, die selbst im KZ gewesen waren; und ich las relativ früh Bücher wie *Das siebte Kreuz* von Anna Seghers oder sah Filme wie »Nackt unter Wölfen« (die Geschichte des Buchenwald-Kindes), »Ballade vom Soldaten« (die Geschichte eines russischen Soldaten) u. ä. Ich konnte mir die Zeit des zwölfjährigen Reiches nur als eine Zeit unsäglicher Greuel vorstellen, die das Kind nicht anders als mit Entsetzen und Fassungslosigkeit wahrzunehmen vermochte. Wie konnten Menschen, noch dazu Deutsche, zu solchen Greueln fähig sein? Das sehr früh angebotene sozial-ökonomische Erklärungsmodell vom »Faschismus als höchstentwickelter Form des Monopolkapitalismus« und die Projektion, daß diese Verbrecher nun alle im Westen Deutschlands lebten, boten dem Kind Entlastung. Doch in all diesen Schilderungen oder Auseinandersetzungen kamen der normale faschistische Alltag, die deutsche Kleinbürgerlichkeit mit ihrer »Banalität des Bösen« nicht vor. Und es wurden auch nicht die psychischen Bedingungen für die Anfälligkeit des Kleinbürgers untersucht, sich an grandiosen Ideen zu berauschen und sich in Hierarchien bedingungslos unterzuordnen. Dies hätte ja bedeutet, sich auch mit den psychischen Wurzeln des Funktionierens von Diktaturen überhaupt zu befassen; und von den Mächtigen war keiner daran interessiert, an dem Ast zu sägen, auf dem sie alle saßen.

Statt dessen also in der Pädagogik und in der ideologisierten Öffentlichkeitsarbeit eine auf die Spitze getriebene Schwarzweißmalerei. Auf der einen Seite die nicht mehr einfühlbaren faschistischen Monster und auf der anderen Seite die reinen Lichtgestalten der Antifaschisten. (In der

Literatur und Kunst gab es allerdings wesentlich differenziertere Darstellungen.)

Mein einschneidendstes Erlebnis in einer ganzen Reihe nach-faschistischer Erziehungseindrücke war ein Besuch des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück im Alter von elf Jahren. Aus einem Sommer-Pionierlager führte man uns ohne jede Vorbereitung in die Gedenkstätte des KZ – es war ein Programmpunkt des Ferienlagers, der eben absolviert wurde. An einem sehr heißen Tag wurden wir mit grauenvollen Fotos aus dem Lager konfrontiert: Porträts von skelettartig abgemagerten Frauen, Fotos von Bergen von Frauenleichen. Auch der Anblick von noch erhaltenen Folterwerkzeugen, zum Beispiel einem Prügelbock, blieb uns nicht erspart. Ich fühlte mich von diesen Eindrücken so überwältigt, daß ich das einzige Mal in meinem Leben ohnmächtig wurde. Mir ist heute klar, daß diese Art der Konfrontation mit Faschismus ein sadistischer Akt war. (Und deswegen kann ich trotz meiner hellen Empörung auch nachvollziehen, was Menschen auf die Idee bringen konnte, unweit dieses Geländes einen Supermarkt zu errichten. Es war seitens der Anwohner neben der Verdrängung von Schuld und Scham auch ein äußerst unglücklicher Versuch der Zurückweisung dieses nach-faschistischen Sadismus.)

Nach diesem Erlebnis begann ich mich noch mehr mit dem Nationalsozialismus zu beschäftigen. Ich las die Biographien von Käthe Niederkirchner und Olga Benario-Prestes, die beide in Ravensbrück ermordet wurden. Es waren Berichte über heroische Frauen, in denen die genaue Schilderung ihrer Foltern und ihrer Standhaftigkeit in der Folter einen breiten Raum einnahmen. (Bis heute habe ich das Bild einer Frau in der Seele, die unglaublich geschlagen wird und dabei immer einen bestimmten Farbpunkt an der Decke fixiert, um es irgendwie auszuhalten.) In mir begann sich die Vorstellung zu entwickeln, daß man ein solcher Mensch sein müßte: jemand, der der Folter widerstehen kann, der unter den widrigsten Umständen seiner Idee treu bleibt. Gleichzeitig wußte ich, daß ich dieser Mensch auf keinen Fall war, da ich eigentlich sehr harmoniebedürftig war und besonders vor körperlichen Schmerzen immer große Angst hatte; jeder Zahnarztbesuch stellte für mich ein schier unüberwindliches Hindernis dar. Aber das Bild von der Märtyrerin für eine Idee war mir schon in die Seele gesenkt und wie mir auch vielen anderen. (Bei manchen führte es aber zu heftiger Abwehr dieser zugewiesenen Märtyrerrolle. Nichts anderes kann einen Jungen aus meiner Klasse mit zwölf Jahren dazu gebracht haben, Hakenkreuze an die Wände des Schulhauses zu malen. Er war ganz bestimmt kein Neonazi, und nur die völlig überzogene Reaktion der Erwachsenen muß ihn dann darin bestätigt haben, daß er offensichtlich einen allergischen Punkt traf und so die lang ersehnte Aufmerksamkeit bekommen konnte.) Diese Zuweisung der

Märtyrerrolle geschah auf sehr vielen Ebenen, auch durch die Lieder, die man in der Schule lernte, zum Beispiel »Das Lied vom kleinen Trompeter«. Es ist angeblich Honeckers Lieblingslied, das er an seinem Grab gespielt haben möchte: der heroische Tod eines Kindes für die sozialistische Idee. »Von all unsern Kameraden war keiner so lieb und so gut, wie unser kleiner Trompeter, ein lustiges Rotgardistenblut.« Es rührte mich zu Tränen. »Ich trage eine Fahne und diese Fahne ist rot ... Die Fahne ist niemals gefallen, so oft auch ihr Träger fiel ...«; »Es steht ein Mann, ein Mann, ein Mann wie eine Eiche – vielleicht ist er schon morgen eine Leiche, wie es schon vielen Freiheitskämpfern ging.« Der Mensch ist austauschbar, die Idee bleibt.

Dies war anscheinend auch eine Art, mit dem Verlust der vielen gemordeten Freunde und Genossen umzugehen: Sie wurden die Märtyrer der einzig wahren Idee. Die Geschichten von den gemordeten Antifaschisten waren die Heldensagen der DDR (die Ermordung von Millionen Juden war dabei meist nur ein Nebenthema), und die Überlebenden erfüllten deren ideelles Vermächtnis – schon deshalb mußten sie im Recht sein. Es wurde dabei völlig verschwiegen oder verdrängt, *wie* die Überlebenden überleben konnten, welchen Preis an Menschlichkeit sie zu zahlen hatten und wie sie durch eine derartige Verfolgung selbst deformiert wurden.

Die Antifaschisten, die nach dem Zweiten Weltkrieg als Machthabende eingesetzt wurden, haben so, mehr oder weniger bewußt, ihre unter der Verfolgung entstandenen Selbst- und Feindbilder und ihre Verletzungen weitergegeben. Sie installierten damit ein quasi-sadistisches Über-Ich, das seine Berechtigung aus der Anzahl der Toten, den Qualen der Opfer und ihren eigenen Leiden zog. Ein Über-Ich, das auf der einen Seite die Buße für diese Opfer und dieses Leid (für die deutsche Schuld) verlangte und das auf der anderen Seite den Wert eines Menschen an der Treue zu *ihrer* Ideologie maß. Diese Antifaschisten, zu denen auch solche Künstler wie Brecht und Anna Seghers gehörten, waren der Überzeugung, dieses Volk, das den Nationalsozialismus bejubelt und getragen hatte, nur noch erziehen, bestrafen oder belehren zu müssen – und dies bis ins dritte Glied.

Zu der grausamen Wahrheit, daß Unmenschlichkeit auch die Opfer unmenschlicher macht bzw. daß über eine bestimmte Art von Leiden hinaus diese Opfer nicht edler, sondern nur selbst grausamer und paranoider werden – besonders wenn sie in Machtpositionen gelangen, die dauernd bedroht sind –, zu dieser Wahrheit hatten wir, die Enkel der Nazi-Mitläufer, uns erst durchzukämpfen.

Die oben beschriebene nach-faschistische Moral mit den Säulen: Standhaftigkeit unter widrigsten Umständen, Treue zur Sache, Entwicklung der Persönlichkeit im Dienste der Sache (klingt das nicht ein bißchen

nach »zäh wie Leder, hart wie Kruppstahl ...«?), diese Moral ist eine unter brutalen Umständen und im Widerstand gegen Unmenschlichkeit entstandene Moral, die selbst wieder brutal war. »Wir, die wir den Boden bereiten wollten für Freundlichkeit, konnten selber nicht freundlich sein« – wie habe ich diese Zeilen von Brecht später gehaßt, wurden sie doch ständig herangezogen als Entschuldigung für die Ungerechtigkeiten und Brutalitäten in der DDR und für das weitere Gefangensein in der Vernichtungslogik. (Erich Honecker ist bis heute nicht aus diesem Teufelskreis ausgestiegen; seine erhobene Greisenfaust machte das auf herzkrampfende Weise deutlich.)

Diese nach-faschistische, selbst sadistische Moral bildete sozusagen meinen moralischen Urgrund, in den dann die anderen Werte eingepflanzt wurden: die zehn Pioniergebote, die Timur-Brigaden-Ideologie usw. Das Ganze war eingebettet in den Mythos vom Kollektiv, dem man sich in jedem Fall unterzuordnen bzw. für das man eigene Strebungen zurückzustellen hatte.

So kam es, daß ich, auch wenn ich bei manchen Fahnenappellen, bei den Pioniernachmittagen und bei einigen Lesetexten aus den Schulbüchern ein merkwürdig flaues Gefühl hatte, dies immer als das kleinere Übel zu nehmen versuchte, um soviel weniger schlimm als der böse Faschismus, der im anderen Deutschland angeblich kräftig weiterwucherte.

Irgendwann mußte dieser moralische Rigorismus mit seiner Mischung aus eingepflanzten Schuldgefühlen (für eine Schuld, die ich als ganz persönliche Schuld nicht hatte) und hochmütiger Rechthaberei (denn wer einmal auf der antifaschistischen Seite stand, war sozusagen schon deswegen für immer im Recht) mit der Realität kollidieren.

An einen der ersten ernsten Konflikte in der Realität erinnere ich mich noch genau: Wir sollten uns in der dritten Klasse durch Unterschrift verpflichten, keinen Westsender zu hören oder zu sehen. Alle unterschrieben und – sahen oder hörten mit mehr oder weniger großer Ruhe weiter. In mir stritt das Gefühl, daß man wirklich den feindlichen Sender ignorieren sollte, mit der Lust auf bestimmte Sendungen. Meine Eltern sagten: Wenn du unterschrieben hast, mußt du dich auch daran halten. Irgendwann löste sich dieses Gebot wieder auf, aber lange Zeit sah ich nur mit unterdrückten Schuldgefühlen meine geliebten Kindersendungen. Und ich hatte auch Angst, erwischt und bestraft zu werden. Auf dem Marktplatz in Halle wurden zu dieser Zeit Fernseher ausgestellt, daneben Antennen, die umgeknickt waren, weil sie in die falsche Richtung gezeigt hatten.

Eine weitere Anfechtung für meine moralische Weltanschauung war das Leiden an der Unlebendigkeit und Langeweile des Pionierdaseins.

Das leere Abarbeiten von Formalitäten bei einer Gruppenratswahl zum Beispiel konnte einem die letzte Freude am Sozialismus verderben. Meine Strategie bestand dann darin, »es besser zu machen«, Funktionen zu übernehmen und zu versuchen, eigene Ideen zu gestalten. Von der 5. Klasse an hatte ich Funktionen bei den Pionieren, später bei der FDJ. Letztlich habe ich nichts besser gemacht, manches war eitles Geltungsbedürfnis, und für manchen leidenschaftlichen politischen Auftritt könnte ich jetzt noch vor Scham in den Boden versinken. Aber ich habe es ernst gemeint mit der besseren Welt, mit der ich auch die unsrige meinte.

Mit der Pubertät kamen dann die eigentlichen Konflikte und Fragen. Der Freund, in den ich verliebt war, erzählte mir vom Stalinismus und gab mir die Protokolle des Slansky-Prozesses zu lesen. Ich war erschüttert von den seitenlangen Selbstbeschuldigungen der Angeklagten und begann mich nun sehr intensiv mit dem Stalinismus zu beschäftigen. Bei meinen Eltern fand ich Unterstützung und Literatur. Sehr früh las ich Solschenizyn.

1968 war ich 16 Jahre alt, und dieses Jahr hat alles verändert. Glühend verfolgte ich die Ereignisse des Prager Frühlings. Im April '68 wurde über die neu erstellte Verfassung der DDR, »die erste sozialistische Verfassung auf deutschem Boden«, abgestimmt. (Erinnert ihr euch noch, DDR-Bürger, wie ihr alle mit »Ja« gestimmt habt?) Eine Gruppe von Freunden und ich gestalteten zu diesem Thema eine Wandzeitung. Wir brachten Zitate von Ernst Fischer, Wolf Biermann und Alexander Dubček zusammen mit dem Artikel über »freie Meinungsäußerung« aus der alten Verfassung an die Wand. Diese Zeitung hing höchstens zwei Stunden im Treppenaufgang unserer Schule, bevor sich der Direktor persönlich dranhing, um sie abzureißen. Es folgten inquisitorische Gespräche und Abmahnungen, die sich nach einem Monat plötzlich noch verschärften – als angeblich von Margot Honecker persönlich die Weisung kam, mit uns strenger zu verfahren. Was dann folgte, war eine Art Kleinauflage stalinistischer Prozedur.

Wir wurden als Konterrevolutionäre bezeichnet und je nach vermeintlicher Beteiligung abgestraft. Ein Teil der Verfasser mußte nach dem Abitur ein Jahr »in die Produktion« (interessanterweise war es im Arbeiter-und-Bauern-Staat eine Strafe, in die Arbeiterklasse eingereiht zu werden), was bedeutete, daß sie, weil sie Jungen waren, in diesem Jahr zur Armee gezogen wurden und so erst zwei Jahre später studieren konnten. Vor allem aber hatten sie die ekelhaften Repressionen der NVA zu erdulden. Ich selbst erhielt als die Jüngste von allen einen Verweis vor dem Fahnenappell, der mir nun gar nichts ausmachte, sondern im Gegenteil

mein pubertäres Hochgefühl stärkte, es »denen« mal gezeigt zu haben. Nur die nächsten zwei Jahre an dieser Schule wurden dann doch bitter – die Freunde nicht mehr da und ich »auf der Abschußrampe«, wie der Staatsbürgerkundelehrer meinen Status bezeichnete. Ich wurde ständig auf Wohlverhalten beobachtet und gezielt gedemütigt, indem ich zum Beispiel den Auftrag erhielt, zum Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die ČSSR einen Vortrag zu halten, wo doch jeder wußte, wie entschieden ablehnend ich dem gegenüberstand. Ich hielt einen Vortrag, der nur aus Zitaten bestand, keineswegs nur zustimmenden – ohne ein einziges persönliches Wort. Trotzdem schäme ich mich bis heute dafür. Ich habe diese beiden Jahre durchgehalten, aber der Preis, den ich zahlte, war zu hoch. Ich wollte »ihnen« beweisen, daß ich es doch schaffen würde zu studieren, und trieb mich zu schulischen Hochleistungen, während ich in allen politischen Fragen nur auf Aufforderung etwas sagte, was »sie« gerade noch durchgehen ließen.

Ich bin 1990 in einer Podiumsdiskussion gefragt worden, welche Entscheidung in meinem Leben ich gerne rückgängig machen würde. Und ich sagte, daß ich genau an diesem Punkt die falsche Entscheidung getroffen hatte. Ich hätte mit dem Abschluß der 10. Klasse die Schule verlassen und einen anderen Weg wählen sollen, nicht den des Geradenoch-so-Durchkommens, der mich letztlich in die Reihen der braven Studenten einreihte und mich zu einer Anpassung zwang, unter der ich körperliche und psychische Symptome entwickelte. In einem bestimmten Moment wäre ich fast ausgestiegen, aber alle, die ich schätzte, rieten mir dringend davon ab, und ich war nicht stark genug, meinen wirklichen Gefühlen zu trauen und strikt den Weg zu gehen, den mir diese Gefühle wiesen. Ich war auch deswegen nicht stark genug, weil ich die Polarisierung in »ich« und »sie« noch nicht wirklich glauben und annehmen konnte. Ich dachte noch immer, daß wir auf der gleichen Seite stünden, »sie« nur eine andere, allerdings ziemlich widerliche Art hätten. Hier schlug wieder das Argument durch, daß sie doch auf jeden Fall Antifaschisten seien, denen man niemals in den Rücken fallen dürfe.

Im Juli '68 machte ich Urlaub bei einer Freundin meiner Eltern in Prag, deren Sohn mein späterer Ehemann werden sollte. Ich erlebte die inspirierende und kreative Atmosphäre in den Straßen von Prag, die Schlangen an den Zeitungskiosken und wie sich eine Gruppe tschechischer Intellektueller vor Lachen ausschüttete, als sie Ulbrichts Kommentare zur Lage im Radio hörten. Ende Juli fuhr ich mit dem Gefühl zurück, daß diese Veränderungen nun auch bald in der DDR greifen würden. Ich war frisch verliebt, das Leben lag vor mir, und die aufregendsten Dinge standen bevor.

Wahrscheinlich standen die Panzer in diesen Tagen schon bereit.

Die Okkupation der ČSSR war für mich eine unvorstellbare, eine zutiefst verabscheuenswerte Tat, und eigentlich machte sie die Polarisierung (»ich« und »sie«) überdeutlich. Trotzdem hat sie die so tief in mich gesenkte Loyalität mit der DDR noch nicht so weit in Frage gestellt, daß ich daran gedacht hätte, dieses Land zu verlassen. Der Bruch mit den »Herrschenden« war zwar vollzogen, und es war von nun an für mich selbstverständlich, kein irgendwie geartetes Amt zu übernehmen noch irgendeiner politischen Partei beizutreten, aber die »Märtyrerin« war mir eben auch ins Herz gesenkt, und die meinte nun, durchhalten und in mühseliger Aufrichtigkeit ihren individuellen Weg gehen zu sollen. Wichtig scheint mir, daß die Loyalität zur DDR, die uns ja nun wirklich eingehämmert wurde (noch bei Beginn meiner Arbeit in der Nervenklinik wurde ich gefragt, wie ich denn gedenke, meinem Staat für mein absolviertes Studium zu danken), daß diese Loyalität irrationale, fast könnte ich sagen: mystische Dimensionen hatte. Irgendwie haben die platten, uns übergestülpten Muster doch bis in die Tiefe, ins Unbewußte gewirkt. Nicht umsonst hieß die Mauer »antifaschistischer Schutzwall«. Ich glaube, die Beschädigungen der herrschenden Antifaschisten fanden einen solchen Widerhall in mir, daß ich meinte, diesen Staat niemals verlassen zu dürfen, obwohl ich ihm als eine zeitweise sogar »konspirativ arbeitende« Oppositionelle unversöhnlich gegenüberstand. Erst jetzt wird mir bewußt, daß sich meine Loyalität zur DDR tatsächlich auf die tief gefühlte Solidarität mit den Opfern des Faschismus gegründet hat, auf das Erleben einer Art Erbschuld, die ich wenigstens damit abzutragen hatte, daß ich die Überlebenden nicht verließ. Im Unbewußten hat Erbschuld oft auch etwas mit »Inzest« zu tun, und so erlebe ich rückblickend manchmal die DDR: als ein amorphes, inzestuös gebundenes Gebilde, das sich einmauern mußte, um in diesem Zustand bleiben zu können.

Bei mir jedenfalls hat die quasi inzestuöse Gebundenheit sehr lange funktioniert, auch weil ich dann durch vielerlei Privilegien nicht das nackte Gesicht oder die grobe Faust dieses Machtapparates zu sehen oder zu spüren bekam und ihnen auch mehr oder weniger bewußt tunlichst ausgewichen bin. Im Grunde habe ich das erst in der Nacht vom 7. zum 8. Oktober '89 begriffen, die ich stramm stehend mit dem Gesicht zur Wand verbrachte, hinter mir die Schäferhunde und die schlagenden Polizisten. Wirklich erst da ist der letzte Hauch Loyalität aus meinem Körper gewichen.

Oder doch nicht? Warum war mir in der Nacht nach dem 3. Oktober '90, dem Tag der deutschen Einheit, so schrecklich kotzübel? War es die Spannung zwischen der alten Loyalität und dem Widerstand dagegen? Bis in die Körperfasern waren eine Art von moralischer Treue und ein Wachsystem darüber installiert.

Sosehr ich die jugendlichen Schläger verurteile und verabscheue, so kann ich doch als Psychologin sehen, wie da Jugendliche um sich schlagen, die sich aus staats-inzestuösen Bindungen entlassen fühlen, aber nichts anderes kennen; mit den neuen Freiheiten nichts anfangen können und die Reflexionsmöglichkeiten weder haben noch geboten bekommen, die ihnen helfen würden, ihre eigenen Gefühle zu verstehen. Sie weisen die nach-faschistischen, verdeckt sadistischen und übermoralischen Erziehungsideale ihrer Eltern anti-moralisch und sadistisch zurück. Ihre Kult-Band, die »Böhsen Onkelz«, singt die Hymnen des Bösen und gleichzeitig Zeilen wie: »Wer schützt mich vor dir, wer schützt mich vor mir, wer schützt mich vor dem Bösen in uns, wenn es eskaliert.« Ich kann mir nicht vorstellen, daß dieser »Schutz« *nur* darin bestehen kann, sie ihrerseits zusammenzuschlagen und in die Gefängnisse zu stecken, obwohl ein solcher Schutz für alle Bedrohten und für uns selbstverständlich notwendig ist. In der öffentlichen Diskussion fehlen mir die Fragen, die die Eltern und Lehrer sich zu stellen hätten: Was haben wir mit unseren Kindern gemacht? Was für ein Werte- und Moralvakuum haben wir anscheinend mit unserer Erziehung installiert, in das sich jetzt neofaschistische Ideen so leicht gießen lassen?

Ich denke in diesem Punkt strikt psychoanalytisch, nur was durchgearbeitet und verstanden worden ist, kann sich dem Wiederholungszwang entziehen. Oder wollen wir etwa doch nur die Polarisierungen der Weimarer Republik wiederholen und nur noch schlagende Argumente gelten lassen?

Am Tag, als ich nach den Anpassungsqualen der Schulzeit doch zum Studium der Psychologie zugelassen wurde, 1970, schenkte mir meine Mutter einen Band mit Gedichten von Boris Pasternak mit dem besonderen Hinweis auf diese Strophen:

> Das eigene Ich nur darf man leben,
> So leben, daß man unverwehrt
> Erringt des Universums Liebe,
> Daß man den Ruf der Zukunft hört.
> ...
> Du weiche nicht um Haaresbreite
> von Deinem Ich im Herzen ab,
> Du mußt lebendig bleiben, leben,
> Mußt leben, leben bis ans Grab.

Was für eine Zumutung, daß ich, nachdem ich gerade mein Ich so hatte beugen und verbiegen müssen, um überhaupt studieren zu können, mit diesem Anspruch konfrontiert wurde! Und doch habe ich diese Zeile oft

vor mich hin gemurmelt: »Du weiche nicht um Haaresbreite«, stärkte sie doch auch die widerständige Seite in mir und untermauerte meinen schon verfestigten moralischen Rigorismus. Sie hat mir bestimmt manchmal geholfen, bei mir selbst zu bleiben und an den richtigen Stellen standzuhalten – aber sie hat mir auch den Weg abgeschnitten zu Flexibilität, Weichheit und Leichtigkeit und zu den einfachen Freuden von Genuß und Leichtsinn. Was um Gottes willen soll das auch heißen, nicht um Haaresbreite von seinem Ich abzuweichen? Kann das nicht auch das Bild für die Unlebendigkeit einer Salzsäule sein, die in Selbstgerechtigkeit erstarrt ist?

Es wäre mir lieb gewesen, vor Gericht nicht nur einen in seiner Ideologie erstarrten Erich Honecker erleben zu müssen. Ich hätte gern einen alten Mann gesehen, der über sein Leben zu reflektieren vermag, der zu seinen Prägungen und seinem früheren Mut steht – wie auch zu seinen Fehlern und den Konsequenzen seiner politischen Entscheidungen. Dieser Wunsch ist nicht in Erfüllung gegangen. Weder war Erich Honecker dazu in der Lage, noch sind die Umstände des deutschen Vereinigungsprozesses so, daß es zu einem Nachdenken in Würde und Anstand über ein so exemplarisches deutsches Leben hätte kommen können.

Cornelia Geißler
Kampfreserve der Partei

Wie wir alle sozialistische Persönlichkeiten werden mussten

Ich stehe auf der Kläger-Seite bei diesem Tribunal, obwohl meine Verletzungen nicht eindrucksvoll genug sind für eine Beweisaufnahme. Denn ich habe mangels Mut vieles hingenommen, worüber ich mich heute wundere. Inzwischen kenne ich meine Deformationen: Scheu vor Behörden, ein lädiertes Selbstbewußtsein und das schlechte Gewissen, jahrelang mich selbst betrogen zu haben, indem ich hoffte und glaubte, eines Tages doch etwas bewegen zu können, den Staat und die führende Partei »von innen heraus« verbessern zu können. Anderen Menschen meines Alters ist es in der DDR schlechter ergangen. Da aber die meisten wohl so lebten wie ich, da sie es so, wie es war, als normal, aber normal unbehaglich empfanden, nehme ich mir das Recht, hier als Zeuge der Anklage aufzutreten. Weil ich es für nötig halte, vom alltäglichen Druck auf Heranwachsende in der DDR, von der schleichenden Verführung zu sprechen.

Herr Honecker, meine Rede wird sein von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, also von einem ziemlich großen Teil des glücklichen Volkes, das Ihre Inszenierung des real existierenden Sozialismus schmücken sollte. Wir waren die Komparsen, wir kannten den Text aus den Lehrbüchern oder der Zeitung. Die meisten von uns haben kleinere oder größere Rollen übernommen. Einige versuchten sogar, sich durch Improvisieren besonders hervorzutun; ein paar andere machten einfach nicht mit. Die verstanden nicht, was an dem Stück so interessant sein sollte. Es gab auch welche, die waren erst begeistert dabei und schieden später enttäuscht aus, weil ihnen die Regie mißhagte. – Sie lieben es ja, sich bildhaft auszudrücken, Herr Honecker. Die Wendung, die Sie favorisierten, um Mißstände im Lande nachträglich zu rechtfertigen: »Wo gehobelt wird, fallen Späne«, verhüllt Ihre Ignoranz nur dürftig. Andere Sätze waren da schon geheimnisvoller, etwa: »Das wissen die Götter.« Sie verstehen sicherlich, was ich meine, wenn ich von der Inszenierung des Staatswesens der DDR spreche, wenn Sie als der Regisseur in einem Stück gelten.

Trotzdem möchte ich an dieser Stelle sagen, daß es mir unangenehm war, Sie in demselben Gefängnis zu wissen, worin die Nazis Sie 1935 bis 1937 inhaftiert hatten. Auch fand ich es ungehörig, wenn wieder und wieder öffentlich über die Ihnen verbleibende Lebenszeit diskutiert wurde.

Damit wir uns aber nicht mißverstehen: Ich war dafür, daß Sie und die anderen Herren, die den Staat DDR leiteten und lenkten, vor Gericht gestellt wurden. So bietet sich endlich die Chance zur konkreten Debatte über unsere Vergangenheit. Längst ist es Zeit, über Strukturen und Mechanismen der politischen Einheit Deutsche Demokratische Republik in einer solchen Form zu sprechen: miteinander. Es ist wichtig, den Staatssozialismus verstehen zu lernen, damit die Erfahrung des Scheiterns der osteuropäischen Staaten nicht alle Ideen der politischen und sozialen Gleichberechtigung für immer ad acta legt. Außerdem: Würden wir die Augen vor der Vergangenheit verschließen, bliebe uns der analytische Blick auf das Heute dauerhaft verstellt. Das mag für Sie nicht mehr von Bedeutung sein, Herr Honecker, aber für meine Generation ist das unabdingbar, um in der Gegenwart einen Platz zu finden.

Dieses Tribunal kommt sehr spät. Gleich nach dem Herbst '89 hätten wir über das mißglückte Experiment Sozialismus und über die Situation der Menschen darin reden müssen. Denn der heutige Abstand läßt zwar sicherlich für einen kühlen Kopf eine unverstellte Sicht zu, verleitet aber auch zu Verklärung. Bürger der alten Bundesrepublik sehen neuerdings ihren Staat freundlicher, als sie es noch vor fünf Jahren taten. Ebenfalls als eine Art Verklärung erscheint mir, daß wir inzwischen dazu neigen, vieles als Unterdrückung zu charakterisieren, was uns früher kaum erregt hätte, dazu neigen, uns als Opfer zu sehen. Dabei haben doch Millionen von Menschen mitgespielt – ob nun überzeugt oder mit Unbehagen. Und ich selber auch.

Herr Honecker, wir kennen Ihre Biographie, glauben zu wissen, was Sie geprägt hat. Sie haben oft vom Vertrauen gesprochen, das Sie in die Jugend setzen. Wissen Sie aber, wie wir aufgewachsen sind? Ich denke nicht, daß dieses Tribunal *zu* spät kommt.

Als der Prager Frühling niedergeschlagen wurde, war ich drei Jahre alt. Viel später habe ich gehört, daß Urlauber aus der DDR damals mit Steinen beworfen wurden. Ich kann das Entsetzen der Leute aus unserem »Bruderland« verstehen. Die Ostdeutschen kamen in der Zeit danach gern wieder als Urlauber, zumal der Weg nach Polen bald versperrt war. Das Reiseziel Tschechoslowakei bot in den Läden so manches, was in der DDR Mangelware war. Auf der Rückfahrt sagte man dann an der Grenze bedauernd: Willkommen im Weißkohlland.

Als ich Jungpionier war, wollte ich dem Onkel aus dem Westen keinen Gute-Nacht-Kuß mehr geben. Ich dachte wohl, daß dies den Pioniergeboten widerspricht. Die West-Schokolade habe ich natürlich gegessen. Der Pioniergruß war nicht schwer: Auf »Für Frieden und Sozialismus seid bereit!« hob das Kind die rechte Hand über den Kopf, um dann »Immer bereit!« zu rufen. Die beiden Zipfel des Pioniertuchs sollten möglichst gleich lang sein.

Wir hatten unsere Liederbücher, und im Ferienlager gab es Lagerfeuer. Wenn das Land einen runden Geburtstag beging, organisierte die Freie Deutsche Jugend Fackelzüge. Warum griff dieser neue Staat so bereitwillig auf die alten Rituale zurück? Hat denn niemand den Déjà-vu-Effekt erahnt, der einsetzte, wenn wir in Dokumentarfilmen über die NS-Zeit Aufmärsche und Fackelzüge sahen? Es ist schwierig für einen Heranwachsenden, bei diesen Bildern immer die Erklärung im Hinterkopf zu behalten: Damals wurde Volkes Begeisterung mißbraucht, heute drückt sich so die Zustimmung für eine gute Sache aus.

Als ich zehn war, wurde ich Thälmannpionier. »Allein der Sozialismus gibt eurem Leben Sinn und Inhalt. Seid auch künftig selbstlos und beharrlich, ideentreu und ergeben gegenüber eurem sozialistischen Vaterland, der Deutschen Demokratischen Republik.« Ideentreu und ergeben. Diese Worte von Ihnen, Herr Honecker, standen am Anfang des Büchleins, das Schüler der vierten Klasse als Mitglieder der Pionierorganisation erhielten. Das muß man sich einmal vorstellen: Kinder bekommen auf den Weg, daß eine Gesellschaftsordnung allein ihrem Leben Sinn und Inhalt gibt. Somit war von klein auf unser Platz in diesem Staat, der nach den Träumen alter Antifaschisten errichtet war, festgeschrieben. »Du hast ja ein Ziel vor den Augen«, sangen wir im Musikunterricht. Die Nationalhymne, in der die Rede von einem »Deutschland, einig Vaterland« war, sangen wir nicht mehr.

Die Direktiven sahen die Familie als kleinste Zelle der sozialistischen Gesellschaft. Schnell sollten die Kinder lernen, Verantwortung zu tragen, schnell wurden sie mit Systemen der Überwachung vertraut gemacht. Immer gab es Diensthabende oder Brigadeleiter, die aufpassen sollten, daß alle Kinder die Anweisungen einhalten. Schon bei den Pionieren war jeder Gruppenratsvorsitzende beauftragt, wie später die FDJ-Sekretäre in Schule, Lehre, Studium oder Beruf, »Stimmungen und Meinungen« der Mitschüler oder Kommilitonen an die nächsthöhere Ebene weiterzuleiten. Und damit die Treue zum sozialistischen Vaterland auch wirklich eindrucksvoll war, hatten FDJ-Blocks die spontanen Rufe für die Demonstrationen vorher zu üben. Aber wie innig kann die Bindung an ein Land sein, die einem brüllend eingetrichtert wird: »De-de-err, un-ser-Va-ter-land«?

Als Wolf Biermann aus der DDR ausgebürgert wurde, war ich elf. Da rechtfertigte mein Bruder sein heimliches Rauchen mit dem Biermann-Satz: »Was verboten ist, das macht uns gerade scharf.« Ich wußte, daß ich das besser nicht in der Schule sagen sollte. Überhaupt wußte ich immer sehr gut, was man sagen darf und was nicht. Und als ich später glaubte, mutig zu sein, indem ich dies und jenes am Staate kritisierte, konnte ich einschätzen, wie lange es nur heikel ist und welche Äußerungen gefährlich sind. Ich hatte gelernt, gut zu funktionieren, glaubte selbst an die große Idee des Kommunismus, erklärte mir Mißstände als Mängel des Übergangs. Ganz so, wie es mir beigebracht worden war. Wir wurden einfach zur Schizophrenie erzogen. Wenn nicht zu viel an Einsicht durch gravierende Erfahrungen dazwischenkommt, läßt es sich so ganz gut leben. Im allgemeinen war der Unterschied zwischen der Aktuellen Kamera und dem Leben, zwischen dem, was der Lehrer für eine Eins verlangte, und dem, was man sah, so alltäglich geworden, daß das Doppelspiel einfach war.

Als meine Jugendweihe stattfand, hatte ich mich an all das längst gewöhnt. Daß den Saal die Losung zierte: »Ergreift in jeder Situation Partei für die gute Sache des Sozialismus«, bemerkte ich jetzt erst auf den Fotos. »Der Sozialismus – Deine Welt« hieß das Buch zum Feiertage. Das klingt ein bißchen nach Beschwörung. Die Identifikation mit dem Staat und seinem System wurde überstrapaziert.

Da war ich schon Mitglied der Freien Deutschen Jugend, anfangs sogar stolz: Wer endlich der Pionierbluse entwachsen ist, der wechselt ganz gern ins blaue Hemd der älteren Schüler. Und wer hat schon das Statut gelesen, in dem unmißverständlich drinstand, was wir sein sollten. »Die Freie Deutsche Jugend«, heißt es da, »arbeitet unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und betrachtet sich als deren aktiver Helfer und Kampfreserve. Grundlage für ihre gesamte Tätigkeit sind das Programm und die Beschlüsse der SED.«

Natürlich konnte man manches ignorieren. Es gab Jugendklubs und Diskotheken, da wurde nicht ständig zum Kampf aufgefordert. Obwohl auch diese sich zum »Kampf um das blaue T« verpflichteten. Es handelte sich hierbei um eine Auszeichnung für niveauvollen Jugendtanz, ausgeschrieben von der FDJ. Niemand fühlte sich als »Kampfreserve«, und wohl niemand hätte allen Ernstes behauptet, er wolle eine »sozialistische Persönlichkeit« sein. Wir wollten alle etwas werden, aber wir hatten keinen revolutionären Elan oder so etwas, wie ihn die Staatsgründer wahrscheinlich hatten. Obwohl ich mich gut an den Lesebuchartikel zum Thema »Was heißt es heute, ein Revolutionär zu sein?« erinnere. Wir waren sogar ein bißchen aufmüpfig. Aber als aufmüpfig galt man schnell. Oder als »dem Klassenfeind auf den Leim gegangen«, wie ein Genosse

der Abteilung Agitation des Zentralkomitees unser Bewußtsein einschätzte. Da hatten wir Studenten nicht einsehen wollen, daß die niedrigen Brotpreise in der DDR tatsächlich ein Tribut an die Kleintierzüchter waren, damit diese ihre Karnickel ernähren konnten. So jedenfalls wurde uns das erklärt.

Manchmal denke ich, Herr Honecker, Sie stellten sich das Volk als eine einzige große Schulklasse vor. Immerzu kam jemand, diese zu belehren. Da wurde bekanntlich die sowjetische Perestroika als Tapetenwechsel disqualifiziert. Da warnte die Kulturkonferenz der FDJ 1982 vor der Musik der neuen deutschen Welle, sie sei niveau- und kulturlos, obwohl die Rockmusik der DDR-Bands ja gerade wegen ihrer deutschen Texte gelobt wurde. Da erklärte Herr Schnitzler allwöchentlich im DDR-Fernsehen, wie das West-Fernsehen zu verstehen sei, im Sender »Stimme der DDR« gab es zu diesem Zwecke morgendliche »Einblicke«. Und ich habe tatsächlich Leute kennengelernt, die ernsthaft glaubten, wir würden uns mit dieser Sicht auf die Dinge begnügen.

»Der Jugend Vertrauen und Verantwortung«, hieß es, so bekam die »Kampfreserve« in unzähligen Jugendobjekten ihre Aufgaben in Landwirtschaft, Industrie und Forschung. Während des Studiums gab es auch noch den »Studentensommer«, der mir Erfahrungen im Verlegen von Telefonkabeln brachte, und die »sozialistische Hilfe«, weshalb ich heute weiß, wie man Äpfel, Rüben und Porree erntet. Das Vertrauen in die Jugend ging aber nicht sehr weit. Wie Ihre Leute, Herr Honecker, auf die Aufnäher »Schwerter zu Pflugscharen« reagierten, auf Friedensgruppen der Kirchen, die in die Öffentlichkeit gingen, und auf die Schüler, die gegen den »Wehrunterricht« protestierten, ist noch in guter Erinnerung. Wenn schon eine Meinung laut geäußert werden sollte, etwa bei einer Podiumsdiskussion mit Ihnen, dann wurde sie in der Regel vorher gebilligt. Eine Jugend, die ihren Mund hält, war also die erwünschte in diesem System.

Heute erleben wird, was passieren kann, wenn junge Menschen für sich keine Perspektive sehen. So mancher Jugendliche, der jetzt zwar gern auf die alten Gelöbnisse pfeift, hat offensichtlich nicht viel für sein eigenes Leben mitbekommen. Wer immer zu allem nur »Nö« denkt, aber vielleicht pflichtgemäß »Ja« sagt, der hat, wenn die Pflichtantwort wegfällt, wenn keiner mehr da ist, der anweist, was als nächstes zu tun ist, nicht mehr viel im Kopf. Hunderte von Faktoren muß man zusammenrechnen, um das entsetzliche ausländerfeindliche Klima gerade unter jungen Menschen heute zu erklären. Es sind weiß Gott nicht nur Ostler, die die Behausungen von Leuten, die ein bißchen anders aussehen und sprechen als sie, anzünden. Aber in der Erziehung an den DDR-Schulen und innerhalb der FDJ liegt ein Grund. »Kampfreserve« zu sein, Teil eines

Ganzen zu sein, das war immer gefordert. Wird das Korsett zerstört, fällt alles auseinander. Es war nicht gut, daß es dieses Korsett gab.

Haben Sie, Herr Honecker, eigentlich selbst noch daran geglaubt, daß der Sozialismus auch freiwillig funktionieren könnte? Ohne Mielkes Apparat und Spitzelsystem? Ohne Pflichtbesuche von FDJ- oder Gewerkschaftsversammlungen, von Parteilehrjahren oder »Schulen der sozialistischen Arbeit«? Ohne das Wissen, daß der Kaderleiter oder ein anderer Chef auf dem Stellplatz zur 1.-Mai-Demonstration kontrolliert, wer gekommen ist und wer nicht?

Wahrscheinlich waren Sie und Ihre Kollegen an der Spitze auch einfach zu alt, um einen solchen Staat zu leiten. Vielleicht wäre ein etwas angenehmerer Sozialismus möglich gewesen, wenn Sie bedacht hätten, daß wir alle nicht auf Ihre Erfahrungen aus der Kommunistischen Jugendbewegung in den dreißiger Jahren zurückblicken konnten. Sie haben Klassenkampf erlebt. Aber wir? Wir wurden nur mit »A« und »I« im Klassenbuch der Schule nach der »sozialen Herkunft« in Arbeiter- und Intelligenzkinder sortiert. Die Idole und Ideale, die wir freiwillig akzeptierten, unterschieden sich deutlich von denen, die uns vorgeführt wurden. »Teddy« Thälmann, der armen Arbeiterjungen von seinem Schulbrot abgab, konnte doch keinen vom Fernsehhocker wegreißen und die Begeisterung für das Krümelmonster aus der Sesamstraße nicht mindern. Obwohl ich nicht vergessen habe, wie sehr mich die Postkarten-Aktionen für Angela Davis und Luis Corvalan beeindruckt haben. Da dachte das Kind glücklich, etwas zu bewegen. Der Westen wurde uns als menschenfeindlich präsentiert, aber leider produzierte er die besseren Klamotten. Auf die Ostprodukte, die »Wisent«-Jeans, konnten nur die Pechvögel etwas geben, denen keine West-Bekannten oder -Verwandten etwas schickten. Die »Kampfreserve« der siebziger und achtziger Jahre trug Levi's zum FDJ-Hemd.

Als ich während der Lehre, es war die Zeit des NATO-Doppelbeschlusses, sagte, ich hätte Angst vor der Zukunft, erklärte mir der FDJ-Sekretär der Berufsschule: »Dir fehlt der historische Optimismus der Kommunisten.« Die Worte waren alle ein paar Nummern zu groß; sie paßten nicht. Die Sprache der Dia-Ton-Vorträge im Staatsbürgerkunde-Unterricht war metaphernreich, aber wenig überzeugend. Wie da der West-Rundfunk verteufelt wurde, habe ich mir nur gemerkt, weil sich das außerhalb der Schule so gut weitererzählen ließ: »Musik ist die Lokomotive der ideologischen Diversion.« So etwas konnte einfach nicht die gewünschte Wirkung haben.

Warum eigentlich hielten Sie so viel vom schönen Schein? Das hat doch mit der Absicht, im Marxschen Sinne die Welt zu verändern, nur wenig

zu tun. Warum eigentlich mußte soviel inszeniert werden im Lande – von der Wahlreklame, für die sich Katarina Witt ablichten ließ, bis zu den wirtschaftlichen Erfolgen, die die Leute in den Betrieben anders erlebten? Und warum darf ein junger Mensch nicht einfach jung sein? Fanden Sie es nicht anmaßend, uns den Sinn des Lebens mit ein paar Worten zu umreißen? Was ich Ihnen besonders übelnehme, Herr Honecker, ist dieses ganze Militärzeug. Haben Sie jemals gesehen, wie furchtbar wir jungen Mädchen aussahen, wenn wir in Lagern der »Zivilverteidigung« oder »Wehrerziehung« graue oder bräunliche sackartige Anzüge tragen mußten? Ja, wir haben damals auch Vernünftiges gelernt; wie man einen Bewußtlosen in stabile Seitenlage bringt oder einen Verband wickelt, der nicht rutscht. Aber ich erinnere mich vor allem, wie ich ausgelacht wurde, weil mein Rhythmusgefühl nicht fürs Gleichschrittlaufen ausreichte, weil ich mich hoffnungslos mit Gasmaske und Schutzanzug verhedderte. Beim Werfen von Handgranaten-Attrappen bekam ich zu hören, bei meiner Weite würde ich mich selber in die Luft sprengen. Wir »Kampfreserve« in dem sich seiner Friedenspolitik rühmenden Staat wurden für einen Ernstfall ausgebildet, der mir solche Angst einjagte, daß ich bei jedem sehr lauten Flugzeuggeräusch über meinem Haus das Radio einschaltete. Weil ich gelernt hatte, daß die Nachrichtensender im Kriegsfall weiterarbeiten würden. Die Lager waren ein Ort, wo Macht ausprobiert wurde – von den Ausbildern und untereinander. Es ging schließlich um Punkte und die Gruppennorm. Da beobachteten sich die Freundinnen auch gegenseitig, daß keine mehrmals zu spät zum Appell antrat. Das Unterrichtsmaterial war widersprüchlich, empfahl für den Atomschlag mal helle, luftige, mal dunkle, enganliegende Kleidung. Man sollte sich mit dem Blick vom Atompilz weg auf den Boden werfen und den Kopf möglichst mit einer Aktentasche bedecken. Und das sollten wir ernst nehmen.

Es ist ja ein ganz normaler Vorgang, daß ein Mensch verteidigt, was ihm gehört. Also habe ich das Land, in dem ich geboren wurde und in dem ich lebte, natürlich auch verteidigt, wenn jemand von draußen schlecht darüber redete. Und obwohl ich wußte, daß ich aus meiner Bude mit Außenklo nicht so bald herauskommen würde, habe ich so manchem Westler vom einmaligen Wohnungsbauprogramm der DDR erzählt. Hinterher habe ich mich oft darüber gewundert. Kein Nestbeschmutzer sein zu wollen, das wurde uns irgendwie beigebracht. Vielleicht hielt die DDR auch deshalb so lange. Aber ja, sie blieb so lange bestehen, weil wir alle sie schützten.

Viele Dinge in meinem Alltag in der DDR fand ich damals normal, ich hatte mich an Erscheinungen und Verhaltensweisen gewöhnt, anderes habe ich einfach hingenommen – es mangelte mir an Mut, richtig zu

protestieren. Oft vermochte ich mir schlecht vorzustellen, wie man einen Zustand ändern könnte, wurde doch nur sogenannte »konstruktive Kritik« wahrgenommen. Das heißt, das Recht, etwas zu monieren, bestand eigentlich nur dann, wenn man auch einen Lösungsvorschlag für das Problem anbieten konnte. Seit einiger Zeit versuche ich, mir Rechenschaft darüber abzulegen, wie ich mich zu solch verqueren Regeln verhalten habe, wann ich was wie warum gesagt und getan habe. Beziehungsweise, und was ja auch wichtiger ist aus heutiger Sicht: nicht gesagt und nicht getan. Vieles kann ich erklären. Ich lebte in einem international anerkannten Staat, ich habe ihn selbst auch ernst genommen. Und doch fühlte ich mich in vielem beschränkt. Die sozialistische Persönlichkeit sollte sich nach Ihren Worten, Herr Honecker, frei entfalten können. Da hatte ich mich selber so weit »erzogen«, daß mich eine Reise in die BRD nicht gereizt hätte; doch auch der Wunsch, nach Frankreich oder Griechenland zu fahren, blieb unerfüllt – als ausgefüllter Antrag beim FDJ-Reisebüro »Jugendtourist«. Solche Erfahrungen hatten wir fast alle, so etwas macht mürbe. Ich werfe Ihnen vor, daß Sie das Volk Ihres Staates klein und unmündig halten wollten. Nicht aus Versehen, absichtlich.

Wie geht es Ihnen eigentlich mit jener Zeit? Sind Sie wirklich so mit sich im reinen, wie es Ihre Auftritte glauben machen?

Als Sie 1988 die sowjetische Zeitschrift *Sputnik* verboten hatten, begann das Ende der DDR. Die SED-Gruppe unseres Studienjahres, also fast alle Journalistik-Studenten dieses Jahrgangs, schrieben einen Brief an die Abteilung Agitation des ZK.

Als die Kommunalwahlen für den Mai 1989 vorbereitet wurden, waren wir im Redaktionspraktikum. Da konnte ich ein von mir verfaßtes Porträt einer jungen Frau, die als Abgeordnete kandidierte, in der Zeitung nicht mehr wiedererkennen. Ihre und meine Worte waren durch Phrasen und Losungen ersetzt.

Als diese Wahlen liefen, begann es mich vor meinem künftigen Beruf zu gruseln. Und ich wußte nicht mehr, was aus meinen Plänen werden sollte. Als ich mich traute, in die Wahlkabine zu gehen, sogar drei Namen auf der Liste durchzustreichen, zitterte ich – so ungewohnt war das.

Als in der Uni Leipzig die Stimmen ausgezählt wurden, war ich dabei. Weil das Gebrüll der Polizisten und das Gebell ihrer Hunde gegen die ersten Demonstranten so laut waren, mußten die Fenster geschlossen werden.

Als eines Nachts die Rundfunkberichte über die Schlacht gegen die Studenten in Peking kamen, hatte ich gerade mit mir selber auf meinen Geburtstag angestoßen. Ich habe geheult, als ich dann zu DDR-Sendern umschaltete und die Kommentare hörte.

Das Jahr 1989 brachte den Schlußakkord einer jahrzehntelangen Inszenierung, die angeblich wissenschaftlich gerechtfertigt war. In Wirklichkeit schufen Breschnew und Sie und viele, viele andere sich den Sozialismus nach Ihrem Bilde. Wir waren die Komparsen, wir hatten kleinere oder größere Rollen übernommen.

Wenn ich sage, es gehe mir nicht um Sie allein, Herr Honecker, sehe ich die Zwänge, in denen Sie sicher als Chef eines Staates innerhalb eines Staatensystems steckten. Noch dazu neben dem NATO-Land Bundesrepublik Deutschland, das den Bürgern Ihres Staates gut aus dem Fernsehen bekannt war. So sollte die DDR nach Ihrem Willen ein sozialistisches Musterländle werden.

Sie hätten den Job nicht annehmen müssen. Sie wollten ihn aber. Sie sind noch oberster Staats- und Parteichef geblieben, als Sie selbst schon bemerkt haben mußten, daß Sie die Übersicht verloren. Der Große Bruder hat Sie im Stich gelassen, Sie aber wollten retten, was noch zu retten war. Das machte alles nur schlimmer. Sie haben die Notwendigkeit einer Veränderung nicht einmal gesehen, als in der Sowjetunion längst die neue Politik ausgerufen und damit innerhalb des Staatensystems sanktioniert war. Sie haben zugesehen, wie alles zu einem Laienspieltheater verkam. Wann immer Sie Kontakte zu Ihrem Volk hatten, waren die Leute ausgewählt und hatten ihre Fragen auswendig gelernt. War Ihnen das nicht peinlich? Hatten Sie Angst vor uns?

Warum haben Sie zugelassen, daß sich bald jeder Festredner bei Ihnen persönlich für die Erhaltung des Friedens bedankte, als sei der Friede ein Geschenk von Ihnen? Jeder ehrliche Glaube an das Land Deutsche Demokratische Republik und seine gute Zukunft erstarb auf diese Weise nach und nach. Zumal die Bespitzelung schon Normalität war. Nicht nur Journalisten, ganz gewöhnliche Briefschreiber gewöhnten sich an die Schere im Kopf. Hat die Fernsehuhr Punkte oder Striche anstelle der Zahlen, wollte meine Kindergärtnerin wissen, denn daran konnte man Ost- und West-Fernsehen unterscheiden. So sollten wir in die »Kampfreserve« hineinwachsen. Der militärische Begriff spricht für eine bewußte Benennung: Eine Kampfreserve ist diszipliniert, nimmt Befehle entgegen und führt sie aus. »Wir erwarten, daß Sie noch disziplinierter von hier weggehen«, sagte ein Offizier der Zivilverteidigung zu uns im Lager, Februar 1988. Sie wollten uns gefügig haben. Daß Sie in diesem Sinne Diktator waren, werfe ich Ihnen vor. Sie sind in meinen Augen ein Demagoge von Staats wegen.

Aber es geht mir nicht um Sie allein. Als Sie abgesetzt wurden, war ich zum Studium in Moskau. Glücklich, im Land der Perestroika zu sein, verfolgten wir in jenen Tagen genau, was zu Hause passierte. Da meldeten die Spät-Nachrichten den Wechsel Honecker/Krenz. Lange überleg-

ten wir, ob das Grund genug sei, unsere einzige Flasche Sekt zu köpfen. Tags darauf hörten wir erleichtert von der Absetzung des Wirtschafts-Herrn Günter Mittag und des Chef-Informationsverteilers Joachim Herrmann. Es wuchs die Hoffnung auf eine effektive Ökonomie, auf die Aussicht, in den Zeitungen Tatsachen auch Tatsachen nennen zu können.

Wenn ich mich erinnere, wie Sie am 1. Mai und 7. Oktober auf der Tribüne standen und lächelnd zu Ihrem Volk herunterwinkten, ahne ich, daß Sie sich kein Bild davon machen konnten, was wirklich los war im Lande. Das ist keine Entschuldigung. Sie hatten den Job angenommen. Wer mit seinem Amt und den damit verbundenen Würden die Verantwortung trägt für ein Land, der hat die Pflicht, sich über die Zustände im Innern zu informieren. Sie haben das versäumt.

Es ist schwierig, mit diesen vergangenen Zeiten umzugehen. Ich merke, hier handelt es sich um ein Stück Lebensgeschichte, das abgeschlossen ist. Aber Erfahrungen und Eindrücke bleiben, haben ihre Spuren in meinem Kopf und meinem Wesen hinterlassen. Nach dem Ende der DDR gab es da einen Knick. Ich habe mich anders entwickelt, als es vorher möglich gewesen wäre, habe Bücher gelesen, von deren Existenz ich vorher nichts wußte, mache eine Arbeit gern, die es vorher so für mich nicht gegeben hätte. Bei der Diskussion über diese Zeiten sollten wir niemanden ausgrenzen, die Opfer nicht und nicht die Täter; es geht die etwas an, die in der DDR gelebt haben, und die, die in dem untergegangenen Staat eine Hoffnung oder einen Verhandlungspartner sahen.

Als die DDR 40 Jahre alt wurde, war ich vierundzwanzig. »Junge Bürger im Sinne des Jugendgesetzes«, entnehme ich einem Lexikon der DDR von 1978, »sind alle Bürger der DDR bis zum vollendeten 25. Lebensjahr. Vorrangige Aufgabe ist es, diese Jugendlichen zu sozialistischen Persönlichkeiten zu erziehen, die am Arbeitsplatz Vorbildliches leisten.« Im selben Buch, dem Lexikon *Jugend zu zweit*, finde ich unter dem Stichwort »Liebe« auch diesen Satz: »Wir lieben unser Vaterland, unser Volk, die gemeinsame Sache des Sozialismus.« Also noch einmal, Herr Honecker: Warum wollten Sie uns alles vorschreiben?

Ulrich Schacht
Der Sekretär der Schreibtischmörder

Eine Anklage

Ich mußte dem einstigen Vorsitzenden der FDJ, Sekretär der Sicherheitskommission des ZK der SED, Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, erst Ersten und späteren Generalsekretär des ZK der SED, Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates und Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, zeit meiner Existenz in seiner Diktatur nicht persönlich begegnen, um ihm zu begegnen. Doch die einzige Begegnung, die es gab, entsprach mit solcher Radikalität diesem Muster, daß sie, wie ich glaube, für mehr steht als nur für ein paralleles Sichkreuzen zweier Wege im unendlich Realen; sie steht vielmehr für den lebenslangen Versuch dieses Mannes, eigenständige Menschenwege, die nicht dem eigenen entsprachen, prinzipiell zu durchkreuzen.

1987, vierundzwanzig Monate vor dem glücklicher- und angemessenerweise farcenhaften Endspiel der zweiten deutschen Diktatur, wurde ihr zweiter Erster Sekretär, der Saarländer Erich Honecker, 75 Jahre alt. Wie alle alternden Diktatoren wollte auch dieser aus solchem Anlaß endgültig nach vorne schauen – in die Welt der Geschichtsbücher nach seinem Tod. Aber da man nach dem eigenen Tod schwerlich noch eingreifen kann, wenn es um jene Geschichtsbücher geht, von denen man träumt oder alpträumt, gestattete der inzwischen weißhaarige Diktator wandlitzscher Prägung seinen dafür zuständigen Adlaten einen vorausschauenden Rückblick Orwellscher Machart in die sonst nur schwer einsehbaren Archive der Partei-Gesellschaft. Gebündelt und in graues Leinen geschlagen (der von diversen Friedenspapieren und Mordbefehldokumenten inzwischen allseits bekannte, schwungvoll von links unten nach rechts oben laufende Namenszug des Sekretärs wurde wie ein Gütesiegel darauf eingeprägt), ergaben die freigegebenen Fotografien, Zitate und Datenreihen ein 300 glanzvolle Druckseiten starkes Epitaph zu Herrschaftszeiten: *Erich Honecker – Ein Leben für das Volk.*

Als ich mir das Buch kaufte, in Ost-Berlin, war die Mauer schon gefallen und die DDR kurz vor der Kante der schiefen Ebene, auf der sie seit dem ersten Tag ihrer Existenz dem historischen Nichts entgegen-

gerutscht war, angekommen. Es war also eingetreten, wovon ich immer geträumt und wofür ich nicht weniger kurz gekämpft hatte; aber mein Gang, den handlichen Grabstein Honeckers unterm Arm, über das Terrain des geschlagenen Feindes, das mir zugleich vertrautes, eigenes und also befreites Lebens-Gelände war, stürzte mich in eine merkwürdige Melancholie: Wer so und so schnell besiegt werden konnte, als es darauf ankam, war der es, fragte ich mich, überhaupt wert gewesen, daß man ihn so bekämpfte, wie ich es getan hatte? Jahraus und jahrein, Jahrzehnt um Jahrzehnt und immer mit dem Catoschen *Ceterum censeo* im Kopf und auf den Lippen!

Ach, dachte ich und sah mich wieder und wieder um (bis ich ein Café in der Friedrichstraße entdeckt hatte und dort wagte, in aller Öffentlichkeit den Grabstein in Augenschein zu nehmen): Der Feind, nur noch Reste einer armseligen Scheuche, vor der niemand den Hut gezogen haben wollte; und der Held von La Mancha bekam auf einmal Züge meiner eigenen Physiognomie ...

Doch mein Melancholie-Anfall währte nicht lange. Exakt auf Seite 43 des Bilderbuchs über einen weiteren deutschen Volksführer wurde ich daran erinnert, daß die Scheuche einmal sehr lebendig gewesen und mir genau dort über den Weg gelaufen war, wo sie sich in regelmäßigen Abständen fotografieren ließ, um der Welt im allgemeinen und der von ihm eingemauerten im besonderen zu beweisen, daß nie wieder Menschen auf diesem unmenschlichen Weg im Kreis herumstolpern müssen.

Das liest sich nun auf den ersten Blick mysteriös.

Auf den zweiten hilft ein kurzer Text in die lange Klarheit: »*Linke Seite:* Zuchthaus Brandenburg-Görden, Blick auf das Zellenhaus II, Flügel A (Aufnahme von 1937).«

Mein Blick ging nun mehrfach von rechts nach links und wieder zurück, blieb hängen an der Jahreszahl 1937, die sich immer dann veränderte, wenn meine Augen das genannte Zellenhaus erfaßten und absuchten: nach einem Gesicht. Nach meinem Gesicht. Hinter einem der vergitterten Fenster: 1974, 1975, 1976.

Hier also war es, Freundchen, dachte ich mir.

Hier also, unter diesen mit grauen schwedischen Gardinen versehenen Fenstern, auf einem mit unregelmäßig gebrochenen Steinplatten gepflasterten Vorhöllen-Parcours, im Nacken das diensteifrig Gleichschritt einpeitschende Gebrüll der Kapos, das fette Feixen der erhöht stehenden, blauschwarz uniformierten, in Breecheshosen und blankgewichsten Stiefeln Secondhand-SS spielenden Genossen Strafvollzugs-Polizisten, hier also wagtest du im selben Moment, deine brüllend-kitschige, verheuchelte und opferbeleidigende Befreiungs-Nummer abzuziehen, du Drecksack!

Ja, so dachte ich am Kaffeehaus-Tisch in der Friedrichstraße, 1990. Zugegeben ein wenig emotional, zugegeben ein wenig vulgär. Aber zugegeben erst ab Seite 45: Denn dort steht er, diese weitere deutsche Verkörperung der Banalität des Bösen, in linkischer Feldherrnhallen-Pose vor einer steinernen Schwurhand aus der Werkstatt eines volkskünstlerischen Nie-wieder-Symbolisten, die sich in der ehemaligen Hinrichtungsstätte des NS-Zuchthauses Brandenburg-Görden befindet. Die Bildlegende daneben gefällt sich in der schlichten Bemerkung: »Erich Honecker in der Gedenkstätte für ermordete Widerstandskämpfer im Zuchthaus Brandenburg-Görden«.

Einer von ihnen, soll sie suggerieren.

Einer von denen, die unter Todesandrohung für die Menschlichkeit gekämpft haben. Einer aus der Reihe der Scholl und Stauffenberg, der Breidscheid, Metzger und Seelenbinder ...

Aber das Foto zeigt mehr: einen weiteren Mann. Seinen Mann fürs Örtlich-Gröbere, in Front, sozusagen: klein, untersetzt, blauschwarz uniformiert, mit zusammengeschlagenen Hacken und einer Schirmmütze unter dem linken Arm, und auf den Schultern leuchtet das gold-silberne Flechtwerk eines Obristen der Arbeiter-und-Bauern-Macht.

Ackermann sein Name.

Damals, im April 1975, leitete er die Strafvollzugseinrichtung Brandenburg-Görden, wie es sich nannte, das damals größte Zuchthaus der zweiten deutschen Diktatur, die sich zu jenem Zeitpunkt in Helsinki als zivilisierter Staat aufspielen durfte, Honecker zwischen Schmidt und Ford beim Unterzeichnen des Bestandsgarantiepapiers, ein Grienen auf den schmalen Lippen, das nach rückwärts korrespondiert, in den Wald bei Compiègne 1940, der Führer hüpfte wie Rumpelstielzchen, schlug sich auf die Schenkel, griente die überlebenden Feinde noch einmal zu Tode. Besiegt, meine Herren! Merken Sie sich das, ein für allemal; wir haben Ihnen doch schon lange geraten, die Realitäten anzuerkennen.

Die Realitäten.

Weil ich sie nie anerkannte, sondern immer nur erkannte und das Erkannte beim Namen nannte, wurde ich zwei Jahre nach der totalen Machtübernahme Honeckers von Mitarbeitern seines Zentralkomitees zum Abschuß freigegeben. Die Stasi-Hierarchie von Schwerin bis Ost-Berlin bat die Partei devot um grünes Licht, und sie bekam es.

Ich wurde verhaftet.

Ich wurde in die U-Haft des MfS gesteckt.

Ich wurde vor das Bezirksgericht Schwerin gestellt.

Ich wurde von diesem Gericht zu 7 (sieben) Jahren Freiheitsentzug und 5 (fünf) Jahren Aberkennung der staatsbürgerlichen Rechte verurteilt.

Ich wurde im Anschluß daran vom Obersten Gericht der Deutschen Demokratischen Republik darüber informiert, daß mein formaler Protest gegen dieses Urteil als »offensichtlich unbegründet« verworfen worden sei.

Ich wurde in der Folge dieser Verwerfung ins Zuchthaus Brandenburg-Görden, das damals Strafvollzugseinrichtung Brandenburg-Görden hieß, eingeliefert.

Ich mußte dort fast drei Jahre Zwangsarbeit für den VEB Burger Bekleidungswerke verrichten, Strahlenschutzmäntel für alle militärischen Formationen der DDR produzieren, in stickigen Produktionshallen, Dämpfe giftiger Klebemittel standen unter der Decke, Mundmasken oder Atemschutzgeräte gab es nicht, den halben Liter Milch, den wir täglich erhielten, mußten wir selber bezahlen.

Ich flog für drei Wochen in den Arrestbunker, weil ich angeblich erneut »staatsfeindliche Hetze« betrieben hatte.

Ich überstand die einundzwanzigtägige Tortur auf einem januarkalten Steinblock, der mein Bett war.

Ich überstand körperliche Attacken von gedungenen Stasi-Spitzeln auf mich.

Ich organisierte erneut Widerstand, weil ich nicht aufhören konnte, die Realitäten zu erkennen, ohne sie anzuerkennen. Ich träumte weiterhin vom Sturz dieser Diktatur ins historische Nichts und ging zunächst einmal selber auf Reisen. Ich wurde erneut mit Handschellen versorgt, in ein Auto mit fünf Minizellen gepfercht und nach Karl-Marx-Stadt, das heute wieder Chemnitz heißt, befördert.

Ich wartete mit Dutzenden anderen politischen Häftlingen wochenlang auf den sagenumwobenen Wunderbus des Menschengroßhändlers Wolfgang Vogel.

Ich erlebte im November 1976 die Ankunft des Wunderbusses im Gefängnishof des Staatssicherheitsdienstes von Karl-Marx-Stadt. Ich erlebte die Stunde, in der man wieder menschliche Kleidung anziehen darf und eine Uhr am Handgelenk spürt.

Ich sagte ein letztes Mal auf Aufforderung hin einem gesichtslosen Gesicht meinen Namen, das Geburtsjahr und die Häftlingsnummer entgegen:

Ulrich Schacht, geboren 1951, 074045.

Ich hörte ein letztes Mal: Gehn Sie!

Ich war ein paar wahnsinnige Stunden später die DDR los, ihre Gefängnisse und Lügen, ihr grinsendes Verfaultsein, ihre barbarische Dummheit und die noch barbarischere Feigheit der Mehrheit ihrer Bewohner.

Ich hatte aber auch das andere verloren: die von Zerfall gezeichnete

Schönheit meiner Heimatstadt Wismar, die vertraute Landschaft Mecklenburgs, die Mutter, die tote Schwester, der ich ein halbes Jahr vor diesem Tag die letzte Ehre nicht erweisen durfte; Freunde, Verwandte, Geliebte, Kirchen, Plätze, Gassen und all die sagenhaften Orte der Kindheit an den Ufern der Wismarschen Bucht und der Insel Poel ...

Natürlich sind mir, wie allen anderen auch, an jenem 17. November 1976 im Wunderbus die Tränen über die Wangen gelaufen. Natürlich war ich so glücklich und unglücklich wie alle anderen neben mir auch. Und natürlich vergaß ich selbst in diesem Moment, da ich die Todeslinie wie in einem Akt des Neugeborenwerdens überfuhr, nicht all jene, die in den zurückliegenden Jahrzehnten exakt vor oder hinter dieser Linie gestorben waren: erschossen, von Minen zerrissen, verblutet.

Sie alle Opfer des Sekretärs der Schreibtischmörder. Hunderte. Männer, Frauen, Kinder, Greise: Menschen, deren Lebenswege durchkreuzt wurden mit Bleigarben und Stahlwürfelhageln, aus Maschinenpistolen und Selbstschußgeräten: »Erich Honecker«, sagt die Bildlegende auf S. 46, »in der Gedenkstätte für ermordete Widerstandskämpfer im Zuchthaus Brandenburg-Görden«. Während der Sekretär des Todes gedachte und sich beim Gedenken ablichten ließ, saß ich, einige Zuchthauswände weiter, die er aus seiner eigenen Häftlings- und Kalfaktorenzeit erinnerte, und sprach mit Freunden, die seinen Todesspielen entkommen waren. Einem hatten sie das Bein zerschossen, und weil das zu wenig war, gab man ihm 15 Jahre Freiheitsentzug mit auf den Rückweg in die spezielle sozialistische Menschengemeinschaft; nun humpelte er durch sein Unglück und spielte nicht selten mit dem Gedanken, an der Stelle des erschossenen Freundes zu liegen, statt hier dem Hohn der Realitäten ausgesetzt zu sein. Ein anderer, der nicht mehr hatte Soldat sein wollen, behandelte seinen mitpatrouillierenden Kameraden menschlich, der ihn bei erster Gelegenheit zu liquidieren versuchte; die Maschinenpistole im Anschlag, verteidigte der Fluchtwillige seinen Freiheitswillen, bis er sich – von zahllosen Maschinenpistolenträgern, lüsterne Finger am Abzug, umringt – ergab: das Leben anderer nicht einmal in Gedanken verletzend. Lebenslänglich lautete das Urteil der Justiz des Militärs des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR.

Gegen solche Fälle fällt mein Fall, denke ich, ab.

Das sind Opfer reinster Art, und sie teilen das Schicksal, reines Opfer zu sein, mit Zehntausenden.

Ich war nie ein Opfer des Systems des Sekretärs, weil ich immer ein Gegner des Systems des Sekretärs war. Ich bin nur ein Zeuge, der sein Verfolgtwerden in Kauf nahm, weil er sich weigerte, käuflich zu sein. Was also bezeuge ich? Und wen klage ich mit meinem Zeugnis an?

Diesen einen Mann und Menschen mit Namen Honecker?

Nur ihn? Oder auch all die anderen, die ihm dienten – mit Eifer und Dummheit, mit Intelligenz und Feigheit? Mit Gleichgültigkeit?

Ja, ihn klage ich an.

Ja, auch die, die ihm dienten. So oder so.

Aber sie haben verloren!

Haben sie das?

Ich habe meine Zweifel, denn ich klage nicht nur die an, die ihm dienten mit dem Schwur auf den Lippen: »Ich diene der Deutschen Demokratischen Republik!« Ich klage vor allem die an, die glaubten, den Sekretär der Schreibtischmörder und sein System anerkennen zu müssen. Die ihn ohne Not »einen unserer Brüder« nannten, als er auf Westreise kam. Die uns erzählten: »aber natürlich hat er sich in der Haft an seine kommunistische Grundüberzeugung geklammert – woran denn sonst? Als der Krieg zu Ende und er befreit war, wollte er sein Teil dazu beitragen, daß sich die Schrecken der Vergangenheit niemals wiederholen können – beitragen natürlich auf der politischen und moralischen Grundlage, die ihm in jahrelanger Haft ermöglicht hatte, seelisch zu überleben. Wer in der sicheren Freiheit des Westens will ihm das vorwerfen? Honecker ist ein Deutscher, der seine Pflicht erfüllen will – seine Pflicht, so wie er diese als ihm auferlegt empfindet.«

Sätze eines leibhaftigen Bundeskanzlers außer Diensten im Dienst einer deutschen Wochenzeitung, die mit dem Adjektiv »liberal« tatsächlich geistigen Adel verbindet. Geschrieben und gedruckt im selben Jahr, als das Epitaph zu Lebzeiten: *Erich Honecker – Ein Leben für das Volk* erschien. Am Ende der Entspannungspolitik herrschte die friedhofslebendige Symbiose der Pflicht-Bewußten, herrschte die offenbar deutscheste Form von mentaler Freiheitsverhunzung, die es gibt: Manchmal muß man für seine Ideale eben morden, manchmal organisiert man die Schrecken der Gegenwart nur, um die Schrecken der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Manchmal ist es am Kamin des Führers mehr als gemütlich, manchmal ist es dort rundum vertraut ...

Ich gebe zu, daß mich solche Sätze mehr quälten als die einsamen Nächte in den Stasi- und Gefängniszellen des Sekretärs. Wenn ich mein Haus oder meine Zelle im Herrschaftsbereich des Sekretärs verließ, waren die Dinge klar und geschieden. Der Sekretär hat nie zweideutig geredet, schon gar nicht zweideutig gehandelt: Er hat immer eindeutig die ganze Macht gewollt und sie gegen jeden mit aller Macht verteidigt. Da ihm sein Ziehvater, der sächsische Diktator Ulbricht, das Halbreich zwischen Elbe und Oder von 1945 bis 1971 schon in die allgemeine Lethargie hineinterrorisiert hatte, konnte er, der das brutale Werk seines Lehrmeisters mit der Organisation des Mauerbaus krönte, das Quälen und Leben-Zerstören subtiler angehen. So wie die Häuser zerfielen auch die

Menschen. Langsam und stetig. So wie das Land wurde auch die Gesellschaft vergiftet. Schicht um Schicht, Parteitag für Parteitag. Und so wie ihm die Kanzler, Parteiführer, Parlamentarier, Journalisten und Kunsthuren des Westens das Ewigkeitswort redeten, so glaubte er tatsächlich an seine künstliche Ewigkeit als natürlichstes Ding auf Jaltas weiter Erde.

Daß er eines Tages wieder vor Gericht stehen würde, war ihm so undenkbar wie seinen liebgewordenen Feinden. Seit einiger Zeit aber muß er die Realitäten erkennen. Daß er sie anerkennt, aber nicht erkennt (oder umgekehrt?), das hat er seinen deutschen Helsinki-Freunden immer vorausgehabt und immer noch, als er ihnen vom Gerichtssaal 700 aus zurief: »Daß an der Mauer Menschen erschossen wurden, daß ich der Vorsitzende des Nationalen Verteidigungsrates, der Generalsekretär, der Vorsitzende des Staatsrates der DDR war, der für diese Mauer als höchster lebender Politiker die größte Verantwortung trug, wußte jedes Kind in Deutschland und darüber hinaus ...«

Ja, Kinder, das nenn' ich ein veritables Geständnis. Aber nur wenn ich den Kontext außer acht lasse, in dem natürlich und letztendlich alles bestritten wird, was eigenständige Menschenwege seelisch und physisch mit tödlicher Konsequenz durchkreuzte. Mit solchen Sätzen gesteht der Sekretär der Schreibtischmörder nämlich mitnichten seine blutigen Sünden, vielmehr klagt er den Verrat seiner westdeutschen Spät-Interpreten an, die ihn einst einen »ehrenwerten Mann« nannten, einen »deutschen Pflichterfüller«, der nun vor Gericht stehen muß als gemeiner Totschläger. Das trifft ihn härter als all die Ausgrabungen auf seinen archivierten Killing-fields.

Nein, widerspricht der Sekretär deshalb und wird – auf seine verräterischen Lieblingsfeinde bezogen – sarkastisch: »Jeder macht sich vor der Geschichte so lächerlich, wie er will und kann.« Weil er längst weiß, worum es in Wirklichkeit geht: »Wer ein pflichtbewußter Bürger der DDR war, soll mit einem Kainszeichen gebrandmarkt werden.«

Der Mann tut mir leid.

Und ich bezeuge deshalb, daß Erich Honecker, der Sekretär der Schreibtischmörder, in der Tat nur seine Pflicht erfüllt hat. Über vier Jahrzehnte lang. An mir auch. Aber nicht nur an mir.

Feuchtwangers Flirt mit Stalin

VERLAG
J. B. METZLER

Karl Kröhnke
Lion Feuchtwanger –
Der Ästhet in der Sowjetunion
Ein Buch nicht nur für seine Freunde
1991. X, 321 Seiten, kart., DM 54,–
ISBN 3-476-00791-X

Karl Kröhnke trägt erstmals alle eruierbaren Fakten über Lion Feuchtwangers Moskau-Aufenthalt 1937 und sein Verhältnis zum Kommunismus und zu Stalin zusammen. Diese kritische Spurensicherung stützt sich u.a. auf bislang unveröffentlichtes Material. Er unterzieht Feuchtwangers eigenartiges Selbstverständnis eines bürgerlichen »Sympathisanten« des Kommunismus einer genauen Analyse: eine – wie sich zeigt – unhaltbare und letztlich unverantwortliche Konzeption, mit der Feuchtwanger die tiefe Sinnkrise des Intellektuellen und Schöngeistes zu bewältigen versucht hat. Die provokanten und oft witzigen Bemerkungen zu Feuchtwanger, seinen Zeitgenossen und Zeitumständen geben manche Anregung über den »Fall« Feuchtwangers hinaus.

»Ein kurzweiliger, provozierender und zum Widerspruch anregender Gang durch Feuchtwangers Schreibsalon.«
Frankfurter Rundschau

J. B. Metzler Verlag
Postfach 10 32 41
7000 Stuttgart 10

Alexander Osang
»Ein lustiges Rotgardistenblut«

Aus dem Leben des E.H.

»Von all unseren Kameraden war keiner so lieb und so gut,
wie unser kleiner Trompeter, ein lustiges Rotgardistenblut.«
(Aus E.H.s Lieblingslied)

Sie würden gern wissen, wie lange er noch zu leben hat, nicht wahr? Schätzen Sie doch einfach mal. Ja, Sie da! Ein halbes Jahr? Ein Jahr? Gucken Sie ihn sich an. Richtig genau. Sieht so ein Mann aus, der bald stirbt? Niemals. Wie aufrecht er da sitzt, jetzt, wo wir ihn anschauen. Klar, er hat ein bißchen abgenommen, die Brille wirkt größer als sonst, der Kopf irgendwie dreieckig, und auch die Nase kam uns früher eindeutig kleiner vor. Aber sehen Sie doch, jetzt, er lächelt sogar. Das gibt es wohl nicht, er lacht uns aus! Sie sind entrüstet, nicht wahr? Ja, Sie, der Sie gerade den Finger nach Honecker ausstrecken.

Gehen Sie. Los raus hier! Kaufen Sie sich die *Bild*-Zeitung, den *Spiegel* oder die *Super-Illu*. Von mir jedenfalls werden Sie nichts erfahren über rechte untere Leberlappen, Nierenzellkarzinome oder Tumore, die »mittelgradig oder gar rasch« voranschreiten. Warum sind Sie jetzt enttäuscht? Bringt Ihnen das was, den Verfall eines Menschen zu beobachten? Hätten Sie gern selbst ein Verfallsdatum auf der Stirn? Wäre das okay? Na!

Aber lassen wir das. Komisch, daß wir Schreiber alle moralisch werden, wenn's um Erich Honecker geht. Rudolf Augstein verprügelt die deutsche Justiz für diese »Farce«, Rolf Schneider wundert sich, daß er Erich Honecker gegenüber keine »wütende Aversion« empfinden kann, die *Prawda* ruft: »Verzeih uns, Erich Honecker«, die *FAZ* will ihn verurteilt sehen genau wie jemand, der Rolf Gunkel heißt und im *Berliner Kurier* schrie: »Her mit Honecker!«

Aber fangen wir von vorne an. Im Saarland. Ich werde Ihnen von Erich Kraushaar erzählen. Sie kennen ihn nicht? Kein Problem, Kraushaar ist nur ein kleiner Kneipenwirt in Wiebelskirchen. Richtig, genau jenes saarländische Wiebelskirchen, in dem Erich Honecker zum Kommunisten reifte. Kraushaar nennen sie dort auch den roten Erich, weil er früher in der DKP war und in der Schalmeienkapelle Wiebelskirchen mitspielte, die durch Erich Honecker so berühmt wurde. Ich stand also vor ein paar

Monaten an seiner Theke, und plötzlich fing der Mann an zu weinen. Überraschend dicke Tränen kullerten da aus seinen kleinen braunen Schweinsäuglein.

Kraushaar weinte um die Sache. »Soll denn alles umsonst gewesen sein?« fragte er mich mit tränenerstickter Stimme. »Der Kampf der Arbeiter, den mein Vater schon gekämpft hat? Sind sie umsonst gestorben? Jetzt ist die DDR weg und auch die Sowjetunion. Jetzt habe ich keine Träume mehr.« Auch der Wirt hat jenes seltsame emotionale Verhältnis zu Honecker. Er sieht den kleinen Generalsekretär gebrochen durch seine Träume. Er hoffte, daß ihm sein Landsmann abnimmt, wozu er selbst seit langem zu bequem geworden war. Irgendeine diffuse Last, die nichts mit dem Umsatz seiner Kneipe zu tun hatte.

Es hat sich herausgestellt, daß sie eigentlich auch Honecker viel zu schwer war. Seit langem. Vor drei Jahren hat er sie dann fallenlassen. Aber bleiben wir in Wiebelskirchen.

Kraushaar guckte mir über die Schulter, raus aus dem Kneipenfenster ins unscharfe, tränenverschmierte Nirgendwo. Seine Kneipe »Zur Höh'« liegt in einer schmalen Gasse, die Honecker vielleicht wiedererkennen würde. Hier ist die Straße noch aus Pflastersteinen, und die Häuser sind dunkel.

Ansonsten aber hätte der ehemalige Generalsekretär mit dem heutigen Wiebelskirchen wohl ähnliche Probleme wie mit dem Rest der Welt. Er würde keine klaren Konturen mehr erkennen. Die Widersprüche verschwimmen. Der Klassenfeind hat sich rosarot angemalt. Das Stahlwerk ist längst geschlossen. Die Arbeiterklasse schenkt Bier aus, repariert Opels, verkauft Versicherungen. Sie spart aufs neue Auto. Können Sie mir folgen?

Damals, im Sommer 1912, war die Welt noch in Ordnung. Gut und böse waren klar voneinander zu trennen. Selbst Peter Przybylski (der »Staatsanwalt«, dessen Brillengläser im DDR-Fernsehen immer genauso fies blitzten wie sein Parteiabzeichen – Sie erinnern sich?) muß in seinem Buch *Tatort Politbüro* zugeben: »Tatsächlich war Honecker, als er am 25. August 1912 ... das Licht der Welt erblickte, nicht gerade in eine freundliche Wirklichkeit hineingeboren worden. Die Zeiten waren schlecht, die Wohnung kalt und zu klein, der Arbeitsplatz des Vaters unsicher.«

Nicht zufällig flieht der Autobiograph Honecker (*Aus meinem Leben*, 1980) immer wieder in jene ersten saarländischen Jahre zurück, um der Arbeiterklasse der DDR klarzumachen, wie gut sie es hat. So erinnert er sich im Kapitel »Die millionste Wohnung«: »Aus eigenem Erleben sind mir die Wohnverhältnisse der arbeitenden Menschen sehr gut vertraut. Im saarländischen Wiebelskirchen ... hatte ich reichlich Gelegenheit, die

oft bedrückenden Wohnbedingungen der Berg- und Hüttenarbeiter kennenzulernen.« Die Jugendzeit in ihrem deutlichen Schwarz-Weiß ist ein gutes, festes Terrain, das Honecker ungern verläßt. Hier fühlt er sich sicher, hier wird er, ganz im Gegensatz zu seiner sonstigen Art, rührselig und ausschweifend. In seiner Autobiographie zitiert er aus Landserliedern. »Flandern ist ein schönes Ländchen, tralali, tralala. Darinnen gibt es schöne Mädchen, tralali, tralala.« Hören Sie auf zu lachen!

Glaubt man Honecker, hat alles am 9. November 1918 angefangen. Sein Vater steckte dem sechsjährigen Erich, »wie verhängnisvoll es gewesen sei, daß der Arbeiter- und Soldatenrat an der Saar auf Führung und wichtige Machtpositionen verzichtet habe«. Ein Umstand, der den Jungen dermaßen beeindruckte, daß er »sich früh schon, sehr früh politisch betätigt hat«, wie sich Mitschüler Honeckers erinnerten. Man hört, er sei »ein guter Rechner« gewesen, »ein netter Kerl«, und »wenn er mal Prügel bekam, hat er immer gelacht. Der Erich konnte einfach nicht heulen.« Das hat er auch später nicht gelernt, wie Sie wissen.

Nicht einmal während der bittersten Niederlage seines politischen Lebens, am 17. Oktober 1989, vergoß Honecker auch nur eine Träne. Damals, in jener Politbürositzung, in der Stoph seinen Abtritt forderte, als Mittag zustimmend nickte und Mielke drohte: »Erich, wenn du nicht zurücktrittst, dann sage ich hier Dinge, die ich eigentlich mit in mein Grab nehmen wollte.« Honecker weinte nicht, er sagte: »Dann rede doch.« Vermutlich hatte er dabei diesen verkniffenen Zug um den Mund, den wir alle so gut kennen. Irgendwas zwischen Lachen, Bocken und Pfeifen. Ein Lippenspitzen, mit dem der junge Erich die Prügel tränenlos überstand.

Es ist kaum zu glauben, daß dieses trotzköpfige, stolze Schreischmunzeln bereits in den Tagen der Novemberrevolution in die Lippen des erst sechsjährigen Honecker gegossen wurde. Und doch irgendwie schlüssig. »Damals, in den Tagen der Novemberrevolution ... erklärte mir mein Vater in seiner einfachen Art, warum die Reichen reich und die Armen arm sind ... Für mich war das einleuchtend. Ich gewann ein klares Weltbild. Ich kann mich an keinen Augenblick in meinem Leben erinnern, da ich an unserer Sache gezweifelt hätte.« Er hatte ein klares Weltbild. Das war es.

Was war Honecker von Beruf? Sie glauben es zu wissen, ja? Sagen Sie's! Dachdecker? Ich dachte mir, daß Sie das sagen würden. Eben nicht. Nein, er war überhaupt kein Dachdecker. Er hat die Lehre nicht zu Ende gemacht! Und wir waren felsenfest davon überzeugt, er sei Dachdecker gewesen! Honecker hat nicht die kleinste Anstrengung unternommen, uns das auszureden. Noch 1988 fand der Ehrengast in der zweimillionsten Wohnung einen jungen Arbeiter vor, der sich freute, wie der Gene-

ralsekretär Dachdecker zu sein. Honecker widersprach nicht. Vielmehr stieß er mit dem vermeintlichen Berufskollegen mit einem Korn an (»nach Arbeiterart«) und machte einen seiner unnachahmlichen Scherze. »In diesem Beruf hat man einen guten Überblick.« In solchen Momenten pflegten sich vielköpfige Delegationen – man staunte immer, wie viele Funktionäre und Sicherheitsbeamte in ein Neubauwohnzimmer passen – in einen einzigen großen Lachsack zu verwandeln. Honecker muß sich für einen richtigen Spaßvogel gehalten haben.

Jedenfalls räumte er mit dem weitverbreiteten Trugschluß, er sei Dachdecker von Beruf, nie wirklich auf. Weniger wohlmeinende Honecker-Biographen wie der fürchterliche Przybylski glauben den Grund zu kennen: »... hätte die Wahrheit doch einen winzigen Schatten auf die Bilderbuchkarriere des Topfunktionärs werfen können.« Nun, was Przybylski angeht, so stellt er sich recht energisch in den Heiligenschein Honeckers, um möglichst große Schatten auf dessen Lebenslauf zu werfen.

Es ist eigenartig, daß man Honecker heute nicht wenigstens seine ersten Jahre läßt. Freudig wird festgehalten, daß er seinen Beitritt in die KPD vordatiert habe; in der geballten Faust des Rotfrontkämpferbundes, in dessen Spielmannzug der junge Honecker trommelte, sieht man »ein Sinnbild für die Intoleranz, mit der Honecker über Jahre hinweg jene, die eine abweichende Meinung vertraten, um ihre berufliche Existenz brachte, verfolgen oder einsperren ließ«. Aus der Zeit seines etwa einjährigen Aufenthaltes an der Lenin-Schule in Moskau Anfang der dreißiger Jahre scheint vor allem eines hängengeblieben zu sein: Honekker saß vier Reihen hinter Stalin im Präsidium.

Sie müssen lernen, daß jemand, der heute ein Schurke ist, früher kein guter Mensch gewesen sein kann. Also wird auch am letzten Fuß gesägt, dem Antifaschisten Honecker. Fragen Sie heute mal jemanden, der so ein bißchen was über Honeckers Leben quer gelesen hat. Er wird Ihnen sagen, daß Honecker im Gestapo-Verhör wohl irgendwie eine tschechische Kommunistin ans Messer geliefert hat. Die Einzelheiten habe er jetzt nicht mehr so parat, wird er Ihnen sagen. Ja, und dann in Brandenburg, während der zehn Jahre Zuchthaus, da war er wohl auch nicht so vorbildlich, der Genosse Honecker. Mit solchen Sätzen schreibt man das ins Unterbewußtsein des Volkes: »Die Zeit, die er in Einzelhaft verbringen mußte, war kürzer bemessen als bei manchem Mitgefangenen.« (Natürlich Przybylski, wer sonst.) Wenn man erst einmal so richtig unten durch ist bei der Volksseele, wird einem sogar zur Last gelegt, daß man während der zehn Jahre Zuchthaus bei den Nazis nicht lange genug in der Einzelzelle saß.

Wie soll ich Ihnen Honecker vorstellen? Je mehr ich über ihn lese,

desto mehr zerfließt sein Bild. Übrig bleibt eine kleine schmutzige Pfütze. Die Biographie eines kleinkarierten saarländischen Intriganten, »von dem schwierigen sprachlichen Umgang mit Fremdwörtern ganz zu schweigen«. Ach was, noch geben wir nicht auf!

Im Februar 1946 mußte Erich Honecker einen Fragebogen ausfüllen. Unter Punkt 15 soll er beantworten: »Welche Zeitungen sowie politische, wissenschaftliche und andere Bücher haben Sie gelesen? (Geben Sie Titel und Verfasser an.)« Honecker hat dahintergeschrieben: »Zahlreiche Zeitungen. Bücher weniger.« Bestimmt kann man auch diese Auskunft Honecker zur Last legen. Ha, da weicht er aus. Er will wohl nicht zugeben, daß er lediglich Groschenromane gelesen hat. Mich rührt die Antwort. Sie erinnert mich an meine Ängste.

Ich will nicht übertreiben. So richtig gemocht habe ich Honecker nie. Ich konnte diesen eigenartigen Lippenschlag nie deuten. Außerdem war er schrecklich langweilig. Andererseits repräsentierte er mein Land. Wenn er dann die Gäste empfing, vor allem die gut gebildeten aus dem bürgerlichen Lager, machte man sich schon seine Sorgen. Worüber hat der Mann sich fünfzehn Stunden mit Helmut Schmidt unterhalten? Lachte man im Vatikan über unseren ungehobelten Arbeiter? In den Nachrichtensendungen sah man Honecker mit seinen Staatsgästen lächelnd auf der Couch sitzen, anfangs hörte man noch ein paar dieser jodelnden Laute, die er stets von sich gab, dann wurde der Überbildkommentar eingesprochen. Man sah nur noch, wie Honecker die Lippen bewegte.

Bohrende Fragen peinigten mich. Man kannte ja seine Reden. Man ahnte, wie es um sein Improvisationstalent bestellt ist. In guten Stunden war er bei Rundgängen durchs Wohngebiet zu außerprotokollarischen Ausrufen wie »Und wie gefällt's euch hier?« fähig. Bei der Enthüllung des Thälmann-Denkmals an der Greifswalder Straße ballte er überraschend die Arbeiterfaust, als das Tuch fiel. Nachher erkundigte er sich bei seinen Genossen: »War doch gut so? Oder?« Ja, gut, Erich. Und beim Leipziger Messerundgang kommentierte er eine neue Schrankwand, aus der man ein Bett klappen konnte, mit den Worten: »Ideen muß man haben!« Nach einer kurzen, unschlüssigen Pause lachte der ganze Messestand erleichtert und ausgelassen. Der Generalsekretär hatte einen Scherz gemacht.

Aber dort standen Kollegen und Genossen, die über Unzulänglichkeiten ihres Staatsratsvorsitzenden unterwürfig hinwegsahen. Das war vom Staatsbesuch nicht unbedingt zu erwarten. Hält Honecker das durch, fragte ich mich beim Blick auf den Zweisitzer. Kann der Dolmetscher noch was ausbügeln? Was macht er nur, wenn er jetzt nicht nach den jüngsten Abrüstungsvorschlägen der Sowjetunion gefragt wird? In sol-

chen Momenten tat er mir ziemlich leid. Er wirkte alleingelassen. Erinnern Sie sich noch, wie DDR-Besucher Helmut Schmidt 1981 bis zum Schluß in seiner Tischrede redigierte? Mich hat das sehr beeindruckt damals. So etwas war von unserem Genossen Honecker nicht zu erwarten. Das war wohl auch gut so. Unsere Befürchtungen waren nämlich nicht unbegründet. Wie Honeckers Protokollchef Franz Jahsnowski kürzlich enthüllte, mußte er mit Honecker stundenlang üben, damit er wenigstens die Namen der weltbekannten Persönlichkeiten richtig aussprechen konnte. »Dennoch sagte er immer ›Mischael‹ zu Gorbatschow. Die afrikanischen Präsidenten sprach er vorsichtshalber gar nicht erst an.«

Erklärt das etwas? Sie wissen es nicht? Nun, ich auch nicht. Aber vielleicht bemerkte Honecker irgendwann, daß er mit seinen rhetorischen Fähigkeiten außerhalb von Wiebelskirchen (dort galt er überraschenderweise als guter Redner) nicht allzuviel hermachen konnte. Vielleicht verließ er sich gerade deshalb nach dem Krieg vor allem auf seinen Machtinstinkt. Womöglich erklärt dieses »Bücher weniger« doch einiges. Jedenfalls achtete Honecker in der Folgezeit vor allem auf Kräfteverhältnisse. Eigentlich taperte er bis zum Ende der DDR immer Leuten nach, die er für kompetent oder aber mächtig hielt.

Zunächst war das Walter Ulbricht. Honecker begab sich auf kürzestem Weg an die Seite des Parteichefs und verharrte dort. Im Schatten des exzentrischen Sachsen lernte er, mit der Macht umzugehen. Es ist etwas ernüchternd, dies heute in den Geschichtsbüchern erkennen zu müssen. Aber eben dieser Umstand schien auch in den »sozialistischen« Ländern der zuverlässigste Garant für politischen Erfolg gewesen zu sein. Der 17. Juni 1953 erteilte Honecker in dieser Beziehung offenbar eine wichtige Lektion. Seine maßlosen Forderungen an die Arbeiter, sein Hang zum Personenkult und seine Alleingänge schlugen Walter Ulbricht im Sommer 1957 um ein Haar die Beine weg. Im Politbüro fand sich sogar eine Mehrheit, die den Ersten Sekretär stürzen wollte. Honecker wußte wohl, was das für ihn bedeutet hätte, nicht aber, was zu tun ist. »Alle fallen über Walter her«, stöhnte er ohnmächtig. »Er wird wohl unterliegen. Aber das schlimmste ist, ich weiß nicht, wie ich mich verhalten soll ...«

Das sollte Honecker nicht noch einmal passieren. Durch einen Crashkurs an der Moskauer Parteihochschule gestärkt, schüttelte er sich den letzten Rest Unentschlossenheit Mitte der fünfziger Jahre endgültig aus dem Charakter. 1956 wurde Honecker Sekretär der Sicherheitskommission des Zentralkomitees, ein Jahr später griff er in dieser Funktion bereits gnadenlos gegen die Opposition im Politbüro (ja, so etwas gab es auch!) durch. Mit Gerhart Ziller, Karl Schirdewan, Fred Oelßner und Ernst Wollweber hatten sich in der Parteispitze Leute gefunden, die den

hirnrissigen, volksfremden Ulbricht-Kurs nicht mehr mitgehen wollten. Mit einer geschickten Intrige schalteten Honecker und Ulbricht ihre Kritiker aus. Honecker trat als Chefankläger auf und probierte sich an Worten wie »kleinbürgerlicher Größenwahn«, »grenzenloser Unfehlbarkeitsdünkel« und »fraktionelle Tätigkeit«. Ziller nahm sich das Leben, die anderen flogen aus ihren Positionen. Das war im Februar 1958. Noch im selben Jahr rückte Honecker ins Politbüro auf. Sein Gewissen hatte er inzwischen abgegeben. 1961 war Erich Honecker mehr oder weniger am Bau der Mauer beteiligt.

Im gleichen Stil und unter geschickter Einbeziehung Moskaus servierte er später seinen einstigen Protegé Walter Ulbricht ab. Honecker beklagte sich bei Breschnew über den immer tutteliger werdenden Ulbricht und ließ sich vom KPdSU-Chef 1970 versichern: »Es ist doch schon jetzt so, daß sich die Dinge immer mehr in deiner Hand konzentrieren ...« Ein Jahr später schoß er mit einem Brief nach Moskau den greisen Walter Ulbricht endgültig ab. Hier nur Auszüge: »... verfolgt Genosse Walter Ulbricht eine persönliche Linie, an der er starr festhält.« – »Leider können wir nicht umhin, festzustellen, daß sich bei Genossen Walter Ulbricht in letzter Zeit bestimmte negative Seiten seines auch ohnehin schwierigen Charakters immer mehr verstärken.« – »Aus vielen Bemerkungen geht hervor, daß sich Genosse Walter Ulbricht gern auf einer Stufe mit Marx, Engels und Lenin sieht.« Oha, Lenin – das ging dann selbst Breschnew zu weit. Wenige Wochen später war Honecker der erste Mann im Land.

In seiner Autobiographie vermittelt Honecker verständlicherweise nichts von den Hintergründen des Machtwechsels. »Auf der 16. Tagung am 3. Mai 1971 wählte mich das Zentralkomitee der SED einstimmig zu seinem Ersten Sekretär. Walter Ulbricht hatte darum gebeten, ihn von dieser Funktion zu entbinden«, heißt es dort zwischen den Kapiteln »Der Jugend neue Horizonte« und »Unter den entwickelten Industriestaaten der Welt« lapidar. Eines allerdings ist ihm bedingungslos abzunehmen. »Für mich war es, wie jeder begreifen wird, eine besonders denkwürdige Stunde. Die Partei der Arbeiterklasse, in deren Reihen ich damals seit über vier Jahrzehnten wirkte und die den Sinn und Inhalt meines gesamten Lebens ausmacht, hatte mich an ihre Spitze berufen.« Honecker hatte es geschafft. Die Karriere für die Sache stand längst über der Sache selbst.

So sollte es bleiben. Den Rest kennen wir. Honecker vergaß seinen guten Vorsatz, diesen Beruf nur bis zum 65. Lebensjahr auszuüben. Er machte Ulbrichts Fehler, und Krenz hätte wahrscheinlich seinen gemacht, wenn Honecker die Karre nicht zu weit in den Dreck geschoben hätte.

Sie werden in diesem Buch sicherlich eine ganze Menge über die letzten Jahre erfahren. Über die letzten Worte, die letzten Intrigen, die letzten Befehle und Zuckungen. Doch eigentlich war damals schon alles vorbei. An jenem 3. Mai 1971 war Honecker angekommen. Er hatte überhaupt keinen Antrieb mehr. Alles, was er noch tat, war, an seinem Bild zu malen. Er tat es nicht der Sache wegen. Er tat es um seiner selbst willen. Er raffte auch noch den Titel des Staatsratsvorsitzenden, er machte dem Volk uneinlösbare Versprechungen, er hakte Besuchsreisen ab, empfing Gäste und heimste internationale Anerkennung ein. Er hängte sich wieder nur an Leute, die er für kompetent hielt. Sie hießen Mittag, Strauß oder Schalck-Golodkowski und sollten ihm seine Macht sichern. Er hat eines der vielversprechendsten Menschheitsideale verraten. Er hat Erich Kraushaar zum Weinen gebracht. Er ist krank geworden. Er hat Erich Mielke zu seinem zweitbemerkenswertesten Satz aller Zeiten verleitet. »Lassen Sie ihn in Ruhe. Es geht ihm nicht gut«, forderte der ehemalige Stasi-Chef den *Spiegel* auf. Er hat mich nicht mehr überrascht. Er hat keine Bücher gelesen. Er ist irgendwie unwichtig geworden. Er hat keine Strafe verdient.

Er wird Ihnen nicht viel sagen können. Sie werden enttäuscht sein.

Reimer Hinrichs
Krankheit ohne Leidensdruck

Psychogramm des Angeklagten

I Einleitung

Ziel dieses Psychogramms ist die Beleuchtung und Enträtselung des seelischen Phänomens Erich Honecker (im Folgenden E.H.); Grundlage ist das *von ihm Gesagte*. Am besten wäre hierfür die Ebene des persönlichen Gesprächs gewesen; ich hatte E.H. schriftlich um einen Untersuchungstermin gebeten, als Antwort erhielt ich einen Zettel mit seinem Autogramm. Daher kann dies Psychogramm nur ein Gutachten nach Aktenlage werden; ich stütze mich dabei im wesentlichen auf das vom Februar bis Mai 1990 geführte Interview mit E.H. und seiner Frau (Reinhold Andert, Wolfgang Herzberg: *Der Sturz*, Berlin und Weimar 1990, 455 Seiten, zitiert als AH mit Seitenzahl).

Das Psychogramm möchte Erkenntnis und Verständnis erreichen an Stellen, die bisher dunkel waren. Der Akzent muß auf den Themen »Kindheit und Wiederholung« liegen, aus psychoanalytischen Gründen und aus Gründen des begrenzten Raumes.

Wichtig ist hierbei, daß es um Enträtselung geht und nicht um Entlarvung. Das Undankbare am analytischen Zugang liegt allerdings in der notwendigen Konzentration auf die unbewußte Ebene des Klienten, die typischerweise das »Unsympathische« enthält, im Zweifel die egoistischen, gierigen, unmoralischen und chaotischen Charakteranteile, die Bereiche unterhalb der kortikalen Ebene, Bereiche, die ja nicht grundlos vom Bewußtsein ferngehalten werden; wir betrachten also das sogenannte prägenitale Niveau des Klienten, seine Entwicklungsdynamik.

II Entwicklungsdynamik

1. Primärfamilie

Zum Thema »Eltern« unterläuft E.H. eine bahnbrechende Fehlleistung, die vorangestellt werden muß, weil ihre Bedeutung nicht überschätzt werden kann: »Meine Mutter und meinen Vater habe ich *mein ganzes Leben lang* vermißt [Hervorhebung R. H.] und vermisse sie auch noch

heute« (AH 113). Er vermißte die Eltern also schon seit seiner Geburt und lange vor ihrem Tod (die Mutter starb 1963, der Vater 1969). Das Thema des seelischen Waisenkindes bestimmt wie eine Ouvertüre E.H.s Schicksal.

E.H. wuchs auf in Wiebelskirchen im Saarland; der Vater war Bergarbeiter, die Mutter hatte sechs Kinder zu versorgen, die Familie lebte aber im eigenen (ererbten) Haus mit Terrasse und Garten. E.H. war nicht nur ein Sonntagskind, sondern hatte, als einziger der drei Söhne, auch ein Zimmer für sich allein, in der Beletage; die Brüder schliefen unterm Dach (AH 114). Der scheinbare Gegensatz zwischen seelischer Verwaisung und Sonntagskind wird aufgehoben durch den gemeinsamen Aspekt der Vereinzelung und Einsamkeit. Die Einsamkeit war das, was E.H. durch die Annäherung an das Kollektiv vermeiden wollte; sie holte ihn desto unvermeidlicher immer wieder ein.

Die erste Erinnerung bezieht sich auf das Kollektiv: »Mir hat besonders der Zusammenhalt seiner [des Ortes] Bewohner ... gefallen« (AH 103). Dies ist wichtig, weil eine solche frühe Betonung des Kollektivs bereits die Abwehr des Individuellen andeutet, in unserem Fall die Vermeidung der ängstigenden Einsamkeit.

2. Vater, Kollektiv und Aggression

Nehmen wir die frühen Erinnerungen an den Vater: E.H.s Vater war Kommunist und in E.H.s Kindheit in mindestens fünf Funktionärspositionen aktiv (Vertrauensmann, Sicherheitsmann, Gewerkschaftsmitglied, USPD-Mitglied, Mitglied des Gemeinderates). Diese Einbindung war geprägt vom Wunsch des Vaters, nach vorne zu kommen (AH 108). Der Sohn übernahm diese Impulse; daß »vorne« und »oben« psychodynamisch das gleiche bedeuten, bestätigt E.H. eindrucksvoll bei der eigenen Berufsbeschreibung des Dachdecker-Lehrlings: »Man konnte immer ›hoch hinaus‹« (Honecker 1981: 31), also damals schon zur Sonne; die Verwirklichung dieses Wunsches war im politischen Leben an die Gruppe gebunden. Die Gruppe aber, Prototyp des Kollektivs, ist eine kleine Masse und damit primitiver als das Individuum. Eine wesentliche frühe Orientierung E.H.s ist das Kollektiv, in dem das Individuum abgewertet wird, in dem es aber auch nicht alleine ist.

Was war das Besondere an dieser Gruppen-Orientierung? Sie war nicht aus sich selbst substantiiert, sondern aus der Relevanz des Feindbildes, aus der Gegnerschaft: »Wir hatten ja einen Gegner, und der hat uns zusammengeschlossen« (AH 130). Dies ist die Definition des Selbst durch etwas Anderes, Äußeres. Die Quelle dieses Bildes wird auch genannt, der Platz der Familie war »ein ganz einfaches Bergarbeiterhaus,

eingeklemmt zwischen zwei größeren Häusern« (AH 105). Hier ist die primäre Angst zu sehen: Angst durch Enge, durch Einengung von Seiten der »Größeren«, im Zweifel durch das kafkaeske »Direktorium«, mit dem sich der Vater dauernd auseinandersetzen mußte (AH 104).

Diese Angst vor dem Großen draußen paarte sich unheilvoll mit der intrapsychischen Angst vor Einsamkeit. Der seelisch gesunde Ausweg wäre gewesen, das eigene Innere zu vergrößern, damit das Äußere nicht mehr soviel Angst machen muß. Wir werden sehen, daß dieser Weg individuell versucht wurde, aber im 17. Lebensjahr scheiterte. Der Weg zu dem folgenden lebenslangen, angstgeborenen Kampf gegen die Großen draußen führte über die Funktion im Kollektiv.

Durch die völlige Identifizierung mit dem Vater als Funktionär war bereits E.H.s frühe Affinität zum Individuum *als Funktionsträger des Kollektivs* vorgegeben. Selbst das Trommeln im Rotfrontkämpferbund (RFB) war gekoppelt an die Funktion: »Es war nicht mein Musikinteresse, es war vielmehr mein Wille, im Rotfrontkämpferbund eine bestimmte Funktion auszuüben« (AH 108). Er nahm die Trommel, weil das Erlernen der Schalmei »komplizierter« war, er wählte also den Weg, bei dem er nicht soviel lernen mußte. Dieser Zug wird uns beim Thema »Intelligenz« noch beschäftigen.

Zur gesunden Aggression: Es gibt die primäre expansive Aggression als gesundes Herangehen an die Welt, als seelisches Erobern-Wollen, als *ad-gredi*; zweitens gibt es gesunderweise auch die reaktive Aggression, also die Fähigkeit, sich angemessen gegen Bedrohungen zu wehren.

Ad Eins: Wo war die primäre, offene, konstruktive, expansive Aggression in E.H.s Entwicklung? Wir finden sie in der ursprünglichen Bedeutung des Weidmännischen (*Waid* mit »ai« wäre orthographisches Jägerlatein), dessen Perversion E.H. später zum Hobby machte – und damit zum Spiegel seines Charakters. Die Etymologie des Weidmännischen führt hin zum Thema »Reise, Tagesfahrt, genießen (weidlich, Augenweide)«. Wie sah dies Thema aus, bevor es pervertiert wurde zur Menschenjagd? Der primäre Berufswunsch hilft uns weiter: »Das war mein Traum: So ein Lokführer, der sein Stahlroß durch die Lande lenkt, Grenzen überquert – das war mein Traum« (AH 124). Nun könnte man sagen, jeder zweite Junge wollte einmal Lokführer werden; wir werden aber sehen, daß die Dynamik der Grenzüberschreitung in der Dogmatik E.H.s eine besondere und zu ihm gehörige spezifische und unheilvolle Bedeutung erhält. Zunächst aber haben wir hier den primären und gesunden Aggressionsteil in der Dynamik E.H.s, den Begriff der friedlichen Expansion, der Entfaltung, der Neugier.

In den zwei Jahren nach der Schulentlassung (AH 127 ff.), vom 14. bis 16. Lebensjahr, ging E.H. nach Pommern, das er durch die Kinderland-

verschickung während der Schulzeit schon kennengelernt hatte; er ging sogar zu der damaligen Familie zurück, um beim Bauern Streich in Neudorf, Kreis Bublitz, zu arbeiten. Hier, und nur hier, taucht das Wort »Spaß« auf (AH 129), zusammen mit dem Aufgehoben-Sein: »Man hat mich dort [und nicht zu Hause] behandelt wie einen Sohn« – und das Bleiben-Wollen: »Ich hatte keine Lust, zurückzufahren«. Also: Lust und Spaß nur in diesem Zusammenhang, nie vorher, nie nachher, Lust auch hier allerdings schon in der Negation. In Pommern wurde – erst- und einmalig – gerne, konstruktiv und ausdauernd gearbeitet, hier ging der primäre Wunsch in Erfüllung, Grenzen zu überqueren und der Freiheit nahezusein, gerade auch in der dialektischen Beziehung zur Geborgenheit, die auch dort war – so, als ob, kurz und einmalig, Freiheit und Sicherheit als seelische Phänomene gleichzeitig und gemeinsam erlebt würden.

Er wollte nicht, aber er mußte zurück ins Saarland, und jetzt begann die Funktionärskarriere unter der Kuratel der Partei: Mitglied des KVJD (Kommunistischer Jugendverband Deutschlands), Kassierer der Ortsgruppe Wiebelskirchen, Mitglied der KPD, Mitglied beim RFB, Mitglied der KVJD-Bezirksleitung/Saar, alles im Zeitraum 1929/30. Diese Mechanisierung des Individuellen durch den Apparat begrub unter sich die gesunde expansive Aggression des Klienten. Das ins Unbewußte geschickte Potential begann jetzt zu faulen; wir werden sehen, welche Derivate im Bereich des Aggressiven das spätere Ergebnis dieser Verdrängung waren.

Das Paradies in Pommern hatte zwei Jahre gedauert und wurde durch Zwang beendet. Jetzt begann die Einschleifung des Formalen, die »Durchführung der Aufträge der Partei« (AH 138); damit begann auch die Abkehr von der inneren Wirklichkeit, die frei sein und Grenzen friedlich überschreiten wollte. Da, wo die primäre expansiv-aggressive Kraft gedrosselt wurde, begann hintergründig und lauernd die reaktive Aggressivität (s. Elhardt 1968); das unbekümmerte Herangehen an die Welt war für E.H. mit siebzehn zu Ende.

Ad Zwei, zur reaktiven Aggression, zur Fähigkeit, sich gegen Bedrohungen, Versagungen, Enttäuschungen zu wehren: Welche Beispiele gibt es hier in E.H.s Kindheit?

Wir haben zwei Eigenbeispiele und ein Fremdbeispiel zur Verfügung, alle beschreiben eine pathologische Reaktion auf individuelle Bedrohung.

Die Eigenbeispiele: Manche Sachen wurden gemacht, die der Mutter nicht paßten, »insbesondere, wenn wir miteinander rauften. Daraus ist ja auch diese große Narbe entstanden, die ich hier an der Stirn habe. Da bin ich auf die Nähmaschine raufgeschlagen« (AH 113). – »Ein Lehrer ... hat

mich zwischen die Beine genommen, und ich habe ihn, als er mich prügelte, ganz einfach in die Beine gebissen« (AH 123).

Das Fremdbeispiel, erzählt von einem Mitschüler: »Wenn er mal Prügel bekam, hat er immer gelacht. Der Erich konnte einfach nicht heulen« (Przybylski 1991: 37).

In allen drei Fällen fehlt das Muster offener, situationsadäquater reaktiver Aggression, fehlt das Muster gesunder Abwehr, die im sogenannten Normalfall typischerweise in der Auseinandersetzung mit dem Vater gelernt wird. Im ersten Beispiel wird der Gegner ausgeblendet, der Schaden entsteht durch ein Instrument (Nähmaschine), vom Hergang durch eine Fehlleistung; im zweiten Fall handelt es sich um einen aggressiven Durchbruch, der immer die Hemmung voraussetzt, es fehlt hier die adäquate Dosierung; der dritte Fall beschreibt die Angstabwehr durch Lachen, eine hilflose Affektumkehr, in der allenfalls das Zähnezeigen als aggressives Rudiment erkennbar bleibt.

Tiefenpsychologisches Fazit der Beispiele: Das aggressive Antriebserleben, primär und reaktiv, wurde gehemmt, in wesentlichen Teilen auf pathologische Weise abgewehrt; offene Aggression im konstruktiven Sinn wurde nicht gelernt. Dies muß mit dem Vater zusammenhängen.

Wenn wir die Idealisierung des Vaters *als Funktionär* beachten, die von E.H. oft beschrieben wird, haben wir die psychische Nähe E.H.s zum Funktionärstyp als Muster der Identifikation mit dem Vater. Daß hintergründig auch die ödipale Antithese der Überwindung des Vaters eine Rolle spielte, zeigt der Sprung vom Bergmann unter Tage (Vater) zum Dachdecker (Sohn), also ganz nach oben (AH 124: »Ich wollte weg vom Bergbau«).

Mit der Funktionärsseite des Vaters blieb E.H. aber faktisch vollständig identifiziert. Identifizierung ohne vorausgegangene bewußte Auseinandersetzung heißt jedoch auch Kritikschwäche dem Vater gegenüber und gegenüber der väterlichen Ideologie; die Folge einer solchen Identifizierung ist dann Kritikschwäche gegenüber sich selbst, also fehlende Selbstkritik. Dies ist nach Landauer (1949/50) ein Aspekt intellektueller Begrenzung, ich komme darauf zurück. Wesentlich war wohl, daß keine Auseinandersetzungen mit dem Vater stattfanden. Das aggressive Antriebserleben muß aber irgendwo geblieben sein, das Abgewehrte oder Verdrängte muß wiederkehren. Gehen wir auf die Suche.

Die Wiederkehr der verdrängten Aggression erfolgte bei E.H. im wesentlichen auf drei Ebenen: Projektion ins kollektive Feindbild, politische Gruppendynamik, Hobby der Jägerei.

Das Feindbild (Literatur bei Dieckmann, 1986): Die immerwährende Beschwörung der revanchistischen Imperialisten beschreibt ja nichts anderes als den eigenen Wunsch aus der Kindheit, die Grenzen zu über-

schreiten, allerdings hier affektiv von der Wunsch- auf die Angst- und Bedrohungsseite verschoben und externalisiert; es handelt sich um die Projektion eigener aggressiver Impulse in das Feindbild und die entsprechende Ideologie.

Zweite, schon genannte Wurzel dieses Themas: Die Auseinandersetzungen mit dem »Direktorium« (AH 104), das schikanierte, unterdrückte und ausbeutete (AH 110) und *dadurch*, also reaktiv und nicht autonom, E.H.s Klassenbewußtsein entstehen ließ.

Das Taktieren innerhalb der Politbüro-Gruppe: Exemplarisch sei genannt der Sturz von Walter Ulbricht: Ulbricht wurde im April/Mai 1971 auf Veranlassung der Diadochen durch Partei-Ärzte vom Geschehen ferngehalten, bis das Komplott komplett – und E.H. am 3. 5. 1971 Erster ZK-Sekretär war; das Politbüro der SED wurde selbst zum Direktorium der gesamten DDR, und was tut ein Direktorium in E.H.s Erinnerung: es schikaniert und beutet aus. Dieser Mechanismus des infantil eingeklemmten Unterlegenen heißt »Identifizierung mit dem Angreifer«.

Das Hobby der Jagd: Hier wird im Kleinsten deutlich, in welche Kanäle das ursprünglich gesunde Aggressive floß, nachdem es geknebelt, gedrosselt und abgewehrt worden war: in die Kanäle des Sadistischen, der klassischen Fixierungsstelle pathologischer Aggression.

Immerhin besaß E.H. mindestens 42 Jagdflinten, von den Pistolen und Revolvern zu schweigen (Przybylski 1991: 29). Allein die Quantität der Waffen läßt Rückschlüsse zu auf das Ausmaß interner Aggressivität als lauernde Haltung, die dann entsteht, wenn offene, konstruktive Aggressionsbereitschaft nicht sozial akzeptabel ausgeformt werden kann, sondern abgewehrt werden muß (s. Elhardt 1968). Es ist die unbewußte Kriegslust des militanten Pazifisten, der zum Frieden seelisch gar nicht reif ist, weil ihm der Friede mit sich selber fehlt.

Wir wissen, daß E.H. gelegentlich Tiere durch Scheinwerfer blenden ließ und damit wehrlos machte, bevor er schoß; wir wissen auch, daß Rotwild beim Fressen an den Futterkrippen erschossen wurde. Warum diese primitive Mißachtung weidmännischer Prinzipien? Einmal, weil auch hier dilettiert wurde; die Jäger konnten nicht schießen. Dies illustriert ein alter DDR-Witz (Simon 1990: 63): Wenn das Politbüro zur Jagd fuhr, sah man 20 Volvos und zum Schluß einen Krankenwagen für den Fall, daß ein Hase getroffen wurde. Also: Nicht mal das richtige Schießen wurde beherrscht, aber zweitens und vor allem: Hier haben wir das explizit sadistische Element der Sonntagsjäger, später erweitert um den Bereich der alltäglichen Menschenjagd – auch hier die Markierung der Ziele durch Scheinwerfer, die Tötung der Wehrlosen, ein terroristisches Essential, das in den Bereichen »Mauertote, Stasi und Stützung der RAF« in zahlreichen Varianten agiert wurde.

Zu diesem Bereich gehört auch das wenig rühmliche Thema der Verantwortungsabwehr durch Feigheit, das verbale Weglaufen: In der Beschwörung des Kollektivs als Träger der Verantwortung wird die individuelle Verantwortung geleugnet und abgewehrt (AH 98: »Ich hatte überhaupt nicht die Macht«), ein typisches Attribut totalitaristischer Regierungsfunktionäre – ob brauner oder roter Prägung, ist dabei wirklich zweitrangig. Daß in der Zuspitzung nach E.H.s zweiter Verhaftung im März 1991 der klammheimliche Weg nach Moskau gewählt wurde, kann schließlich als Preisgabe der persönlichen Würde beschrieben werden (Przybylski 1992: 135).

3. Mutter, Partnerwahl und Liebe

Gegenüber der Mutter wird in E.H.s Erinnerungen nicht viel mehr deutlich als der Respekt vor ihrer Arbeitsleistung, »was die Ernährung und Bekleidung anbetraf«. Ein kurzer Blick auf die Frauen, bei denen er nicht blieb, auf die Frauen vor Margot:

»Meine erste Liebe war eigentlich in der Sowjetunion« (AH 129). Dies war Natascha Grejewna, vermutlich die erste Sexualpartnerin; E.H. lernte sie 1930, achtzehnjährig, in Moskau auf der Lenin-Schule der Komintern kennen, an die er als Agitprop-Kanonier der KVJD/Saar delegiert war. Das Regressiv-Libidinöse, die eigentliche Liebe E.H.s, könnte auch gut in die Gestalt der Sowjetunion selbst geflossen sein, seine Äußerung oben deutet dies an.

Eine kleine analytische Spielerei: Wenn die leibliche Mutter sechs Kinder zu versorgen hatte und wenn Mütterchen Rußland nach 1945 sechs Länder-Kinder in ihrem westlichen Glacis beherrschte (DDR, Polen, Ungarn, ČSSR, Rumänien, Bulgarien, s. a. AH 406) – ist das dann eine Analogie? Es könnte eine sein, wenn man hinzunimmt, daß E.H., das isolierte Sonntagskind der Primärfamilie, später zum Repräsentanten eines Staates wurde, der zum ungeliebten Musterknaben des Ostblocks avancierte.

Die zweite Frau war Lotte Grund, eine Gefängnisaufseherin und Zeugin Jehovas, die E.H. während seiner Häftlingszeit im Außendienst des Zuchthauses Brandenburg kennengelernt hatte; Außendienst als Privileg, weil der Klient auch als Inhaftierter schnell Funktionär wurde, nämlich Kalfaktor und damit Einteiler jener Arbeit, die andere tun mußten. Bei Lotte Grunds Mutter fand er während seiner kurzen Flucht aus dem Gefängnis im März 1945 ein Unterkommen; daß er Lotte Grund geheiratet hat, behauptet eine Nachbarin (Przybylski 1991: 65), E.H. schweigt dazu. Lotte Grund starb 1947 an einem Hirntumor.

Die Dritte, seine erste offizielle Ehefrau, war Edith Baumann, E.H.s

Stellvertreterin im Zentralrat der FDJ, eine Funktionärin; die Hochzeit fand im Dezember 1949 statt (Przybylski 1991: 239; E.H. vermutet 1948, kann sich aber nicht genau erinnern, s. AH 240), es gab eine Tochter, Erika, dann kam Margot Feist und die Scheidung von Edith Baumann.

Margot Feist: E.H. blieb bei einer Frau, die von sich selbst beruflich stets in der maskulinen Form spricht (AH 301); dies läßt zwar tief blikken, ist aber nicht so überraschend. Welcher Mann nimmt so eine Frau? Ganz sicher einer, der Stärke außen sucht; dies aber ist in der Regel dann besonders nötig, wenn die Stärke innen fehlt.

Margot war stark und lebte die Botschaft ihrer Mutter: »Vor allen Dingen, Ihr dürft Euch nicht kleinkriegen lassen« (AH 179). Ihr Vater war ähnlich: 1933 wegen Hochverrats verhaftet, kam er nach sieben Jahren aus Buchenwald zurück, um sofort wieder einzusteigen in die illegale kommunistische Arbeit. Nach sieben Jahren Buchenwald! Aus diesem Holz war auch Margot geschnitzt, die 1990 von sich sagt: »Ich war immer ein Partei- und Staatsfunktionär, unabhängig von meinem Mann« (AH 301).

Margot Feist war die Frau, bei der E.H. blieb, bis sie ihn verließ, nach seinem Sturz und seiner zweiten Verhaftung. Die gemeinsame Tochter heißt Sonja, und beide Frauen waren am chilenischen Ende der Welt, als E.H. in Berlin vor Gericht stand. Kann ein Mann einsamer sein, besonders einer, der immer vor der Einsamkeit weggelaufen ist?

III Das sogenannte Gute

Schon eingangs wurde gesagt, daß der analytische Zugang die unbewußten – und damit typischerweise unmoralischen – Bereiche des Klienten besonders beachten muß, um zu erkennen, wie er wurde, was er ist. Durch diese Akzentuierung des Unbewußten entsteht leicht ein verzerrtes, für den Leser ein scheinbar unfaires Bild. Er sollte aber nicht vergessen, daß ohne die unbewußte Ebene das Selbstbild nur die seelische Schale des Menschen ist – und der Analytiker sollte nicht vergessen, daß sein Zeigefinger, der sich auf den Klienten richtet, ergänzt wird um die anderen drei Finger, die auf ihn, den Analytiker, zurückweisen. Er sollte sich um Fairneß bemühen.

Daher sollen drei Bereiche genannt und geprüft werden, in denen E.H. prima vista in sympathischer Weise zu wirken versuchte: der Antifaschismus, die politische Behandlung der Frauen, die Sicherheitsofferten an das Volk.

Der Antifaschist: Ganz klar verdient der Kampf des jungen E.H. in der Illegalität des Dritten Reiches Respekt. E.H. setzte sich Risiken aus

und war aktiv. Er rebellierte gegen ein diabolisches Prinzip. Die Einschränkung hierbei: Jedes »Anti-«, jeder »-ismus« ist für den Analytiker eine psychische Notlösung, dient der Abwehr, ist angstgeboren, voller Befangenheit, ohne seelische Freiheit. Die Funktion der Angstabwehr wird sichtbar in der analytischen Therapie vieler Ideologen. Ich spreche hier von der Abwehr neurotischer Ängste und nicht von gesunder Realangst, die Signalfunktion hat und lebenswichtig sein kann. Genauso sichtbar wird in solchen Therapien das Fehlen von Toleranz, die Abwehr des Lebendigen und der Selbstkritik (s. a. Reik 1927; Van Clute 1942).

Die Frauen: Individuell erwähnt E.H. in seiner Autobiographie (1980) keine seiner Eheschließungen; beim Interview (1990) bleibt er in diesem Kontext unscharf. Den Frauen als politischem Kollektiv allerdings war er wohlgesonnen. (Bauer Streich damals im paradiesischen Pommern hatte sechs Töchter!) Außer Frage steht, daß in der Arbeitswelt der DDR die Frauen ein höheres Maß an Respekt und Souveränität genossen als in den meisten kapitalistischen Ländern; für die Kinder der berufstätigen Frauen wurde gesorgt, weder Abtreibungen noch Scheidungen waren problematisch. Die Frauen der DDR hatten nicht nur das Recht, sondern auch die faktische Chance, selbstbewußt zu werden, mindestens gegenüber den DDR-Männern.

Die Einschränkung hierbei: die Mechanisierung der DDR-Frauen und die Übergriffe des Staates auf die Kleinsten, auf die zwei- bis dreijährigen Kinder, die versorgt, aber eben auch gedrillt und gelenkt wurden, deren seelische Freiheit ideologisch eingebunden und kanalisiert wurde, bevor die Kinder schreiben konnten.

Die Sicherheit: All das, was das Volk der DDR nach der Wende vermißte, gehört hierher als Leistung E.H.s. Er selber sagt: »Der Sozialismus gab Geborgenheit. Nicht das Geld regierte« (Honecker 1992: 78). Es waren die Themen der Versorgung, der Arbeitsplatzgarantien; es gab keine Risiken.

Die Einschränkung hierbei: Die Kehrseite der Sicherheit ist der Käfig, ist auch der spießbürgerliche Mief von Bohnerwachs und die Verschiebung der Triebziele auf die Ebene des Eisschranks, der Kneipe und des Trabi. Es wurde abgespeist, ein Volk wurde infantilisiert, es fehlte die geistige Nahrung, die Abwechslung, das Reizangebot, auch der Reiz des Risikos, den die Psyche braucht, wenn sie lebendig bleiben oder gesund werden will. Der erste atmosphärische Eindruck, der bei Besuchen in der DDR sich des Gastes bemächtigte, war doch das Gefühl einer alles lähmenden, unendlichen Langeweile. Wir können die theoretische Seite (Fenichel 1934) hier nicht breit erörtern. Es sei nur angedeutet, daß Langeweile in einem engen psychischen Bezug steht zu Triebspannung, Libido-Stau, Außenfixierung, Oberflächlichkeit und Masochismus. Dieser Masochismus korre-

spondiert natürlich mit den sadistischen Elementen desjenigen, der die anderen langweilt; entscheidend ist der diffuse Reizhunger des Gelangweilten bei gleichzeitiger externer Reizarmut.

Diese schleichende Deprivation wurde dann durch die Wende 89 von einer Reizüberflutung abgelöst, deren Ausmaß die psychische Kapazität der meisten DDR-Bürger so hoffnungslos überforderte, daß selbst drei Jahre nach dem Fall der Mauer das Klagen kein Ende gefunden hat.

Das Gute in E.H.: Man könnte auch die Eigenschaften des analen Charakters, der unten noch erläutert wird, auf das Normalmaß zurückschrauben, dann hätten wir ein Profil dessen, was akzeptabel an ihm war: Sparsamkeit statt Geiz (die wahnwitzige Verschwendung der Staatsfinanzen durch den ökonomischen Dilettanten ist zwar ein anderer Bereich, paßt aber gut zum Thema »Wiederkehr verdrängter Wünsche«), Genauigkeit statt Pedanterie und Konsequenz statt Eigensinn. Aber hätten wir damit auch eine Wirklichkeit von ihm, die über das hinausgeht, was er selber in sich sah? Vielleicht ist das einzige Fazit, das sich in diesem Kontext vertreten läßt: Das Gute an E.H. war, daß ihm seine bösen Anteile nicht bewußt waren.

IV Intelligenz

Jeder Mensch wird als Vollidiot geboren (s. Geyer 1954: 48; Landauer 1929); später geht es bei der Intelligenzentwicklung um die Schulung und Flexibilisierung von Denk- und Verhaltensvorgängen, mit dem Akzent auf dem adäquaten, schnellen und möglichst auch kreativen Einsatz des Gelernten gegenüber neuen Konstellationen; und da hat es ja, wie wir jetzt wissen, bei E.H. ganz gewaltig gehapert. Woran lag das?

E.H. hat eine achtjährige Volksschulbildung und eine abgebrochene Dachdeckerlehre – ein Ausbildungsstand, mit dem heute ein soziales Desaster verbunden wäre. Damals wurde ein Teil des entsprechenden Lerndefizits scheinbar ausgeglichen durch die Kandare der Partei, aber nur scheinbar. Wesentliches blieb unentwickelt, es gab nicht die Chance zur Differenzierung von Lernvorgängen, zu systematischem Arbeiten über das Tagwerk hinaus. E.H. wurde zweimal für ein Jahr zum Lernen nach Moskau geschickt: 1930 (achtzehnjährig) an die Lenin-Schule der Komintern und 1955 an die Hochschule des ZK der KPdSU. In beiden Fällen kann man annehmen, daß hier kein produktiver Austausch konkurrierender Denksysteme vermittelt wurde; in beiden Fällen geschah dogmatische Schulung. Die entsprechenden Zeugnisse mögen gut gewesen sein (Honecker 1980), aber es ist nicht erkennbar, daß hier Lernfähigkeit erweitert worden wäre.

Während der Lehrjahre E.H.s fehlte vor allem die produktive Auseinandersetzung mit verschiedenen intellektuellen Schulen, es gab weder Toleranz noch Empathie noch das, was im Engholmschen Plastikwort der Streitkultur nur noch mühsam erkennbar ist – und über die parteiinternen Dogmen hinaus wurde einfach kein Wissen vermittelt. Hierdurch entstanden weitreichende kognitive Defizite, die später zu dem verheerenden Mangel an Menschenkenntnis und zu der schon peinlichen ökonomischen Inkompetenz führten, die den Politiker E.H. kennzeichnen sollten.

Was allerdings gelernt wurde, war das Taktieren auf Kosten von Konkurrenten, von Effizienz, Fairneß und Strategie.

Beim Taktieren geht es akzentuiert um Macht und höchstens sekundär um Sachinhalte; inhaltlich blieb es bei der Anlehnung an das Dogma, bei der Symbiose mit der Ideologie, durch die jede intellektuelle Differenzierung erstickt wird (s. Reik 1927; Zilboorg 1949/50). Gleichzeitig blieb das Kollektive als Prinzip der Masse idealisiert; dies bedeutet, wie oben gesagt, Depravation des Individuellen, denkerische Regression ins Irrationale und damit Primitivisierung reflexiver Vorgänge.

Dies wiederum führt zur Rigidisierung kritischer Vigilanz, zum Ersterben von Introspektion und zur Verarmung geistigen Lebens – und genau diese Mischung aus Starre, Langsamkeit und sperrigem Ungeschick im Denken und Sprechen kennzeichnet das Prinzip des Intelligenzmangels ebenso wie die Arbeitsweise des Politikers E.H., nicht nur des späten, aber des späten besonders.

Bei dem nicht ganz so späten E.H. konnte durch Politbüro-Theater, Verschleierung und Stützung von außen vieles Mangelhafte gruppendynamisch kaschiert werden. Simon (1990) und Przybylski (1991, 1992) beschreiben ausführlich, wie zahlreich die vergeblichen Versuche anderer waren, Blumen auf Granit zu züchten, also E.H.s Einsicht und Intelligenz zu wecken.

V Persönlichkeitsstruktur

Die Vorgeschichte zeigt, daß E.H. eine zwanghafte Persönlichkeitsstruktur entwickelte, die die Stützen der Dogmatik brauchte, um dort die Strukturen zu finden, die innen fehlten. Kennzeichen dieser Struktur, des analen Charakters, sind Geiz, Pedanterie und Eigensinn (s. Freud 1908). Das entsprechende anal-aggressive Potential war immerhin so groß, daß sich ein ganzes Volk jahrzehntelang betrogen fühlte.

Die engen Grenzen der Lernfähigkeit führten zu den zahllosen Ritualisierungen des Apparates und zu dem eigentümlich starren und hölzer-

nen Denk- und Verhaltensmuster einer Persönlichkeit, die auf die Dogmen starrte, weil sie den Blick nach innen nicht kannte.

Der Blick nach außen, wenn er sich einmal von den Dogmen weg auf die Menschen richtete, hatte aber gelegentlich auch kommunikative und emotionale Resonanz, man muß dies fairerweise ergänzen; zu besichtigen ist es in den Fotos im Jubelband *Aus meinem Leben* (Honecker 1980) – und Bilder lügen bekanntlich nicht. Wie lassen sich jene strahlenden Blicke des Volkes auf E.H. deuten? Sie lügen nicht, weil das Prinzip Hoffnung bis zum Ende der achtziger Jahre in der DDR lebendig blieb, sicher nicht überall, aber doch als sichtbares episodisches Phänomen.

Viele seiner Untertanen mögen sehr lange an die Propaganda geglaubt haben; viele mögen auch dem Apparat E.H.s mehr zugetraut haben, als realistisch war – wer konnte denn von unten und außen wissen, wie wenig Kompetenz und wie viel Starrsinn im Politbüro versammelt waren? Es gehört zur Vollständigkeit des Bildes, daß nicht nur E.H. selbst an seine Rolle als guter Vater der Volksfamilie glaubte, sondern daß er auch von manchen Kindern dieser Familie wirklich lange Zeit für jemand gehalten wurde, der sich bemüht.

Auf welche groteske Weise zum Schluß allerdings dieses Muster karikiert wurde, schildert Przybylski (1922: 16) anschaulich: »Der 40. Jahrestag [der DDR] markierte den Höhepunkt an Realitätsverlust bei Erich Honecker. Die Sprechchöre ›Gorbi, hilf! Gorbi, hilf!‹, die aus dem gespenstischen Fackelzug der FDJ heraustönten, waren nur verzerrt an sein Ohr gedrungen und von ihm als Zeichen spontaner Zustimmung gedeutet worden.«

Der Totalitarismus bringt Führer hervor, die sich nicht an der Wirklichkeit orientieren, sondern am Dogma. Welches Volk aber korrespondiert mit solchen Führern? Hat jedes Volk die Regierung, die es verdient? Dies zu bejahen wäre eine unfaire Kränkung all jener, die das Prinzip Hoffnung in der DDR hochhielten, ehe diese Hoffnung zur naiven Illusion wurde.

Aber es gab in der DDR und es gibt prinzipiell und überall eine Affinität zwischen Volk und Führer, dies ganz besonders dann, wenn die Verbindung lange dauert.

Im Beispiel DDR ist es das Phänomen der Angst, das beide Seiten verband. Der Unterschied liegt darin, daß die Angst bei den Führern tiefer saß; sie war ein unbewußtes Radikal, das abgewehrt und sekundär sadistisch oder ignorant überformt wurde. Beim Volk war die Angst bewußter, näher an der Oberfläche; sie wurde gespürt, bis sie sich schließlich in Haß verwandeln konnte, als der Druck der Einengung eine bestimmte Schwelle überstieg. Das war der Punkt, an dem die Abstimmung mit den Füßen begann. Deswegen war das Volk auch gesünder als

die Führer: Der Haß des Volkes war bewußt, der Haß und die Angst der Führer blieben in der Latenz und wurden abgewehrt. Dies kostet jene Kraft, die dann bei der Einschätzung der Realität fehlt.

Beim Volk blieb die affektive Seite lebendig und ging in die Motorik über, während sie in den Chefetagen verleugnet und in ein bewußt gegenteiliges, hohles, altruistisches Selbstverständnis abgeführt wurde, dynamisch eine Reaktionsbildung. Und beim Chef selbst?

Ein wesentlicher Abwehrmechanismus der Zwangsstruktur ist die Isolierung von Affekten (»Der Erich konnte einfach nicht heulen«, s. o.). E.H. schildert dieses Element des gesperrten Affektes besonders anschaulich in seiner Beschreibung der Feier von Stalins 70. Geburtstag im Dezember 1949 in Moskau, hier bezogen auf den gestischen, motorischen Ausdruck: »In meiner Begeisterung ging ich im Verlauf etwas nach vorn, wurde dann aber an einer bestimmten Linie gebremst« (AH 246). Geht es noch unlebendiger – für einen begeisterten Siebenunddreißigjährigen?

Daß manche Affekte schließlich völlig aus der Erlebnisebene verschwanden, insbesondere die Fähigkeit zu trauern, wird deutlich an der Tatsache, daß E.H. seine Eltern in den sechziger Jahren sterben und begraben ließ, ohne von ihnen persönlich Abschied zu nehmen. Sie starben im Westen, er blieb im Osten, und es waren weder juristische noch politische Sicherheitsfragen, die ihn an der Reise ins Saarland hinderten. Da gab er den Eltern die Verwaisung talionisch zurück.

Spätestens zu dieser Zeit kam es bei E.H. zur Herausbildung eines neurotischen Charakters, unter dem andere leiden, nicht aber der Betreffende selbst; dies unterscheidet den neurotischen Charakter von der Charakterneurose, bei der wenigstens Leidensdruck entsteht und die Bereitschaft zur Einsicht und Veränderung. Dies gab es bei E.H. genausowenig wie bewußte Selbstzweifel.

Dafür gab es die schleichende Entfernung von der Realität, die nicht nur im Thema »Wandlitz« sichtbar wurde, sondern auch in der Äußerung von der »aufblühenden Volkswirtschaft« der DDR 1989 (AH 431).

Hatte diese Realitäts-Entfremdung wahnhafte Qualität? Theoretisch ja, denn es handelt sich bei ihren Inhalten um eine unkorrigierbare Überzeugung, die in klarem Widerspruch zur Wirklichkeit steht. Die Inhalte der Überzeugung sind auch, wie jeder Wahn, die psychische Restitution einer real verlorenen Welt. Dennoch: Es ist nicht unverständlich, was E.H. festhalten muß. Würde er die Realität so sehen, wie sie ist, wäre sein Leben vergebens gewesen. So rettet ihn die Verkennung der Wirklichkeit vor der Auseinandersetzung mit dem Thema des verfehlten Lebens und damit vor der akuten Suizidalität.

Nennen wir ihn also nicht gleich wahnsinnig, er halluziniert ja nicht

produktiv im klinischen Sinne (nicht mal hier produktiv!); nennen wir ihn fanatisch, er hatte alles, was (nach Bolterauer 1975) zum Fanatismus gehört: die überwertige Idee, die Umsetzung der Idee mit anstößigen Mitteln, die Über-Ich-Anomalie des schweigenden Gewissens, die basale Existenzangst mit der reaktiven, angstgeborenen, paranoiden Haßbereitschaft, die Humorlosigkeit, die irreversible Selbsttäuschung.

Der Fanatismus ist die einzige Willensstärke, die dem Schwachen möglich ist, so wird Nietzsche von Bolterauer (S. 311 f.) zitiert – und dies ist das Willensmuster unseres Klienten.

VI Status präsens

Was heute, im Dezember 1992, psychisch vorliegt, ist eine altersbedingte Karikatur, durch Arteriosklerose und Organerkrankung geschwächt. Der Begriff »senile Demenz« verwischt in diesem Kontext gnädig die Grenzen zwischen Krankheit und Alter.

Vor allem aber ist das, was heute sichtbar ist, eine Skelettierung und damit Verdeutlichung dessen, was schon lange vorher da war und was jahrelang von gutbezahlten politischen Herrenschneidern mit pompösem Tuch behängt wurde. Daß aber diese kaiserlichen Kleider in Wahrheit Artefakte waren, war auch den Schneidern bekannt – und genau in dieser Bigotterie wird eine Schamlosigkeit erkennbar, deren Ausmaß fast schon wieder imponieren würde, gäbe es nicht die vielen Toten.

Ergänzend die Organerkrankungen. Man sollte nicht zu sehr psychologisieren im Bereich der Medizin, aber: Es ist auffällig, daß ausgerechnet die Entgiftungsorgane bösartig befallen sind (Niere, operiert; Leber, inoperabel). Das Gift bleibt im Körper, die schadlose Ausscheidung des Toxischen ist gestört. Offenbar hat selbst das Riesenausmaß seiner analen Aggression nicht ausgereicht, alles Gift nach außen zu schaffen.

Wenn E.H. ein Dogmatiker ist; und wenn das Dogma Religionsersatz ist (Reik 1927); und wenn Marx recht hat (wenigstens hierin) mit seiner These, daß Religion Opium für die Menschen ist: Dann hat E.H. mit seinem Dogma nicht nur sein Volk vergiftet, sondern auch sich selbst. Diese Selbstvergiftung tritt jetzt lediglich durch Konversion ins Somatische besonders deutlich in Erscheinung, als Karzinom der Entgiftungsorgane.

Wenn die gerade genannte Ableitung akzeptiert wird, dann ist E.H. in seiner Organerkrankung zum individuellen Bild jener vergifteten Staatsruine geworden, die er seinem Kollektiv hinterlassen hat – 40 Jahre nach der Auferstehung aus Ruinen.

VII Prognose

Ich denke, die Prognose seiner Lebenszeit hängt ab von der Stärke seiner psychischen Abwehr, weil diese die organische Abwehrseite steuert. Je kompakter er sich weigern kann, die Realität unverfälscht wahrzunehmen, desto länger wird er leben. Je deutlicher er aber spürt, daß seine jetzige seelische und menschliche Verwaisung durch das Thema eigener Schuld viel intensiver ist als die schuldlose seelische Verwaisung seiner Kindheit, desto früher wird er sterben.

Die psychische Prognose war ungünstig, seitdem E.H. sich mit siebzehn aus Pommern hat zurückrufen lassen, um Funktionär zu werden. Damals hat er seinen Traum verleugnet, und das rächt sich immer, weil hierbei Zentrales seelisch unerledigt bleibt. Das Unerledigte aber läßt nicht los.

Folgerichtig kommt E.H. in der Retrospektive Anfang 1990 auf seinen Lebenstraum zurück, wenn auch völlig unbewußt: »Das Gleis, auf das der Zug der DDR gestellt wurde, ging in Richtung des Ausverkaufs der DDR an die BRD ... Der Fahrplan ... ist fertig ... Ob diese Träume letztlich in Erfüllung gehen, mag man bezweifeln ...« (AH 21). Er spricht also nicht nur wieder von der Eisenbahn, sondern auch vom Traum, genau wie in seinem ersten Kindheitswunsch, als Lokomotivführer die Grenzen zu überqueren (AH 124). Aber jetzt, 1990, ist es nicht mehr der eigene Fahrplan, und der neue Zugführer, Krenz, fährt natürlich »das Volk der DDR in den Abgrund« (AH 22). Hier schließt sich ein Kreis, und wir erleben in seinen Worten wirklich die Wut des kleinen Jungen, dem sein Lieblingsspielzeug weggenommen wurde.

VIII Fazit

E.H. wurde mit 17 Jahren zum Bonzen, und damit wurde er intellektuell borniert, emotional indifferent, affektiv starr, politisch machtbesessen, reaktiv egoman, anal aggressiv, latent sadistisch und organisch krank.

Die seelische Verarmung dieses Klienten ist allerdings mittlerweile so erbärmlich intensiv geworden, daß ihm auch im Erleben seiner Krankheit das Wesentliche fehlt: die Fähigkeit zum Leiden.

Literatur

Andert, R., Herzberg, W. (1990): *Der Sturz. Honecker im Kreuzverhör.* Aufbau-Verlag, Berlin/Weimar

Bolterauer, L. (1975): »Der Fanatismus«, *Psyche* 29: 287-315

Dieckmann, H. (1986): »Gedanken über den Begriff des ›Feindbildes‹«, *Analytische Psychologie* 17: 25-37

Elhardt, S. (1968): »Über gesunde und neurotische ›Aggression‹«, *Zeitschrift für Psychosomatische Medizin und Psychoanalyse* 14: 175-187

Fenichel, O. (1934): »Zur Psychologie der Langeweile«, *Imago* 20: 270-281

Freud, S. (1908): »Charakter und Analerotik«, *Gesammelte Werke* 7: 203-209. Fischer, Frankfurt/Main

Geyer, H. (1954): *Über die Dummheit.* VMA-Verlag, Wiesbaden (11. Auflage 1984)

Honecker, E. (1980): *Aus meinem Leben.* Dietz-Verlag, Berlin

Honecker, E. (1992): *Zu dramatischen Ereignissen.* Runge, Hamburg

Landauer, K. (1929): »Zur psychosexuellen Genese der Dummheit«, *Psyche* 24 (1970): 463-484

Przybylski, P. (1991): *Tatort Politbüro. Die Akte Honecker.* Rowohlt · Berlin

Przybylski, P. (1992): *Tatort Politbüro*, Band 2: *Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski.* Rowohlt · Berlin

Reik, Th. (1927): »Dogma und Zwangsidee«, *Imago* 13: 247-382

Simon, G. (1990): *Tisch-Zeiten.* Tribüne, Berlin

Van Clute, W. (1942): »How facism thwarts the life instincts«, *American Journal of Orthopsychiatry* 12: 335-337

Zilboorg, G. (1949/50): »Zur Psychopathologie des sozialen Vorurteils«, *Psyche* 3: 801-817

Cotta's Hörbühne

Neu im Frühjahr '93

Reiner Kunze: Deckname »Lyrik«

Die Geschichte
einer Stasi-Observation

Sprecher: Gerd Wameling,
Dieter Ranspach, Ulrich Gerhardt
Produktion SFB/NDR 1991
Ca. 82 Minuten
24,– DM / öS 240,– ⊛

Dieses Hörspiel besteht fast ausnahmslos aus Aktenauszügen. Zitiert wird die Akte Nr. 10/514/68 des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR-Bezirksverwaltung Gera.
Operationsvorgang:
Deckname »Lyrik«.
Tatbestand: »Staatsgefährdende Hetze« § 106 STGB, »Staatsverleumdung« § 220 STGB.
Kunze, Reiner, Schriftsteller –
angelegt am 16. 9. 1968.
Beendet am 19. 12. 1977.
Archivnummer 1434/77.
Die Akte umfaßt 12 Bände mit insgesamt 3491 Blatt.

Reiner Kunze wurde in einer lückenlosen Stasi-Akte überwacht und in die Enge getrieben. Er gibt uns mit seinen Aktenauszügen ein wichtiges Dokument zur deutsch-deutschen Geschichte, insbesondere zu der der DDR, in die Hand.

Patrick Süskind: Der Kontrabaß

Sprecher: Walter Schmidinger
Produktion: WDR Köln, 1981
Ca. 59 Minuten
24,– DM / öS 240,– ⊛

Brigitte Kronauer liest: Schnurrer

Geschichten
Produktion: Klett-Cotta Stuttgart,
1992. Ca. 64 Minuten
24,– DM / öS 240,– ⊛

J. R. R. Tolkien: Der Herr der Ringe

Hörspiel in 30 Folgen
Hörspielfassung: Peter Steinbach
Produktion: SWF/WDR 1991/92
15 Kassetten im Schuber:
248,– DM / öS 2480,– ⊛

Tolkiens abenteuerliche Suche nach dem Ring des Bösen in einem Land der Phantasie. Nun endlich gibt es eine Hörspielfassung, aufwendig produziert wie keine bisher, die Tolkiens Welt der phantastischen Wesen und Orte hörbar macht.

⊛ Unverbindliche Preisempfehlung

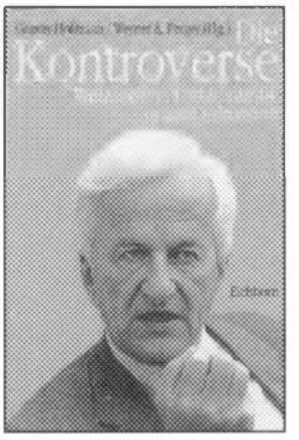
Klett-Cotta

Postfach 106016, 7000 Stuttgart 10

Zur Diskussion

Richard von Weizsäcker im Gespräch mit Gunter Hofmann und Werner A. Perger. 24,– DM.

Mit seinem Gesprächsbuch erregte der Bundespräsident Aufsehen und erhielt überwältigende Zustimmung aus der Bevölkerung. Hier ist der volle Wortlaut.



Gunter Hofmann/ Werner A. Perger: Die Kontroverse. Weizsäckers Parteienkritik in der Diskussion. 28,– DM.

Durch Richard von Weizsäcker wurden führende Politiker und Intellektuelle wachgerüttelt. Hier nehmen sie Stellung zu seinen Befürchtungen und Empfehlungen.

Gerd Koenen: Die großen Gesänge. 563 S., 58,– DM.

Wie zu Weltruhm gelangte Dichter und Denker der Faszination kommunistischer Tyrannei verfielen und Diktatoren vom Schlage Stalins huldigten. Das faktenreiche Standardwerk von Gerd Koenen

Erhard Stölting: Eine Weltmacht zerbricht. Nationalitäten und Religionen der UdSSR. 366 S., 39,80 DM.

Wieso gehen die Völker der ehemaligen UdSSR aufeinander los? Von welcher Qualität sind die Konflikte?
Der Osteuropa-Experte Erhard Stölting liefert dazu eine informative, fundierte und spannend zu lesende Studie ab.

Thomas Garrigue Masaryk: Russische Geistes- und Religionsgeschichte. 2 Bde., 932 S., 98,– DM.

Masaryk, Prager Philosoph und Staatspräsident der ehemaligen CSSR, schrieb das bis heute unübertroffene Werk zur russischen Geschichte. – Das meistdiskutierte Buch der russischen Intelligenz.

Andrej Gurkow: Rußland hat Zukunft. 36,– DM.

Gurkow, Chefredakteur der *Moskau-News*, kennt nahezu alle führenden Intellektuelle des neuen Rußland. Kompetent wie kein anderer, beschreibt er, weshalb trotz der vielfältigen Probleme mit Rußland eine potentielle Weltmacht entstanden ist.

EICHBORN VERLAG.

Wolfgang Engler
Der proletarische König

Ein Versuch über die Macht

1.

»Wer mich kennt, der weiß, daß ich sehr viel Wasser getrunken habe und kaum Wein, geschweige denn Wodka oder Kognak. Von einem feudalen Leben kann ich gar nicht sprechen, obwohl mein Gehalt mir das erlaubt hätte. Ich habe jeden Morgen ein oder zwei Brötchen gegessen mit Butter und Honig; mittags waren wir im Zentralkomitee, da habe ich entweder gegrillte Wurst mit Kartoffelpüree, Makkaroni mit Speck oder Gulasch gegessen, und abends habe ich zu Hause gesessen, etwas ferngesehen und bin schlafen gegangen ... Ich muß sagen, es war mein Leben, bescheiden zu leben und damit auch die Leistungsfähigkeit zu erhalten ... Die Verbindung mit dem Volk ist mir dabei nie verlorengegangen, obwohl der Personenschutz, mit Hilfe von anderen, sehr oft die Situation schuf, mich von den Massen zu trennen. Ich hatte trotzdem stets unmittelbaren Kontakt mit den Massen.« So sah sich Erich Honecker selbst[1], als einen einfachen und arbeitsamen Menschen, als einen Staatsmann, der sich nur wenig von der Masse der Bevölkerung unterschied und der daher von denen, deren Leben und Sorgen er teilte, auch angenommen wurde. Wie sehen *wir* ihn, von außen und ohne den Zwang, ein Lebenswerk nachträglich ins geschichtliche Recht setzen zu müssen?

2.

Über Ludwig XIV. hat man gesagt: Er war ein sehr mittelmäßiger Mensch und ein guter König. In seiner Erziehung vernachlässigt, intellektuell profillos, habe er Weitsicht, Mut und Entscheidungsfreude vermissen lassen und sich höchstens als Tänzer auf höfischen Festen über seine Umgebung erhoben. Doch gerade diese Durchschnittlichkeit kam ihm bei der Wahrnehmung seiner herausgehobenen gesellschaftlichen Funktion zustatten. Was ihm an Glanz verleihenden Fähigkeiten abging, machte er im Übermaß durch solche Eigenschaften wett, die ein wenig schäbig wirken, ihn aber in den Stand setzten, zu tun, was von ihm verlangt war: die Monopolstellung des Monarchen gegen alle Anfeindungen zu verteidigen. Dazu bedurfte es der Vorsicht, des intuitiven Gespürs

für kleinste Machtverschiebungen bei Hofe und in der weiteren Gesellschaft, des Mißtrauens gegenüber jedermann, überraschender Gunsterweisungen und Zurücksetzungen und nicht zuletzt eines entwickelten Gedächtnisses, das Geschehnisse aufbewahrte und im rechten Moment ausspielte, die längst dem allgemeinen Vergessen anheimgefallen waren. Und diese Gefühls- und Verhaltenseigenschaften hatte Ludwig im höchsten Maße kultiviert.[2]

3.

Bei Erich Honecker, dem letzten Partei- und Staatsführer der alten DDR, lagen die Dinge ganz ähnlich. Auch ihm war eine gründliche Bildung versagt geblieben. Geistig und rhetorisch blaß, unsicher im öffentlichen Auftreten, vermochte es der äußerlich sympathisch wirkende »Dachdekker mit dem Strohhut« gleichwohl, die ihm zugefallenen Machtpositionen über 18 Jahre hinweg konkurrenzlos zu behaupten, aus der Rolle eines Statthalters und Kompromißkandidaten heraus- und in diejenige eines vollwertigen Alleinherrschers hineinzuschlüpfen. Er profitierte dabei von denselben Vermögen, die schon den Sonnenkönig auszeichneten, begriff sein staatliches Amt als Appendix seiner parteilichen Machtstellung und ging als erstes daran, im eigenen Hause Ordnung zu schaffen, mögliche Konkurrenten von sich abzulenken und in endlose Statusrangeleien zu verstricken. »Er war kein extrovertierter Mann. Er beobachtete, zog seine Schlüsse und entschied. Kaderentscheidungen waren einsame Entscheidungen des Generalsekretärs. Da hatte keiner mitzureden. Er ließ die Leute im Ungewissen über seine Position. Das tat er auch bei den Spekulationen um seine mögliche Nachfolge. Ihm mag es lieb gewesen sein, daß auf diese Art und Weise eine Art Spannungsverhältnis entstand. Seine Taktik bestand darin, mehrere jüngere Leute gegeneinander ins Feld zu schicken, so daß er denjenigen, der sich zu sicher wähnte, immer wieder verunsichern konnte.«[3]

4.

Um sich den »Konkurrenzkreis der Prinzen« vom Leibe zu halten, tat er ein übriges, indem er die zu diesem Kreis Gehörigen, die Politbüromitglieder, auch in der Privatsphäre an sich band, nach Wandlitz befahl, wo sie Logis nehmen und seiner beständigen Augenkontrolle gewärtig sein mußten. Die derart zu Hofe Gerufenen vermieden es peinlich, durch allzu häufige Hausbesuche bei denselben Leuten den Eindruck von »Verschwörern« zu erwecken, und gingen sich aus dem Wege.[4] Beinahe blind verstand sich der Zentralherr dieser Macht- und Lebensordnung darauf, Gunst zu erweisen oder vorzuenthalten, Provinzgrößen ins Machtinnere zu lancieren, schon Etablierte weiter zu erhöhen, Aufmüpfige auszuschal-

ten und auf ihre »Güter« zu verbannen. Da alle Wege zu ihm führten, mit ihm und seiner Zustimmung viel, andernfalls so gut wie nichts gelang, besaß er allein das Vorrecht, mit dem Mechanismus, der ihn trug, gezielt zu spielen: »Einerseits war er ein Mann des Apparats, der erst einmal streng auf die Einhaltung gewisser Regeln und Konventionen achtete, ohne die das innere Gefüge des Mammutunternehmens, wie es das ZK ist, einfach nicht zusammengehalten werden kann. Andererseits beanspruchte Honecker, auf diesen Apparat gestützt, für sich selbst gewisse Spielräume, die es ihm erlaubten, vom Schema abzuweichen und zuweilen verblüffende Entscheidungen zu treffen.«[5] Und dies wieder, die Abweichung vom Gewohnten, trug ihm die Anerkennung und Bewunderung all derer ein, die von der strikten Einhaltung der Normen und Formen lebten, strahlte als verbandsinternes Charisma auf ihn zurück. – Sollte der, der über solche Macht gebot, seiner selbst nicht mächtig gewesen, daher heute auch nicht verantwortlich und schuldfähig sein?

5.

Als staatssozialistischer Alleinherrscher relativ ungebunden in seinem Handeln und seinen Entscheidungen, war Erich Honecker zu keinem Zeitpunkt völlig frei von Rücksichten. Nicht einmal in »seiner Partei«. Als »Mann des Apparats« konnte und mußte er sich über die Interessen einzelner Personen und Gruppen hinwegsetzen, unter der Voraussetzung freilich, daß er dabei dem wohlverstandenen Gesamtinteresse dieser Sozialformation verpflichtet blieb. Dieses Schicksal teilte er mit allen Parteiführern seit Lenin. Wäre da nicht ein markanter Unterschied, müßte man noch einen Schritt weitergehn und sagen: mit den Führern jeder Apparat gewordenen Partei. Der Unterschied liegt da, wo das Parteiamt zugleich und unmittelbar die Kontrolle über den Staat bedeutete: im Defizit an demokratischer Legitimation für diese Ineinssetzung. Weil und sofern dem Staatsführer der Ausweis gesellschaftlicher Anerkennung und damit eine eigenständige Machtquelle fehlte, gehörte er »seiner« Partei sehr viel mehr als jeder durch allgemeine Wahlen bestätigte Regierungschef, mindestens ebenso sehr, wie sie ihm gehörte. Zwar fehlte es nicht an Versuchen, ein unabhängiges Votum der Bevölkerungsmehrheit zu gewinnen, aber die Maßnahmen, vor allem sozialpolitischer Art, die dabei zur Anwendung gelangten, machten aus ihrem Initiator bestenfalls einen Patriarchen mit menschlichen Zügen, ganz gewiß keinen Volkstribun, der den Apparat überspielen konnte. Hinzu kam, daß Honecker über authentisches Charisma nicht verfügte. Gesetzt den Fall, er hätte Gorbatschow nachgeeifert und die Überlebensbedürfnisse der Funktionärsschicht durch zupackende Reformen gefährdet: Er wäre sehr viel früher als jener zum Gefangenen seiner Strategie geworden und dazu

gezwungen gewesen, bald dieser, bald jener Seite seines Vorhabens zuzuneigen, mal der Vergangenheit, mal der Zukunft, mal den Etablierten, mal den Benachteiligten, die Ansprüche aller gleichmäßig verprellend, daher am Ende allseits abgewiesen, als Inbegriff des Wankelmuts und der Halbherzigkeit verdammt. Daß er diese Wendung der Dinge vorausahnte und den Apparat schonte, beweist seine geschichtliche Formatlosigkeit, die ihn nicht einmal zu Zeiten der manifesten Krise des Systems den Mut der Verzweiflung schöpfen und ins Ungefähre handeln ließ.

6.

In diese Bindungskräfte, die den obersten Dienstherrn der staatssozialistischen Machtordnung auf Schritt und Tritt lähmten und nach unten zogen, mischte sich eine weitere Komponente, ein kollektives Selbstmißverständnis, dem die gesamte Führung bis zuletzt aufsaß. Man übertrug Denk- und Verhaltensweisen, die sich beim Kampf um die Macht, in der Illegalität sowie in den ersten Nachkriegsjahren, bewährt hatten, auf eine Konstellation, in der man längst legal, ja die einzige ernstzunehmende politische Kraft geworden war. Der kämpferische, konspirative Verhaltenskanon, dessen Zentrum äußerste Disziplin, Härte gegen sich selbst und Wachsamkeit gegenüber den Mitstreitern bildeten, überdauerte die Bedingungen, die ihn erzeugten, und nötigte sich nun der ganzen Gesellschaft auf, die ihn als ein völlig unangemessenes Modell, als Diktat, empfand und abstieß. Statt die Macht, die ihnen längst zugefallen war, unter Einbeziehung möglichst breiter Gesellschaftsschichten zu konsolidieren, gerierten sich die siegreichen Kommunisten weiter als Eroberer, denen nichts so sehr am Herzen lag wie die alleinige Verfügung über die staatlichen Zentralinstitutionen. Und aus dem Geist dieser Gruppenideologie handelten auch die sich ablösenden Anführer, erst Ulbricht, später Honecker: mehr als erobernde denn als gestaltende Herrscher[6]; als Menschen, die den Akt der ursprünglichen Besitzergreifung stets aufs neue zelebrierten, zur permanenten Usurpation ursprünglich sozialer Bestrebungen und Energien verewigten. Der zum Gesellschaftskonzept erhobene Irrtum stempelte jede Demokratisierung der Herrschaftsformen zum Prinzipienverrat und engte die Gestaltungsspielräume von Führung und Zentralherr weiter ein, über das staatssozialistisch erforderliche Maß hinaus. Und das verhindert es, daß der Person, die hinter der Zentralfunktion stand, Honecker eben, dieselbe Ehre wie Ludwig XIV. angetan wurde. Da er dem Funktionswandel hin zu mehr Öffnung und Partizipation subjektiv in keiner Weise entsprach, weder als Partei- noch als Staatschef, statt dessen immer mehr Kompetenz und Entscheidungsgewalt auf sich konzentrierte, muß es rückblickend von ihm heißen: So durchschnittlich, wie er als Mensch war, verwaltete er seine Ämter.

7.
Die Rückbindung des ostdeutschen Generalsekretärs an die Staatspartei, die er führte und repräsentierte, ebenso zugestanden wie seine ideologische Blindheit für das Mögliche und Gebotene, blieb er doch ein Mensch mit einer ganz außergewöhnlichen Machtfülle und Verantwortung. Was aber, wenn ihm die Hände bei allen wirklich zentralen und weitreichenden Entscheidungen *von außen* gebunden waren; wenn dieselbe Person, die für den Binnenverkehr den Souverän spielte, jenseits der eigenen Grenzen als Marionette posierte; wenn Außen- und Innenrolle sich nicht einfach widersprachen, sondern so zueinander standen, daß diese von jener lebte? Wenn, mit anderen Worten, der einheimische Herrscher nicht viel mehr war als der formell in Freiheit belassene Gefangene einer anderen Macht, der das Privileg der Letztentscheidung nur zusammen mit *dem* Vertrauen genoß, das auswärtige Instanzen in ihn setzten? – Dann scheint guter Rat teuer, guter rechtlicher zumal, wäre ein Generalpardon das einzig angemessene Fazit. Oder nicht?

8.
Dem Pro und Contra einer solchen Sicht kommt man mit einer indirekten Beweisführung kaum auf die Spur. Niemand war zugegen, wenn sowjetische Generalsekretäre auf ihre ostdeutschen Amtskollegen trafen. Natürlich hätten sie sich eine Abnabelung der DDR von dem Herrschaftssystem, für das sie einstanden, mehr als nur verbeten. Aber was sagt das schon über die effektiv verbliebenen Spielräume? Selbst eine umfassende Reglementierung, die in alles hineinredete, was das Wohl und Wehe der DDR, ihre Zuverlässigkeit als Bündnispartner berührte, mußte noch lange kein Hineinregieren »Moskaus« in die Ausführungsbestimmungen, in das *Wie* der Problemlösung, bedeuten. So lag, um ein Beispiel zu geben, die Unterbindung des Abwanderungsstroms, der Hunderttausende gen Westdeutschland trieb, durchaus im Interesse der sowjetischen Führung. Für die radikalste Antwort auf die Herausforderung, die Mauer, mochte sie sich gleichwohl nicht recht erwärmen, so daß es aller Beschwörungskünste des ostdeutschen Sachwalters bedurfte, die Zustimmung des großen Bruders zu erlangen. Und was das Grenzregime der Folgejahre betraf: Was störte es, von Moskau aus gesehen, wenn es ein paar Flüchtlinge mehr gab. Entging man doch auf diese Weise der Pein, ununterbrochen für die Mauertoten der DDR international in die Pflicht genommen zu werden.

9.
Glücklicherweise bedürfen wir dieser umwegigen Vermutungen nicht, um über die Souveränität, die Verantwortlichkeit der ostdeutschen

Staatslenker zu entscheiden. Wir können uns auf eine direkte Beweisführung einlassen, die historische Probe aufs Exempel machen und prüfen, wie sich die DDR-Führung in und seit dem Moment verhielt, als sie weitgehend aus Eigenem entscheiden und handeln konnte: seit dem Jahre 1985, dem Machtantritt Gorbatschows. Die Frage so zu stellen heißt, sie zu beantworten. Die einhellige Abwehr des sowjetischen Experiments durch Honecker und die Seinen spricht eine unzweideutige Sprache. Als sie ihre Deckung verloren und zudem eine Art ideologischer Exkommunikation durch den weltlichen Papst über sich ergehen lassen mußten, bekannten sie Farbe, gaben sie zu erkennen, daß sie seit je päpstlicher als der Papst gesonnen waren. Eine Desinteressiertheitserklärung zu politischen Reformen löste die andere ab, und aus allen sprach das unstillbare Bedürfnis nach einer höheren Autorität, nach einer Konstellation, hinter der man getrost in Deckung gehen, seinen Privatfisch schwimmen lassen und die Verantwortung für die Geschicke des ostdeutschen Teilstaats auf andere abwälzen konnte. Man wünschte die neue Freiheit nicht, die das aktuelle Handeln als so, aber auch anders denkbar auswies, unter Begründungszwang setzte und überdies, als eine Art historischer Rückspiegel, auch früheres Handeln ins Gegenlicht anderer Möglichkeiten tauchte. Praktische Selbstermächtigung unterbleibt, wo sie ans Verbotene und Verdrängte rührt, eine Wiederbegegnung mit eigener, nicht mehr zu tilgender Schuld und mit fremden Gespenstern heraufbeschwört.

10.

Erich Honecker ist nicht zu verteidigen. Aus mehr als nur einem Grund. Jeder Versuch, die von ihm selbst erlassenen Gesetze als unhintergehbaren Rahmen seines Urteilens und Handelns hinzustellen, übersieht, daß dieser Rahmen hätte hintergangen werden können und müssen – wenn durch sonst niemanden, dann durch Honecker selbst. Alle Wege, alle Informationen, alle Entscheidungen liefen auf ihn zu. Daß er kein unbeschränkter, sondern ein vielfach gebundener Souverän war, daß die Mitte im Netz, die er verkörperte, von den Fäden, die von hier ins Weite führten, auch rückwirkende Impulse und Beschränkungen empfing, verschlägt dabei gar nichts. Umso weniger, als dieses Bild der ins Zentrum zurückschlingenden Wellenbewegungen nur einen Teil der Wahrheit wiedergibt und insofern sogar idealisiert, als es unterstellt, das Zentrum sei für derlei Rückmeldungen empfänglich gewesen. Das war aber nur in sehr bescheidenem Maße der Fall, eigentlich nur dann, wenn der Zentralherr mit dem Erfahrungsreichtum der Peripherie auf die ihm Unterstellten niederfahren und sich selbst als jemand in Szene setzen konnte, dem nichts entging. Noch im Rückblick, der zugleich ein bezeichnendes Licht auf die Überpolitisierung des Alltagslebens wirft, teilt sich sein

Unmut und seine Erregung über die Schlampereien der Unterführer mit: »Es gab zum Beispiel lange Zeit für Damen keine Schlüpfer zu kaufen, nicht in Berlin, nicht in der Republik. Ich habe das gehört und habe das im Politbüro aufgerollt. Da sagte die Inge Lange: ›Na, weißt du das nicht, wir geben jetzt vom Frauenbund heraus, wie man sich einen Schlüpfer nähen kann.‹ Das ist doch ein Skandal, so was! Ein Land mit einer großen Textilindustrie und mit einem Riesenexport kann nicht genug Damenschlüpfer produzieren. Bloß um das mal herauszugreifen. Das heißt, es gab auch eine bestimmte Trägheit in diesen Dingen.«[7] – In Fällen, die sich nicht instrumentalisieren ließen, verbat er sich Belehrungen durch die »Wirklichkeit«, setzte er sich über die von unten zu ihm dringenden Schadensmeldungen hinweg und versäumte es so, aus seinen Bindungen und Verbindungen einmal keine Nachteile, sondern Einsichtsgewinne zu ziehen.

II.

Der tiefere Grund für die Bewegungsunfähigkeit des letzten ostdeutschen Regenten liegt, paradoxerweise, ganz an der geschichtlichen Oberfläche, in einer Reihe erklärlicher, aber nichtsdestoweniger vollkommen fakultativer Fehlurteile und Mißverständnisse. Erst sie, erst diese »unforced errors«, verankerten die äußeren Zwänge, denen er sich gegenübersah, in ebenso massiven wie undurchschauten Selbstzwängen, wodurch sich der gebundene in einen gefangenen Souverän verwandelte. Um es noch einmal etwas schlagwortartig zu sagen: Erich Honecker verwechselte sich zeit seiner Herrschaft mit einem *proletarischen »Erobererkönig«* und die Geschichtsspanne, in der er wirkte, mit der Kampf- und Aufbruchsperiode des Weltkommunismus. So blieb es nicht aus, daß er Fragen aufwarf und mit aller Energie verfolgte, die längst gelöst oder veraltet waren, und sich gleichzeitig standhaft weigerte, die Probleme anzupacken, die tatsächlich eine Lösung verlangten. Jemand, der bereitwillig Verantwortung für Entwicklungen übernimmt, die auch ohne ihn eingetreten wären, um sie für solche, die er maßgeblich mitbestimmte, abzuweisen – eben weil er sich, seine Mission und seine Leistungen nach ganz anderen Kriterien beurteilt, weil der existentielle Schwerpunkt seines Fühlens und Denkens »anderswo« liegt –, ist nicht zu verteidigen und ist sinnvoll anzuklagen nur insofern, als allein dadurch, durch die Tatsache der Anklage, den Hinterbliebenen seiner Opfer exemplarisch Genüge geschieht. Öffentliches Interesse beansprucht er darüber hinaus als eine Person, die mit der moralischen Enthemmung von Politik gleich zweimal Bekanntschaft schloß, als Opfer und als Täter. Daß er diesen Rollenwechsel durchlief, ohne eine gefühlsmäßige Beziehung zu den Opfern *seiner* Politik aufzubauen, befremdet nicht nur,

sondern bestürzt. Auf die Frage, wie er rückschauend über die Mauertoten denke, lautete seine vollständige Antwort so: »Mir tun unsere 25 Genossen leid, die meuchlings an der Grenze ermordet wurden. Entsprechende Ersuche von uns an die damalige Regierung der Bundesrepublik diese Leute an uns auszuliefern, wurden negativ beantwortet.«[8]

12.

Als Honecker ins Zentrum der Macht trat, zu Beginn der siebziger Jahre, wichen die Ausläufer des Kalten Krieges einer vorsichtigen Entspannungspolitik, die wechselseitige Zugeständnisse der Führungsmächte einschloß und auch Belastungen wie Afghanistan, polnisches Kriegsrecht oder NATO-Nachrüstung überstand. Hand in Hand mit dieser kooperativen Wende erhöhte sich die Souveränitätsrate der kleineren Bündnispartner, wovon insbesondere die Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages profitierten. Die Führungen Ungarns, Polens, auch Rumäniens nahmen die Verheißung beim Wort und intensivierten den Kontakt mit westlichen Regierungen und Wirtschaftsinstitutionen, mit recht unterschiedlichen Auswirkungen für die jeweiligen Bevölkerungen, aber in der gemeinsamen Hoffnung auf Rückendeckung für nationale Sonderwege. Nichts dergleichen geschah in der DDR. Gewiß, man sah sich recht gern als stillen Teilhaber der Europäischen Gemeinschaft, demontierte im Gegenzug für empfangene Kredite Selbstschußanlagen an der Grenze. Aber mit jedem Kompromiß, mit jeder noch so kleinen Öffnung wuchs das Unbehagen, den Regierten als eine politisch verantwortliche Gruppe gegenüberzutreten, die tatsächlich entschied und gestaltete, also auch der ultimative Adressat für Unzufriedenheit und weiterreichende Bestrebungen war. Je mehr man sich vorwagte, zu Koexistenz- und Kooperationszwecken vorwagen mußte, desto ängstlicher verbarg man sich hinter den angestammten Prärogativen der sowjetischen Machthaber und hielt jeden Versuch der kleinen Leute, die Zusammenarbeit der Repräsentanten mit alltäglichem Leben zu erfüllen, unerbittlich nieder. Wer die Grundsätze des eigenen Handelns dementiert, kaum daß sie zur Prämisse des Handelns anderer werden, trifft die Wurzel jedes gesellschaftlichen Zusammenlebens: Berechenbarkeit, am Nerv und kann sich, einmal zur Rede gestellt, auch selbst auf nichts Gewisses berufen.

13.

Vielleicht ist ein Ausblick erlaubt. Die nächstliegende Lektion aus dem Aufstieg und Fall Erich Honeckers bestünde wohl darin, sich mit aller Kraft für eine politische Ordnung einzusetzen, die dem Einfluß des Charakters, rein persönlicher und hochgradig zufälliger Eigenschaften eines Menschen, auf die öffentlichen Geschicke eines ganzen Landes enge

Grenzen zieht. Wer wollte eine solche Lehre rundweg von der Hand weisen? Aber man geht ganz gewiß in die Irre, wenn man diese Einsicht übertreibt und nunmehr ins Gegenteil verfällt, das heißt, nur noch »Politiker« ohne Ecken und Kanten gelten läßt, Menschen, die sich paßgerecht und unter Aufgabe ihres Eigensinns in Ämter und Funktionen einfügen. Man übersetzte auf diese Weise einen politischen Typus, der aus Gesellschaften wie der vormaligen DDR nur allzu gut bekannt ist, den Parteisoldaten, ins Breite und Bunte und erwiese den westlichen Demokratien, die von diesem Parasiten selbst befallen sind, einen Bärendienst. Eine lebendige Politik, die das Interesse und das Engagement der Bürger auf sich zieht, hält die Mitte zwischen der völligen Dominanz der Person über die Funktion einerseits und ihrem gänzlichen Zurücktreten hinter sie andererseits; sie ermutigt den »Charakter«, ohne der Hoffart den Weg zu bereiten.

Anmerkungen

1 Reinhold Andert, Wolfgang Herzberg: *Der Sturz. Erich Honecker im Kreuzverhör*, Berlin und Weimar 1990, S. 377 f.
2 Vgl. hierzu Norbert Elias: *Die höfische Gesellschaft. Untersuchungen zur Soziologie des Königtums und der höfischen Aristokratie*, Frankfurt am Main 1969, Kapitel VI.
3 Günter Schabowski: *Das Politbüro. Ende eines Mythos. Eine Befragung*, hg. von Frank Sieren und Ludwig Koehne, Hamburg 1990, S. 26 f.
4 Ebd., S. 46 f.
5 Ebd., S. 29.
6 Zu dieser Unterscheidung vgl. noch einmal Norbert Elias, a. a. O., S. 195 f.
7 *Der Sturz*, a. a. O., S. 285.
8 Ebd., S. 263.

Klaus Lüderssen
Der Staat geht unter - das Unrecht bleibt?

Regierungskriminalität in der ehemaligen DDR. es 1810. 160 Seiten. DM 16,–

Bärbel Bohleys Formulierung »Wir wollten Gerechtigkeit und haben Recht erhalten« benennt exakt die Pole der gegenwärtigen Diskussion, mit welchen strafrechtlichen Mitteln das politische Unrecht in der DDR zu erfassen ist.
Wann und wie sind Mauerschützen zur Rechenschaft zu ziehen? In welcher Hinsicht können informelle Mitarbeiter strafrechtlich belangt werden? Für welche Taten hat sich Erich Honecker vor Gericht zu verantworten?
Klaus Lüderssen diskutiert diese Fragen in seinem neuen Buch und analysiert kompetent, wie man, ohne neues Unrecht zu begehen, mit dem Unrecht der DDR umgehen kann.

Friedrich Dieckmann
Vom Einbringen

Vaterländische Beiträge. es 1713. 256 Seiten. DM 18,–

Die in diesem Band versammelten Texte umfassen das erste Jahr der deutschen Einheit. Dem Blick auf die Mitgift eines Staates, in dem *Marx und Parkinson* eine merkwürdige Verbindung eingingen, folgen Betrachtungen zum Hier und Jetzt der deutsch-deutschen Dinge, die sich unversehens in deutsche Dinge verwandelt haben.

edition suhrkamp

Cora Stephan
Die DDR, das »bessere Deutschland«

Ein historisches Gutachten

»Jeder macht sich vor der Geschichte so lächerlich, wie er will und kann.« Erich Honecker, 3. Dezember 1992

Der Staatsratsvorsitzende der DDR Erich Honecker hat recht: Die »Wende« war nicht das Verdienst »des Volkes« und der Bau der Mauer keine souveräne Entscheidung der DDR-Diktatoren. Die DDR war der Kirschkern, den der Atem der Weltgeschichte im Vorüberseufzen ausgespuckt hat. Justizförmige Vorstellungen von individueller Verantwortung entpuppen sich von höherer historischer Warte aus gesehen als naiv: Auch der mächtigste Mann der DDR war kein Despot, der mit einem Senken des Daumens Blutbäder anordnen konnte, sondern Rädchen in einer welthistorischen Maschinerie, Diener der Vorsehung.

Honecker bewegte sich nicht nur im Schatten Moskaus und an der vordersten Front des Kalten Krieges, stets an der Schwelle zum Atomkrieg. Er exekutierte auch den Weltgeist – in der Tradition, wie farbecht auch immer, solcher noch heute angesehenen historischen Persönlichkeiten wie Karl Marx und Ferdinand Lassalle, August Bebel und Karl Kautsky, W. I. Lenin und Rosa Luxemburg. Eine Abrechnung mit ihm ist, in Teilen jedenfalls, auch eine Abrechnung mit jenen; ein Abschied von ihm bedeutet, recht hat er, Abschied auch von mindestens 130 Jahren Geschichte des »besseren Deutschlands«. Der Kommunismus als Idee, die Arbeiterbewegung als Tradition sind aus dem Untergang ihrer realexistierenden Version nicht zu retten, was niemanden daran hindern wird, die alten Klamotten wieder auszugraben – in zehn, zwanzig Jahren. Vielleicht auch schon früher.

Die DDR war der Zukunftsstaat der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts. Beim nächsten wilden Schlagen des Mantels der Geschichte ist sie vielleicht bereits die Utopie des 21. Jahrhunderts geworden. Wer weiß.

1.

Der 1912 geborene Erich Honecker war nachgerade der Prototyp eines echten deutschen Proletarierkindes, das früh schon nicht nur die Härte des Arbeitslebens mitbekam, sondern dem auch Werte wie Klassenstolz,

Verantwortung für andere und Gemeinschaftsgefühl vermittelt wurden. Das Familienleben mit fünf Geschwistern in der Idylle des saarländischen Bergarbeiterdorfes Wiebelskirchen ist in seinen Lebenserinnerungen eine feste, positive Größe und die Verkörperung eines Lebenszusammenhangs, der sich im Rückblick verklärt zu »verschworener Gemeinschaft«, zu »Solidarität«, zu »Kameradschaftsgeist« und »Kampfgeist«, zu jener »großen Übereinstimmung zwischen den Menschen«, die ihn auch später keinen Unterschied erkennen ließ zwischen sich und der Mehrzahl der Bürger der DDR. In diesem proletarischen Gemeinschaftsbewußtsein wurzelt, persönlich gesehen, jene Grundvoraussetzung der kommunistischen Ideologie, nämlich die Vorstellung von der Homogenität der Menschen, die ihrer gleichen Lebenslage entspringe. Dieser Gleichheit der Lebensverhältnisse mußte später die Diktatur des Proletariats auch schon mal nachhelfen, wenn die der Theorie zufolge nivellierenden Qualitäten des Kapitalismus dieses Geschäft noch nicht ausreichend besorgt hatten. Die Stalinsche Kulakenvernichtung, die Zwangskollektivierung auch beim Mittelstand in der DDR haben alte historische Wurzeln.

Honeckers Vater war Bergarbeiter. Vor allem aber wird seine Kriegserfahrung für das Kind bedeutsam gewesen sein: Im Ersten Weltkrieg hatte der Marinesoldat und USPD-Mann am Kieler Aufstand der Matrosen teilgenommen. Der alte Honecker dürfte später als Mitglied der KPD, Vertrauensmann im Betrieb und Mitglied des Wiebelskirchener Gemeinderats ein angesehener Mann gewesen sein. Mit ihm wurde der kleine Erich Mitglied der Schalmeienkapelle des Roten Frontkämpferbundes: »Ich habe so manchmal die kleine Trommel gerührt, manchmal mein Vater. Die Trommel ist wichtig für das gesamte Orchester.«

So dürfte der in den turbulenten Anfangsjahren der Weimarer Republik aufgewachsene Knabe zwei wichtigen Einflüssen ausgesetzt gewesen sein: einmal der saarländischen Idylle, der verläßlichen, festgefügten ländlich-proletarischen Gemeinschaft; zum anderen dem krassen Gegenteil, der Auflösung der bürgerlichen Welt im Gefolge des bis dato unvorstellbaren Massakers des Ersten Weltkrieges.

Vom Horror des Stellungskrieges wird der Vater nicht viel erzählt haben können, die Marine-Soldaten waren dem Grauen des Schützengrabenkrieges noch am wenigsten ausgesetzt. Der Krieg und der Aufstand gegen ihn aber verkündeten gleichermaßen den Einzug der Gewalt in die zivile Welt. Die Novemberrevolution leitete nicht nur das verdiente Ende der Alten Welt und ihrer Sachwalter ein, sie hatte auch teil an den negativen Folgen der Auflösung jeglicher Autorität: Die Gewalt kehrte von den Schlachtfeldern in die Gesellschaft zurück, der Delegitimation der bürgerlichen Welt entsprach die Delegitimation des staatlichen Gewaltmonopols. Der Weimarer Republik war in ihren Anfangsjahren der Bür-

gerkrieg immanent. Erich Honecker ist in einer Welt der Gewalt aufgewachsen, auch wenn ihm Wiebelskirchen (unterm »Saarstatut«) und ein zweijähriger Aufenthalt als Knecht in Pommern konkrete Anschauung erspart haben dürften.

Auch den Haß der Enttäuschten auf die SPD wird der Vater, wird das kommunistische Milieu dem Jungen vermittelt haben. Der junge Honekker hatte ja die vertrauenerweckenden Seiten der neuen Machthaber von 1918 nie miterlebt, die große Oppositionstradition der Sozialdemokratie vor 1914, sondern nur noch die Partei des »Verrats«, die nicht nur den Kriegskrediten zugestimmt hatte, was noch verzeihlich gewesen wäre – denn wer in Europa hätte im August 1914 nicht gejubelt –, sondern die sich hernach auf Burgfriedenspolitik mit der herrschenden Klasse eingelassen hatte. Dem Knaben war diese Partei sicherlich nicht mehr als immerhin dienstälteste Fundamentalopposition des Reichs bekannt, die über fünfzig Jahre lang in deutschen Parlamenten vertreten war, aber keinerlei Versuchung zur Machtteilhabe nachgegeben hatte. Er kannte als Sozialdemokraten nur jene hilflosen Stümper, die mit der Macht, als sie ihnen in den Schoß gefallen war, nicht umgehen konnten. Die Macht geriet 1918 in die Hände einer Sozialdemokratie, die den Zeitpunkt dafür noch gar nicht als »reif« erachtete und vor lauter Respekt für die »historischen Gesetzmäßigkeiten« sich machtbewußter Eingriffe in die aus dem Kaiserreich überkommenen Strukturen enthielt. Ein »Übermaß an gesellschaftlicher Kontinuität zwischen kaiserlichem Obrigkeitsstaat und demokratischer Republik« (Winkler) hinderte auch viele Sozialdemokraten an einer Identifikation mit dem neuen Staat, was den ohnehin starken antiparlamentarischen Tendenzen im Bürgertum Auftrieb gab – ganz zu schweigen vom antidemokratischen Affekt der Kommunisten.

Was im historischen Rückblick einleuchten mag – wo hätten die gesinnungsstarken Sozialdemokraten denn Machtpolitik lernen sollen? –, war damals desaströs. Auch der Versuch, das Land vor der Selbstzerstörung zu bewahren und gegen radikale Minderheiten, etwa im »Spartakusaufstand«, durchzugreifen, artete regelmäßig zu maßlosen Polizeiaktionen aus und diskriminierte die größte Partei der deutschen Arbeiterbewegung politisch nachhaltig.

Wenn Erich Honecker also behauptet, für ihn habe der Kampf gegen »die Nazi-Bewegung« schon nach dem Ersten Weltkrieg begonnen, dann ist das nicht nur wörtlich zu nehmen. Die bewaffnete Reaktion, die neue sozialdemokratische Obrigkeit, die jetzt die Polizeiknüppel befehligte, die beginnende Formierung der Rechten – das alles verschwimmt wohl nicht nur in seinen Erinnerungen: Zwischen den staatlichen Organen des Klassenfeindes und den bewaffneten Horden des politischen Gegners

sahen junge Kommunisten schon damals keinen großen Unterschied. Wäre Erich Honecker ein bißchen älter gewesen, hätte er durchaus zu jenen gehören können, die die »Arbeit« des Partei-Selbstschutzes der KPD, des PSS, verrichteten – worunter beispielsweise die Morde an den Polizisten Lenk und Anlauf am Bülowplatz 1931 zu verstehen waren, derentwegen sein Freund und Genosse Mielke vor Gericht steht. Es entsprach kommunistischer Taktik, durch putschistische Aktionen ein Verbot herauszufordern, das wiederum die revolutionären Massen in Bewegung setzen müsse. Die Gnade der späten Geburt hat Erich Honecker auch die Teilnahme an anderem Unrecht erspart; sogar dafür kann er, wahrscheinlich, nichts.

Versetzen wir uns zurück in die heiße Endphase der Weimarer Republik, die den Heranwachsenden, der 1929 in die KPD eintritt, ungemein stark geprägt haben dürfte. Er verehrte damals nicht nur Lenin und Radek und, ab 1925, Teddy Thälmann, den Vorsitzenden der KPD. In seinen Erinnerungen ist mit der Gloriole des großen Vorbildes auch Max Hoelz geschmückt, als »großer Held und Partisanenführer«. Max Hoelz (damals AKPD) hatte sich durch verwegene Aktionen während des Kapp-Lüttwitz-Putsches einen Namen gemacht und begleitete den »mitteldeutschen Aufstand« im März 1921 mit Dynamitattentaten. Diese inszenierte Aktion im mansfeldischen Industrierevier sah zwar die Arbeiter des Leunawerks im Ausstand, mobilisierte reichsweit aber nicht mehr als 200 000 Arbeiter (und kostete wahrscheinlich 145 Menschen das Leben). Er war von kommunistischen Putschisten angezettelt worden, die die VKPD »bolschewisieren«, also von den Weisungen der Komintern abhängig machen wollten. Max Hoelz wurde später inhaftiert und 1928, wie die kommunistische Folklore berichtet, »auf Druck der Massen«, nämlich im Zuge einer politischen Amnestie, vorzeitig entlassen. Aus diesem Holz waren die Helden sicherlich der meisten jungen Kommunisten damals geschnitzt. Hoelz ging in die Sowjetunion und wurde, als ewig störender Radikalinski, 1933 wahrscheinlich vom NKWD betrunken gemacht und in der Wolga ersäuft. (Merkwürdig, übrigens, daß Honecker sich nach seiner Inhaftierung 1935 eigenem Bekunden nach intensiv mit Sinowjew und Bucharin auseinandergesetzt hat, mit weiteren Opfern des Stalinismus also, der eine 1936 ermordet, der andere 1938 nach einem Schauprozeß hingerichtet. Wie fest muß ein Glauben sein, um weder davon noch vom Hitler-Stalin-Pakt erschüttert zu werden, der 1939 dem politischen Häftling Honecker natürlich keineswegs zur Freiheit verholfen hat und den der tapfere Parteisoldat als großen »diplomatischen Sieg« der Sowjetunion begreifen wollte ...)

Erich Honecker trat in die KPD 1929 ein, als der Säuberungsprozeß, die Stalinisierung unter Thälmann bereits abgeschlossen war. Seit Stalin

die Vernichtung der Kulaken, die Kollektivierung der Landwirtschaft beschlossen hatte, war der Kurs der Partei wieder nach links geschwenkt: Die Sozialdemokraten und die »reformistischen« Gewerkschaften wurden seit Anfang 1928 als Hauptgegner ausgerufen. Bis 1934 galt die Sprachregelung, daß die SPD »zweifelsohne der aktivste Faktor der Faschisierung« sei, der »Sozialfaschismus« also gefährlicher sei als der »Nationalfaschismus« oder, wie es 1930 hieß, als der »Brüningfaschismus«. So formulierte Manuilski auf dem XI. Plenum des Exekutivkomitees der Komintern im März/April 1931, »der Kampf gegen den Faschismus bedeute in erster Linie die Entlarvung der Sozialdemokratie, zweitens den Kampf gegen die bürgerliche Demokratie«, alle Differenzierungen seien »formalistisch«. Auf diese Weise ließ sich natürlich alles als »antifaschistischer Kampf« behaupten – vor allem, wenn es gegen die innerparteilichen Konkurrenten oder die Gegner im eigenen linken Lager ging. Walter Ulbricht deklarierte die Liquidation von Tausenden sozialistischer und anarchistischer Franco-Gegner durch die Komintern im Mai 1937 in Spanien als Kampf gegen »trotzkistische Spione des Nazifaschismus«.

Die KPD hatte vor 1933 der Demokratie schon längst ebenso den Kampf angesagt, wie die Nationalsozialisten der Weimarer Republik ein Ende machen wollten. An diesem Punkt war der Historikerstreit müßig bis kontraproduktiv: Es gibt gar keinen Zweifel daran, daß die Kommunisten mindestens ebensoviel kriminelle Energie bei der Bekämpfung der Republik aufbrachten wie die Nationalsozialisten – 1931 lagen sie sogar weit vorn, was die Zahl der Anschläge betraf. Und obzwar Adolf Hitler sicherlich nicht im geringsten auf ein Vorbild angewiesen war: Die blutige Zwangskollektivierung in der Sowjetunion, die Stalinschen Säuberungen, der kommunistische Mord an den »Trotzkisten« im spanischen Bürgerkrieg – all dies fand zeitlich vor der völligen Entfesselung der nationalsozialistischen Mordmaschinerie statt und ließ sich als Kampf gegen den Nationalsozialismus schlechterdings nicht verkaufen.

Ein guter Kommunist hat das mörderische Treiben der eigenen Genossen damals für eine historische Notwendigkeit gehalten. Manch einer glaubt das wohl heute noch.

2.

Erich Honecker war selbstverständlich nie ein Demokrat, und insofern war Oskar Lafontaines unzeitgemäß-naives Traktat zu Honeckers 75. Geburtstag im August 1987 korrekt: »Es hat wenig Sinn, ihn immer wieder mit unseren Überzeugungen herauszufordern. Es sind nicht die seinen. Seine Werte sind die der kommunistischen Weltanschauung.«

Diese Werte aber wurzeln auch in einer Tradition, der sich Lafontaines Partei ebenso verbunden fühlt – der Tradition der deutschen Arbeiter-

bewegung seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts, deren radikalster Teil die KPD nach 1918 wurde. Es ist dies die zweite Quelle der politischen Sozialisation des Staatsratsvorsitzenden: die Tradition der Arbeiterdemokratie, der Wiebelskircher Idylle, der Klassensolidarität, der eine Vorstellung von Demokratie zugrunde lag, die weder Pluralismus noch Interessenkonflikte kennt, sondern Homogenität aufgrund gemeinsamer sozialer Lagen annimmt. Was solche a-demokratischen Traditionen betrifft, so hätten wieder nicht Honecker, sondern Lassalle, Bebel oder Kautsky auf der Anklagebank Platz nehmen müssen.

Ferdinand Lassalle hat Anfang der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts die der Arbeiterbewegung zentrale Vorstellung am deutlichsten formuliert, wonach der Arbeiterstand das Volk verkörpere, der proletarische Zukunftsstaat also keinerlei vermittelnder Institutionen mehr bedürfe: Zum Arbeiterstand gehörten »wir alle«, was Lassalle auf 96 1/4 Prozent der Bevölkerung berechnete, womit der Arbeiterstand sich als »gleichbedeutend mit dem ganzen Menschengeschlecht« erweise. »*Seine* Sache ist daher in Wahrheit die Sache der *gesamten Menschheit*, *seine* Freiheit ist die Freiheit der *Menschheit selbst*, *seine* Herrschaft ist die Herrschaft *aller*.« Das Klasseninteresse der Arbeiter fällt zusammen »mit der Entwicklung des gesamten *Volkes*«.

Diese Vorstellung blieb nicht auf den hernach in der Partei nicht mehr gern gesehenen »bürgerlichen« Lassalle beschränkt, sondern bestimmte Strategie und Taktik der Sozialdemokratie bis weit in die zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts hinein. Ihrer Analyse vom gesetzmäßigen Gang der Entwicklung des Kapitalismus zufolge bildet dieser den Klassengegensatz zugunsten einer großen Schicht homogener Ausgebeuteter gegenüber einer kleinen Schicht von Ausbeutern aus, die, im »organisierten Kapitalismus«, nicht einmal mehr ins Gewicht fallen. Diese Auffassung ließ die Sozialdemokratie schon im 19. Jahrhundert auf eine Anwerbung der bäuerlichen Schichten völlig verzichten – denen man die »Selbstenteignung« empfahl, damit sie danach als Proletarier in den Genuß einer Interessenvertretung durch die Sozialdemokratie kämen. Der Partei der Arbeiter und also der Menschheit standen, wie es im Gothaer Programm 1875 formuliert ist, alle anderen gesellschaftlichen Schichten als die »eine reaktionäre Klasse« gegenüber.

Nicht nur die Ausgrenzung durch die anderen Parteien oder die Repression unter den Bismarckschen Sozialistengesetzen ließ die Sozialdemokratie in einer verkniffenen Ablehnung der parlamentarischen Demokratie verharren. Sie war über 50 Jahre lang aus Überzeugung Fundamentalopposition: aus der Überzeugung, eine Verallgemeinerung der »objektiven« Lage der Arbeiter würde zu einem Stimmenzuwachs für die Partei führen, die, nach Erringung von über 50 Prozent der Stimmen,

dann zur legalen Machtübernahme schreiten könne. Bis dahin gelte es abzuwarten und revolutionären Aktionismus zu verhindern.

Der vielkritisierte »Attentismus« der Sozialdemokratie wurzelte in der Prämisse des sozialdemokratischen Demokratiebegriffes: Homogenität. Leninistische Bündniskonzeptionen und den Ersatz fehlender Homogenität durch die Konstruktion der Partei als einer historisch notwendigen »Avantgarde« der Arbeiterklasse lehnte die Partei ebenso ab wie parlamentarische Bündnisse mit anderen Parteien. Erst 1927, auf dem Kieler Parteitag der SPD, verankerte Rudolf Hilferding die Dominanz des Politischen und das Prinzip der Koalition mit anderen Parteien im Weltbild der Partei – bezeichnenderweise mit dem Trick einer ökonomischen Ableitung, nämlich der These, daß der Lohn eine »politische« Größe geworden sei, weshalb sich der Klassenkampf unmittelbar auf die parlamentarische Ebene verlagert habe.

Die These von der »Anpassung« der Sozialdemokratie an die Macht und das Kapital – nach dem Verrat von 1914 – ist eine linksradikale Legende, die, wie so vieles in der mehrfach geklitterten Geschichtsschreibung der Großen Deutschen Arbeiterbewegung, der komplizierteren Realität nicht entspricht. In der SPD dominierten auch zu Zeiten der Weimarer Republik die sendungsbewußten Reisenden in Sachen Gattungsinteresse, »anständige« Vertreter der Arbeitersache, die jedenfalls nicht auf der Suche nach ihrem eigenen Vorteil waren.

Dem sozialistischen Menschenbild in den Jahrzehnten zuvor entsprach noch am ehesten der Edelprolet August Bebel, der stets im Frack ins Parlament ging und einen Abgeordneten der eigenen Partei einmal gehörig anpfiff, als der sich in den Wandelgängen des Reichstags eine Pfeife anzünden wollte – man sei hier nicht in einer Kaschemme. Daß man sauber und anständig zu leben habe, das klassische Erbe pflegen, Nikotin und Alkohol meiden und Sport treiben solle, ist ein Weltbild von hochnobler Abstammung, das auch die Führungskader in der DDR zu beherzigen hatten. In einer solchen Welt, Carola Stern hat recht, haben »die Individualisten, die nicht Sportgestählten, die Lebenslustigen, die Nachdenklichen, die Christen, die Zweifler, die Bürger, die Träumer, die Künstler nichts zu suchen«. Vielleicht des tief eingeprägten sozialistischen bis protestantisch-asketischen Menschenbildes wegen wirkte die Aufdeckung der kleinen, spießigen Wandlitz-Fluchten auf viele DDR-Bürger so erschreckend – der demokratische kapitalistische Westen hat sich längst an Bereicherung ganz anderer Dimensionen gewöhnt. Man muß Honecker glauben, daß er sich kaum mehr Luxus gegönnt hat, als hart arbeitenden Führungskräften so zusteht: »Regierung ist Regierung!« Ein Mann, der auch die Liebe zu Frauen nur unter dem Aspekt der Kampfgemeinschaft beschreiben kann, ist glaubhaft, wenn er be-

hauptet, daß er sich auch für andere Lebensgenüsse schwer zu engagieren vermag.

Daß sich die Führer als abgehobene Bonzen erweisen sollten, hat manch treuen SED-Menschen sicher ebenso erschüttert, wie dieser Vorwurf den greisen Honecker noch heute trifft. Die gemeinsame soziale Lage, die Homogenität war ja die Lebenslüge eines Systems, das nur deshalb als demokratisch behauptet werden konnte, weil in ihm die Identität von Führern und Geführten herrschte. Dem sozialistischen Menschenbild widersprachen die kleinen Freiheiten, die sich manch einer aus der Nomenklatura offenkundig herausnahm.

Das »sozialistische Menschenbild« trug ganz unverkennbar Züge des anständigen, geradlinigen, sauberen Proleten aus Wiebelskirchen oder Elberfeld, und entsprechend sollte sich auch die sozialistische Lebenskultur gestalten. Im »bürokratischen Unteroffizierskommandostaat« (Joseph Rovan) fließen Traditionen aus der alten Sozialdemokratie ein, die schon im 19. Jahrhundert in der »Zukunftsstaatdebatte« virulent wurden, in der vielgelesene Autoren einen »Staatssozialismus« ausmalten, der sich an den Tugenden der Armee orientierte und deshalb treffend »Kasernensozialismus« genannt wurde. Die Arbeiterbewegung, die in ihren noch von handwerklicher Tradition bestimmten Anfängen angetreten war, um auf der »Organisation der Arbeit« die Neuorganisation der Gesellschaft zu gründen, übertrug die überkommene handwerkliche Disziplin in die kapitalistische Gesellschaft und identifizierte sich schon bald mit der ungeheuren kulturellen Leistung des Industrialismus, eine Masse von vagabundierenden Paupers diszipliniert und an die Maschine gezwungen zu haben. Handwerkliches Ethos floß mit kommunistischer Disziplin auch bei Erich Honecker (dem Lehr-Abbrecher) zusammen: »Der Beruf als Dachdecker hat mich sehr stark erzogen zur Disziplin, zur Pünktlichkeit, zur Zuverlässigkeit in der Arbeit. Er hat zur Herausbildung einer Berufsehre geführt, und das ist auch sehr wichtig gewesen für die spätere Politik.«

Fabrikdisziplin und Arbeitsteilung wurden zum gesellschaftlichen Vorbild – und daß der Arbeiter Mensch sei, wurde umgemünzt in ein Ethos, demzufolge nur der Mensch ist, der arbeitet. Auch in der DDR waren jene bürgerlichen kulturellen Leistungen, die aus der Muße entspringen, nur wenig angesehen. Wenn man die Wünsche bedenkt, die Metallarbeiter 1912 einer Umfrage zufolge hegten, dann war die DDR ihr Zukunftsstaat: »65 sind ohne Wunsch, 92 wünschen Alkoholverbot, 118 Glück für alle Menschen, 132 die Abrechnung mit den Kapitalisten, 147 ein besseres Leben für ihre Kinder, 202 den Zukunftsstaat und 267 ein menschenwürdiges Dasein.«

3.

Honecker, wir haben es gesehen, kann sich also in vieler Hinsicht auf höhere Legitimation berufen: Die DDR entstand als Ergebnis des Kalten Kriegs, die Mauer wurde in Absprache mit Moskau gebaut, der Lebensstil des realexistierenden Sozialismus entsprach den besten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, und sein Demokratiebegriff entstammt der Weimarer Republik. Vor allem aber ist sein Status als antifaschistischer Märtyrer unbezweifelbar. In der Person Honeckers treffen die Quellen zusammen, die die DDR zum »besseren Deutschland« machen.

Die zehn Jahre Gefängnis, die Honecker unter dem Nationalsozialismus abbüßte, sind unbestreitbar ein hoher Preis für die Kurierdienste, die er zwei Jahre lang für die Partei leistete. Er ersparte ihm allerdings, so makaber das klingt, die Erfahrung, wie nach dem Hitler-Stalin-Pakt jene Kommunisten, die weiterhin meinten, gegen Hitler vorgehen zu müssen, von ihren Parteigenossen scharenweise an die Gestapo ausgeliefert wurden. Der Knast rettete ihm das Leben – vor dem Stalinismus ebenso wie vor den Nazis. Dieser Preis ist zugleich das Pfund, mit dem er heute wuchert: Er appellierte an alles, was den Deutschen auch im Westen am Herzen liegt, als er diejenigen, die ihn als Todkranken noch vor Gericht zerren, mit den Nazis verglich: »Ich bin fest entschlossen, soweit meine Kräfte reichen, mich von den heutigen Siegern ebensowenig mundtot machen zu lassen, wie einst von der faschistischen Gestapo. Das bin ich meinem ganzen Leben als Kommunist schuldig.« Dieser Vorwurf tut weh und verunsicherte auch jene, die sich nicht über den Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie belehren lassen müssen. Die sinnlose Quälerei eines todkranken alten Mannes traf offenbar in ganz Deutschland auf keine große Zuneigung.

Dadurch entging der Aufmerksamkeit das Propagandistische dieses Arguments – und jene Quellen des Antifaschismus-Begriffs, die eher in der Weimarer Republik und im Arsenal der »Sozialfaschismus«-Agitatoren liegen. Einmal im Widerstand, immer im Widerstand: Ohne den kommunistischen »Antifaschismus« nämlich ist dieser Antifaschismus der DDR nicht zu verstehen, der als »faschistisch« definiert, was ihn bekämpft – ob das die Weimarer oder die Bonner Demokratie ist. Mehr noch: Für Honecker sind die eigentlichen Opfer des Nationalsozialismus noch heute die Kommunisten und sind alle Gesellschaften, in denen die Arbeiterklasse unter Führung ihrer marxistischen Partei noch nicht gesiegt hat, zumindest präfaschistisch. Die systematische Massenvernichtung der Juden durch die Nazis ist in diesem Geschichtsbild nicht nur eine Tatsache von geringer Außerordentlichkeit, sondern der Unterdrükkung des kommunistischen Widerstands geradezu nachgeordnet. Darauf

muß wohl die im Westen auf wenig Verständnis stoßende Vergleichspraxis ostdeutscher Linker zurückgeführt werden, derzufolge Stasi-Verdächtigungen heute der Judenverfolgung unterm Nationalsozialismus entsprächen und der als Stasi-Spitzel enttarnte PDS-Mann Brie damit einen Judenstern verpaßt bekommen habe.

Für die Staatsideologie des Antifaschismus ist Faschismus ein Ergebnis des Kapitalismus. Unterschlagen wird, daß der Nationalsozialismus Sieger war im Kampf gegen die Demokratie, in dem sich zur Zeit der Weimarer Republik Links wie Rechts hervortaten. Denn nicht nur die Demokratiefrage ist für den »Antifaschismus« das Entscheidende, sondern die Systemfrage, derzufolge das kapitalistische Westdeutschland immer nah dran ist am Faschismus und die sozialistische DDR stets über jeden Zweifel erhaben war. Mit dem Kampf gegen den Faschismus begründet der greise Staatsratsvorsitzende a. D. noch heute die Enteignungspolitik in der sowjetisch besetzten Zone sowie manche Zwangskollektivierung hernach: Man habe schließlich die Keimzelle des Faschismus, die Macht der Junker und Schlotbarone, brechen müssen. Und war das rigide Regiment des realexistierenden Sozialismus nicht auch nötig, um die blonde deutsche Bestie unter der Decke zu halten? Selbst die benevolente Erziehungsdiktatur der DDR läßt sich so noch als antifaschistischer Kampf verkaufen.

Mag sein, daß dies und die Märtyrerbiographie des Erich Honecker auch jenen DDR-Bürgern Identifikation mit ihrem Staat abverlangte, die seine Nachteile scharf erkannten. Einmal ging es allen gleich nicht gut. Doch zum einen hob sich das saubere, ordentliche Proletenleben wohltuend ab vom »Konsumismus« des Westens, und zum anderen konnte man sich der moralischen Genugtuung hingeben, stellvertretend auch für die hedonistischen Vettern im Westen deutsche Schuld abzubüßen. Für viele in der DDR traf die Teilung Deutschlands auf bußfertiges Verständnis, weil sie sich, wie man meinte, deutscher Schuld, nicht aber, wie es richtig ist, dem Kalten Krieg verdankte. (Die Botschaft dieses sicherlich von den Herrschenden in der DDR gern hingenommenen Mißverständnisses ist natürlich, nebenbei, daß die westlichen Demokratien es mit dem Völkerrecht und dem Racheverbot, das ihre Politiker ständig auf den Lippen tragen, keineswegs ehrlich meinten.)

Neben diesem Gefühl, wenigstens moralisch das bessere Teil erwählt zu haben, bot der Antifaschismus als Staatsideologie auch noch andere Vorteile. Er externalisierte Schuld und Verantwortung: Für die nationalsozialistischen Verbrechen waren nur Teilgruppen von Deutschen verantwortlich, die überdies allein in der Bundesrepublik zu finden seien. Deshalb war in der DDR, im Unterschied zur BRD, den jüngeren Generationen ein positiver Bezug zur deutschen Geschichte und zu den

Deutschen möglich, wenn auch um den Preis ideologischer Wahrnehmungsverzerrung. Dieser positive Bezug knüpfte nicht nur an die Tradition der deutschen Arbeiterbewegung an, sondern auch an den antifaschistischen Widerstand der kommunistischen Bewegung und an die gegen den »Hitler-Faschismus« siegreiche Sowjetunion. Nur ein derart »besseres Deutschland« erlaubt, scheint's, Identifikation mit dem eigenen Land – eine Qualität, von der der greise Honecker glaubt, daß ein staatlich organisiertes Gemeinwesen sie braucht. Identifikation der Bürger mit dem eigenen politischen System, Weimar zeigt das, benötigt eine Demokratie indes offenkundig auch. »Antifaschismus« als Kampf gegen den Kapitalismus – statt für die Demokratie – ist solcherlei notwendigen Identifikationsprozessen eher abträglich.

Daß auch dem Westen keine Tradition eines »besseren Deutschlands« mehr zur Verfügung stehen würde, wenn man die kommunistische Leistung bei der Vernichtung der Weimarer Republik stärker betonte als den kommunistischen Widerstand gegen die Nationalsozialisten, bewegt offenkundig manch einen, die Verbrechen aus »linker« Vergangenheit zu tabuieren. Damit aber riskiert man eine spätere Neuauflage von »1968« in Ostdeutschland, eine ähnlich tiefe Kluft zwischen Eltern und Nachgeborenen, die das Schweigen und die Lügen der Älteren unbarmherzig entlarvten. Der Weltkommunismus hat das Arbeiterparadies auf Bergen von Leichen herstellen wollen. Auch die weniger martialische DDR steht in dieser Tradition – einer Tradition, die allerdings nicht an einer einzigen Person abzuurteilen ist. Nein, nicht Honecker gehört vor Gericht. Wohl aber ganze Generationen von Schönrednern und Beschwichtigern eines menschenfeindlichen Systems.

Politische Prozesse haben den Tribunen der Arbeiterbewegung immer ein willkommenes Podium eröffnet, um ihre Grundüberzeugungen kraftvoll zu verkünden – Ferdinand Lassalle, Wilhelm Liebknecht, August Bebel haben ihre großen Verteidigungsreden stets als Agitationstheater inszeniert, was sich damals in diesen dem Medienzeitalter fernen Zeiten als überaus wirkungsvoll erwies. Erich Honecker hat sich vor einem deutschen Gericht auf ähnlich traditionsbewußte Weise verteidigt – seine Rede vom 3. Dezember ist ein Musterbeispiel gelungener Propaganda. Tragisch nur, daß sich die Öffentlichkeit des vereint verwirrten Landes dafür nicht zu interessieren scheint. Ein politischer Prozeß gegen den Staatsratsvorsitzenden der DDR wäre nur dann vertretbar gewesen und wäre nur dann nicht in die Verlegenheit geraten, bloße Quälerei eines Todkranken zu sein, wenn er von »gesellschaftlicher und demokratischer Glaubwürdigkeit« (Götz Aly) gespeist gewesen wäre; doch just an der mangelt es der Bundesrepublik derzeit so eklatant. Ein letzter großer

Showdown der Systeme wäre der Geschichte und der Biographie Honeckers angemessen gewesen – auch als Selbstbelehrung der Bonner Demokratie über sich selbst und ihre Voraussetzungen. Dazu aber ist sie offenkundig auf absehbare Zeit nicht in der Lage.

Zu fürchten steht daher vielmehr, daß die Schwäche dieser Demokratie der Vorstellung wieder Nahrung geben wird, das bessere Deutschland habe in der DDR doch die günstigeren Voraussetzungen vorgefunden. Womöglich wird man sich wieder flüchten vor einer Demokratie, die ja alle wesentlichen Probleme nicht lösen könne, in das utopische Reich der Widerspruchslosigkeit und vor einer Freiheit, die zunächst nur einen hohen Preis fordert, ins überschaubare Land der homogenen Lebenslagen.

Dann bekäme Erich Honecker recht mit seiner Prophezeiung: »Die sozialistische Alternative für ganz Deutschland zu erkämpfen, das bleibt auf der Tagesordnung und es wird dereinst besser gelingen.« Auf der Strecke blieben dann all die, die nicht im besseren Deutschland leben wollen, sondern in einem menschenfreundlich-unzulänglichen – auch, was die Perfektion von Verbrechen betrifft.

Literatur

Reinhold Andert/Wolfgang Herzberg, *Der Sturz. Erich Honecker im Kreuzverhör*, Berlin und Weimar 1990

Erich Honecker zu dramatischen Ereignissen, Hamburg 1992

Cora Stephan, *»Genossen, wir dürfen uns nicht von der Geduld hinreißen lassen!« Zur Theoriebildung in der deutschen Sozialdemokratie 1862-1878*, Frankfurt a. M. 1977

Heinrich August Winkler, *Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik*, 3 Bde., 1984-1987

Günter Schabowski
Selbstblendung

Über den Realitätsverlust der Funktionärselite

Unlängst empfahl ein Politprofessor, Erich Honecker solle, bevor er im »Mülleimer der Geschichte« abtaucht, den Moabiter Gerichtssaal in ein Tribunal gegen die andere Seite umfunktionieren. Er solle sich an die Rhetorik der großen Linken der Vergangenheit halten, an Marx, Lassalle, Bebel, Rosa Luxemburg, die mit ihren Prozessen im Kaiser-Deutschland Furore gemacht hatten. Der alte Mann scheint die Empfehlung angenommen zu haben. Er redete davon, daß in seiner Person der DDR der Prozeß gemacht werde, was ja ganz falsch nicht ist. Aber er hat mit dieser abgestandenen List nur bei denen, insbesondere in der einstigen DDR, noch ein wenig Wind machen können, die heute – wieder oder noch – die verbreitete Nostalgie politisch für sich auszunützen versuchen.

Honecker in der Pose des unbeugsamen sozialistischen Tribunen – das wäre nur ein weiterer Beleg dafür, daß sich Geschichte nicht wiederholt, es sei denn als Farce. Die Visionäre von einst entfachten ihr rhetorisches und moralisches Feuer, als die Lehre noch jungfräulich und durch keine praktischen Versuche heruntergekommen war. Honecker steht lediglich für das Scheitern des Versuchs, die Utopie zu realisieren. Die »Theorie« erwies sich als grobes Schnittmuster, ausreichend, eine Pferdedecke – oder eine Zwangsjacke – zu schneidern, nicht aber den elastischen Überlebensanzug, den die Gesellschaft nötig hätte. Honecker in persona ist nicht einmal die Negativleistung des Bankrotteurs zuzuschreiben. Die ihn in der Rolle eines Herostraten des Sozialismus sehen wollen, möchten – so scheint mir – nur ihre Illusionen sauber halten.

Das Schicksal hat Honecker insofern herausgehoben, als er der letzte in der Reihe der roten Ober-Mohikaner war. Er stapfte in Bahnen, die andere, ein Ulbricht zum Beispiel, ausgetreten hatten. Das System brauchte ihn nicht, um unterzugehen. Es war längst im Begriff, sich selbst zu liquidieren. Seine Zeit war abgelaufen. Die Unausweichlichkeit dieses Endes war in der Lehre selbst angelegt. Vielleicht war sie als eine Art Taktik des Umsturzes tauglich. Aber sie wies kaum darüber hinaus. Heute frage ich mich, wer außer einem Astrologen mit spitzem Hut und

Tierkreiszeichen überhaupt weiterzusehen vermag. Marx hatte die Revolutionäre mit dem nebulösen Begriff von der »Diktatur des Proletariats« ausgestattet. Heraus kam eine durch Macht und Heilsbringerwahn geblendete Inkompetenz. Unser hölzernes Muster von der wackeren neuen Welt kollidierte mit der Praxis, die auch nach der Revolution widerspenstig blieb. Aber wir schwenkten das Ding weiter wie eine Monstranz. Als oberste Zweifelsaustreiber schürten wir den Zweifel der Menschen an ihrer »historischen Mission«, bis wir zum Teufel gejagt wurden. Das soll ein Stoff für prozessuale Fensterreden sein?

Wenn geschichtliche Aufarbeitung einen Sinn haben soll, kann sie sich nicht mit dem Auszählen von schwarzen und weißen Steinen, mit der Auflistung von Gerechten und Ungerechten begnügen. Sie kann auch die Sünden der Gesellschaft nicht ausklammern, die damals wie heute oder morgen das Bedürfnis nach sozialer Umstülpung provozieren und der marxistischen Utopie auch künftig, ungeachtet unseres Scheiterns, Zulauf versprechen. Der Moabiter Prozeß wird kaum dazu beitragen, die Verführungskraft aufzuhellen, die von der in eine scheinbar schlüssige Lehre gefaßten Utopie ausgeht. Er wird diese Verführungskraft nicht paralysieren können, was Sinn von historischer Aufarbeitung sein müßte. Er kann es nicht, weil er Honecker und die Mitangeklagten im Grunde nur als monströse Fertigprodukte erfaßte.

Aber es waren Menschen, die einst mit Idealen und Protest gegen die Barbarei der Welt aufgebrochen waren, Opfer der Nazis wurden. Was hat sie in dieses Abseits gebracht? Als Honecker in Moabit vor verbohrten Schlachtenbummlern der SED den vermutlich arthritischen Arm mit der Faust streckte oder mit zittrigen Fingern das V-Zeichen buchstabierte, wurde es sichtbar: Er verkörpert das Syndrom der Blendung, das in der Politik verbreitet, in einer Demokratie kurierbar ist, in einer sozialistischen Diktatur aber mit Selbstzerstörung endet. Wir hatten ja gründlich abgeschafft, was uns den Star hätte stechen können.

Die Selbstverriegelung

Meine Blendung bildete sich in Jahren aus. Kein plötzlicher Befall von visionärer Besessenheit, die das ganze Sichtfeld beanspruchte. Nein, es war eher ein langsamer, schleichender Prozeß, den ich nicht wahrnahm, teils, weil ich ihn wollte, teils, weil ich in einer synchronen Umwelt lebte und arbeitete.

Die negativen persönlichen Schlüsselerlebnisse des Sechzehnjährigen waren der Krieg, das nazistische Zwangsreglement, die Ahnung und spätere Kenntnis von faschistischen Verbrechen, der Zusammenbruch. Es

blieb die Frage: Wie konnte es zu dieser Pervertierung von Politik kommen? Wie kann für alle Zeit eine Wiederholung, eine Neuauflage solcher Verbrechen ausgeschlossen werden? Wie können überhaupt Kriege als Mittel zu politischen Zwecken aus dem Leben der Völker verbannt werden?

Die frühe Begegnung mit Kommunisten in der Redaktion der Gewerkschaftszeitung eröffnete mir ungeahnte Quellen, um meinen Wissensdrang und Erklärungsbedarf zu stillen. Es waren glaubwürdige Menschen. Sie hatten für ihre Überzeugung gelitten, Zuchthaus und KZ durchgestanden. Vor allem aber hatten sie schlüssige Antworten parat auf die Fragen jener Zeit. Die generelle Erkenntnis, die uns wie eine Erleuchtung vorkam, besagte, daß alle gesellschaftlichen Erscheinungen, die dem Einzelnen unbegreiflich und undurchschaubar scheinen, ihre Wurzel in den ökonomischen Verhältnissen haben. Hinter der Fassade der Politik haust und herrscht das große Kapital. Profit ist sein Lebensgesetz. Um seinetwillen wird im mörderischen Kampf gegen die Konkurrenten eine anarchische Produktion betrieben, die sich immer wieder in Krisen mit verheerenden sozialen Folgen für die arbeitende Mehrheit festläuft. Der dem Kapitalismus innewohnende Zwang, sich ständig neue Absatz- und Anlagemärkte zu erschließen, ist die Ursache der Kriegstendenz des Systems. Allem in der Gesellschaft, der Moral, der Kunst, der Bildung, den zwischenmenschlichen Beziehungen usw., drücken die kapitalistischen Verhältnisse ihren Stempel auf. Nimmt der Sozialismus die Dinge in die Hand, wird alles ins menschliche Lot gebracht. Elend, Krisen und Krieg gehören ein für allemal der Vergangenheit an. Ein neues Zeitalter der Menschlichkeit bricht an.

Die Geschlossenheit der Weltanschauung – heute für mich das erste Symptom einer suspekten Heilslehre – faszinierte mich. Sie beantwortete mehr Fragen, als wir Jungen damals zu formulieren imstande waren. Es war ein ökonomistisches Weltbild. Es verachtete Anthropologie, Psychologie, ja sogar die Soziologie als pseudowissenschaftliche Versuche, als Flickschneiderei an der kapitalistischen Montur, ohne dem System ernstlich auf den Leib zu rücken. Günter Kunert charakterisiert Wirkung und Fiasko der »wissenschaftlichen Utopie« aus eigener Kenntnis:

»Die sich da Marxisten nannten, waren wohl in ihrer Jugend oder in sonst einem Augenblick geistiger Ratlosigkeit dem überwältigenden Zauber der inneren logischen Geschlossenheit des Marxismus erlegen, ohne sich freilich je darüber klar geworden zu sein, daß zwischen Theorie und Praxis, zwischen hypothetischen Annahmen gesellschaftlicher Entwicklung und der real existierenden Wirklichkeit kein ›ew'ger Bund zu flechten‹ ist... Hat man sich erst einmal den Gedanken zu eigen gemacht, daß ›dem Sozialismus die Zukunft gehöre‹, unterwirft man sich

zwangsläufig einem Evolutionsmodell, durch das man sich zu allen Taten und Untaten legitimiert hält, da man selber ja nur im Sinne dieses höheren und unabweichlichen Prinzips agiert, das an seinem Happy-End alle Opfer rechtfertigt.«

Mit Demokratie hatten wir damals nicht viel am Hut. Das war ein Wort, eine politische Vokabel. Weimar war irgendwie damit verbunden, eine absurde, zersplitterte Parteienvielfalt, die letztlich den Nazis den Griff zur Macht ermöglichte. Die Kommunisten in der Redaktion halfen unserer Unklarheit nach. Bürgerliche Demokratie diene nur der Verschleierung der Macht und des omnipotenten Einflusses des Kapitals. Sie könne einen begrenzten Nutzen für die revolutionären Kräfte haben, soweit sie ihnen gestatte, in der politischen Arena zu agieren. Demokratie – eine Art politischen Gesellschaftsspiels, durch das graduelle Interessenunterschiede innerhalb der herrschenden Minderheit durch von ihr bestellte politische Augenwischer austariert werden können und der Bevölkerung eine Meinungspluralität vorgegaukelt wird. Erst in einer Gesellschaft, wo die bislang ausgebeutete, beherrschte und getäuschte Mehrheit herrscht, tritt an die Stelle demokratischer Spiegelfechterei wahre Demokratie. Sie ist auf der Identität von unten und oben gegründet und von sozialer Vernunft geleitet.

Die Wirkung der Utopie und ihrer ebenso beredsamen wie gläubigen Verkünder potenzierte sich durch die Begleitumstände des Kalten Krieges. Ihre Verteufelung durch die andere Seite machte ihre Rechtmäßigkeit zweifelsfrei und bestärkte uns wiederum in der Überzeugung, zu Recht die andere Seite zu verteufeln. Für die überlegte, wägende Ortung von politischen Standpunkten blieb kein Raum. Wir fühlten uns als die Underdogs, die der reiche antikommunistische und antisoziale Westen mit Marshallplan und Konsumwalze an die Wand drücken wollte.

Wir waren reif und bereit für die Indoktrination, die Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre unter dem Motto des »sich verschärfenden Klassenkampfes« von Stalin betrieben wurde. In der SED galt der Kampf dem Sozialdemokratismus als einer kleinbürgerlichen Ideologie, die in sozialer Verbrämung dem Kapital Hilfestellung leistet. In Wahrheit wurde damit der sozialdemokratischen Tradition, die mit der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien scheinbar als paritätisches Erbe und Element der neuen Partei sanktioniert wurde, ein gewaltsames Ende bereitet und die SED zur marxistisch-leninistischen Partei »neuen Typus« formiert. Zugleich wurde – nach dem Muster der Moskauer Schauprozesse von 1937 – eine unbarmherzige ideologische Ausmerzungskampagne gegen sogenannte titoistisch-zionistische Agenten des Imperialismus in der internationalen Bewegung geführt, um die mörderische These von der Zuspitzung der internationalen Klassenauseinandersetzung zu

»belegen«. Mit derselben Gläubigkeit, mit der wir die »Theorie« inhalierten, vernahmen wir schaudernd die Schuldbekenntnisse der hochrangigen »Agenten« in den eigenen Reihen und zweifelten desto weniger an der Heimtücke des Klassenfeindes.

Die Selbstverweigerung gegenüber der Wahrheit, auch wenn sie in Gestalt westlicher Medien, durch Beschaffung von Büchern bei Auslandsreisen u. ä. bedingt verfügbar war, ist das typische Symptom der Indoktrination, der ich mich einsichtig oder willig unterwarf. Entmannung aus Furcht vor der Sünde. Hermlin sagte dazu, er habe grundsätzlich nicht die Bücher etwa von Arthur Koestler gelesen, auch nicht die Darstellungen von Trotzki, die im Exil von Mexiko geschrieben und in allen großen Sprachen verbreitet wurden. Er habe das alles von vornherein als Lüge bezeichnet, ohne es zur Kenntnis zu nehmen.

In dem Maße, in dem ich die Marxsche Prophezeiung verinnerlichte, in dem ich mich zu ihrem Verfechter machte, ein »Militant« der Partei wurde, ein Journalist nach der Leninschen Definition (kollektiver Propagandist, Agitator und Organisator des Sozialismus), verhärtete sich die Weltanschauung zum Utopiesyndrom (wie Watzlawick, Weakland und Fisch es beschrieben haben). Seine Merkmale: Die Unterdrückung kleinmütigen Zweifelns an der einmal erkannten Wahrheit, mögen die Realitäten auch gegen sie zeugen; die selbstauferlegte Verpflichtung, für die Wahrheit zu missionieren; der Glaube an ihre Überzeugungskraft für jedermann; das darauf gegründete und unbeirrbar angesteuerte Ziel einer entsündigten Welt. Die Mängel, die Niederlagen, die Verirrungen und Perversionen, die den endlosen Weg zur Utopie säumen, sind nur die Schuld derjenigen, die sich der Wahrheit dumpf verschließen oder sich ihr feindselig in den Weg stellen. Wenn die auf der einzigen Wahrheit beruhenden politischen Strategien versagen, liegt das nicht an der Prämisse, sondern an der Widrigkeit äußerer Faktoren oder der individuellen Unzulänglichkeit der betreffenden »Missionare«. Die Prämisse selbst bleibt unangetastet und ungeprüft.

Ich kannte die Arbeit der kalifornischen Psychologen über das Utopie-Syndrom nicht, als ich im Frühjahr 1990 den Versuch einer Schilderung des DDR-Untergangs und seiner Ursachen aus meiner Sicht unternahm, der dann als Buch erschienen ist. Ein Jahr darauf schickte mir ein freundlicher Leser meines Abrisses die erwähnte Arbeit zu. Es war eine spannende, dann zunehmend bedrückende und beschämende Entdekkung, daß Wissenschaftler längst unsere Guru-Komplexe beschrieben und klassifiziert hatten, als wir noch zügig und blind auf unserem Holzweg voranschritten. In dem Kapitel über meine Tätigkeit als Berliner Parteisekretär, die ich mit Verve und der Illusion begonnen hatte, unserer Sache sinnvoller zu dienen denn als Journalist, stelle ich fest:

»Der Mechanismus der Selbsttäuschung funktionierte eben störungsfrei. Er unterschied auf irrationale Weise zwischen dem Ganzen und seinen Teilen. Das System war und blieb gut, mochten auch seine Elemente dem widersprechen. Das System beanspruchte, die gesellschaftliche Wahrheit und Vernunft zu verkörpern. Deshalb praktizierten wir einen Journalismus der Notlügen. Wir verfügten über die bessere Ökonomie, auch wenn die Produktivitätslücke zum Westen größer wurde. Wir waren demokratischer, aber Andersdenken war im Ursinn des Wortes verpönt. Wir waren das System der Freiheit – hatten wir nicht die knechtende Ausbeutung abgeschafft? –, aber unsere Freiheit war nur mit einem Heer an Staatssicherheit zu bewahren.

Selbst wer kritisch und weniger dogmatisch gestrickt war in der Führung, konnte und wollte nur gelten lassen, daß Bestandteile veränderungs- oder verbesserungsbedürftig waren, nicht aber das System. Der Umkehrschluß, daß an der Grundkonstruktion des Automaten etwas nicht stimmen könnte, wenn er schadhafte Produkte auswirft, war nicht zugelassen. Unser System war die Projektion der Vollkommenheit, ein Ideal; aber Idealen – so beruhigten wir uns selbst – nähert man sich nur via Unvollkommenheiten.«

Es war das selbstverliebte Verharren in der Utopie, das uns noch nach dem Sturz Honeckers, zumindest anfänglich, glauben ließ, wir könnten aus dem ruinierten Balg doch noch einen sozialistischen Phönix zaubern.

Die Machtneurose

Das Paranoide im kommunistischen Weltbild und Denken wird in der sogenannten Machtfrage offenbar. Zwischen dem Land der Verheißung, zwischen der Marxschen Prognose und der Realität, an der sich die Revolution versuchte, spannte sich eine unendlich weite Kluft. Der Weg durch die Mühen der Ebenen war steinig und verlor sich am Horizont. Es gab keine Trassierung. Der Typ des Visionärs hatte ausgedient. Die Zeit der Pfadfinder, der Macher, der Pragmatiker, der Apparatschiki war angebrochen. Die kommunistische Substanz, die Glaubenssätze, die Dogmen galten unverrückbar, aber Tag für Tag mußten mit der widerspenstigen Wirklichkeit irgendwelche Kompromisse geschlossen werden. Unablässig drohte die vertrackte Widersprüchlichkeit dieser Lage die Ikonostase der kommunistischen Zukunft zu beschädigen.

Als einen vorläufigen Endzielersatz schoben wir Kommunisten die sogenannte Machtfrage vor die zukünftige Heilswelt. Machtfrage, das besagte: Eroberung und Sicherung der Macht ist die Gretchenfrage bei

der Errichtung der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft. Machtverzicht war nicht eingeplant. Macht – das war die Alleinherrschaft der kommunistischen Avantgarde. Sie bestand nicht nur in der Personalunion der Führungen von Partei und Staat. Die Wirkungsweise der Macht erschöpfte sich nicht in der administrativen und militärischen Absicherung. Sie war ein totaler geistiger Anspruch, der darauf zielte, alle gesellschaftlichen Sphären von Kunst bis Kindergarten zu durchdringen und sich in einer Art ideologischen »Kommunion« in alle Hirne einzupflanzen.

Nur eine solche Macht, so umfassend und so unverrückbar gegründet, garantierte die Erreichung des Ziels. Schwächung, Gefährdung, In-Frage-Stellen der Macht bedeutete gleichermaßen Vergehen an der Menschheit, an ihren Interessen, an ihrer Zukunft, am sozialistischen Ideal. Niemand hingegen war so eingedenk des Ziels, darauf fixiert und eingeschworen wie die revolutionäre Macht selbst. Sie war gewissermaßen das Relais, das den Kontrast zwischen Wirklichkeit und Ideal retuschierte, ihn als Folge einer vorübergehenden Wachstumsschwäche oder einer Feindeinwirkung annehmbar machte. Allein die Macht vermochte die Kompromisse einzugehen, die scheinbaren Abweichungen vom Kurs zu verfügen, ohne daß die heilige Sache Schaden nahm. Nur die Macht wußte den kürzesten Weg zum Ziel im unwegsamen Gelände. Ihre zeitweiligen Zugeständnisse an den Feind bedienten einen Kurzsichtigen, der nicht wahrnimmt, daß er unserem Prinzip dienstbar gemacht wird.

Klarsichtig war demnach, wer der Macht blind vertraute – auch ihren Bocksprüngen. Das galt für das Verhältnis zwischen der Moskauer Zentrale und den nationalen KPs wie für die jeweilige Partei und deren Mitglieder. Nach der staatlichen Etablierung bestimmte es auch das Verhältnis der Partei, also der »führenden gesellschaftlichen Kraft«, zu allen Bürgern.

Die Macht, die sich so wichtig nahm, so stark und weitsichtig gab, war zugleich merkwürdig gefährdet, unsicher, schutzbesessen. In diesem Widerspruch von Bizeps und Seelenschwäche verriet sich eine elementare, sozusagen konstitutionelle Malaise. Die die Macht beanspruchten, hatten nie den Status einer Minderheit mit verschwörerischen Verkrampfungen überwunden. Die Kommunisten hatten den sozialdemokratischen Mutterschoß, den linken mainstream in Unfrieden, ja im Haß verlassen. Das reformistische Sichvorwärtshangeln der Sozis galt ihnen als Verrat am utopischen Fernziel. Ihre Alternative war: im revolutionären Handstreich die bürgerliche Macht zu stürzen, die eigene zu installieren und dann die Massen auf das Endziel zu dirigieren, das der Kommunismus ihnen weist. Sie wollten ihre Zeit nicht damit vergeuden, Wahl-Mehrheiten um sich zu scharen.

Tatsächlich aber war der Sozialdemokratie mit einem solchen radikalen Ansatz die Mehrheit der Arbeiterwähler nicht abspenstig zu machen. Zwar wurde ein theoretischer Mehrheitsanspruch damit begründet, daß das kommunistische Programm wissenschaftlicher Ausdruck der Interessen aller ausgebeuteten Massen ist. Ob die das schon begriffen oder nicht, war von minderer Bedeutung. Die Partei würde sie schon rechtzeitig von ihrer Glückserwartung überzeugen. Gewalt und Diktatur, von Marx als Waffen gegen die Ausbeuter gesegnet, sollten gleichfalls das Mehrheitsdefizit kompensieren. In scholastischen innerparteilichen Debatten wurde eine revolutionäre Situation ausgemacht, in der eine entschlossene Minderheit von Berufsrevolutionären, die Vorhut, die Massen, die sich ihrer eigenen Interessen nicht oder noch nicht bewußt sind, zum Sturz der Herrenklasse mitreißen würde.

Die Macht, die sich auf diese Weise etabliert hatte, sah sich nicht nur von äußeren Feinden umgeben. Sie hegte ein tiefverwurzeltes Mißtrauen gegen die eigentliche Zielgruppe, die werktätigen Massen, die sie zu befreien meinte. Politische Unklarheit in den Köpfen machte die Mehrheit potentiell anfällig für die materielle und geistige Verführung durch den Klassenfeind. Deshalb war die Diktatur des Proletariats auch so etwas wie eine über das Proletariat verhängte permanente Beaufsichtigung, die fortwährend Selbstprüfung und notfalls Selbstzüchtigung verlangte. Die Unzulänglichkeiten im Alltag der neuen Gesellschaft und die Skepsis der Bürger erneuerten unablässig die Gefährdung der Macht und ihres Führungsanspruchs. Da die Entwicklung in die klassenlose Zukunft gesetzmäßig verläuft, so das Dogma, konnten und durften Fehl- und Rückschläge nur das Werk des äußeren Feindes im Zusammenspiel mit bewußter oder unbewußter innerer Komplizenschaft sein. Machtsicherung bedeutete deshalb vor allem ideologische Indoktrination, Parteilehrjahr als Pflichtfach, zur Propaganda bestimmte Massenmedien, verdeckte und offene Zuträgerei, die im Stasiismus kulminierte.

Es war das neurotische Machtverständnis einer Partei, abgeleitet aus der selbstauferlegten »historischen Mission« zur Weltveränderung. Nicht zu leugnen ist, daß Verfolgungen, gesellschaftliche Ächtung, Abdrängen in die Illegalität und physische Vernichtung von Kommunisten diese Bunkermentalität mit geprägt und verfestigt haben. Auch der Kalte Krieg war nicht gerade eine psychologische Lockerungsübung. So konnte die Macht durch eine pazifistische Parole wie »Schwerter zu Pflugscharen« ebenso leicht irritiert werden wie durch den zufälligen Druckfehler in einer Parteizeitung oder eine innerparteiliche Verschwörung, die im *Spiegel* stattfand. Gewiß, die menschenschinderischen und geisttötenden Auswüchse solcher Machtausübung sind stalinistischer Machart. Doch der Frage Ernst Blochs ist nicht auszuweichen: Hat der Stalinismus den

Sozialismus zur Unkenntlichkeit verzerrt oder zur Kenntlichkeit gebracht?

Es greift meines Erachtens zu kurz, wer bei Stalin die Wurzel des Übels zu packen glaubt. Damit wird das Problem auf einen Gegenstand der Psychiatrie reduziert. Tatsache ist, daß Marx in seinen kritischen Randglossen zum Gothaer Programm der Sozialdemokratie (1875), also kurze Zeit nach dem tragischen und blutigen Ende der Pariser Kommunarden, den Begriff der Diktatur des Proletariats in die Welt setzte; er meinte damit den Staat in der Periode des Übergangs zum Kommunismus. Kommentare lieferte er so gut wie keine dazu. Was das für ein Ding war, blieb Lenin auszugestalten überlassen. Die verschwommene Marxsche Vorstellung vom Staat, der nach »Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft« überflüssig wird und wie Schnee in der Märzsonne schwindet, stellte sich in der Praxis der Revolution als utopische Blauäugigkeit heraus. Mit der »Diktatur des Proletariats« ließ sich nicht weniger marxgetreu, aber wirksamer dem Widerstand der entmachteten Ausbeuter ebenso wie der Trägheit der Masse beikommen.

Die Utopie, die die existierende Gesellschaft in toto, nicht stück- und nicht schrittweise, verändern will, kann dies nur umsturzhaft, gewaltsam bewerkstelligen. Insofern wohnt ihr immer und objektiv der Trieb zur Diktatur inne.

Menschenrechte?

Verhängnisvoll war unsere Ignoranz im Hinblick auf das Verhältnis von (scheinbar kollektiven) sozialen und individuellen Menschenrechten. Die Ereignisse haben nicht nur uns gelehrt, daß sie unteilbar sind und daß die einen nicht schwerer und nicht leichter wiegen als die anderen. Unser System, das die ersten für die wichtigeren, die zweiten für inferiorer hielt, ignorierte, daß jegliches Menschenrecht stets und vor allem individuelles Recht ist. Nur als solches ist es erfahrbar, Realität. Das Recht auf Arbeit bleibt Sklavenpflicht, wenn ihm nicht das Recht auf Freizügigkeit zur Seite steht. Wem es verweigert wird, eine eigene politische Meinung zu haben, der wird früher oder später wegsprengen, was ihn einzwängt.

Auch wer individuelle Rechte als das ausschließliche Maß der Freiheit versteht, unterliegt einem fatalen Irrtum. Eigene Freiheit und Würde enden oder scheitern dort, wo sie sich der des Nachbarn oder Mitbürgers bemächtigen wollen oder sie einfach schmälern. Individuelle Freiheit ohne soziale Verantwortung, die sich auf Kosten der elementaren, auch der natürlichen Existenzbedingungen der Mehrheit entfalten will, gefährdet den gesellschaftlichen Konsens. Eine lebensfähige moderne Ge-

sellschaft braucht soziale Solidarität ebenso wie die heilsame Destabilisierung politischer Strukturen, die zu Verfestigung und Filz neigen, durch die große Unbeständige, die Demokratie.

Unsere Gesellschaftsidee, die die Rolle des Individuums niedriger veranschlagte als das erstrebte Gemeinwohl eines abstrakten Menschheitsbegriffes, war in sich unsinnig. Ihre innere Logik mußte sie zu Inhumanität und Verbrechen treiben. Sie ignorierte, daß die Menschheit entmenschlicht wird, wenn der einzelne, um ein Bild bei Arthur Koestler auszuleihen, nur der Quotient von 5 Milliarden durch 5 Milliarden ist. Menschenmassen kann man vielleicht zu Hysterie verführen oder auch in Kriegen umbringen. Aber Glück, Sicherheit, Geborgenheit, Würde erfahren kann doch nur der Einzelne. Die Utopie, die idealistische Engführung der Realität, droht nicht erst zum Prokrustesbett zu entarten. Die sich realisierende Utopie *ist* das Prokrustesbett, in dem das Individuum ohne Rücksicht auf seine gewachsene Anatomie auf ein fragwürdiges Idealmaß zurechtgemöbelt wird. Ich finde mich heute bei Poppers Axiom wieder, daß es keine höhere Instanz, kein höheres Maß jenseits des Individuums geben kann.

Hier zeugt in der Tat der jüngere Marx, der Verfasser des kommunistischen Manifests, gegen die Mechanismen, die seine Theorie in Gang gesetzt hat. Im Manifest findet sich jener Satz, den auch Graf Lambsdorff oder Professor Kaltefleiter unterschreiben könnte, wäre ihnen nicht der Autor fatal. Die Rede ist von der »Assoziation, in der die freie Entfaltung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«. Aber Freiheit ist keine ungezügelte Größe. Sie impliziert nach marxistischem Verständnis die Einsicht in die Notwendigkeit, also auch in die Gesetze der Geschichte, die der Marxismus als seine Entdeckung beanspruchte. Unsere Freiheit war also mehr ein Akt freiwilligen, bewußten Sichfügens in (scheinbare) Unabänderlichkeit – und nicht so sehr die Freiheit des Andersdenkenden. So läuft diese Position auf die Freiheit von Vegetariern hinaus, die, Mitglieder eines Vereins, freiwillig übereinkommen, sich in ihrem Klub die Freiheit zu nehmen, vegetarisch zu speisen, aber den Appetit auf ein gekochtes Ei als eine sträfliche Sünde wider die Notwendigkeit betrachten, die sie erkannt haben und akzeptieren.

Die falsche Ratio

Zentralismus war die Folge, mehr noch der Fluch sozialisierter Produktionsmittel. Wir waren so verdammt sicher, daß wir auf diese Weise bessere Brötchen für die Menschen der sozialistischen Epoche backen würden, ohne die Verluste, die Markt und Konkurrenz verursachen. Wie das

zu bewerkstelligen sei – »Rezepte für die Garküche der Zukunft«, nannte Engels ironisch solche Erwartung –, hatten Marx und Engels nicht verraten. Wir verließen uns auf eine Art marxistischer Teleologie, die meinte, die Heilsmächtigkeit des Ziels werde auf dem Wege dorthin schon die Formen hervorbringen, die dafür gebraucht würden. So war es eigentlich keine schlafende, sondern eine geschäftige Ratio, eine sozial und human bemühte Vernunft, die Ungeheuer gebären sollte. Aber auch dies berührt nur die Oberfläche des marxistischen Dilemmas.

Der Marxismus und nicht erst sein giftiger Trieb, der Stalinismus, litt an einer inoperablen Anomalie. Einerseits proklamierte er die unbegrenzte Erkenntnisfähigkeit menschlichen Geistes. Das half ihm, die Decke der Unveränderlichkeit abzustreifen, die der konservative Zeitgeist über die sozialen Institutionen gebreitet hatte. Andererseits beanspruchte er, über ein eigenes, das einzig wahre Endzeitwissen zu verfügen. Die kommunistische Eschatologie galt nur keinem Mysterium, sondern war auf höchster Stufe der Sieg der Vernunft in Gestalt einer Gesellschaft der Gleichen und der Freien durch den gemeinsamen Besitz am produktiven Eigentum. Es sei dies wissenschaftliche Voraussicht, meinten die Verfechter der Vision. Denn ihr lägen die Gesetze der Gesellschaftsentwicklung zugrunde, die die Klassiker aus der bisherigen Geschichte, also aus dem Entstehen und Vergehen früherer Gesellschaftsformationen, gefiltert haben. Heute sage ich mir, daß aus der Pathologie von hundert Leichnamen nicht zu schließen ist, wie man einen Homunculus herstellen kann. Folglich war, was sich als qualitativen Gegensatz zu allen bisherigen utopischen Vorstellungen, eben als wissenschaftliche Voraussicht empfahl, auch nur eine verführerische Hypothese, eine unbewiesene Spekulation, ein Mythos.

Die Identität von Marxismus und Rationalität war ein Selbstbetrug. Der hermetische Charakter dieser Weltanschauung, der jegliches andere Denken untersagte und in die irrationale Ecke verbannte, offenbarte die eigne Irrationalität. Sie verriet sich auch in der Weigerung, Irrationalität als einen nicht-abschaffbaren Teil menschlichen Wesens zu begreifen. Umberto Eco weist in einer seiner theoretischen Schriften auf gnostische Elemente im Marxismus und Leninismus hin, »bezogen auf die Theorie von der Partei als Speerspitze, als Gruppe von Auserwählten, die den Schlüssel zur Erkenntnis und folglich zur Erlösung besitzen«.

In der falschen Ratio liegen die tiefsten Wurzeln des Scheiterns der kommunistischen Bewegung. Zwar vermochte sie im Laufe von anderthalb Jahrhunderten ihren ursprünglichen Sektenstatus überwinden und zu weltweiter Wirkung gelangen, weil die Unzulänglichkeiten der kapitalistischen Welt das Erlösungsbedürfnis erzeugt haben, das Marx und Lenin bedienen wollten. Aber gerade die in Teilen der Welt erreichte

Omnipotenz der kommunistischen Weltanschauung mußte die Unbeweisbarkeit ihres Anspruchs offenbaren. Allerdings würde einen Fehler machen, wer übersähe, daß Millionen und Abermillionen, nicht nur in der Dritten Welt, ihrer Erlösungserwartung nicht abschwören werden, weil der marxistisch-stalinistische Sozialismus in der DDR, in Rumänien oder in Rußland versagt hat.

Erkenntnis nach Ladenschluß

Ich bin nicht konsequent oder couragiert vom fahrenden Zug gesprungen, der schon seit 1917 in die falsche Richtung ratterte. Lediglich in den letzten Minuten vor dem Aufprall habe ich eine Art Notbremsung versucht; der Lokomotivführer wurde zwar paralysiert, aber von den Schienen kamen wir nicht mehr herunter. Erst nach der Katastrophe, nach der Verstoßung aus dem roten Orden, lockerten sich die Denkfesseln, bis sie schließlich fielen. So verkörpere am Ende auch ich das kommunistische Dilemma, das Melvin Lasky als den Weg von der Utopie über die Revolution zum Dogma und letztlich zur Häresie beschrieben hat.

Allerdings war es keiner der hellsichtigen Köpfe, die dem dogmatischen Kommunismus die Gefolgschaft verweigert hatten, kein Abtrünniger, kein mutiger Ketzer, der Leute wie mich beeinflußt oder beirrt hätte. Zumindest nicht in einer Zeit, als die Kommunisten im Vollgefühl ihrer Macht noch ziemlich unbeschwert an ihre Zukunftsoption glauben konnten. Auf eine indoktrinierte Gruppe wirkt der Ketzer glaubensstärkend, fanatisierend. Die Stigmatisierung des freien Denkens in den eigenen Reihen befriedigt ja in der kommunistischen Bewegung nicht nur das unnatürlich starke Bedürfnis nach geistigem Selbstschutz. Verketzerung war auch das Mittel, eine permanente Gefährdung der Idee und der Sache zu suggerieren. So sollten die auf erfundenen Anklagen beruhenden Schauprozesse sowohl in den dreißiger wie Ende der vierziger Jahre dazu dienen, die These von der Verschärfung des Klassenkampfes zu rechtfertigen und das einzelne Parteimitglied zu besinnungsloser Akzeptanz des Stalinschen Terrors und Despotismus zu nötigen.

Ein anderer Umstand, der die Wirkung der vom Kommunismus abgefallenen kritischen Geister begrenzte, war das Dogma von der absoluten Bipolarität der Welt. Wer uns – natürlich aus »spießigem Kleinmut« oder »intellektueller Borniertheit« – den Rücken kehrte, wurde automatisch zum Judas, zum Acht-Groschen-Jungen des großen Feindes, der unseren menschheitserlösenden Auftrag hintertreiben wollte.

Schließlich hat auch der Reformismus Gorbatschows in der Spätphase des monozentristischen Kommunismus keine wesentlich andere Denk-

haltung innerhalb der Bewegung hervorgebracht. Ja, angesichts zunehmender Krisenerscheinungen in den kommunistischen Ländern war die Hoffnung auf die Reformen, die Gorbatschow anfangs wagemutig eingeleitet hatte, eher ein Grund, an den kommunistischen Fiktionen festzuhalten. Reformen versprachen eine Ausbesserung der zunehmend von Widersprüchen geplagten realsozialistischen Gesellschaft. So blieb bis zum bitteren Ende in den Köpfen auch der geistig beweglicheren Funktionäre der Irrglaube an die Lebensfähigkeit der kommunistischen Gesellschaftskonstruktionen erhalten. Gorbatschow selbst ist dafür ein Beispiel. Seine Enttäuschung über seinen wichtigsten Perestroika-Partner, den KGB-Chef Krjutschkow, nach dem Putsch geäußert, ist dafür bezeichnend. Auch bei mir haben erst das Zusammenbrechen der sozialistischen Strukturen der DDR noch vor ihrem politischen Ende, der Zerfall der Partei und schließlich der Fußtritt ihrer Restorganisation PDS einen schmerzvollen Befreiungsprozeß in Gang gesetzt. Eine große Unsicherheit stellte sich zunächst ein. Selbst dann griff man noch nicht zu der Literatur, die so lange auf dem Index gestanden hatte.

Am Anfang meines geistigen Wandels standen Gespräche, erstaunlicherweise Gespräche mit Journalisten der Bundesrepublik. Von den jähen und sich überschlagenden Veränderungen in der DDR des Jahres 1989 fasziniert, haben etliche stunden-, ja tagelang mit mir diskutiert, um hinter alle Gründe für diesen rapiden gesellschaftlichen Verfall zu kommen. Sie stellten mir Fragen, die ich mir damals noch nicht hätte stellen können. Damit erst wurden bestimmte Schleusen geöffnet. Ein zweites Stimulans war der Vorschlag eines Verlages, mich mit einem Buch über das Ende der DDR zu äußern. Es war eine Chance und ein heilsamer Zwang zu kritischer Introspektion.

In diesem Zeitabschnitt, der etwa im Frühjahr 1990 begann und bis heute anhält, habe ich Lesedefizite wettmachen können. Aus einer Vielzahl von Büchern möchte ich hier als die »antriebigsten« nennen: Leonhards von der Revolution entlassene Kinder, die Marxbiographie von Raddatz, die erwähnte Arbeit von Paul Watzlawik, in der das Utopiesyndrom analysiert wird, der rororo-Sammelband mit den Protokollen der Schriftstellerberatung während der Moskauer Prozesse und schließlich Arthur Koestlers erschütterndes Buch über die geistige und physische Vernichtung des Individuums zu Nutz und Frommen des kommunistischen Menschheitsideals: *Sonnenfinsternis*. Ein Buch, das zur Zeit seines Erscheinens nicht die Wirkung erreichen konnte, die es verdient hätte, weil es angesichts der aufkommenden faschistischen Aggression als »unpassendes« antisowjetisches Machwerk befehdet und diffamiert wurde. Ein Zitat daraus begleitet mich seither. Es ist die zynische Tirade, die der Untersuchungsbeamte einem verhafteten Genossen hält, damit dieser –

obwohl unschuldig – freiwillig seine Rolle als Schurke in einem der Moskauer Schauprozesse übernimmt, die Hinrichtung eingeschlossen:

»›Ich hasse ideologische Unklarheit‹, fuhr Iwanow fort. ›Im Grunde gibt es nur zwei mögliche Theorien der Moral, und sie verhalten sich wie entgegengesetzte Pole. Die eine ist christlich-humanistisch, erklärt das Individuum für sakrosankt und behauptet, daß mathematische Regeln nicht auf menschliche Einheiten anwendbar sind. Die andere geht von dem Grundprinzip aus, daß das Kollektivziel alle Mittel heiligt, und erlaubt nicht nur, sondern gebietet, daß das Individuum in jeder Hinsicht der Gemeinschaft unterstellt und wenn nötig geopfert wird, als Versuchskaninchen, als Opferlamm und auf jede andere erforderliche Art. Die erste Auffassung können wir die Antivivisektionsmoral nennen, die zweite die Provivisektionsmoral. Wirrköpfe und Dilettanten versuchen stets, die beiden Auffassungen irgendwie zu vereinbaren; in praxi ist dies unmöglich. Wem Macht und Verantwortung aufgebürdet sind, der entdeckt bei der ersten Gelegenheit, wenn es eine praktische Entscheidung zu treffen gilt, daß er zu wählen hat; und die Logik der Ereignisse treibt ihn unaufhaltsam der zweiten Alternative zu.‹«

Das Credo eines »Erlösers«. Zwingend, »realistisch«, absolut frei von Selbstzweifeln, bereit, das Kreuz der Unmenschlichkeit auf sich zu nehmen und es anderen aufzubürden. Die Welt im Auge des Geblendeten.

Scheinbar hat die Blendung, der wir uns unterzogen, um unseren kommunistischen Hochmut unangefochten zu lassen, seit damals Wandlungen, Abschwächungen erfahren. Doch der Harnisch der Verweigerung gegen die Realität ist nicht nur bei greisen Jüngern der Diesseitsreligion so undurchdringlich wie eh und je. Das Gericht hat kaum Löcher in den Bewußtseinspanzer bohren können, der Honecker umgibt. Richter und Angeklagter saßen sich gegenüber, jeder auf einem anderen Planeten. Was man »geschichtliche Aufarbeitung« nennt, konnte keinen Zutritt erlangen zu dem Prozeß in Moabit.

Literatur

Günter Kunert: *Die Welt* vom 24. 6. 1991

Paul Watzlawick/John H. Weakland/Richard Fisch: *Lösungen (Change). Zu Theorie und Praxis menschlichen Wandels.* Verlag Hans Huber, Bern/Stuttgart/Toronto 1974

Umberto Eco: *Im Labyrinth der Vernunft. Texte über Kunst und Zeichen.* Reclam Band 1285, Leipzig 1989, S. 388

Melvin J. Lasky: *Utopie und Revolution.* Rowohlt, Hamburg 1976

Georg Lukács/Johannes R. Becher/Friedrich Wolf u. a.: *Die Säuberung. Moskau 1936: Stenogramm einer geschlossenen Parteiversammlung,* hg. Reinhard Müller. rororo aktuell 13012, Reinbek 1991

Wolfgang Leonhard
Erich Honecker und die Berliner Mauer

Immer wieder wird von ehemaligen SED-Funktionären – wie auch in der Erklärung Erich Honeckers vor Gericht am 3. Dezember 1992 – behauptet, die Berliner Mauer sei Produkt des Kalten Krieges, Resultat gemeinsamer Beschlüsse des Warschauer Pakts, vor allem der Sowjetunion. Die DDR-Führung habe lediglich den Beschluß des Warschauer Vertrages vom 5. August 1961 vollzogen.

Diese Behauptungen sind unwahr. Bereits seit Anfang der fünfziger Jahre – mehr als ein Jahrzehnt vor der Errichtung der Berliner Mauer also – hatte die SED-Führung immer wieder über Maßnahmen der totalen Abschottung Ost-Berlins gegen den Westen nachgedacht, entsprechende Maßnahmen durchgeführt, unterschiedliche Alternativen erwogen und teilweise sogar erprobt. Gewiß trug dabei zunächst Ulbricht die Hauptverantwortung, in zunehmendem Maße aber auch Erich Honecker, seit 1956 Sekretär der Sicherheitskommission des Zentralkomitees der SED und damit direkt verantwortlich für Streitkräfte, Polizei, Grenzpolizei und Staatssicherheitsdienst. Im Juni 1958 rückte Honecker als Vollmitglied in das Politbüro auf und war seit Februar 1960 Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates.

Die Vorbereitungen 1951 bis 1961

Drei Zeitzeugen berichten, daß seit Anfang der fünfziger Jahre in der SED-Führung Abschottungs-Maßnahmen diskutiert, vor allem aber direkt vorbereitet wurden.

Heinz Lippmann, der von Frühjahr 1946 bis September 1949 FDJ-Vorsitzender in Thüringen, danach als engster Mitarbeiter Erich Honekkers in der zentralen FDJ-Führung in Berlin war und im September 1953 in den Westen floh, berichtete:

»Schon 1952-1953, als die Flüchtlingszahlen im Verhältnis zu den Vorjahren sprunghaft angestiegen waren, wurde in Kreisen der Führung dar-

über diskutiert, mit welchen Mitteln dieser Flüchtlingsstrom zu stoppen sei. Damals wurden die Erfahrungen ausgewertet, die anläßlich der Weltfestspiele 1951 in Berlin in bezug auf die nach West-Berlin überwechselnden Jugendlichen gemacht worden waren. Dabei zeigte sich, daß alle Kontrollmaßnahmen an den Sektorengrenzen, in den U- und S-Bahn-Zügen durch Volkspolizei und FDJ-Helfer keine wirksamen Ergebnisse hatten. Später waren Pläne erörtert worden, besondere Ausweise auszugeben und verstärkte Kontrollen der Verkehrswege von der DDR nach Berlin einzuführen. Einige dieser Maßnahmen wurden sogar in der Praxis getestet. Sie erwiesen sich aber ebenfalls als wirkungslos. *Damals war Erich Honecker schon der Meinung, nur eine radikale Absperrung könnte Erfolg haben.*« (Heinz Lippmann, *Honecker – Porträt eines Nachfolgers*, Köln 1971, S. 189, Hervorhebung von mir.)

Auch Fritz Schenk, von 1952 bis September 1957 persönlicher Referent Bruno Leuschners, des Chefs der Staatlichen Plankommission, erlebte die Vorbereitungen und die Schaffung der technischen Voraussetzungen für die geplante Spaltung Berlins:

»S- und U-Bahnhöfe an der innerstädtischen Grenze wurden umgebaut und so eingerichtet, daß Züge rangieren und Pendelverkehr nur im Ostteil der Stadt fahren konnten. Straßenbahnen und Buslinien wurden ohnehin bereits getrennt in Ost- und West-Berlin betrieben«, berichtete Fritz Schenk. »Durch einen Ost-Berliner Straßen- und Eisenbahnring wurde ermöglicht, West-Berlin verkehrstechnisch zu isolieren, ohne den östlichen Verkehr zwischen Berlin und der Zone zu beeinträchtigen.«

Nach der Niederschlagung des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 war der Ostsektor schon einmal total vom Westen der Stadt isoliert gewesen, so Fritz Schenk, ohne daß dies zu Verkehrsstörungen im Ostteil geführt hätte. Aber es gab weitere Planungen. 1952 war untersucht worden, ob Ulbricht seinen Staatsapparat nach Halle, Dresden oder in eine andere Großstadt der DDR verlegen könnte. Die Prüfung verlief jedoch negativ, da keine andere Stadt die mehr als 100 000 Bürokraten des SED-Regimes aufnehmen konnte. So kam die SED-Führung bereits 1952 zu der Schlußfolgerung: »Wenn das Schlupfloch West-Berlin geschlossen werden soll, dann nur in Berlin selbst, Konsequenz: Mauer und Stacheldraht in der Stadt!« (Fritz Schenk: »20 Jahre Berliner Mauer«, in: *Epoche*, August 1981, S. 40 f.)

Hans Kroll, von 1958 bis 1962 Botschafter der Bundesrepublik in Moskau, der über ein außerordentlich gutes Verhältnis zum damaligen Partei- und Staatsführer Chruschtschow verfügte, sprach mit ihm im Herbst 1961 über den Mauerbau des 13. August.

Botschafter Kroll wies darauf hin, daß das deutsche Volk die Sperrmauer in Berlin als Provokation empfinde, und bat Chruschtschow, auf

die nationalen Gefühle des deutschen Volkes etwas mehr Rücksicht zu nehmen. Zu Krolls Überraschung gab Chruschtschow offen zu, daß er die Gefühle der Deutschen verstehe: »Ich weiß, die Mauer ist eine häßliche Sache. Sie wird auch eines Tages wieder verschwinden«, erklärte er und verwies auf das enorme Flüchtlingsproblem der DDR – ohne auch nur mit einem einzigen Wort die Propagandabehauptung vom »Kalten Krieg« und vermeintliche Gefahren aus dem Westen zu erwähnen.

Chruschtschow weiter: »Ich möchte Ihnen auch nicht verhehlen, daß ich es gewesen bin, der letzten Endes den Befehl dazu gegeben hat. *Ulbricht hat mich zwar seit längerer Zeit und in den letzten Monaten immer heftiger gedrängt, aber ich möchte mich nicht hinter seinem Rücken verstecken.*« (Hans Kroll, *Lebenserinnerungen eines Botschafters*, Köln 1967, S. 512, Hervorhebungen von mir.)

Erst vom 3. bis 5. August 1961 fand in Moskau die Beratung der Ersten Sekretäre der Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien der Länder des Warschauer Paktes statt, und es wurde beschlossen, in Berlin eine Grenze zu errichten, durch die »eine verläßliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle gewährleistet wird« – eine Erklärung, die jedoch erst am 13. August 1961, dem Tag des Mauerbaus, in der DDR veröffentlicht wurde.

Honeckers Verantwortung für den Bau der Mauer

Die Vorbereitung der Berliner Mauer erfolgte jedoch bereits Monate vorher, wahrscheinlich seit Mai oder Juni 1961 – das genaue Datum herauszubekommen scheint mir von großer Bedeutung zu sein.

Zu DDR-Zeiten hatte Erich Honecker – vor allem in seinem 1980 erschienenen Buch *Aus meinem Leben* – seine damalige Tätigkeit gerühmt und recht genau beschrieben:

»Vom damaligen Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, Walter Ulbricht, wurde mir die Vorbereitung und Durchführung der hierfür erforderlichen Aktion übertragen. Die notwendigen Maßnahmen und die Entwürfe der Einsatzbefehle für die Nationale Volksarmee, die Organe des Ministeriums für Staatssicherheit und des Ministeriums des Innern, für die Bereitschaftspolizei, die Volkspolizei und die Kampfgruppen der Arbeiterklasse sowie die Anweisungen für die zentralen staatlichen Institutionen, für das Verkehrswesen, das Bauwesen und andere wirtschaftsleitende Organe wurden ausgearbeitet«, beschrieb Honecker seine damalige Tätigkeit. »Zur unmittelbaren Operation richtete ich meinen Stab im Berliner Polizeipräsidium ein. Dort stand ich in ständiger Verbindung mit den Kommandeuren und Stäben der bewaffneten

Kräfte, den Bezirksleitungen der SED Berlin, Frankfurt an der Oder und Potsdam, den zentralen Staatsorganen, dem Berliner Magistrat und den Räten der Bezirke Frankfurt an der Oder und Potsdam.«

Über die letzten Stunden berichtete Erich Honecker: »Als ich am Nachmittag des 12. August 1961 zum Döllnsee fuhr, sah ich beiderseits der Straßen, daß sich die Motorisierten Schützenverbände unserer Volksarmee schon in ihren Bereitstellungsräumen befanden. Um 16.00 Uhr unterzeichnete der Vorsitzende des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, Walter Ulbricht, die *von uns* vorbereiteten Befehle für die Sicherungsmaßnahmen an der Staatsgrenze der DDR zu Berlin-West und zur BRD. Am späten Abend, eine Stunde vor Beginn der Operation, trat der *von mir* geleitete Stab im Berliner Polizeipräsidium zusammen« (Hervorhebungen von mir).

Dieser Honecker-Stab für die Berliner Mauer bestand aus neun hohen Funktionären: den Mitgliedern des SED-Politbüros Willi Stoph und Paul Verner, den vier zuständigen Ministern Heinz Hoffmann (Verteidigung), Erich Mielke (Staatssicherheit), Karl Maron (Inneres) und Erwin Kramer (Verkehrswesen), sowie Willi Seifert, stellvertretender Innenminister, dem Ostberliner Polizeichef Fritz Eikemeier und Horst Ende, Leiter des Stabes des Ministeriums des Innern.

In der Nacht vom 12. auf den 13. August 1961 wurde pünktlich um 0.00 Uhr Alarm gegeben, und die von Erich Honecker und seinem Stab vorbereitete Aktion begann. Dazu Honecker: »Gemäß den Einsatzbefehlen rückten die Verbände der Nationalen Volksarmee und die Bereitschaften der Volkspolizei in die ihnen zugewiesenen Abschnitte. Auch die Kampfgruppen in Berlin und in den an Berlin-West grenzenden Bezirken Potsdam und Frankfurt an der Oder bezogen ihre festgelegten Einsatzpunkte.« (Erich Honecker: *Aus meinem Leben*, Dietz Verlag, 3. Aufl., Berlin-Ost 1981, S. 203 f.)

Eigentümlich, ja erschreckend erscheint, daß sich Erich Honecker in dieser Schilderung überhaupt keine Gedanken über die Tragweite seines Handelns zu machen scheint, nicht einmal geringste Zweifel an der Aktion verspürt, eine Stadt durch eine Mauer zu teilen und mit Stacheldraht und Befestigung die Menschen in ihrer Freizügigkeit zu behindern – etwas, das nicht nur allgemeinen Prinzipien der Humanität widerspricht, sondern auch den ursprünglichen sozialistischen Vorstellungen. Aber: Nichts davon gibt es bei Erich Honecker.

Bis zu seiner Absetzung im Oktober 1989 hat er nicht nur keine Schuld empfunden, sondern sich überhaupt über die Bedeutung dieser Aktion nicht die geringsten moralischen Gedanken gemacht. Im Gegenteil: in seinen Memoiren weist er nicht ohne Stolz darauf hin, daß der Bau der Berliner Mauer »keine rein militärische Operation« gewesen sei, son-

dern »umfangreiche politische, ideologische, wirtschaftliche und organisatorische Aktivitäten« erfordert habe, und zwar unter strenger Geheimhaltung (in Honeckers Diktion: »Ohne zunächst in aller Offenheit über konkrete Aufgaben sprechen zu können«). Stolz fügte Honecker hinzu: »Später konnten wir befriedigt feststellen, daß wir nichts Wesentliches unberücksichtigt gelassen hatten.« (Erich Honecker, *Aus meinem Leben*, a. a. O., S. 205 f.)

Sicher ist auch dies keine vollständige Schilderung – aber sie erscheint bedeutend klarer als das, was man von Erich Honecker nach der Wende zu hören bekam. Sie läßt keinen Zweifel darüber, daß Ulbricht für die Errichtung der Berliner Mauer am 13. August 1961 zwar eine allgemeine Verantwortung trägt, die gesamten Vorbereitungen und die Durchführung aber in den Händen von Erich Honecker lagen.

Spätere Entschuldigungen und Ausflüchte

Seit Errichtung der Mauer im August 1961, selbst noch in der Honecker-Erklärung am 3. Dezember 1992, wurden und werden von SED-Funktionären folgende unwahre Entschuldigungen und Ausflüchte angeführt:

a) »Die Sowjets sind schuld«. Beständig wurde und wird von Honecker behauptet, der Bau der Berliner Mauer sei auf einer Sitzung des Warschauer Paktes Anfang August 1961 beschlossen worden; die DDR-Führung habe diesen Beschluß lediglich durchgeführt.

Das stimmt nicht. Schon seit Anfang der fünfziger Jahre hatte die SED-Führung verschiedene Maßnahmen geplant und unterschiedliche Varianten durchexerziert, um die DDR und Ost-Berlin vom Westen abzuriegeln und eine Flucht der DDR-Bevölkerung in den Westen zu verhindern. Sowohl Ulbricht als auch der seit 1956 für den Sicherheitsbereich in der SED-Führung verantwortliche Erich Honecker forderten jahrelang entschlossene Maßnahmen in diesem Bereich. Ulbricht hat, wie wir von Chruschtschow wissen, in Moskau immer wieder auf die Errichtung der Berliner Mauer gedrängt. Die von Honecker geleiteten Vorbereitungen für den Bau der Mauer begannen bereits Monate vorher – wahrscheinlich im Mai oder Juni 1961. Die jetzt stets in den Mittelpunkt gestellte Erklärung der Warschauer-Pakt-Staaten vom 5. August 1961 sollte lediglich die bereits seit langem in Gang befindlichen Maßnahmen nachträglich legitimieren und politisch-diplomatisch absichern.

Der Versuch, vor allem nach dem Ende des diktatorischen DDR-Systems, alles auf den Warschauer Pakt, insbesondere auf die Sowjet-

union zu schieben, ist jedoch nicht nur verfehlt, sondern geradezu peinlich. Sie erfolgt von denselben Funktionären, die zuvor nicht müde wurden, stets die »Souveränität« der DDR in höchsten Tönen zu preisen und die Anerkennung der DDR als »souveränen Staat« zu verlangen.

b) »Das Produkt des Kalten Krieges«. Die Berliner Mauer sei, so lautet die zweite Entschuldigung, ein Produkt des Kalten Krieges. Seit 1961 wurde dieses Argument ununterbrochen mit fadenscheinigen Erklärungen, nicht selten mit verfälschten Dokumenten propagandistisch verbreitet. Noch am 3. Dezember 1992 – in seiner Erklärung vor Gericht – behauptet Erich Honecker: 1961 bestand »eine Spannungssituation in Deutschland, die den Weltfrieden gefährdete«. Und weiter: »Die Menschheit stand am Rande eines Atomkrieges. In dieser Situation also beschlossen die Staaten des Warschauer Paktes den Bau der Mauer.«

Davon kann überhaupt keine Rede sein. Niemand im Westen hatte je die Absicht, einen militärischen Angriff gegen die DDR zu unternehmen. Und auch die Zeiten des Kalten Krieges waren längst vorbei, als die SED-Führung die Mauer errichten ließ.

Nicht zuletzt sprechen die Fakten für sich: Wären Mauer und Sperranlagen als Bollwerk gegen den Westen konzipiert gewesen, hätten Minenfelder und Selbstschußanlagen ohne Zweifel *westlich* der Mauer, in Richtung des vermuteten Feindes, gelegen. Es war hier jedoch genau umgekehrt – alle Minenfelder und Selbstschußanlagen lagen *östlich* der Mauer und waren daher nur dazu errichtet, Grenzübertritte von DDR-Bürgern in den Westen zu verhindern.

c) »Die DDR hat genau das gleiche Recht, ihre Grenzen zu schützen, wie jeder andere Staat auch«. Immer wieder wurde – und von unverbesserlichen SED-Funktionären wird noch heute – die unwahre Behauptung vertreten, die DDR-Führung habe mit der Sicherung der Grenzen und der Wahrnehmung des Rechts, auf Grenzverletzer zu schießen, nicht anders gehandelt als jeder andere Staat.

Dies ist genauso unwahr wie die beiden zuvor genannten Behauptungen. Es gibt kein demokratisches Land Europas, das seine Einwohner daran hindert, das Land zu verlassen. Es gibt kein demokratisches Land Europas, das seine eigenen Bürger durch Mauer, Stacheldraht, Befestigungsanlagen und Minen daran hindert, das selbstverständliche Recht der Freizügigkeit in Anspruch zu nehmen. Es gibt kein demokratisches Land Europas, das über besondere bewaffnete Einheiten und Sicherungsanlagen verfügt, um die Bevölkerung im eigenen Machtbereich zu halten. An der Berliner Mauer und den Grenzbefestigungen der DDR wurden seit 1961 über 400 Personen erschossen – es gibt kein demokratisches

Land Europas, das auch nur einen mikroskopischen Bruchteil dieser Zahl von Opfern an seinen Grenzen zu beklagen hätte.

Fazit: Die Errichtung der Berliner Mauer, Minen, Selbstschutz- und Schießanlagen an der DDR-Grenze sind weder ein Produkt des Kalten Krieges noch eine Maßnahme, die nachträglich einseitig auf die Sowjetunion abgeschoben werden könnte – und sie läßt sich nicht mit dem Hinweis rechtfertigen, daß andere Länder ähnliche Grenzsicherungsmaßnahmen getroffen hätten.

Rotbuch gegen Rassismus

Klaus Farin/Eberhard Seidel-Pielen
Rechtsruck

Rassismus im neuen Deutschland

Mit kommentiertem Literaturverzeichnis
und über 100 Kontaktadressen
Rotbuch Taschenbuch 55, DM 15,90

"Die Autoren lassen Fakten sprechen und rücken sie ins sprichwörtlich 'rechte' Licht, ohne je polemisch zu werden. Ihr Buch ist eine einzige Anklage und eine Bestandsaufnahme zugleich." Franco Foraci, Hessischer Rundfunk

Klaus Farin/Eberhard Seidel-Pielen
Krieg in den Städten

Jugendgangs in Deutschland

Mit kommentiertem Literaturverzeichnis
Rotbuch Taschenbuch 34, DM 15,90

"Ausländer und Skinheads, Linke und Rechte, Mädchen und Jungs, Fußballfans und Autonome erzählen von ihren Problemen. Die Autoren decken eine Fülle von Vorurteilen auf allen Seiten, Falschmeldungen seitens der Presse und verblüffende Gemeinsamkeiten zwischen den verfeindeten Gruppen auf." Frank Schüre, Die Zeit

Claus Leggewie
multi kulti

Spielregeln für eine Vielvölkerrepublik

Mit der Charta der politischen, sozialen und
kulturellen Rechte der Minoritäten und Flüchtlinge
in der Europäischen Konföderation
Neuauflage mit einem aktuellen Vorwort
Rotbuch Taschenbuch 28, DM 15,90

Multi-Kulti – weil Deutschland ein Einwanderungsland ist! Hoyerswerda, Rostock und Mölln und die Entscheidungen in Bonn machten ein neues Vorwort unumgänglich

Rotbuch Verlag, Elbestraße 28/29, 1000 Berlin 44

Stefan Welzk/Gerd Wilde
Der lange Weg in den Bankrott

Ein Expertengespräch über die SED-Wirtschaft

Gericht: Klage erhoben wird gegen Honecker, Erich und Mittag, Günter wegen Vergehens gegen das Volkseigentum, Zerstörung der wirtschaftlichen Grundlagen der DDR und schwerer Schädigung der sozialistischen Wirtschaftsordnung. Geklärt werden soll in der heutigen Anhörung, welche Fehlentwicklungen, Fehlentscheidungen und Vergeudungen von volkswirtschaftlicher Größenordnung dem Wirken der genannten Herren zuzurechnen sind und inwieweit für diese Entscheidungen ein Alternativen-Spielraum bestanden hat oder diese durch Sachzwänge vorgegeben waren.

Zu dieser Anhörung werden gebeten die Herren Nachmittag und Feyerabend. Herr Feyerabend, bis 1968 Professor an der Hochschule für Ökonomie in Karlshorst, wurde von der Anklage benannt, Herr Nachmittag, bis 1989 Professor an der nämlichen Hochschule, von der Verteidigung. Das Wort hat Herr Feyerabend.

Feyerabend: Ostdeutschland hatte den Vorkriegszahlen zufolge eine mindestens so hohe Wirtschaftsleistung pro Kopf wie vor dem Krieg die späteren Westzonen. Zur Zeit der Wende lag das Bruttosozialprodukt pro Kopf dann bei einem Drittel des westdeutschen Niveaus.

Nachmittag: Und dank der freien Marktwirtschaft krebst die Industrie inzwischen bei einem Drittel des Wendeniveaus. Das sind Schrumpfungsraten, wie sie aus keinem anderen Gebiet der Welt jemals in Friedenszeiten berichtet worden sind.

Gericht: Dieser Kollaps ist nicht unser heutiges Thema, sondern vielleicht einmal Gegenstand einer anderen Gerichtsverhandlung.

Feyerabend: Die Autopsie des Realkommunismus bestätigt die Unvernichtbarkeit jener Dialektik, die Marx zufolge die Geschichte treibt. Sie beutelt besonders gern jene Gesellschaften, die sich frei von Widersprüchen wähnen. Man war angetreten, mit revolutionärer Rüdheit das Profitmotiv als Triebkraft der Wirtschaft auszumerzen, und hat es statt dessen totalisiert: Nirgendwo sonst wurden so hemmungslos um der Produktionsziffern willen Menschenrechte und Umwelt malträtiert.

Man wollte die Produktivkräfte entfesseln wie niemals zuvor und hat sie statt dessen erstickt. Man wollte ein rationales Preissystem verordnen und stand alsbald ohne irgendeinen wirtschaftlich begründeten Preis da.

Gericht: Herr Sachverständiger, wir sind nicht beim Plädoyer.

Feyerabend: Herrn Honeckers Methode im Umgang mit dem dialektischen Widerspruch war die Stasi. Jedweder Ansatz marktwirtschaftlichen Denkens – und in der Spätphase Ulbrichts hat man sehr wohl in dieser Richtung experimentiert – wurde abgewürgt. Nur der Konkurrenzdruck läßt erkennen, was der wirtschaftlich notwendige Preis und folglich der gesellschaftlich notwendige Aufwand zur Erzeugung eines Gutes ist, von dem Marx und Ricardo gesprochen haben. Ohne marktbestimmte Preise läßt sich von keiner Produktion mehr feststellen, ob sie rentabel ist oder defizitär. Damit fehlen die elementaren Orientierungsmarken für wirtschaftlich rationales Verhalten. Die ganze Ökonomie ist im Blindflug. Die unvermeidbaren Folgen sind Vergeudung und schließlich bittere Armut. Das Fehlen rationaler Preise und das Versiegen der Innovation – das sind die beiden Krankheiten zum Tode dieses Wirtschaftssystems.

Nachmittag: Herr Feyerabend, ich warne Sie. Je mehr Sie das System beschuldigen, desto stärker entlasten Sie Herrn Honecker und vice versa. Im übrigen haben wir die Innovation in den Mittelpunkt unserer Anstrengungen gestellt wie keiner der Bruderstaaten.

Feyerabend: Und sie systematisch unmöglich gemacht – mit der Gliederung der Industrie in monopolartige Kombinate, mit der Vernichtung unternehmerischer Selbständigkeit bis in die kleinste Werkstatt hinein und mit der Förderung von speichelleckender Konformität selbst im Wissenschaftsbereich. Wer erinnert sich nicht amüsiert all der Neuerer-Bewegungen! Unter Honecker hat der technologische Rückstand zum Westen eine hoffnungslose Dimension gewonnen. Die Segnungen der jüngsten industriellen Revolution – eingeprägt in winzigen Plättchen aus Reinst-Silicium – sind weder mit Spionage noch mit Lizenzkauf imitierbar. Das war eine qualitative Wende...

Nachmittag: ...und folglich nicht Herrn Honecker zuzurechnen. Die DDR war eines der ganz wenigen Länder, das die Entwicklung und Produktion mikroelektronischer Bauelemente gemeistert hat, einschließlich eines wesentlichen Teils der erforderlichen Produktionsausrüstungen für hochintegrierte Schaltkreise.

Feyerabend: Zu Kosten von einem Mehrfachen des international Üblichen. Die Devisenrentabilität ostdeutscher PCs lag bei 0,1 – das heißt, es mußten 10 Ostmark für eine Westmark aufgewendet werden. Der PC 1715 z. B., im Inland für 28 400 Mark verkauft, war im Westen mit we-

niger als 1000 DM gepreist. Die ostdeutsche Mikroelektronik wurde zum Modellfall volkswirtschaftlich katastrophaler Willkürentscheidungen eines ignoranten Wirtschaftszaren. Irgendwann, es war wohl 1984, hatte Günter Mittag bei einem Besuch der Cebit in Hannover sein Saulus-Erlebnis. Zurückkommend verkündete er: »Die DDR wird kein Land von Computer-Analphabeten bleiben« – womit er immerhin begriffen hatte, daß sie ein solches war. Das Steuer wurde herumgerissen, und in einer Honecker-Rede tauchte kurz darauf das bisherige Unwort »PC« auf. Günter Mittag hatte keine Ahnung von den Anforderungen und Kosten eigenständiger Chip-Entwicklung, die selbst dem Philips-Konzern trotz der Zusammenarbeit mit Siemens zu teuer geworden ist, noch hatte er wahrgenommen, daß sich diese Entwicklung weltweit hochgradig arbeitsteilig vollzieht. Die Wirtschaftskraft der DDR wurde maßlos überschätzt, der notwendige Aufwand um Größenordnungen unterschätzt und das Mammutprojekt einem Manager überantwortet, dessen entscheidende Qualifikation darin bestand, die Tochter von Willi Stoph geehelicht zu haben. Der 64-KB-Chip der DDR war funktionsfähig, schon der 256-KB-Chip kaum noch. 15 bis 25 Milliarden wurden in die Mikroelektronik investiert. Der Vertrieb der Produkte im Inland und der Export wurden mit 3 Milliarden pro Jahr bezuschußt.

Grausigste Fehlentscheidung: Allenfalls in Kooperation mit der UdSSR und anderen Comecon-Partnern wäre dieses Projekt durchführbar gewesen. Doch aus Allergie gegenüber dem Moskauer Reform-Virus wurde auf jede Zusammenarbeit verzichtet. Die Störfreimachung gegenüber dem Westen in den sechziger Jahren war die DDR teuer genug zu stehen gekommen und ihr zum Teil aufgezwungen worden. Störfreimachung gegenüber West *und* Ost, Abschottung nach *beiden* Seiten zugleich in Verbindung mit dem Anspruch, die gegenwärtig schwierigste Spitzentechnologie eigenständig und in konkurrenzfähiger Qualität zu meistern, das war tödlich.

Nachmittag: Das waren unbestreitbar subjektivistische Tendenzen eines alternden Funktionärs. Das war nicht die DDR. Bei uns entsprach kaum etwas den gängigen Klischees über sozialistische Mißwirtschaft. Typisch sei, so liest man seit Jahrzehnten, eine »Überakkumulation«, eine Ausbeutung der Bevölkerung zugunsten ehrgeiziger Investitionen, ein Übergewicht der Schwer- und eine Vernachlässigung der Leicht-Industrie, infolgedessen Unterversorgung und hoher Arbeitsdruck durch überzogene Normen. Vieles davon mag für Sowjetrußland einstmals zugetroffen haben, für Ostdeutschland nicht. Wir sind unseren eigenen Weg gegangen. Die Akkumulationsrate war schon 1953 entscheidend gemildert worden, und sie wurde 1970-89 von 29 auf 21 Prozent abgesenkt. Heute beklagt der Westen eine viel zu dürftige Kapitalbildung in der

DDR. Das Arbeitstempo war so milde, daß nahezu jeder Westunternehmer zunächst die Unbrauchbarkeit ostdeutscher Arbeitskräfte moniert hat. Sie waren dem in Westfirmen üblichen Ausbeutungsdruck nicht gewachsen. Und schließlich war die Industrie ausgesprochen konsumorientiert. Seit 1971 stand die Abteilung B, die Konsumindustrie, im Zentrum unserer Anstrengungen, mit dem Ziel, die Versorgung der werktätigen Massen ständig weiter zu vervollkommnen.

Feyerabend: Das Ziel dieses Wachstumsschubs im Konsumbereich war der Export. Dahinter stand die Devisennot infolge der wachsenden technologischen Lücke zum Westen im industriellen Kernbereich der DDR – ihrem Maschinenbau. Sein Anteil an den Maschinen-Importen des Westens von außerhalb der OECD fiel von 3,9 Prozent im Jahr 1973 auf 0,9 Prozent im Jahr 1986 und erreichte damit nur noch ein Viertel des Lieferanteils von Malaysia. Hier läutete für den deutschen Realsozialismus die Glocke der Weltgeschichte. Außerdem wurden Konsumgüter auf dem Weltmarkt zwar schlecht, aber bar bezahlt, Investitionsgüter dagegen abgezahlt, und das oft über Jahre. Es war die Sucht nach der schnellen harten Mark, die diesen Boom getrieben hat, und nicht die »Vervollkommnung« der Versorgung.

Nachmittag: Aber ich bitte Sie, das schließt sich doch nicht aus. Muß ich Ihnen wirklich ein Privatissimum über Außenhandelstheorie gewähren? Wir sind keinem Autarkiekurs gefolgt, zumindest nicht freiwillig. Und die Pro-Kopf-Versorgung lag in nicht wenigen Bereichen mindestens auf Westniveau.

Feyerabend: Diese Zustandsbeschreibung ist angesichts der Realität permanenter Unterversorgung und eines Heißhungers nach dem Konsumangebot des Westens nackter Zynismus. Eine statistische Überversorgung der Ostdeutschen gab es nur in sehr wenigen Bereichen, und dort war sie schlicht eine Folge des Qualitätsverfalls – Schuhe, die im Zeitraffertempo verschleißen, Teppiche, die Jahr für Jahr dünner produziert werden, Anzüge, die aus Garn gewebt sind statt aus Zwirn und aus schlechter Baumwolle zumal und die nach zwei chemischen Reinigungen aussehen wie verbeulte Säcke. Der Qualitätsverfall war immanentes Gesetz dieser Wirtschaftsordnung. In einer Mangelgesellschaft mit dauerhaftem Nachfrageüberhang ist nahezu alles verkaufbar, und Einsparungen auf Kosten der Qualität können fast stets durchgesetzt werden. Weil die Betriebe und Kombinate nach Kennziffern und folglich rein quantitativ bewertet wurden, Qualität aber per definitionem nicht quantifizierbar ist und das entscheidende Qualitätskriterium – die Durchsetzbarkeit am Markt – praktisch außer Kraft gesetzt war, gab es im Inland einen permanenten Druck in Richtung Qualitätsverfall. »Downgrading« hieß das. Und vom Auslandsmarkt waren die Betriebe abgeschirmt.

Nachmittag: Wir waren auf zahlreichen Westmärkten präsent.

Feyerabend: Ja, mit Gartenzwergen in den USA und namenloser Massenware zu Niedrigst- und Dumpingpreisen. In nicht wenigen Bereichen hatte die DDR eine hohe Qualität geerbt und besaß tradiert gute Namen, in der Optik und der Medizintechnik z. B., bei Motorrädern, Gardinen, Druck- und Werkzeugmaschinen. Sie wurden allesamt ruiniert. Die ostdeutsche Möbelindustrie hat seit dem Bauhaus das europäische Design mitbestimmt. Doch in der DDR war alles absetzbar. Und zu den Westmärkten fehlte die Tuchfühlung, weil der Außenhandel zentral gemanagt blieb. Man kann nicht für einen heiß umkämpften Markt mit modisch wechselndem Design produzieren, wenn man die Kundschaft nicht kennt. So blieb nur der Weg zum Lohnauftrag – Westkaufhäuser bestimmten Konstruktion und Design, der Osten führte ideenlos aus und wurde mit Ramschpreisen abgefunden. Innovation und Ideenreichtum atrophierten. Sie wurden systematisch überflüssig. Dieser Prozeß vollzog sich in der gesamten Konsumgüterindustrie.

Nachmittag: Wir haben ständig die Innovation gefördert und den Betrieben z. B. eine Mindestzahl neuer Produkte periodisch vorgeschrieben.

Feyerabend: Doch zentral und auf höchster Ebene wurde entschieden, daß zuerst die Massenbedürfnisse zu befriedigen sind, und dieser Zustand der Befriedigung wurde bekanntlich nie erreicht. Für Verfeinerung, für Produktdiversifizierung, von der die Westwirtschaft lebt, blieb kein Raum. Nur bei zentral anerkanntem gesellschaftlichen Bedarf durfte produziert werden. Das Kriterium dafür war zum ersten der kleinbürgerliche Geschmack der zwanziger Jahre, wie er im Politbüro konserviert und mumifiziert war, und zum zweiten die vorhandene Produktionskapazität. So wurde die Formel vom »gesellschaftlichen Bedarf« zum Alibi für Lernverweigerung, Bequemlichkeit und Leistungsschwäche. Und sie war die Methode, die Innovationsunfähigkeit der Wirtschaft aus dem Bewußtsein der Führungscrew zu verdrängen. Für programmierbare Taschenrechner z. B., so hatte die Staatliche Plankommission befunden, bestand kein gesellschaftlicher Bedarf.

Nachmittag: Das ist ein infames Zerrbild.

Feyerabend: In den fünfziger Jahren z. B. lag die DDR bei Schreibmaschinen gut im Markt. Mit einer Ostmark wurde 1 Mark 50 West erwirtschaftet. Das lief bis zum nächsten Innovationsschub, dem Kugelkopf. Damit war man auf den Westmärkten weg vom Fenster. Bei synthetischen Fasern hinkte man stets eine Generation hinter dem Westen her. Viskose wurde in Riesenmengen und mieser Qualität produziert, nach einem Patent aus dem Jahre 1936. Während sich die westdeutsche Industrie mit Spezialfasern gegen die Konkurrenz aus den Schwellenlän-

dern halbwegs behaupten konnte, blieb Ostdeutschland immer auf billige Massenware ausgerichtet, geriet zwangsläufig in Konkurrenz zur Dritten Welt und damit in eine Sackgasse. Das war nicht anders bei Haushaltsgeräten, bei Bettwäsche und bei Kleidung. In allen Warengruppen fielen die Kilopreise ostdeutscher Exporte mehr und mehr unter die der Westprodukte. Westdeutschland hat ständig seine Anteile hochveredelter Waren erhöht.

Nachmittag: Das war für uns schon wegen der verfügbaren Rohstoffe nicht möglich.

Feyerabend: Die DDR spezialisierte sich auf den Westmärkten notgedrungen weil systembedingt auf aussichtslose Bereiche, wo kaum ein Westproduzent noch Gewinn zu machen vermochte. Aus dem wachsenden Devisenbedarf, aus dem alarmierenden Verfall der Konkurrenzfähigkeit, aus dem Abdrängen in Billigprodukte und aus dem Abschotten der Betriebe von den Westmärkten entwickelte sich schließlich jene geradezu hysterische Exportsucht, wo alles zu jedem Preis feilgeboten wurde und selbst jede Kalkulation unterblieb, ob der Erlös überhaupt die notwendigen Hartwährungsimporte für die Vorleistungen deckt. Nehmen wir Teppichböden, hergestellt nach dem Tufting-Verfahren, mit denen die DDR auf den Westmärkten groß im Geschäft war: Exporterlösen zwischen 1,60 und 1,80 pro qm standen 2,00 Mark für die aus dem Westen importierten Vorleistungen gegenüber. Keiner der Verantwortlichen stellte die notwendigen Zahlen zusammen. Der Devisenhunger wurde so stark, daß jeder Westaufkäufer, zu welchem Preis auch immer, Vorrang bekam vor jedem ostdeutschen Interessenten. Es wiederholte sich hier innerhalb der DDR zwischen den Betrieben, was sich zwischen den Comecon-Nationen insgesamt abspielte. Da wurde Holz aus der DDR exportiert und von ostdeutschen Möbelherstellern in Form von Spanplatten wieder importiert. Da verkauften ostdeutsche Textil-Betriebe Tuch an Westhändler, die es umgehend wieder an ostdeutsche Bekleidungsfirmen verkauften, ohne daß dieses Tuch jemals die DDR verlassen hätte. Im Direkthandel hätte der Ostbetrieb keine Chance gehabt, das Tuch zu bekommen. Vor diesem Hintergrund war es dann schon ein Fortschritt, als in den achtziger Jahren zunehmend die Westmark zum verlangten Zahlungsmittel zwischen ostdeutschen Betrieben wurde und sich auf diese Weise die Währungsunion bereits einzuschleichen begann.

Nachmittag: Das sind späte Fehlentwicklungen auf der Exportseite unserer konsumorientierten Politik. Erich Honecker stand für eine soziale Wende, für angemessenen Lebensstandard hier und jetzt und nicht erst à la Stalin im übernächsten Jahrzehnt. Beispiel Wohnungsbau: Pro Kopf sind in den letzten Jahren der DDR mindestens doppelt so viele Wohnungen neu entstanden wie in der Bundesrepublik. Seit 1970 wurden

über 3 Millionen Wohnungen neu gebaut oder rekonstruiert. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung erhielt neue Wohnbedingungen.

Feyerabend: Zugleich bieten die Stadtkerne ein Bild des Zerfalls, das in Europa seinesgleichen sucht. »Ruinen schaffen ohne Waffen!« wurde zum Slogan der sozialistischen Wohnungspolitik.

Nachmittag: Gewiß gab es Engpässe, wie sie ziemlich unvermeidbar mit einem solch anspruchsvollen Programm einhergehen, und auch Einseitigkeiten, die wir heute beklagen.

Feyerabend: Und die sind nicht ganz zufällig. Mit der Vernichtung der Reste eines selbständigen Mittelstandes wurden die dringend benötigten Reparaturkapazitäten geschliffen. Doch warum hat sich der Staat an einem ambitiösen Wohnungsprogramm finanziell verhoben und zugleich die weit billigere Erhaltung der Altbausubstanz und auch die dürftigsten Reparaturen verweigert oder sogar verhindert? Die standardisierten Trabantenstädte mit ihrer unendlich gleichförmigen Arbeiterintensivhaltung entsprachen einem Gesellschaftsmodell. Sie sind das brökkelige Petrefakt der Idee eines hochhomogenisierten, mühelos kontrollier- und mobilisierbaren Gemeinwesens. »Ich habe gewußt, daß Städte gebaut wurden / Ich bin nicht hingefahren. / Das gehört in die Statistik, dachte ich / Nicht in die Geschichte. / Was sind schon Städte, gebaut / Ohne die Weisheit des Volkes?« So schon Bertolt Brecht in den Buckower Elegien zur Ödnis eurer Neubaukultur.

Nachmittag: Seit der Wende freilich werden Wohnungen so gut wie gar nicht mehr gebaut. Doch wer laufen kann und einen Job im Westen kriegt, und sei er noch so mies, zieht sowieso weg aus dem von seiner Industrie befreiten Ostdeutschland.

Feyerabend: Ein Paradigma der Skrupellosigkeit Honeckerscher Wirtschaftspolitik bietet die Renaissance der Braunkohle. Dieser fossile Industriezweig wurde in den achtziger Jahren in einen makabren Boom getrieben und fraß allein ein Drittel der Industrie-Investitionen.

Nachmittag: Vom stillen Schreibtisch her, da läßt sich trefflich mäkeln. Wir brauchten Strom. Wir mußten heizen. Die Renaissance der Braunkohle war schließlich keine Schnapsidee aus Lust am ökologischen Vandalismus. Selbst Amerika ging vom zweiten Ölschock in die Knie. Das Öl war für uns schlicht nicht mehr bezahlbar. Ein hochmodernes Erdölkraftwerk bei Rostock, 1982 vollendet, ist niemals angefahren worden. 10 Milliarden haben wir investieren müssen, um das Land wieder von Öl auf Braunkohle umzurüsten. Was der große Bruder uns an Öl verkaufte, das wurde ständig weniger. Die Wirtschaft wuchs, doch statt 19 Millionen Tonnen wie im Jahre 1980 bekamen wir ab 1982 nur noch 17 Millionen Tonnen.

Feyerabend: Und diese zunehmende russische Reserviertheit war ge-

radezu provoziert. Aus nackter Gier nach Westdevisen habt ihr das Land wieder auf Braunkohle umgestellt und das zunächst noch kräftig fließende Öl aus Rußland veredelt auf den Westmärkten verkauft, um aus dem Ölpreisschub Profit zu schlagen. Denn im Comecon-Handel galten bekanntlich nicht die aktuellen Weltmarktpreise, sondern deren Durchschnitt über die letzten Jahre. Und just in den fünf Jahren 1981-85 nach dem zweiten Ölschock hat die DDR rund 3 Milliarden Westmark pro Jahr an Exportüberschüssen erzielt und keineswegs Not gelitten. Dieweil ihr Devisen gescheffelt habt, ist das Land an Braunkohlenstaub erstickt und vom sauren Regen zerfressen worden. Dank eurer so kurzsichtig cleveren Energiepolitik bietet z. B. Leipzig ein Bild der Verrottung von Bausubstanz, das in Europa einzigartig ist. Ihr habt nicht nur russisches Öl, ihr habt die Gesundheit der werktätigen Massen für Westdevisen verscherbelt und eine ruinierte Natur billigend in Kauf genommen.

Nachmittag: Wir haben genau das getan, was der Internationale Währungsfonds jedem Land abverlangt, das er in seine Obhut nimmt, und – das bitte ich doch zur Kenntnis zu nehmen – dank der guten Exporterlöse in jenen Jahren 1981-85 wurde die Westverschuldung von bereits 28 Milliarden Valuta-Mark nicht einmal abgebaut, sondern bloß gestoppt. Der schöne Hartwährungsüberschuß ging voll für den Zinsdienst drauf. Im übrigen war es vernünftig, die hochkapitalintensive Petrochemie, die wir uns geschaffen hatten, auch auszulasten, statt das Öl zu verfeuern und die Braunkohlelagerstätten brachliegen zu lassen. Kurzum, die Renaissance der Braunkohle in den achtziger Jahren, so fragwürdig sie sich für den oberflächlichen Betrachter auch ausnimmt, war unter den Bedingungen, die uns diktiert waren, rational.

Feyerabend: Wie kommt es nur, daß lauter unter den gegebenen Bedingungen rationale Entscheidungen zur Katastrophe geführt haben? Und warum, wenn schon Braunkohle höheren Orts zur Volksenergiequelle erklärt wurde, hat man bei der Verwertung dieses ökologisch schlimmsten aller fossilen Brennstoffe die minimalsten Standards der Umwelttechnik inständig ignoriert und auf die wachsende ökologische Alarmiertheit der Menschen nur mit der Stasi reagiert?

Nachmittag: Wir hatten nicht das Geld für Rauchgasentschwefelung und dergleichen. Der Schuldendienst hat uns buchstäblich die Luft abgedrückt.

Feyerabend: Hat man jemals zumindest den Wert der verbaggerten Dörfer und Landschaften gegengerechnet gegen den Nettoertrag aus der Braunkohlenförderung?

Nachmittag: Auch im Westen ist es nicht unüblich, die betriebswirtschaftlich externen Kosten zu ignorieren.

Feyerabend: Warum wurde, wenn es schon irgendwie als rational er-

schien, kein Öl mehr zu verfeuern, nicht statt Braunkohle Steinkohle aus den Bruderländern eingesetzt?

Nachmittag: Es gab keine. Die Kohlenimporte aus der ČSSR wurden 1970 bis 1988 fast halbiert, die aus Polen gedrittelt, und auch russische Steinkohle war immer weniger zu haben. In allen Ländern hungerte man nach Westdevisen, entweder für Kohle selbst oder für Stahl und Eisen, zu welchem Preis auch immer.

Feyerabend: Was war das für eine Wirtschaftsgemeinschaft, dieser »Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe«, wo jeder nur verhökern wollte, was im Westen zu keinem Preis zu verscheuern war?

Nachmittag: Jeder Zug von Autarkie ist ein wenig teuer. Wenn die westdeutschen Kohlekraftwerke statt heimischer Steinkohle Weizen zu Weltmarktpreisen verfeuern würden, wäre der Strom rund ein Drittel billiger.

Feyerabend: Wenn schon äußerste Knappheit an Energie und wenn schon Braunkohleverwertung ohne die mindesten Standards von Umweltschutz zum wie auch immer verursachten Schicksal der DDR geworden ist – warum dann zugleich die atemberaubende Energieverschwendung? Im Westen gilt seit langem die Energieersparnis als die Energiereserve Nummer Eins.

Nachmittag: Wir haben einen entschlossenen Kampf um die Einsparung von Energie geführt und den spezifischen Energieverbrauch ständig gesenkt. Kapitalintensive Energiespartechniken konnten wir uns nicht leisten. Wir waren zu arm, um durchgreifend Energie zu sparen.

Feyerabend: Es gab keinerlei durchdachte und rationale Strategie der Energieersparnis. Dafür bestand höherenorts nicht die geringste Sensibilität. Ein Verbesserungsvorschlag von seiten der Deutschen Bauakademie, in den Wohnungen die Absperrventile an den Heizungskörpern einzusparen, um die Baukosten zu senken, ist prämiert und flugs verwirklicht worden. Eine Volkswirtschaft, die nur so extrem kurzfristig rechnet, hat keine Überlebenschance. Der Dauerskandal, daß die Leute die Zimmertemperatur durch Öffnen der Fenster regulieren, war seit Jahren allerorts bekannt. Es geschah nichts. Auch die extrem hohe Energieabstrahlung der Plattenwohnbauten war mittels Infrarotaufnahmen bestens vermessen. In den unteren Rängen, nahe der Wirklichkeit, fehlte es nicht an Einsicht und Realitätssinn.

Nachmittag: Allzu komplexe Analysen und Vorschläge hatten auf der Führungsebene keine Chance, gelesen zu werden. Das ergab sich aus der Arbeitsbelastung und Belastbarkeit sowie aus der Psychostruktur des Politbüros.

Feyerabend: Das wurde schon zu Ulbrichts Zeiten beklagt und hat sich in der Epoche Honecker rapide verschlimmert. Eine Regierung, die

ihre Bevölkerung eingemauert hat, glaubt eben, auf deren Probleme nur noch begrenzt Rücksicht nehmen zu müssen.

Nachmittag: Das Gegenteil war der Fall. Erich Honeckers Anstrengungen, die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern, werden ihm heute als ökonomisch unverantwortlicher Populismus vorgeworfen. Und der Mauerbau ergab sich schlicht als Sachzwang, weil andernfalls keine arbeitsteilige moderne Volkswirtschaft mehr aufrechtzuerhalten war. Diese Trivialität ist wahrlich keiner erneuten Erörterung wert.

Feyerabend: Sie haben doch selbst die gutwilligsten Leute rausgeekelt. Beispiel Landwirtschaft: Der bodenständigste, am wenigsten mobile Menschenschlag wurde dank der Kollektivierung vom Fernweh erfaßt wie kein anderer Teil der Bevölkerung. All das bäuerliche Proletariat, dem der Sozialismus mit der Bodenreform den Lebenstraum auf ein eigenes Stück Land erfüllt hatte, sah sich über Nacht wieder enteignet.

Nachmittag: Die Minihöfe waren langfristig nicht lebensfähig. Nirgendwo sonst war der Sozialismus aus reinen Gründen der Wirtschaftlichkeit so zwingend geboten wie auf dem Land.

Feyerabend: Ich klage die Parteiführung an, mit der Zwangskollektivierung den Sozialismus irreparabel geschädigt zu haben. Den Schritt vom Ich zum Wir vollzieht jeder Einzelne für sich selbst und freiwillig oder nie. Er erwächst aus einem menschlichen Reifungsprozeß. Die Bildung eines sozialistischen Bewußtseins wird dauerhaft unmöglich gemacht, wenn der Weg in die Genossenschaft unter Zwang und Androhung nackter Gewalt erfolgt.

Nachmittag: Die Kollektivierung war die einzige Möglichkeit, eine moderne Agro-Industrie zu schaffen und zugleich den Menschen auf dem Land ihre bäuerliche Identität zu belassen.

Feyerabend: Und das ist beides zugleich gründlich mißglückt. Die Landwirtschaft wurde zum schwarzen Loch für unvorstellbare staatliche Zuschüsse.

Nachmittag: Mit diesem Schicksal steht sie in Europa keineswegs allein. Mit 70 Milliarden DM stützte die EG 1992 ihre Landwirtschaft, und von Rückführung dieser Horrorzahlen keine Spur. Bis 1999 soll dieser Betrag auf 80 Milliarden DM steigen – zuzüglich Inflation. Allein Westdeutschlands Landwirtschaft hat 1990 24,3 Milliarden DM an Subventionen gefressen. Das sind 37 000 DM pro Vollzeit-Arbeitskraft. Solche Werte haben wir in den schlimmsten Zeiten der DDR nicht erreicht.

Feyerabend: Pro Kopf natürlich nicht ganz. Denn Sie haben auf dem Land 860 000 Arbeitskräfte eingesetzt, um 16,6 Millionen Menschen zu versorgen. Im Westen wurde mit 675 000 Vollzeitkräften eine Bevölkerung von 63 Millionen ernährt. Das sind im Westen Deutschlands 93 Einwohner pro Land-Arbeitskraft, im Osten 19.

Nachmittag: Dahinter steckt eine unterschiedliche Werte-Ordnung. Jeden Schwerbeschädigten und jede Oma, die noch dabei sein wollte, haben wir mitentlohnt, denn ein Mensch, der sich nicht mehr gebraucht sieht, fühlt sich entwertet. Im übrigen war die Bevölkerung gut versorgt.

Feyerabend: Was die Versorgung betrifft, so mögen die Mengen eindrucksvoll gewesen sein, die Qualität dagegen war ein diätischer Skandal. Nach der Währungsunion waren die verfetteten Schweine kaum zu irgendeinem Preis loszuschlagen, und vordem haben die werktätigen Massen en gros verarbeitetes Erdöl gefressen.

Nachmittag: Was soll das heißen?

Feyerabend: Man hat die Paraffinfraktion der Erdölverarbeitung fermentiert ans Vieh verfüttert. Es war eine Milliarden-Investition in Schwedt, eine gigantische Anlage, in ihrer Kapazität noch für einige der Bruderländer angelegt. Zunächst wurde das Fleisch wäßrig rötlich, aber das haben die Chemiker schließlich in den Griff bekommen. Das Ganze ist der zu einer widerwärtigen Wirklichkeit geronnene Traum des von einer beschränkten, doch skrupellosen Vernunft scheineffizient durchorganisierten Ameisenstaates. Beim nächsten Ölpreisschub hätten die Kreaturen in den realsozialistischen Tierfleischfabriken vermutlich fermentierte Braunkohle zu tierischem Eiweiß verarbeiten müssen.

Nachmittag: Mit der gleichen Logik können Sie behaupten, dank der tradierten Landwirtschaft bekämen die Menschen Jauche und Dung verarbeitet zu fressen. So schlimm kann es ernährungsphysiologisch nicht gewesen sein, wenn Bonn beim Einigungsvertrag eigens Viehfutter auf Paraffinbasis aus Erdöl noch für zwei Jahre zugelassen hat.

Feyerabend: Die BRD West verbraucht knapp ein Prozent ihres Volkseinkommens, um die Landwirtschaft zu subventionieren, und deren leistungsfähige Industrie ächzt unter dieser Last. Die DDR mußte 11 bis 12 Prozent ihres Sozialproduktes für Agrar-Subventionen verpulvern. Das war mehr als die gesamte Belastung der Wirtschaft durch Rüstung und Armee, wie sie vom CIA berechnet worden ist. Kein Staat kann das auf Dauer durchhalten.

Nachmittag: An solchen Zahlen ergötzen sich Spiegelfechter und Auguren. Unsere Preise waren nicht von der Anarchie des Marktes bestimmt, sondern von unseren sozialpolitischen Zielen. Die rund 32 Milliarden an Subventionen waren eine bloß administrative Rechengröße ohne wirtschaftliche Bedeutung. Mit einem Federstrich hätten wir die Löhne um ein Fünftel aufstocken können und die Lebensmittelpreise entsprechend. Die Landwirtschaft wäre dann kein Zuschußbetrieb mehr gewesen und das Sozialprodukt um rund 11 Prozent hochgeschnellt. In der Statistik hätte das gut ausgesehen, geändert hätte sich realwirtschaft-

lich gar nichts. Doch unsere Politik, Grundnahrungsmittel der sozial Schwachen wegen zum Niedrigpreis bereitzustellen, wäre und ist jetzt zum Teufel.

Feyerabend: Sie hätten bloß die Renten aufstocken müssen – eine rein administrative Rechenoperation. Wenn die LPGs für den Liter Milch 1 Mark 70 bekommen und der Endverbraucher 68 Pfennig zahlt, führt das unvermeidbar zu volkswirtschaftlich skurrilen Verhaltensweisen.

Nachmittag: Bei der Preisbildung haben wir, soweit das irgend möglich und vertretbar war, den Wünschen der Werktätigen, wie sie an uns herangetragen worden sind, entsprochen.

Feyerabend: Der Kapitalismus ist eben gekennzeichnet durch Einnahmen und Ausgaben, der Sozialismus durch Eingaben und Ausnahmen. Dank der so menschenfreundlich heruntersubventionierten Brotpreise ist jedes siebte Brot in den Ställen verfüttert worden, insgesamt 200 000 Tonnen Brot pro Jahr. Haben Sie je ausgerechnet, was dieser Nonsens das Volk gekostet hat? Bleiben wir bei den ganz materialen, von Verrechnungswillkürlichkeiten kaum beeinflußbaren Ziffern: Die Milchleistung pro Kuh war in der hochspezialisierten ostdeutschen »Tierproduktion« – das Wort muß man sich auf der Zunge zergehen lassen – 15 bis 20 Prozent niedriger als im Westen. Die Hektar-Erträge bei Weizen lagen rund 30 Prozent unterm Niveau Westdeutschlands, bei Roggen desgleichen und bei Rüben um 50 Prozent. Statistiker haben in Getreideeinheiten eine um 60 Prozent höhere Boden-Produktivität in Westdeutschland berechnet, und dies bei etwa gleichem Düngemittel-, doppelt so hohem Pestizid-, fast dreimal so hohem Arbeitskräfteeinsatz pro ha in Deutschland Ost gegenüber Deutschland West und bei ursprünglich eher höherwertigen Böden – ich nenne hier nur die Magdeburger Börde –, Böden, deren Krume freilich durch überschwere Traktoren sowjetischen Typs geschädigt worden ist. Die ostdeutschen Agrarbetriebe waren mit 4800 ha schließlich 300mal größer als die westdeutschen. Doch während der Arbeitskräfteeinsatz sich in der bundesdeutschen Landwirtschaft 1970-88 fast halbiert hat, ging er in der DDR nur um 12 Prozent zurück und blieb dabei seit 1978 so gut wie konstant.

Nachmittag: Wir haben die Getreideproduktion 1970-85 um 80 Prozent steigern können. Das ist ein Zuwachs von 5,2 Millionen Tonnen.

Feyerabend: 1970 war halt ein sehr schlechtes Erntejahr und 1985 ein gutes. 1988 z. B. waren es wieder 1,8 Millionen Tonnen weniger. Für 1971-88 ergibt sich dann nur ein Zuwachs von 2,1 Millionen Tonnen oder 27 Prozent. Daraus folgt ein jährlicher Zuwachs von 1,4 Prozent. Mit 6,6 ha pro Arbeitskraft im Osten gegenüber 16,4 ha im Westen lag der Arbeitskräfte-Einsatz pro Flächeneinheit schließlich bei einem Mehrfachen des Westwertes, und das bei einer deutlich niedrigeren Flächen-

produktivität. Das ist das Ergebnis einer Agro-Industrialisierung, die fern von der dörflichen Wirklichkeit und ohne Gefühl für landwirtschaftliche Zusammenhänge diktiert worden ist – von einer Zentrale, die nicht nur den Anspruch erhoben hat, alles zu wissen, sondern den Anspruch, alles besser zu wissen. Die Agrar-Modernisierung ist dabei lediglich ein besonders ins Auge springender Fall jener systematischen De-Sensibilisierung, die allein schon zum Ruin des realsozialistischen Modells führen mußte.

Nachmittag: Wir hatten die mit Abstand leistungsfähigste Landwirtschaft im sozialistischen Lager geschaffen.

Feyerabend: ... und dabei z. B. 1970-81 5,6 Milliarden Dollar für Getreide- und Futtermittelimporte, zumeist aus den USA, ausgeben müssen. 1981 hat der Genosse Honecker auf dem 3. Plenum des ZK das »Getreideproblem in seiner Rangordnung ... mit dem Erdölproblem« verglichen. An Weizen, Gerste und Mais hat die DDR eingeführt 1960 1,8 Millionen Tonnen, 1970 3,3 Millionen Tonnen, 1980 4,2 Millionen Tonnen und 1988 3,3 Millionen Tonnen – Tendenz schwankend je nach Erntejahr.

Nachmittag: In der Ära Honecker haben wir die Versorgung der Bevölkerung durchschlagend verbessert. Der Pro-Kopf-Verbrauch von Fleisch und Fleischwaren stieg von 66 kg 1970 auf 90 kg 1980, 95 kg 1985 und schließlich 100 kg 1989 und damit auf Westniveau. Das haben wir dank der wachsenden Flächenproduktivität im Getreideanbau erreicht und mit den Futtermittelimporten unterstützt. Gehungert hätte auch ohne diese Importe niemand, die Ernährung hätte dann eben stärker aus pflanzlichem statt aus tierischem Eiweiß bestanden.

Feyerabend: Damit sind wir bei einer für sich allein bereits hinreichenden Ursache für den wirtschaftlichen Ruin der DDR. Pro Kopf haben Sie dreimal soviel Futtergetreide importiert wie Westdeutschland, ohne über exportstarke Wirtschaftszweige zu verfügen, mit denen Sie die notwendigen Devisen hätten reinholen können. Deshalb lief das Ganze auf Pump. Im Klartext: Honecker hat in den siebziger Jahren das Wohlwollen der Bevölkerung und damit politische Legitimation für sein Regime erkauft mit einem Zuwachs an Lebensstandard, der von der Wirtschaftsleistung der DDR nicht gedeckt war. Er hat seinen Staat für konsumptive Zwecke mit einer Hartwährungsschuld beladen, die schließlich nicht mehr zu bewältigen war. 1970 betrug die Westverschuldung der DDR 2 Milliarden Valutamark, 1980 28 Milliarden. Mehr als die Hälfte der 1969-81 aufgenommenen Hartwährungskredite – und das war der entscheidende Verschuldungsschub der DDR, von dem sie sich nie wieder erholt hat – wurde allein für Getreide- und Futterexporte aus den USA verbraucht. 1986-89 wuchs der »Sockel« dieser Westschulden von

28 auf 49 Milliarden. Rechnet man jene 13 Milliarden ab, die allein für die Kreditzinsen und -kosten 1986-88 genannt werden, so verbleibt ein Nettoneubedarf an Westgeld in diesen vier Jahren von höchstens 8 Milliarden oder 2 Milliarden pro Jahr. Doch allein 1988 wurden nach meiner Berechnung 1,55 Milliarden für Getreide-Importe aufgewendet.

Nachmittag: Sie müssen sich den Vorwurf der monokausalen Deutung einer ziemlich komplexen Entwicklung gefallen lassen.

Feyerabend: Gewiß hat man sich die Duldung des Volkes nicht nur mit einer schuldenfinanzierten Freßwelle erkauft. Der Boom im Wohnungsbau ist da noch zu nennen und als Finanzierungsmethode eben ein unverantwortliches Abdrosseln von Industrie-Investitionen.

Nachmittag: Ein nicht geringer Anteil des frischen Westgeldes ging in High-Tech-Importe.

Feyerabend: Vornehmlich im Rüstungsbereich. Deshalb wurde ja ein Löwenanteil dieser Neukredite von japanischen Banken gewährt. Japans Firmen waren williger als andere, die Cocom-Embargo-Listen zu verletzen, und sie ließen sich ihr Entgegenkommen mit Preisaufschlägen um bis 200 Prozent vergüten. Bei der Einschätzung der Kreditwürdigkeit eines Landes gilt international die Regel, daß die Schuldendienstquote – das Verhältnis der Exporterlöse zu den im selben Jahr fälligen Kreditzinsen und -tilgungen – nicht über 25 Prozent betragen soll. Die Schuldendienstquote der DDR gegenüber dem Westen war 1989 auf 150 Prozent gewachsen. »Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahr 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25-30 Prozent erfordern und die DDR unregierbar machen«, so Gerhard Schürer, Chef der Plankommission, in seiner für Egon Krenz gefertigten Krisenanalyse (Geheime Verschlußsache b 5 1158/89).

Die DDR war 1989 rundum bankrott. Sie hatte ihre Verschuldungsmöglichkeiten bis über den äußersten Rand ausgeschöpft. Sie hatte zum zweiten ihre Umwelt regional bis zur Unbelebbarkeit ruiniert. Sie hatte zum dritten den Kapitalstock ihrer Wirtschaft verschlissen, den der Industrie ebenso wie den der Infrastruktur – Straßen, Schienen, Wasserleitungen und Telefonnetze –, und zum vierten den Altbaubestand der Städte verrotten lassen. Sie hatte alle Substanz aufgebraucht, alle Voraussetzungen der weiteren Überlebensfähigkeit zerstört und dennoch in dieser parasitären Honecker-Epoche keinen Lebensstandard gewähren können, der auch nur dem des ärmsten Landes in Westeuropa gleichgekommen wäre. Die Malaise der Landwirtschaft war eine Hauptursache dieses Bankrotts, eine zweite der Sachverhalt, daß ihr keine weltmarktfähige Industrie gegenüberstand, mit der die notwendigen Devisen hätten erwirtschaftet werden können. Ursache dafür wieder war das Fehlen einer wirtschaftlichen Preisbildung, das Ersticken der Innovationen und deshalb

eine wachsende technologische Lücke zum Westen. Es gab eine Vielzahl von Faktoren, von denen jeder für sich zum Ruin führen mußte.

Nachmittag: Doch wieviel vom Leistungsdefizit der DDR systemimmanent war und wieviel Erich Honeckers Entscheidungen zuzuordnen ist, das können Sie nicht abschätzen.

Feyerabend: Er hat ein nicht funktionsfähiges Wirtschaftssystem mit dilettantischen Einzelentscheidungen am Laufen zu halten versucht...

Nachmittag: Ein System, von dessen Rationalität rund um die Welt einst ziemlich intelligente Leute fasziniert gewesen sind. Zusammengebrochen ist die DDR politisch und nicht wirtschaftlich. Noch war keinerlei Austeritätsprogramm beschlossen. Die dramatische Verschuldungslage war auf den Lebensstandard der Bevölkerung noch in keiner Weise durchgeschlagen.

Feyerabend: Die Explosion des Unmuts und die Implosion des Regimes entwickelten sich bereits aufgrund eines Lebensstandards, den man sich unter keinen Umständen mehr leisten konnte.

Nachmittag: Alternative zur Verschuldung wäre eben gewesen, den ostdeutschen Lebensstandard seit 1970 so niedrig zu halten, daß Unruhen unvermeidbar und angesichts der politischen Lage damals in Osteuropa eine Militärintervention unausweichlich geworden wäre – ein Kriegsrechtsregime in der DDR oder, weniger wahrscheinlich, eine militärische Konfrontation.

Feyerabend: Das sind eben die Konsequenzen, wenn man ein ökonomisch nicht funktionsfähiges Regime aufrechterhält.

Nachmittag: Es bestand in den siebziger Jahren überhaupt keine Chance, dieses Regime aufzugeben.

Feyerabend: Zahllose vermeidbare wirtschaftlich katastrophale Einzelentscheidungen sind getroffen worden.

Nachmittag: Geschenkt. All das feudalistische Gehabe und der Starrsinn der späten Jahre – geschenkt; das zunehmend unheilvolle Wirken des Günter Mittag und seine Duldung durch Honecker desgleichen. Alternative zum langen Weg in den Bankrott war nur der kurze Weg ins lang andauernde Kriegsrechtsregime oder in eine Art deutsches Rumänien. Erich Honecker hat folglich von Anbeginn verantwortungsvoll oder dann zumindest im Grundsatz objektiv richtig gehandelt. Er hat eine zugleich tödliche und rettende Grundsatzentscheidung getroffen und unter Inkaufnahme einer letztlich ausweglosen Westverschuldung die DDR hingeschleppt und ausbalanciert, bis sich die Chance für Ostdeutschland ergab, sich dieses Wirtschaftsregimes zu entledigen.

Feyerabend: Sie wollen doch nicht im Ernst behaupten, der Gesamtverlauf sei von Herrn Honecker absichtsvoll gesteuert oder auch nur geahnt worden.

Nachmittag: Gewiß nicht. Doch er hat für über ein Jahrzehnt bewußt das Schlimmere verhindert. Seit etwa einem Jahrfünft haben wir uns nur noch mit Westkrediten stabilisiert und folglich von der Hand in den Mund gelebt. Manchen Abend ging es hektisch um 100 000 Mark, um den Offenbarungseid zu vermeiden. Es gab kein glaubhaftes Konzept mehr, nur noch ein Herumtasten von Tag zu Tag.

Feyerabend: Seit Gorbatschow gab es Reformchancen ...

Nachmittag: Die hätten im Lichte Ihres Denkens doch nur die Agonie verlängert. Gewiß hat Honecker jeden reformverdächtigen Genossen weggebissen. So what! Das hat die Krise zugespitzt. Doch außenpolitisch gab es vor dem Jahr 1988 keine Chance und darum zeitlich nur geringen Spielraum für eine Wende, für Demokratisierung und Marktwirtschaft.

Feyerabend: Das Regime Honecker, Mittag & Co war von ökonomisch untragbarer Inkompetenz und Uneinsichtigkeit gekennzeichnet.

Nachmittag: Sie können doch nicht im Ernst glauben, vom Amur bis zur Moldau seien die Planwirtschaften aufgrund eines persönlichen Fehlverhaltens der Herren Honecker und Mittag zusammengebrochen.

Feyerabend: Honeckers Erbschaft ist so verheerend, daß die stärkste Wirtschaftsmacht des Kontinents jetzt die Grenzen ihrer Belastbarkeit spürt und das vereinte Deutschland nunmehr gemessen am Volkseinkommen pro Kopf das fünftärmste Land der EG geworden ist, unterboten nur noch von Spanien, Portugal, Irland und Griechenland.

Nachmittag: Was Westdeutschlands Belastung aus dieser Erbschaft von Verschuldung aufgebrauchter Substanz betrifft, so kann ich darin nur das Abmildern historischer Ungerechtigkeit erkennen. Hitlers Niederlage hatten über 44 Jahre die Ostdeutschen so ziemlich allein auszulöffeln, stellvertretend fürs ganze Volk, während der Westen vor Wohlstand verfettet ist. Daß die Ostdeutschen nicht ganz auf rumänischem Niveau vegetiert haben und der Westen heute für diese kleine Differenz nachwirkend geradesteht, das bringt mich nicht um den Schlaf.

Feyerabend: Doch ob Ostdeutschland sich je wieder wirtschaftlich regeneriert, das läßt sich bezweifeln.

Gericht: Resümee – die Herren Honecker und Mittag haben den politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch der DDR dank Westverschuldung hinausgeschoben, solange er zur Katastrophe, zum direkten sowjetischen Militärregime geführt hätte. Und sie haben ihn durch Uneinsichtigkeit beschleunigt, als sich erstmals die reale Chance zum friedlichen Systemwechsel bot. Das ist das politische Resultat ihres Wirkens. Wirtschaftlich sind ihren Entscheidungen Schäden zuzurechnen, die über das systembedingte Ausmaß deutlich hinausgingen.

Gregor Gysi
Letzte Ausfahrt Sozialismus

Wenn ich 1985 das Steuer in die Hand bekommen hätte

Geschichte läuft wie ein Fußgänger, dessen Weg beständig auf Gabelungen und Kreuzungen stößt. Er entscheidet sich mal für diese und mal für jene Abbiegung. Mal kommt er auf dem gewählten Pfad gut voran, und ein andermal stellt er fest, daß er in eine Sackgasse geraten ist. Das aber merkt er erst spät. Zu spät mitunter. Wertvolle Zeit und Energie sind verloren.

In der DDR galt es aus naheliegenden Gründen nicht als opportun, Geschichte als eine Art Wahl zwischen mehreren denkbaren Alternativen zu sehen, als eine Variante von vielen möglichen. Statt dessen sah und lehrte man Historie als einen linearen, gesetzmäßigen, also vorherbestimmten Vorgang, und sofern es sich um die Geschichte der Partei oder des »Sozialismus« handelte, konnte diese selbstverständlich nur eine erfolgreiche sein, das heißt: eine zwangsläufige Abfolge notwendiger Siege. Niederlagen, sofern deren gelegentliches Stattfinden nicht geleugnet werden konnte, wurden als kurzzeitige Rückschläge dialektisch interpretiert. Das geschah in der Weise, wie es Goethe einmal ironisch formuliert hatte: Geschichte schreiben ist eine Art, sich das Vergangene vom Halse zu schaffen.

Diese etwas längere Einleitung schien mir vonnöten, um auf die mangelnde Übung und eine gewisse Unwilligkeit gelernter DDR-Bürger zu verweisen, spielerisch mit der Vergangenheit umzugehen. Geschichte ist Geschichte, soll Honecker einmal gesagt haben, als er die eminent wichtige Frage beantwortete, ob auf einem bestimmten Bilddokument weiterhin ein geschmähter Genosse wegretuschiert werden solle. (Das plötzliche Auftauchen des Verstoßenen auf dem Foto nach Honeckers großzügigem Votum hat man allenthalben mit Beifall quittiert, statt sich zu Recht über die bis dahin vorgenommene Bildfälschung lautstark zu mokieren.) Geschichte ist also Geschichte und ihr Infragestellen darum bestenfalls Gedankenakrobatik. Die hypothetische Beantwortung der Wendung »Was wäre wenn« mag vielleicht durchaus Vergnügen bereiten, doch letztlich bleibt die Auskunft ein Muster ohne Wert: Weder kann die

Korrektur rückwirkend eingeklagt werden, noch ist es ehrlich, mit dem Wissen von heute Dinge von damals zu beurteilen und daraus sogar ein Programm zu verfertigen, das man seinerzeit hätte realisieren wollen. Hinterher ist klug sch..., pflegte eine angejahrte Verwandte in meiner Familie zu sagen.

Als das Jahr 1985 heraufzog, saß nach Breschnew und Andropow der dritte alte Mann in Folge an der Spitze des Sowjetstaates. Tschernenko war bereits bei seinem Amtsantritt vom Tode gezeichnet und insofern ein adäquates Spiegelbild der Großmacht UdSSR. Ihr hypertrophiertes Sicherheitsinteresse und die erklärte Bereitschaft, der anderen Seite keinen Rüstungsvorsprung zu lassen, überforderten seit Jahrzehnten die ineffektive Wirtschaft. Das Programm der NATO, die Sowjetunion nebst Warschauer Vertrag zu Tode zu rüsten, zeitigte eine nicht mehr zu leugnende Wirkung. Die Welt taumelte trotzdem oder gerade deshalb am Rande des Abgrunds, denn die beiden Militärblöcke hatten nicht nur eine Unmenge an Waffen angehäuft, die die Menschheit mehr als einmal hätte vernichten können, sie redeten auch nicht mehr miteinander. In Genf waren Jahre zuvor die Abrüstungsgespräche abrupt und demonstrativ beendet worden. Der einzige im Osten, der sich zur Fortsetzung des Dialogs durchrang, war Honecker. Im Unterschied zu den übrigen Staats- und Parteichefs des Warschauer Vertrages hatte er nämlich Breschnews Parole nicht nur nachgeplappert, sondern auch ihre verheerende Konsequenz begriffen: Wer als erster schießt, stirbt als zweiter! Mit dieser durchaus gültigen Losung sollte ein Präventivschlag der NATO propagandistisch verhindert werden. Allerdings: Die Militärdoktrin des Warschauer Vertrages basierte auf dem Grundsatz, ein Überfall des Gegners auf den Sozialismus sei unter allen Umständen zu verhindern. Und das war nichts anderes als die Option auf den eigenen Erstschlag. Honecker erkannte den doppelten Boden der Beschwörung von Breschnew und handelte entsprechend.

Wenn es Hohe Zeit war, brachte bisher die Geschichte immer Persönlichkeiten hervor, die das taten, was zu tun historisch notwendig war. Mit Blick aufs frühe 16. Jahrhundert hat Engels einmal von einer Zeit gesprochen, »die Riesen brauchte und Riesen zeugte, Riesen an Denkkraft, Leidenschaft und Charakter, an Vielseitigkeit und Gelehrsamkeit«. Mitte der achtziger Jahre war es an der Zeit, die Notbremse zu ziehen, um die drohende Apokalypse abzuwenden. In der entscheidenden Stunde trat Gorbatschow auf die Bühne der Weltgeschichte, ein Mann mit dem Stallgeruch des Apparates, der bis dato funktioniert hatte wie alle anderen Schräubchen im Räderwerk der Partei, aber mit einer anderen Gedankenwelt und Ausstrahlung. Er stieß das Fenster auf und erklärte, der Sozia-

lismus benötige die Demokratie wie der Mensch die Luft zum Atmen. Und er brach mit den in fast sieben Jahrzehnten gewachsenen Gewohnheiten. Umgestaltung und Transparenz hießen die Schlagworte; im »Mutterland des Sozialismus« sollte begonnen werden, was 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, 1968 in der ČSSR und 1980 in Polen gewaltsam beendet worden war.

Eigentlich hätten die Moskauer Signale die Führung der DDR ermutigen müssen, diesem Beispiel zu folgen.

Wäre die DDR aber 1985 noch zu retten gewesen, wenn Honecker & Co die Politik Gorbatschows nicht als abenteuerlich abgelehnt hätten, sondern der Moskauer Linie gefolgt wären? Ich glaube nicht. Der Umbau des diktatorisch geführten Gemeinwesens DDR in eine offene, demokratische Gesellschaft hätte die Machtgrundlagen dieser Staatskonstruktion zerstört. 1961 mußte dieser Staat seine Bürger einmauern, weil sie ihm wegliefen – und danach liefen sie ihm weg, weil er sie eingemauert hatte und weil scheinbar in der anderen deutschen Republik der Wohlstand für alle blühte. Die Selbstisolation der DDR bedeutete nicht nur die Verweigerung eines wichtigen Menschenrechts für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die Abkoppelung von der internationalen Entwicklung der Wirtschaft und der Wissenschaft. Das Defizit an Demokratie sollte durch sozialpolitische Maßnahmen kompensiert, das Manko an Lebensqualität durch materiellen Wohlstand ausgeglichen werden. Eine solche Weichenstellung hatte Planungschef Gerhard Schürer, der wohl einzige Wirtschaftsfachmann im Politbüro des ZK der SED, nach eigenem Bekunden bereits 1972, im Jahr nach Honeckers Machtantritt, als falsch bezeichnet. Dies würde die Leistungskraft der DDR-Wirtschaft übersteigen. Die Gesellschaftskrise in der DDR wurde eine totale, sie brach zuerst in der Wirtschaft aus. Kredite aus dem Westen beschleunigten noch den Kollaps, den sie zu verzögern schienen.

Eine Gesundung der Volkswirtschaft der DDR wäre ein äußerst langwieriger und teurer Prozeß gewesen mit gravierenden Einschnitten im sozialen Bereich – dadurch aber hätte die SED respektive die DDR auch ihre letzte Akzeptanz bei der eigenen Bevölkerung verloren. Im Zuge des demokratischen Umbaus der DDR hätte überdies auch die Isolation beendet und den Bürgerinnen und Bürgern die lange verweigerte Freizügigkeit gewährt werden müssen. Gewiß wäre eine Mehrheit im Lande geblieben – aber sehr viele Menschen hätten die Geduld eben nicht aufgebracht und ihren Wohnsitz in den reicheren anderen deutschen Staat verlegt. Im Prinzip wäre unter den Bedingungen einer offenen Grenze schon Mitte der achtziger Jahre das eingetreten, was nach 1989 geschah. Unter solchen Umständen wäre eine DDR nicht zu halten gewesen. Soweit das Worst-case-Szenario.

Aber: Diese deutsche demokratische Republik war nicht nur ein Produkt des Kalten Krieges und die demonstrative Antwort des Ostens auf die Konstituierung eines deutschen Weststaates. Adenauers Bemerkung, daß man lieber das halbe Deutschland ganz haben wolle als das ganze Deutschland nur halb, reflektierte eine Grundhaltung, die im Lande existent war. Sie brach sogar ins Ahlener Programm der CDU ein, als diese 1947 erklärte, daß »Inhalt und Ziel einer sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung ... nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein« könne. (Ganz nebenbei: Die SED proklamierte auf ihrem VIII. Parteitag 1971 Ähnliches: »Wir kennen nur ein Ziel, das die gesamte Politik unserer Partei durchdringt: alles zu tun für das Wohl des Menschen, für das Glück des Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen.«) Nach Nazidiktatur und Krieg suchten viele Deutsche nach einer gesellschaftlichen Alternative zum klassischen bürgerlich-kapitalistischen Staat, weil dieser offenkundig in die Katastrophe geführt hatte. Nicht nur im Osten fanden Volksentscheide über die bedingungslose Enteignung von Nazi- und Kriegsverbrechern statt, konstituierten sich antifaschistisch-demokratische Bündnisse und wurden nichtkapitalistische Perspektiven erörtert. Auch wenn eine solche Entwicklung auf den Schlachtfeldern des Kalten Krieges starb, dürfen wir diesen engagierten Frauen und Männern nicht ihre ehrenhaften Motive absprechen. Die meisten von ihnen trugen später mit ihrem Idealismus auch die DDR, weil sie – trotz allem Ärger und wachsender Verbitterung – diesen Staat zumindest punktuell als Verwirklichung ihrer Idee einer besseren Gesellschaft annahmen. Der Aufbau- und Durchhaltewille von Millionen war nicht nur konstitutives Element der DDR, sondern auch der Teppich, unter den nachsichtig alle Widersprüche gekehrt wurden. Ihn hätte man 1985 wegreißen müssen. Mit dem schmerzhaften Eingeständnis, daß diese propagandistisch überhöhte DDR, dieses angeblich blühende Land, nur eine Fiktion war. Daß der Grundsatz »Arbeite mit, plane mit, regiere mit« eine hohle Phrase war wie alle anderen Losungen, die man seit Jahrzehnten den Leuten eingehämmert hatte. Daß die DDR-Bürgerinnen und DDR-Bürger schon lange auf Pump und auf Kosten ihrer Nachfahren und damit über ihre Verhältnisse lebten. Daß die Wirtschaft fast ruiniert war. Man hätte offen eingestehen müssen, was die meisten Menschen ohnehin schon ahnten.

Vielleicht aber wäre dieses ehrliche Eingeständnis – verbunden mit der Aufforderung, nun tatsächlich gemeinsam nachzudenken und zu diskutieren, wie es weitergehen sollte mit der DDR – noch auf Bereitschaft und Sympathie gestoßen. Die Idee eines menschlichen, demokratischen Sozialismus war zu jenem Zeitpunkt vermutlich noch nicht so desavou-

iert wie vier, fünf Jahre später. Es hätte sich eventuell eine Mehrheit gefunden, die an dem Versuch einer gesellschaftlichen Alternative zum Kapitalismus festgehalten hätte. Das bestätigten beispielsweise Untersuchungen des Leipziger Jugendforschungsinstituts, die seinerzeit aber in den Tresoren des Politbüros verschwanden, weil die anonym eingeholte Zustimmung zur DDR nicht die bei den Wahlen ausgewiesenen 99,99 Prozent erreichte.

Der frei von ideologischen Vorbehalten und Rücksichten vorgenommene Kassensturz hätte den technologischen Rückstand zum Westen und damit zum Weltmarkt offenbart. Es wäre klargeworden, daß aus eigener Kraft weder diese Lücke zu schließen noch die gewaltige Auslandsverschuldung der DDR abzutragen gewesen wäre. Hilfe vom Hauptverbündeten Sowjetunion und den östlichen Nachbarn war auch nicht zu erwarten: Sie litten an den gleichen Problemen. Man hätte also nüchtern das wirtschaftliche und damit auch das politische Scheitern des Experimentes DDR bilanziert. Wir müssen präzisieren: das Scheitern dieses Typs Staatssozialismus, eines zentral dirigierten Obrigkeitsstaates mit feudalen Zügen. Der konnte objektiv nicht überleben, weil er sich als unfähig erwiesen hatte, auf die Entwicklungen in der Welt konstruktiv zu reagieren. Und das hatte nur bedingt etwas mit Erich Honecker zu tun. Wenn nicht er, so hätte ein anderer Generalsekretär von Moskaus Gnaden diese im wesentlichen anachronistische Politik jahrzehntelang betrieben.

Was wäre in einer solchen Situation zu tun übriggeblieben (immer vorausgesetzt, die internationale Mächtekonstellation hätte fortbestanden)? Erstens hätte die DDR die politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Kontakte zum anderen deutschen Staat intensivieren müssen mit dem Ziel, mittelfristig eine Konföderation herbeizuführen. Dies wäre eingebettet gewesen in den Prozeß der europäischen Einigung und hätte eine relative Eigenständigkeit der DDR sichern können – etwa im Bereich politischer Entscheidungen, der Rechtsprechung, der Kultur, der Ökologie, des Eigentums oder der Gleichstellung von Frau und Mann. Zweitens hätte man die Absatzmärkte im Osten behaupten können durch die Fortsetzung bisheriger bargeldloser Austauschpraxis. Auf diese Weise wäre die Produktion in der DDR im wesentlichen zu erhalten und sukzessive zu erneuern gewesen. Das hätte perspektivisch auch Chancen auf anderen Märkten eröffnet. Drittens schließlich hätte eine Demokratisierung der Gesellschaft auf allen Ebenen und in allen Bereichen erfolgen müssen – auch mit dem Ziel, eine Mehrheit des Staatsvolkes DDR für die Idee eines Dritten Weges jenseits von Kapitalismus und Poststalinismus zu gewinnen. Viertens hätte durch die Entmilitarisierung der Gesellschaft (und der Produktion) auch mit

dem Abbau der Militärbündnisse in Ost und West begonnen werden können, wodurch Mittel freigeworden wären zur Entwicklung der Dritten und Zweiten Welt sowie für die Umwelt.

Last but not least wären dadurch den Ostdeutschen ihre Würde, ihr Selbstwertgefühl und ihre Biographien erhalten geblieben; niemand hätte sich als Besiegter fühlen müssen und keiner als Sieger aufführen können.

Ein behutsames Vorgehen beim Umbau hätte nicht nur Schaden begrenzt, sondern auch die Option auf eine gesellschaftliche Emanzipation in ganz Deutschland eröffnet. Anstelle des Überstülpens bundesdeutscher Verhältnisse auf die DDR, statt einer Verwestlichung des Ostens, die von sehr vielen Ostdeutschen zu Recht als Okkupation empfunden wird, hätte sich die Möglichkeit ergeben, gemeinsam etwas Neues zu versuchen. Das hätte allerdings auch die Bereitschaft in der BRD vorausgesetzt, mit alten Gewohnheiten zu brechen und diese nicht nur im Feuilleton oder an politischen Stammtischen wortreich zu kritisieren. Es hätte zur Überwindung der Ideologie in der bundesdeutschen Politik führen müssen. Und damit wird schon das Illusionäre meiner Überlegungen deutlich.

Es bleibt also Spekulation, ob alles ganz anders gekommen wäre, wenn ich 1985 – wie nannten es die Herausgeber dieses Bandes? – »das Steuer in die Hand bekommen hätte«. Auf jeden Fall hätte ich versucht, solche Metaphern unmöglich zu machen. Ein Schiff benötigt einen Kapitän nebst Steuermann – aber ein Staat, eine Gesellschaft ist kein Tanker, der durchs stürmische Meer, vorbei an Klippen und Untiefen, dirigiert werden muß. Eine demokratische Gesellschaft bezieht ihre Vitalität aus ihrem Pluralismus, aus der Vielzahl der Entscheidungsorte und -möglichkeiten, aus der Fähigkeit, Konflikte auf unterschiedliche Weise auszutragen, aus Akzeptanz und Toleranz, sofern nicht die Grenzen der Menschlichkeit überschritten werden. Das sind Dinge, die auf einem Staatsschiff so nicht funktionieren. Wenn der Kapitän die Richtung weist, kann nicht der Maschinist an Deck kommen und seinen Zweifel anmelden, ob der Kurs auch der korrekte sei. Die Funker werden keine Bürgerinitiative gründen, wenn sie private Botschaften des Kommandeurs übermitteln müssen, und die Deckarbeiter initiieren kein Mannschaftsbegehren, nur weil der Farbton des Schiffsanstrichs, der von oben angeordnet wurde, ihnen nicht zusagt. An Bord kommandiert einer – und alle parieren.

Solch autoritäre Praxis abzuschaffen hätte schon Bedeutung gehabt. Radikale Reformen, 1985 begonnen – übrigens tatsächlich nicht als Kopie der sowjetischen, aber klar in Richtung wirtschaftlicher Effizienz, ökologischer Umgestaltung, Demokratisierung und Offenheit –, hätten zumindest drei wichtige Ergebnisse hervorgebracht:

Die Vereinigung Deutschlands wäre anders und für die Ostdeutschen chancenreicher erfolgt.

Das Bild des untergegangenen ersten sozialistischen Versuches wäre ein anderes, ein positiveres geworden und hätte dadurch den Ideen des demokratischen Sozialismus weniger geschadet.

Und schließlich hätten die Menschen in der DDR jahrelange Erfahrungen mit einem immer selbstbestimmteren Leben gesammelt und diese in das vereinte Deutschland eingebracht, und das wäre eine wirkliche Herausforderung für die heute Herrschenden gewesen.

Was Hitler nicht schaffte, erledigt die Justiz des Vierten Reiches

KETZERBRIEFE

nr. 34: Interview mit Beate Klarsfeld über die Vorfälle in Rostock

Triumph der Altfaschisten: Die Vorgeschichte des Prozesses gegen Karl Kielhorn und Gerhard Bögelein

Goldene Zeiten für furchtbare Juristen: Der Prozess gegen Kielhorn und Bögelein ♦ Der Prozess gegen Erich Mielke

AHRIMAN
Verlag
Postfach 6569
7800 Freiburg
Fax 0761/502247

herausgegeben vom
BUND GEGEN ANPASSUNG
Preis DM 6,- zuzgl. Porto
im Abo DM 5,- incl. Porto
ISSN 0930-0503

Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung

28 Konrad Löw (Hrsg.)
Beharrung und Wandel
Die DDR und die Reformen des Michail Gorbatschow
111 S. 1990 ⟨3-428-06859-9⟩ DM 22,–

29 Maria Haendcke-Hoppe / Erika Lieser-Triebnigg (Hrsg.)
40 Jahre innerdeutsche Beziehungen
195 S. 1990 ⟨3-428-06952-8⟩ DM 32,–

30 Siegfried Baske (Hrsg.)
Pädagogische Berufe in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik
197 S. 1990 ⟨3-428-07052-6⟩ DM 24,–

31 Siegfried Mampel / Alexander Uschakow (Hrsg.)
Die Reformen in Polen und die revolutionären Erneuerungen in der DDR
Jahrbuch 1990
114 S. 1991 ⟨3-428-07071-2⟩ DM 22,–

32 Karl Eckart / Jens-Uwe Gerloff (Hrsg.)
Energiestrukturveränderungen und ihre Raumwirksamkeit in den beiden deutschen Staaten
123 S. 1991 ⟨3-428-07231-6⟩ DM 22,–

33 Konrad Löw (Hrsg.)
Ursachen und Verlauf der deutschen Revolution 1989
188 S. 1991 ⟨3-428-07276-6⟩ DM 24,–

34 Dieter Voigt / Lothar Mertens (Hrsg.)
Minderheiten in und Übersiedler aus der DDR
205 S. 1992 ⟨3-428-07433-5⟩ DM 98,–

Duncker & Humblot · Berlin
Postfach 41 03 29 · D-1000 Berlin 41

György Dalos
Die Arroganz des Bollwerks

Wie die DDR ihre Bruderländer kujonierte

1.

Als im Januar 1980 der Wintersmog über West-Berlin hereinbrach, teilte die ostdeutsche Nachrichtenagentur ADN mit, von dieser Plage habe man in der »Hauptstadt der DDR« so gut wie nichts gespürt. Diese ermunternde Botschaft wurde in beinahe allen ungarischen Tageszeitungen kommentarlos abgedruckt. Einerseits wollte dadurch die ungarische Informationspolitik ihre internationalistische Minimalpflicht gegenüber dem »Arbeiter-und-Bauernstaat« erfüllen, andererseits sollte diese typische Äußerung ostdeutscher Arroganz mit einem gewissen Augenzwinkern der Lächerlichkeit preisgegeben werden.

Jede Führungselite in den einzelnen Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrags war bestrebt, eine Art Nationalstolz, zumeist auf Kosten der Bruderländer, zu entwickeln. So betrieb das Kádársche Ungarn Eigenwerbung mit seiner Konsumfreundlichkeit, seiner kulturellen Offenheit und dem entsprechend günstigen Image im Westen. Die Selbstzufriedenheit von Ceauşescus Rumänien schöpfte sowohl aus den weltpolitischen Seitensprüngen des Conducators als auch aus der häufig zur Schau gestellten Verwandtschaft ersten Grades mit dem Römischen Reich.

Das spezifische Selbstbewußtsein der offiziellen DDR nährte sich zweifellos von dem wirtschaftlichen Aufschwung in den Jahren nach dem Mauerbau. Es war sogar die Rede von einem »DDR-Wirtschaftswunder«; das Land wurde als »zehnte ökonomische Weltmacht« gepriesen. Der Zusammenhang dieser Erfolge mit dem zollfreien »innerdeutschen Handel« wurde in der Öffentlichkeit totgeschwiegen. Nach der internationalen Energiekrise 1974, als es in fast allen Ländern des »realen Sozialismus« mit dem Wachstum und den Lebensbedingungen bergab ging, entstand in Ost-Berlin die Doktrin von der »Einheit der Wirtschafts- und Sozialpolitik«. Sie hatte zum Inhalt, daß die Partei in keinem Fall die Lasten der ökonomischen Entwicklung auf die Schultern der Bevölkerung abwälzen würde – ein Luxus, welchen sich Polen, Ungarn und Rumänien nicht leisten konnten. So entstand die Illusion, daß diejenigen Länder, die an der ideologischen Front oder auf dem Terrain der Bünd-

nistreue zur Sowjetunion ins Wanken geraten waren, notwendigerweise auch in ökonomische Schwierigkeiten geraten mußten, während Prinzipienfestigkeit und eindeutige Parteinahme für Moskau die Garanten für wirtschaftliche und soziale Stabilität seien. Und es war nur recht und billig, daß die Bürger des ostdeutschen Staates, dieses »Bollwerks des Friedens und des Sozialismus in Europa«, auch die dickste Butterschicht auf ihrem Brot hatten.

2.

Gegen Dubček schienen Ulbricht alle Mittel recht zu sein. Auf einem Titelblatt des ewig witzlosen *Eulenspiegel* küßten sich der sudetendeutsche Adler und die tschechische Taube. Im Mai 1968, als in der tschechoslowakischen Hauptstadt einige Szenen eines amerikanischen Films über den Zweiten Weltkrieg gedreht wurden, wetterte die (Ost-)*Berliner Zeitung* in einer Schlagzeile: »Amerikanische Panzer in Prag«.

In der SED-Presse wimmelte es von Gerüchten über die nicht aufzuhaltende Kapitalisierung der ČSSR. Dabei gab es in diesem Land, anders als in der DDR, keinen ernstzunehmenden privaten Sektor. Ulbricht kannte diesen Sachverhalt ganz genau. Im März 1968, auf dem Treffen der osteuropäischen Parteichefs in Dresden, tadelte er sogar die tschechoslowakische Führung, weil sie seinerzeit zu rasch mit der Verstaatlichung fertig geworden sei und dadurch »zu viele kleine Existenzen liquidierte«. Argumente von ähnlicher Authentizität bereiteten jenen Augusttag vor, an dem auf den Straßen Prags tatsächlich Panzer rollen sollten – wenn auch keine amerikanischen.

3.

Die ungarische Wirtschaftsreform 1968 wurde einige Jahre später eingefroren, nicht zuletzt unter dem Druck der Ulbrichtschen Parteiführung. Dabei tappte die Budapester Regierung in die eigene Falle: Ihre Beteiligung an der Zerstörung des »Prager Frühlings« wurde für den inneren Gebrauch ausgerechnet mit den gefährdeten Chancen der eigenen ökonomischen Erneuerung begründet. Nun hieß es aus Ost-Berlin, jede Lokkerung der Planwirtschaft führe, »wie in Prag«, zur Konterrevolution.

Ein deprimierter János Kádár argumentierte auf der Geheimsitzung des Zentralkomitees im Jahre 1972 gegen sein eigenes Reformvorhaben mit folgenden Worten: »Die Wahrheit sieht so aus ..., daß das höchste Niveau der Produktion und des Lebensstandards innerhalb des sozialistischen Weltsystems vielleicht von der DDR ... erreicht worden ist. Wie machen sie das? Sie haben doch keine Reform. Und wir bilden uns ein, ohne Reform zugrunde zu gehen. Dem ist nicht so.«

Besonders heimtückisch jonglierte die offizielle DDR mit dem Elend

der Polen. Die Legende, derzufolge »die« Polen schlechte Arbeiter und ihre ewigen Streiks nur der äußere Ausdruck dieser Eigenschaft seien, wurde vor allem in Honeckers Propagandaküche gebraut, bevor die aufgeklärten westlichen Politiker sie übernahmen. Sogar das Wort »Streik« wurde in den DDR-Medien anfangs durch den Ausdruck »Arbeitsunterbrechung« verharmlost.

Außer der ständigen unterschwelligen Drohung mit den Panzern wurde diesmal die ökonomische Überlegenheit der DDR als Druckmittel eingesetzt. Einer polnischen Reform-KP, die mit der unabhängigen Gewerkschaft »Solidarność« einen Dialog führte, wollte man nicht helfen. Die Lebensmittelzüge rollten erst nach dem 13. Dezember 1981, als die ersten Internierungslager im Nachbarland entstanden waren.

4.

Der Budapester Rentner Ernö Lakatos gehört zu den oft angegriffenen Repräsentanten des alten Regimes. Der ehemalige Journalist bekleidete in den achtziger Jahren ein recht unbequemes Amt: Er war Leiter der Agitations- und Propagandaabteilung des Zentralkomitees der ungarischen KP und damit gewissermaßen ihr oberster Medienzensor. Anfang Januar 1989 wurde der unpopuläre Politiker als Botschafter nach Berlin geschickt, was entweder eine milde Form der Verbannung oder der Versuch war, ihn vor der neu entstehenden Öffentlichkeit zu schützen.

Auf deutschem Boden erwies sich der gestrenge Kulturapparatschik als aufgeklärter Beobachter. Dies war nicht unbedingt ein aufgesetztes Rollenspiel. Das sorgfältig aufgebaute Image des Kádárschen Liberalismus übte eine nachhaltige Wirkung auch auf hartgesottene Funktionäre aus: Mit einem gewissen Recht fühlten sie sich in puncto Toleranz und Rationalität ihren Genossen im sozialistischen Ausland haushoch überlegen. Diese Überlegenheit demonstrieren die Erinnerungen von Lakatos, die er in Budapest unter dem romantischen Titel »Herausgerissene Seiten aus einem Tagebuch« veröffentlicht hat. Das zu Unrecht mißachtete Buch enthält viel Informatives und manch Kurioses zu dem untergehenden Staat DDR und seiner Art, mit den ostmitteleuropäischen Veränderungen im Schatten Gorbatschows umzugehen.

Lakatos' immer wiederkehrende Grunderfahrung während seiner Amtszeit in Berlin war die Arroganz der Machthaber an der Spree. Bereits in der ersten Woche seines Aufenthalts wurde er diesbezüglich ausführlich belehrt. Ministerpräsident Willy Stoph redete anläßlich der Vorstellung des neuen ungarischen Botschafters Anfang Januar 1989 »im Stil eines Leitartikels im *Neuen Deutschland*« über die Erfolge des »Sozialismus in den Farben der DDR«. Als einziges Konkretum beschwerte er sich über die seiner Meinung nach unannehmbare Tatsache, daß die Bu-

dapester Banken für eine DDR-Mark nur sieben Forint zahlten. »Dieser Kurs ist lächerlich«, sagte er, und: »Ich habe bereits unseren Botschafter in Budapest angewiesen, die unverzügliche Änderung dieses für die DDR ungünstigen Wechselkurses zu veranlassen.«

Natürlich wußte der gewiefte Politiker Lakatos, daß sich hinter dieser Rede die Unzufriedenheit der DDR-Regierung mit dem damals recht fortgeschrittenen Demokratisierungsprozeß in seinem Land verbarg. Als im März 1989 eine Budapester Partei- und Gewerkschaftsdelegation den Genossen aus dem Berliner Stadtkomitee der SED die unverhüllte Wahrheit über die Situation in Ungarn schilderte, folgte auf diese Ausführungen »erschütternde Stille«. Einige Sekunden später bedankte sich Günter Schabowski für die Informationen und äußerte sogleich seine (damalige) Überzeugung: »Die Lage, die heute in Ungarn entsteht, wäre in der DDR unvorstellbar.«

Die Informationen, die der Botschafter für sein Ministerium gewissenhaft sammelte, bezeugten eine ähnliche politische Blindheit auch bei anderen Funktionären. Auf einer Historikerkonferenz im Frühjahr 1989 vertrat der Treptower Bezirkssekretär der SED die Auffassung, Perestroika und Glasnost seien nicht hilfreich bei der Lösung der Probleme der DDR: »Hätte die Sowjetunion über ein sozialpolitisches Programm verfügt und Erfolge wie die DDR erreicht, dann wäre auch keine Perestroika nötig gewesen.«

Selbstverständlich bediente sich der ungarische Diplomat auch informeller Quellen. Kirchenleute, Wirtschaftsexperten, Ministerialbeamte, sogar Stasi-Offiziere zeichneten ein ganz anderes DDR-Bild: das eines krisengeschüttelten, am Rande der ökonomischen Pleite dahinvegetierenden Staates, dessen oberster Entscheidungsträger die kritischste Zeit im Krankenhaus verbrachte und die Partei praktisch führungslos ließ. Für den selbstbewußten Kádárschen Funktionär Lakatos war wiederum eine solche Situation »unvorstellbar«.

Skeptisch berichtet der ungarische Botschafter über das Gesetz, welches den Ausländern in der DDR das passive und aktive Wahlrecht garantieren sollte. Diese seiner Auffassung nach schlecht vorbereitete Entscheidung diente allein dem Zweck, zu beweisen, daß die »Ausländerfrage« in der DDR besser gelöst sei als in der Bundesrepublik. Dabei kam es im Laufe der Wahlkampagne in diesem einzigen Punkt zu offener nichtoppositioneller Kritik. Angehörige der Blockparteien hatten ihrer Führung übelgenommen, daß sie in der Volkskammer für das Gesetz gestimmt hatte, ohne vorher die Meinung der Parteifreunde eingeholt zu haben. Ein langjähriger Berliner Abgeordneter der NDPD merkte sogar an: »Wenn jetzt vietnamesische Ratsmitglieder über unsere Angelegenheiten entscheiden sollten, dann trete ich lieber aus der Partei aus.« »An-

dere«, so berichtet Lakatos im März 1989 vorsichtig und vorausahnend, »redeten über dieses Problem mit einem nationalistischen Unterton, einem gewissen Fremdenhaß. Dieses Phänomen ist in der DDR spürbar ständig präsent.«

In den Jahren 1988/89 publizierte die DDR-Presse über die Reformen in Ungarn und Polen fast nichts oder nur Böswilliges. Auf den internen Informationssitzungen der Partei wurde den Mitgliedern die Vorstellung suggeriert, Armut, Arbeitslosigkeit und Kriminalität in den reformfreudigen Nachbarländern seien allesamt Folgen der »revisionistischen« Politik der dortigen KP-Führungen, die »der schleichenden Konterrevolution« Tür und Tor öffne. Diese Propaganda gehörte gleichzeitig zur Vorbereitung auf die Touristensaison des Sommers 1989. Über Ungarn, das beliebteste Reiseziel der DDR-Bürger, wurde behauptet, dort würden diese als Menschen zweiter Klasse behandelt, nur Gäste mit DM seien herzlich willkommen. Dann die krasse Lüge: »Die Ungarn erteilen kein Visum.« (Zwischen beiden Ländern bestand keine Visapflicht.) Von dem Unglauben der Reiselustigen zeugten die langen Schlangen vor dem MALÉV-Büro in Ost-Berlin.

Nach der Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze für die ausreisewilligen DDR-Bürger verwandelte sich die offizielle DDR-Haltung gegenüber Ungarn in eine offen feindselige. Dies zeigte sich selbst in den stürmischen Tagen der Feierlichkeiten aus Anlaß des vierzigjährigen Bestehens der DDR. Zur großen Festsitzung im Palast der Republik, an der Michail Gorbatschow teilnahm, wurde auch eine Delegation aus Budapest eingeladen. Der kleinen Abordnung um den damaligen ungarischen Staatschef, Professor Bruno Straub, wurde der CDU-Vorsitzende Gerald Götting als Begleiter zugeteilt. Lakatos: »Götting benahm sich als Gastgeber hundsmiserabel und unaufmerksam. Er beteiligte sich an keinem gemeinsamen Mittag- oder Abendessen, er begleitete den ungarischen Staatschef nicht zu einem Schiffsausflug auf der Spree und erschien nicht einmal zum Abschied auf dem Flughafen.«

Schlimmeres widerfuhr dem Botschafter selbst, als er von Schönefeld zu seiner Residenz zurückkehrte. Die bereits mit den Demonstranten rangelnden Vopos schlugen mit Gummiknüppeln auf seinen Dienstwagen ein, obwohl dieser »sowohl mit der ungarischen Staatsfahne als auch mit dem von der DDR-Regierungswache ausgegebenen, gut sichtbaren Kennzeichen« versehen war. In einem Land, dem alle, darunter auch alle diplomatischen Formalitäten heilig waren, konnte eine derart undiplomatische Behandlung kaum zufällig sein. Die zu spät Gekommenen und vom Leben Bestraften wollten auf diese Weise selbst noch in den düstersten Tagen ihrer Herrschaft dem unliebsamen Verbündeten eins auswischen.

5.
Ein geradezu phantastisches Beispiel DDR-offizieller Arroganz überliefert uns Lakatos aus der Zeit nach der Wende. Honecker war bereits gestürzt, die Mauer geöffnet, die unabhängigen Organisationen und Parteien halbwegs legalisiert. Die Proteste gegen das Regime, wie die Leipziger Montagsdemos, hörten jedoch zunächst nicht auf. In dieser euphorischen Umbruchszeit meinten manche SED-Funktionäre im Gespräch mit ungarischen Diplomaten, die bei der Erneuerung der DDR-Gesellschaft angewandten Methoden könnten beispielgebend für andere osteuropäische Länder werden. Inbesondere wiesen sie darauf hin, daß die Werktätigen der DDR »tagsüber den Plan erfüllen« und erst nach der Arbeitszeit demonstrieren: »Sie wollen die notwendigen Reformen und Veränderungen nicht durch die Störung der Produktion erzwingen.« Dieses Lob für den freizeitlichen Charakter der deutschen Revolution verstand Lakatos nicht völlig grundlos als Seitenhieb gegen die Polen. So gelang es in der kürzesten aller historischen Epochen, der Ära Krenz, doch noch einiges von dem alten ideologischen und propagandistischen »Gut« zu bewahren.

6.
Es wäre eine Übertreibung zu behaupten, die DDR sei wegen dieser – übrigens von weiten Kreisen der Bevölkerung geteilten – Mentalität ihrer Elite untergegangen. Der Untergang war bereits in den Normenerhöhungen vom April 1953 vorprogrammiert, seine Bausteine sind im »Antifaschistischen Schutzwall« zu entdecken, seine Leere gähnte in den überlangen Grundsatzreferaten der Parteikongresse, sein Fanal ertönte in den Massenkundgebungen der FDJ.

Dennoch: Die Tatsache, daß die hohen Funktionäre des ostdeutschen Systems in ihrem Hochmut kein Menetekel aus dem Schicksal der Verbündeten herauslesen konnten, beschleunigte ihren Fall und führte mit dazu, daß nach dem Zusammenbruch des Staates für die Gesellschaft, anders als in Polen und Ungarn, nicht einmal eine Atempause übrigblieb, um über die Ursachen und Folgen der Arroganz der Oberschicht nachzudenken. Und es ist kein Wunder, daß die Wähler bei den ersten freien Wahlen in ihrer Mehrheit den Versprechungen des Bundeskanzlers Kohl über eine rosige Zukunft Glauben schenkten. Schließlich wurde ihnen jahrzehntelang das Bild einer »leistungsfähigen«, »erfolgreichen« Gesellschaft suggeriert, in der es »niemandem schlechter, jedoch vielen besser« gehen sollte. Die Folgen der Ent-Täuschung kennen wir inzwischen nur zu gut.

Peter Glotz
Wir Komplizen

Über die Prozesse gegen Erich Honecker und die Ostpolitik

1.

Meine erste Aufwallung war Wut, Hohn und Zynismus: Einem Staat, der statt der kommunistischen Religion einem alten, verholzten Mann mit einem 11,5 cm großen Tumor in der Leber den Prozeß macht, ist nicht zu helfen. Ich bin Praktiker genug, um Helmut Kohls Problem zu verstehen: Gegen die rabiaten Strafbedürfnisse seiner Klientel und die schreienden Balkenüberschriften der *Bild*-Zeitung, gegen die juristischen Zwirnsfäden sozialdemokratischer Senatorinnen und die moralische Betroffenheit tapferer Dissidenten konnte er nicht gut wie Wolf Biermann argumentieren: »Rente statt Rache«. Im übrigen sind in einem Rechtsstaat Staatsanwaltschaften nicht von oben dirigierbar – obwohl sie bei Straftaten, die ins Politische spielen, gelegentlich geradezu flehentlich nach oben schauen. Eine kluge Regierung hätte es deswegen einfach nicht verhindern können, daß Boris Jelzin Erich Honecker nach Pjöngjang abgeschoben hätte. Aber wir haben keine kluge, sondern nur eine gelegentlich tüchtige und vor allem gründliche Regierung. So gaben wir dem Achtzigjährigen mit seinen zehn Jahren Hitlerzuchthaus auf dem Buckel die Chance zu einer tragischen Rolle kurz vor dem Ende. So riskierten wir die Verachtung, jedenfalls das Unverständnis von Spaniern, Engländern, Chilenen, Niederländern . . ., so verwechselten wir die Kategorien und taten so, als seien die Totschlagsvorwürfe gegen Honecker in Modus und Logik die gleichen, die man erheben müßte, wenn er Margot wegen einer Frau B. mit dem Hackl erschlagen hätte; armes Deutschland.

2.

Als ich die erste Aufwallung meines Zynismus – einer déformation professionelle – überwunden hatte, fragte ich mich, ob ich nicht einfach Angst habe. Der moralisierende Rigorismus der Spätachtundsechziger – »wer hier von einem politischen Prozeß spricht, der tut so, als gäbe es für die Straftaten von Politikern keine juristische Verantwortung mehr« – verschlingt sich ja immer inniger mit der seit 1945, erst recht aber seit 1989 wieder anschwellenden Tendenz zu einer Naturrechts-Renaissance.

Wenn also das Rückwirkungsverbot des Strafgesetzes (*nulla poena sine lege scripta:* Honecker kann – auch gemäß dem Einigungsvertrag – nur nach DDR-Recht abgeurteilt werden) durch einen Griff des Staatsrechts in den Himmel des überpositiven Normenreichs gerechtfertigt wird – nach dem Motto: Honeckers Republikfluchtgesetz war so unmenschlich, daß es in Analogie zu den Massenmorden Hitlers einen Bruch des Rückwirkungsverbotes rechtfertigt –, ja, dann kann es heiter werden für unsereinen. Ich habe zweimal parlamentarisch für eine Fristenlösung bei Schwangerschaftsunterbrechungen gekämpft. Muß ich demnächst vor den Strafrichter? Eine Schwankung des politisch-moralischen Zeitgeistes, weg vom Laizismus der alten Bonner Republik, hin zur christlichen Weltanschauung eines – sagen wir – Robert Spaemann, ist ja nicht ganz ausgeschlossen. Sie wäre kleiner als der Sprung von Vasil Bilak zu Václav Klaus, von Janos Berecz zu Josef Antall, von Tito zu Tudjman und Milošević. Wer schützt mich künftig vor dem Vorwurf, ich hätte hunderttausendfachen »Kindermord« legalisiert?

Davor werde ich mich schützen. Meine Argumente sind gut. Die Mehrheit der Leute ist ähnlicher Auffassung, vor allem die erdrückende Mehrheit der Frauen. Wie aber steht es mit dem Vorwurf der Packelei? Habe ich mich an den Verbrechen Honeckers nicht mitschuldig gemacht, weil ich vor den täglichen Menschenrechtsverstößen der DDR die Augen verschloß? Habe ich, wie der mainstream der westlichen Politik, nicht immer auf die Machthaber gesetzt? Kritisierte ich den Honeckerprozeß vielleicht nur deshalb, weil er den Blick freigeben könnte – auf uns, die Ostpolitiker, die Komplizen des drögen Erich?

3.

Die sozialdemokratische Ostpolitik war ein Produkt der Verzweiflung aus den frühen sechziger Jahren. Die – durchaus von gesamtdeutschem Patriotismus und nationalen Sentiments beflügelte – Mannschaft um Brandt und Bahr hatte zusehen müssen, wie die Westalliierten den Bau der Mauer stoisch zuließen. Adenauer war in den entscheidenden Augusttagen des Jahres 61 in Westdeutschland geblieben. Die Hoffnung, daß die Sowjetunion auf eine durch Widerstand und Flucht geschwächte DDR verzichten könne, war geschwunden, die »Politik der Stärke« auf unabsehbare Zeit gescheitert. Das war die Geburtsstunde eines neuen Kalküls, das später als »Ostpolitik« berühmt wurde: Den Kommunisten sollten gegen staatsrechtliche und ökonomische Zugeständnisse eine Lockerung des Ausreiseverbots, eine Intensivierung der Kommunikation, eine Zivilisierung des politischen Strafrechts abgerungen werden. Diese Politik konnte in den zwanzig Jahren ihrer konkreten Anwendung – von 1969 bis 1989 – viele sichtbare Erfolge verzeichnen: Passierscheine,

Rentnerreisen, die Verklammerung West-Berlins mit der Bundesrepublik, Abrüstungsvereinbarungen, neue Grenzübergänge und die Etablierung eines immer dichter werdenden Beziehungsgeflechts zwischen West und Ost, das dem Marxismus-Leninismus schließlich zum Verhängnis wurde. Die kommunistische Scholastik zerbrach an Hunderttausenden Dialogen unter vier, sechs oder acht Augen, die die Stasi zwar aufzeichnen, aber nicht mehr auswerten konnte. Die Tatsache, daß die christdemokratisch geführte Regierung seit 1982 die von der Sozialdemokratie begonnene Politik ziemlich geradlinig fortführte, zeigt, daß der Erfolg dieses Konzepts für sich zu sprechen schien. Die prinzipiellen Skeptiker – der Verleger Axel Springer, ein paar amerikanische Republikaner, einige wenige Rechtsintellektuelle, die aus dem Kalten Krieg übrig geblieben waren, Außenseiter wie Dieter Haack in der SPD oder Jürgen Todenhöfer in der CDU und kleine Initiativgruppen aus der grünen und evangelischen Landschaft – waren in der hoffnungslosen Minderheit. Springer zum Beispiel hatte etwas von Don Quijote an sich: würdevoll in seinem Kampf gegen Windmühlenflügel, aber eben ein letzter Ritter in einer Welt, in der die Ritter zu verschwinden hatten.

Diesen schwer bestreitbaren Entwicklungszug kann man nun mit Legenden uminterpretieren. Man kann – von links – so tun, als hätten die Sozialdemokraten immer schon auf die sanfte Zersetzung des Kommunismus spekuliert. Das haben sie nicht; sie rechneten mit der langfristigen Koexistenz unterschiedlicher, sich mäßig annähernder Systeme. Man kann – von rechts – die fundamentalen Differenzen zwischen Leuten wie Springer und Todenhöfer auf der einen, Weizsäcker und Kohl auf der anderen Seite zu Stilunterschieden verkleinern. Das widerspricht den Tatsachen. Die Wahrheit ist, daß die erdrückende Mehrheit der Täter und Merker in Deutschland und Westeuropa – von links bis rechts – die Ergebnisse der Konferenzen von Jalta und Potsdam auf unabsehbare Zeit für nicht veränderbar hielt. Dieses Urteil war – vielleicht seit 1987, vielleicht auch seit 1988 – falsch; paradoxerweise ist es allerdings höchst unsicher, ob es Europa gut bekommen wäre, wenn seine politischen Eliten den Bruch in der sowjetischen Nomenklatura schneller begriffen hätten. Eine ruckartig-visionäre Politik hätte auch in den Krisenjahren 1987/1988 noch leicht bissige Machtkämpfe im Kreml und eine lebensgefährliche Situation herbeiführen können.

Die nachträgliche Idealisierung der antikommunistischen »Visionäre« verkennt: In den siebziger und den meisten achtziger Jahren bestand ein reales nukleares Kriegsrisiko. Die konsequent-brutale Politik der Sowjetunion 1953 (Berlin), 1956 (Ungarn), 1968 (ČSSR) und 1981 (Polen) war keine Spielerei. Die internen Oppositionsbewegungen waren – bis auf eine einzige Ausnahme, die im Schatten des polnischen Katholizismus

agierende Solidarność – moralisch argumentierende kulturelle Gegeneliten ohne Verankerung im Volk, ohne Organisationserfahrung und ohne konsistentes politisches Programm. Die Entwicklung Lech Wałesas, Franjo Tudjmans und Vytautas Landsbergis' zeigt, wieviel Nationalismus, Populismus und wieviel – verständlicherweise – verzweifeltes Abenteurertum in diesen Bewegungen steckte. Wer heute so tut, als ob das, was die CIA oder Radio Free Europe damals taten, die einzig »richtige« Politik gewesen sei, urteilt nicht nur »with the benefit of hindsight«, sondern auch verblasen und versponnen. Es wäre der Versuch, an der damaligen Realität vorbeizukommen, obendrein mit sittlichem Pathos.

Das heißt nicht, daß im Vollzug der Ostpolitik keine Fehler gemacht worden wären. Der regelmäßige Umgang sozialdemokratischer und kommunistischer Funktionäre hat zu gelegentlicher Kameraderie geführt. Der (höchst berechtigte) deutsche Schuldkomplex gegenüber den Polen hat den polnischen Kommunisten vom Typ Gierek allzulang deutliche Kritik erspart. Ceauşescus nepotistische Diktatur hätte früher angeklagt werden müssen. Und gelegentlich duldeten wir eine halbgare Doppelstrategie: Wir schickten die mit allen Wassern gewaschenen Profis (Egon Bahr) zu den Politbüros, die idealistischen Menschenrechts-Spezialisten (Gert Weisskirchen) zur Opposition. Am fragwürdigsten waren ein paar späte Fototermine von Landespolitikern in der Residenz Erich Honeckers; sie sind auch nicht durch historische Schnappschüsse zu entschuldigen, die die Vollblutpolitiker Strauß und Schalck-Golodkowski bei der Schwerarbeit der Vertrauensbildung zeigen. Man darf es sich aber nicht zu einfach machen. Die rechtspopulistischen Hinterbänkler, die die CSU verließen, weil sie den Milliardenkredit des Franz Josef Strauß verurteilten, sind auch aus der Rückschau keine Heldennaturen. Die Verketzerung der sozialdemokratischen Abrüstungsinitiativen als »Nebenaußenpolitik« ist auch »with the benefit of hindsight« dürr und dürftig.

Ich weiß nicht, warum es kaum jemals offen ausgesprochen wird: Daß in der Kreml-Hierarchie einer zur Nummer Eins aufsteigen konnte, der das Riesenreich Sowjetunion fast gewaltlos dem Zerfall preisgeben würde, war nicht vorherzusehen. Nicht einmal die engsten Mitarbeiter Gorbatschows haben es für möglich gehalten; sie sagten uns zum Beispiel bis in die Kaukasus-Verhandlungen zwischen Kohl und Gorbatschow hinein, daß Ostdeutschland niemals NATO-Gebiet werden könne. Ein verantwortlicher Politiker, der Gorbatschows reale Politik zwischen 1987 und 1990 vorhergesagt hätte, wäre für ganz unverantwortlich erklärt worden. Man hätte ihn für einen gefährlichen Irren gehalten, für einen haltlosen Naivling. Zu Recht. Michail Gorbatschow hat viele Menschen vor dem Sterben bewahrt. Auf einen Gorbatschow an der Spitze der KPdSU zu setzen wäre aber Russisches Roulette gewesen.

4.

Wir haben natürlich gewußt, daß die DDR 1968 das Recht auf Auswanderung aus ihrer Verfassung gestrichen hatte und daß sie es de facto mit Füßen trat. Wir wußten, daß »an Mauer und Stacheldraht«, wie die Formel der rechten und der rechtsliberalen Presse hieß, geschossen wurde. Und es gab niemanden von uns, eine winzige Minderheit von getarnten Kommunisten und Halbkommunisten ausgenommen, der das gebilligt hätte. Warum bin ich trotzdem nach Ost-Berlin gefahren, um mit Axen, Hager, Herrmann, Reinhold und anderen Spitzenfunktionären der SED zu sprechen? Ich will versuchen, meine damalige – eher intuitive als explizite – Güterabwägung zu rekonstruieren.

Sozusagen vor der Klammer stand meine Ablehnung des dortigen Zwangsstaates, der vor allem eine Konsequenz der mehr oder weniger erfolglosen Zwangswirtschaft war. Dieses Verdikt war für mich abgehakt; auch in den Jahren des plötzlich aufrauschenden Neomarxismus hatten mich keinerlei Zweifel befallen. Aber ich hielt den Kommunismus, anders als manche Gesprächspartner aus der Rechten, für ein (vermutlich mißlingendes) soziales Experiment, nicht für Schwerkriminalität. Ich kannte die Brutalitäten eines ungesteuerten, ja selbst unseres halbwegs gezähmten Kapitalismus. Eine »Evidenz« (wie Ronald Reagan, für den der Kommunismus die Welt des Bösen war) hatte ich nicht. Vor allem war ich davon überzeugt, daß jedenfalls meine Generation einen Zusammenbruch des kommunistischen Imperiums nicht erleben würde. Man hörte schon gelegentlich sich verdüsternde Prognosen über die wirtschaftliche Lage der COMECON-Staaten. Aber Diktaturen, so sagten wir uns, können bei ihren Leuten auch Einschränkungen durchsetzen. Im Zweifel werden sie schießen lassen. Schießen lassen, lautete der erfahrungsgesättigte Cantus firmus.

Ich sagte mir also: Es ist falsch, den Leuten Gleichheit zu versprechen. Wenn man das aber tut – und die Brutalitäten begeht, die dazu nötig sind –, dann bleibt einem gar nichts anderes übrig, als dafür zu sorgen, daß der jeweilige Staat nicht ausblutet. Nicht nur an Honeckers Grenze wurde geschossen. Selbst alte Demokratien (zum Beispiel die USA) haben ein rigoroses Grenzregime, wenn auch zur Verhinderung der Ein-, nicht der Auswanderung. Ist der hungernde Mexikaner, der über den Rio Grande schwimmt, weniger wert als der in seiner Freiheit eingeschränkte Thüringer, der durch das Niemandsland robbt? Ich habe die Schießerei an der Grenze niemals akzeptiert. Aber auf den Gedanken, deshalb Verhandlungen (über Abrüstung, Ökologie, Menschenrechtsprobleme, Grenzregelungen) abzulehnen, bin ich nicht gekommen.

Manchmal sprachen wir mit den Kommunisten über dieses Problem. Die Altkommunisten aus der Schule von Teddy Thälmann notierten sich

jedes Argument altväterlich und versuchten, unsereinen Satz für Satz zu widerlegen: mit Formeln, die man als Leitartikel im *Neuen Deutschland* hätte drucken können. Die Prozedur dauerte zwanzig Minuten. Zwanzig Minuten, die für die Lösung von Problemen verlorengingen. Knapper machte es Krenz. Als ich ihm einen Grenzzwischenfall vorhielt, unterbrach er mich und wies auf ein »Berufsverbot« hin, die ziemlich hanebüchene Ablehnung einer sozialdemokratischen Juristin in Bayern. »Wollen wir so weitermachen?« fragte er. Wir machten eine Zeitlang weiter, ohne Drive. Die Kommunisten ließen über vieles mit sich reden, aber nicht über ihre Existenz.

Ich gestehe, daß ich Anfang der achtziger Jahre, als ich das Graue Haus gelegentlich besuchte, die Debatte des Parlamentarischen Rates zu einem Grundrecht auf Auswanderung nicht nachgelesen hatte. Der Parlamentarische Rat hat es abgelehnt. In der Not Deutschlands, sagte am 29. 9. 1948 Carlo Schmid, drohe ein Massenexodus: »Deutschland stelle aber jetzt eine Schicksalsgemeinschaft dar, aus der es keine Flucht geben dürfe. Jedenfalls solle man versuchen, das in Deutschland befindliche Vermögen von Auswanderern ... zu fassen.« Reinhard Merkel, bei dem ich dieses Zitat gefunden habe, schließt daraus: »Es gibt keinen Staat der Welt, der eine Bedrohung seiner Existenz durch den Massenexodus seiner Bevölkerung hinnähme.« Das ist keine Rechtfertigung der Politik der deutschen Kommunisten, wohl aber ein gutes Argument für die Legitimierbarkeit der Ostpolitik.

5.

Der Vorwurf, wir Sozialdemokraten hätten es nur »mit den Machthabern« gehalten, geht von falschen Voraussetzungen aus. Natürlich neigen Menschen mit Erfahrungen in staatlichen Apparaten zur Verteidigung der professionellen Diplomatie und Politik. Sie glauben nicht so recht daran, daß sich die Welt ändert, wenn jemand – Petra Kelly – vor Honecker die Jacke aufreißt und ein T-Shirt zeigt, auf dem ein Spruch der Dissidenten steht. Diese Geringschätzung demonstrativer und symbolischer Gestik ist gelegentlich philisterhaft. Kollektive »Erlebnisse« können das Bewußtsein von Menschen für eine gewisse Zeit verändern; an den – allerdings seltenen – Stromschnellen der Geschichte spielen solche »Aufklärungen« dann eine Rolle. In der Regel aber reagiert Macht nur auf Macht. Weder die Charta 77 in Prag noch die evangelische Friedensbewegung der DDR hat die kommunistischen Regime gestürzt, von bulgarischen, rumänischen, serbischen oder ukrainischen Oppositionsbewegungen zu schweigen. Gorbatschow selbst hat das Geschäft erledigt, von oben, durch Spaltung der Apparate.

Deshalb ist die Vorstellung, man hätte die mitteleuropäische Revolu-

tion, die im Frühwinter 1989 losbrach, durch geregeltere und demonstrativere Beziehungen zu den Oppositionsbewegungen fördern oder beschleunigen können, falsch. Man kann über die moralische Frage sprechen, ob wir den Mut einsamer, in hoffnungsloser Lage widerstehender Regimegegner immer ausreichend gewürdigt haben. Das haben wir nicht. Aber die Vorstellung, die deutsche Sozialdemokratie hätte – zum Beispiel – 1981 durch kräftige Unterstützung Wałesas das polnische Blatt wenden können, ist naiv. 1981 herrschte im Kreml Breschnew; er hätte marschieren lassen. Die ganze Entspannungspolitik – einschließlich der deutschdeutschen – wäre auf Jahre zerschlagen worden. Dieser Preis wäre zu hoch gewesen, für die Polen übrigens genauso wie für die Deutschen. Selbst die im polnischen Volk verwurzelte Solidarność wäre damals noch weggeräumt worden. Wie die tschechischen Kommunisten mit der Charta, die Ostberliner mit den vereinzelten Friedens- und Umweltkämpfern umgegangen wären, kann man sich vorstellen. Der Gefahrenpunkt war ein Temperatursturz, in dem die kommunistischen Regime auf ihre Reputation nicht mehr hätten achten müssen, weil sie – beispielsweise durch eine Intervention in Warschau oder Danzig – eh wieder einmal verspielt war. Daß die Ostpolitiker vom Schlage Helmut Schmidts diesen Temperatursturz verhindert haben, zeugt nicht, wie der Zeitgeist seit 1989 vermutet, von Feigheit, sondern von Verstand.

Natürlich haben wir fragwürdige Handelsgeschäfte betrieben. Als ich Mitte der achtziger Jahre einen Besuch Willy Brandts in Prag vorzubereiten hatte, stellten wir zwei Forderungen: Jiři Hayek, eine der zentralen Figuren der Charta, sollte eine Ausreisegenehmigung für Skandinavien bekommen, mit Rückfahrkarte; Rudolf Battek, ein seit sechs Jahren eingesperrter Oppositioneller sozialdemokratischer Prägung, sollte aus dem Gefängnis entlassen werden. Beide Bedingungen wurden, wenn auch höchst zögerlich, erfüllt. Uns war klar, daß ein Besuch Brandts das Regime von Husák aufwerten würde. Der konservativ-katholische Flügel der Charta, zum Beispiel der suspendierte Priester Václav Maly, der damals in der Opposition eine gewisse Rolle spielte, riet ab. Die linksliberal-sozialdemokratischen Strömungen um Jiři Dienstbier, Jiři Hayek, Mylos Hayek und andere rieten zu. Brandt selbst sah die Oppositionellen nicht, beauftragte mich aber zu einem Treffen. Ich überbrachte einen Brief Brandts an Jiři Hayek. Eiertänze? Vielleicht. Aber wir kamen mit der Debatte über chemiewaffenfreie Zonen, westböhmisch-oberpfälzische Verkehrsanbindungen und einen intensivierten Delegationsaustausch weiter. Das kann man »with the benefit of hindsight« alles als Schnickschnack verachten: Linsengerichte. Aber man ist heißhungrig, auch auf Linsengerichte, wenn auf Hummerfrühstück keine Aussicht besteht.

Die Oppositionsbewegungen gegen die Kommunisten waren verständlicherweise fragile, in sich widersprüchliche, höchst vielfältige Gebilde. Da gab es fanatische Nationalisten, mit denen man nichts zu tun haben wollte; der serbische Faschist Vojislav Šešelj ist dafür das plastischste Beispiel, aber vergleichbare Figuren fanden sich in der Slowakei, in Polen, in Kroatien und in den baltischen Staaten. Dann gab es religiöse, vor allem katholische Kräfte, gelegentlich fundamentalistisch, gelegentlich unpolitisch-spirituell, jedenfalls für westeuropäische Sozialdemokraten ziemlich fremd. Als eigentliche Bündnispartner erschienen mutige, oft verzweifelte, unter ständiger Demütigung lebende Frauen und Männer, die zwischen grünen, reformkommunistischen, sozialdemokratischen und linksliberalen Optionen hin- und hergingen – Leute wie György Konrád, Jiři Dienstbier, Václav Havel, Adam Michnik, Rastka Mocnik und andere. Ihnen gegenüber haben wir oft genug versagt, weil wir falsch beraten waren oder auf »Reformfraktionen« in den kommunistischen Parteien setzten oder die Kraft zur beständigen Hakelei mit den Regierenden nicht aufbrachten. So verlor die Ostpolitik – vor allem in den späten achtziger Jahren – da und dort an Tiefenschärfe und Biß. Das gilt vor allem für die Politik der deutschen Sozialdemokraten gegenüber Polen. Die Idee aber, daß die prinzipielle Alternative zur Ostpolitik den Einsturz des sowjetischen Reiches hätte beschleunigen können, ist eine Kateridee. Diese Alternative gab es ja – die »Menschenrechtspolitik« Zbigniew Brzezinskis. Sie ist ziemlich kläglich gescheitert.

Bei meinem letzten Besuch in Prag, im späten November 1992, wurde ich von einem hohen slowakischen Politiker nach meinen Gesprächspartnern gefragt. Ich nannte sie, es waren auch alte Bekannte darunter wie Dienstbier und die beiden Hayeks. »Sie sind ein bißchen nostalgisch, nicht?« sagte der neue Mann. Er trug eine Krawatte um einen hochgestellten Kragen, den unsere Eltern als Vatermörder zu bezeichnen pflegten. Und dann abschließend: »Das sind alles frühere Kommunisten, die werden bei uns keine Rolle mehr spielen.«

6.

Der Honeckerprozeß, um zu ihm zurückzukommen, zeigt die Weltfremdheit der politischen Eliten Deutschlands. Die alte Welt zerfällt – die politische Union der EG scheitert, im Osten entsteht eine Milchstraße kaum lebensfähiger Kleinstaaten, Nationalismus und wirtschaftliche Not treiben sich gegenseitig hoch, Europa fällt bei strategischen Technologien zurück –, und die Deutschen bohren ebenso ungeschickt wie lustvoll in ihrer Vergangenheit herum. Der rachsüchtige Teil des deutschen Bürgertums (den es bezeichnenderweise nicht nur im Osten, wo es verständlich wäre, sondern auch im Westen gibt), zwei Schock APO-Veteranen und

eine Fraktion ostdeutscher Dissidenten bestärken sich bei einer Übung namens »Vergangenheitsbewältigung« – wenn wir das Gros der Nazi-Eliten schon weiterbeschäftigt haben, müssen wir jetzt wenigstens die deutschen Kommunisten kalt erwischen. Der Rechtsstaat verlangt's, hier stehen wir, wir können gar nicht anders.

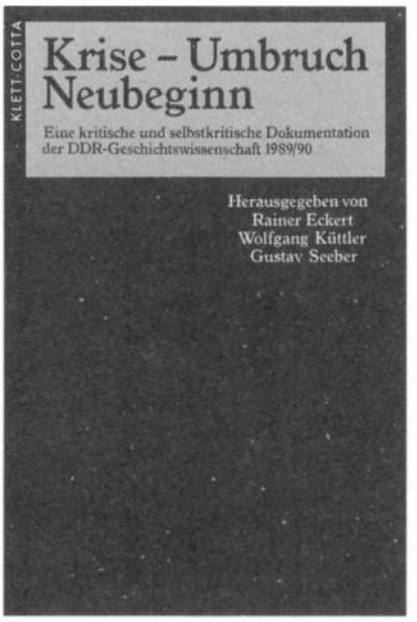
Die Spanier haben anders gekonnt. Das Franco-Regime war brutaler als das von Honecker. Trotzdem setzte man auf eine igelartige Vorsicht im Umgang miteinander. Von unterschiedlichen Stellen aus stabilisierten König Juan Carlos und Felipe Gonzales das schwankende Boot der spanischen Demokratie. Es hat inzwischen Fahrt gewonnen.

Wenn man dieses Beispiel in Deutschland erwähnt, bekommt man von unvorsichtigen Gesprächspartnern eine prompte Antwort: »In Spanien hatte die Rechte Macht, man mußte auf sie Rücksicht nehmen.« Diese Feststellung ist ganz richtig. Sie ist sogar realistisch. Aber sie zeigt auch, daß die wiedervereinigten Deutschen eine Spur forscher sind, als sie sein sollten. Denn Mitteleuropa schaut (teils sehnsüchtig, teils wütend, teils erwartungsvoll) auf diese Deutschen. Und die mitteleuropäischen Demokratien sind zumeist noch erheblich labiler als die spanische vor einem Jahrzehnt. Die Deutschen schießen wieder einmal mit der falschen Leuchtspurmunition.

»Nur das Weiche ist unüberwindlich«, sagt der österreichische Schriftsteller Heimito von Doderer. Die deutschen Brüder bevorzugen wieder einmal die harte Tour.

»Schild und Schwert der Partei«

Ein deutsches Lehrstück über die Verstrickung von Macht und Geist



Mit einem Vorwort von Rainer Eckert, Wolfgang Küttler und Gustav Seeber.
Nachwort von Jürgen Kocka
439 Seiten, Breitklappenbroschur, 38,– DM / öS 296,–
ISBN 3-608-91368-8

Wie keine andere geisteswissenschaftliche Disziplin in der DDR war die Existenz der Historiographie an den Fortbestand eines sozialistischen deutschen Staates gebunden. So herausragend ihre gesellschaftspolitische Rolle 40 Jahre lang gewesen war, so rapide ging die Erosion der weltanschaulichen Grundlagen des Faches einher mit dem Zerfall der Partei- und Staatsmacht.

Nach dem Fall der Mauer war die Wiedervereinigung unter westlichen Vorzeichen nur noch eine Frage der Zeit. Spätestens jetzt mußten sich die DDR-Historiker zum einen Rechenschaft ablegen, zum anderen aber auch Klarheit über ihr künftiges Selbstverständnis als Teil einer gesamtdeutschen Geschichtswissenschaft verschaffen.

Die hier erstmals vereinten Beiträge ost- und westdeutscher Historiker legen Zeugnis ab von den Schwierigkeiten, Vergangenheit zu »bewältigen«.

Es sind Dokumente der Selbstrechtfertigung, der Abrechnung mit der eigenen Vergangenheit, der kritischen Analyse und der Suche nach neuen Wegen. Die Artikel entstanden in den Jahren 1989 und 1990 und werden hier unverändert abgedruckt.

Klett-Cotta

Uwe Wesel
Recht und schlecht

Über die Schwierigkeiten des Rechtsstaats mit einem Prozess gegen Erich Honecker

Am 15. November 1992 begann in Berlin vor dem Landgericht der Prozeß gegen Erich Honecker wegen der Schüsse an der Grenze zwischen Sozialismus und Kapitalismus, zwischen NATO und Warschauer Pakt, zwischen Deutschland Ost und Deutschland West. Am Morgen, um dreizehn Minuten nach neun, kam er in den Saal 700 des Kriminalgerichts Moabit. Dort saßen 70 Journalisten und 75 Zuschauer, und alle standen auf, aber nicht zu Ehren eines ehemaligen Staatsoberhaupts, sondern um ihn besser sehen zu können, und sie stiegen dazu sogar auf die Bänke. Der kleine schmale Mann im dunkelblauen Anzug und weißen Hemd mit rotem Schlips bewegte sich aufrecht und würdevoll, begrüßte freundlich seine Mitangeklagten, setzte sich zu seinen drei Verteidigern und stand dann um halb zehn selber auf, aber nicht aus Neugierde, sondern zu Ehren des Gerichts, dreier Richter und zweier Schöffen, die in den Saal kamen und sich der historischen Stunde bewußt waren.

Es war ein denkwürdiger Prozeß, der in der neueren deutschen Geschichte seinesgleichen sucht. Wann war bei uns schon einmal ein Staatsoberhaupt angeklagt seit Heinrich dem Löwen vor achthundert Jahren? Karl Dönitz, den Hitler am 30. April 1945 zu seinem Nachfolger ernannte hatte, ist es nur acht Tage gewesen, machtlos, und wurde in Nürnberg auch nicht deswegen verurteilt, sondern weil er einiges zu verantworten hatte, das vorher geschehen war. Auch tagte hier nicht wie in Nürnberg ein Tribunal der Sieger, sondern ein ordentliches deutsches Gericht. Die 27. Strafkammer des Landgerichts Berlin unter dem Vorsitz von Hansgeorg Bräutigam, einem ganz normalen Juristen, dem gesetzlichen Richter. Ein streng rechtsstaatliches Verfahren, wie immer wieder betont worden ist, vom Bundeskanzler, vom Außenminister, vom Justizminister und von der Senatorin für Justiz in Berlin.

Einigen allerdings, die sich nun wieder hinsetzten in diesem alten holzgetäfelten Schwurgerichtssaal mit dem schweren wilhelminischen Stuck an der hohen Decke, einigen ging doch so manches durch den Kopf. Kein Tribunal der Sieger? Immerhin sind es westdeutsche Richter und ostdeut-

sche Angeklagte. Und der gesetzliche Richter? Das war das erste Thema des Vortrags der Verteidigung Honeckers, fünf Minuten nach halb zehn. Denn die Zuständigkeiten und die personelle Zusammensetzung des Gerichts sind geändert worden, kurz bevor die Anklage erhoben wurde. Das Präsidium des Landgerichts hatte am 30. März 1992 die Geschäftsverteilung der Kammern geändert. Nun war es die 27. Strafkammer, die zuständig wurde, zuständig für die Buchstaben H bis M, Honecker bis Mielke. Und der gesetzliche Richter, Artikel 101 des Grundgesetzes, bestimmt sich nach dem Anfangsbuchstaben im Familiennamen des ältesten Angeklagten. Merkwürdigerweise wurden dann auch noch zwei Richter ausgewechselt in dieser nun zuständigen Kammer. Der alte Vorsitzende hatte sich vorzeitig pensionieren lassen. Sein Nachfolger wurde Richter Bräutigam, über den die Verteidiger vortrugen, es sei auch kein Trost für Herrn Honecker, daß er sich vorher öffentlich und mehrfach als aktiven Antikommunisten bezeichnet habe. Also die Umverteilung war am 30. März. Und die Anklage kam am 12. Mai.

Hinter dieser »Manipulation«, wie das von der Verteidigung bezeichnet wurde, stand ein doppeltes Problem. Zum einen war die Zahl der Strafverfahren vor dem Landgericht Berlin stark gestiegen, aus dem einfachen Grund, weil die Stadt mit der Vereinigung von Ost und West sehr viel größer geworden war. Was man aber eigentlich auch schon Ende Dezember 1991 hätte wissen können, als die Geschäftsverteilung wie jedes Jahr für das nächste zu regeln war. Und zum anderen hätte nun der bisherige Vorsitzende der 27. Strafkammer einiges vor sich gehabt, was er wohl nicht vor sich haben wollte. Denn solch ein Großverfahren ist eine starke Belastung. Also hatte er sich vorzeitig in den Ruhestand begeben, was sein gutes Recht war, auch als gesetzlicher Richter. Aber der neue, Hansgeorg Bräutigam? Man wußte, daß er sehr gern den Prozeß gegen Honecker führen wollte, vielleicht noch nicht einmal, weil er sich als Antikommunist verstand. Denn solch ein Verfahren führt in das Rampenlicht, in das es ihn schon sehr früh gedrängt hatte, vor seinem Jurastudium, als er noch Schauspieler werden wollte.

»Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden«, sagt der Rechtsstaat in Artikel 101 des Grundgesetzes, und das heißt, es muß vorher berechenbar sein, vor welchem Richter ein Strafverfahren geführt wird. Manipulationen sind verboten. War es also eine? Der Rechtsstaat sagt, daß die Geschäftsverteilung auch im Laufe eines Jahres geändert werden darf, wenn es sachliche Gründe dafür gibt. Waren es sachliche Gründe, oder zielten sie auf diesen Prozeß? Und die Antwort lautete, wie so oft in diesem rechtsstaatlichen Verfahren gegen Erich Honecker, daß es wohl gerade noch hinnehmbar ist. Man hatte ein schlechtes Gefühl. Aber ein Grund für eine erfolgreiche Revision würde es vor dem Bun-

desgerichtshof nicht sein. So stand schon am Donnerstagmorgen, am 15. November 1992 nur fünf Minuten nach halb zehn, das Motto im Raum. Nicht wie oben an der Decke in der Mitte des Stucks: »Suum cuique« und »Fiat Justitia«, jedem das Seine und daß die Gerechtigkeit ihren Lauf nehmen solle, sondern das Problem dieses ganzen Prozesses: »auf dünnem Eis«, nicht auf dem festen Boden des Rechts.

Dafür ist die Anklageschrift um so dicker. 783 Seiten. Keine schlechte Leistung, wenn man bedenkt, unter welchem Druck die Staatsanwaltschaft arbeiten mußte, zum einen, weil ein Teil der Angeklagten schon in Untersuchungshaft genommen, zum anderen, weil der Hauptangeklagte erst noch aus der chilenischen Botschaft in Moskau herauszuholen war, wofür man diese Anklage so schnell wie möglich und dringend brauchte. Sie ist nach dem klassischen Muster deutscher Anklageschriften klar gegliedert, übersichtlich, eindeutig. Sechs Angeklagte, die Schilderung der Schließung der Grenze am 13. August 1961 und der Verantwortung der Angeklagten für den Schußwaffengebrauch, 68 Todesfälle an der Berliner Mauer und an der Grenze zur Bundesrepublik, und dann die Beweismittel, nämlich Urkunden und Zeugen, und schließlich noch einmal ausführlicher das »wesentliche Ergebnis der Ermittlungen«, an dessen Ende auf dreißig Seiten eine »rechtliche Würdigung« folgt. Und hier liegen die Probleme.

68 Todesfälle, von 1961 bis 1989. Meistens waren es junge Männer, um die zwanzig Jahre alt, die versuchten, über die Mauer zu flüchten oder schwimmend West-Berlin zu erreichen, und dabei erschossen wurden, oder die über die »innerdeutsche Grenze« in die Bundesrepublik wollten und dabei erschossen wurden, von Selbstschußanlagen getroffen oder von Minen zerfetzt. Aber auch zwei achtzehnjährige Frauen sind dabei und eine Sechsunddreißigjährige. Insgesamt, meint man heute, gab es ungefähr vierhundert Tote.

Angeklagt sind sechs Männer, der älteste 84 Jahre alt, der jüngste 66 Jahre. Sie waren Mitglieder des Nationalen Verteidigungsrats, eines der üblichen Mischorgane der DDR, wo Staat und Partei sehr eng miteinander verzahnt und die Kompetenzen nie ganz klar waren, ähnlich wie im Dritten Reich. Immerhin war es sogar in der Verfassung genannt, nachdem es einige Zeit auch ohne eine solche Regelung hatte existieren können, in der Mitte zwischen Volkskammer und Staatsrat. Das hört sich dann so an, in Artikel 73 der Verfassung von 1974: »Der Staatsrat faßt grundsätzlich Beschlüsse zu Fragen der Verteidigung und Sicherheit des Landes. Er organisiert die Landesverteidigung mit Hilfe des Nationalen Verteidigungsrates. Der Staatsrat beruft die Mitglieder des Nationalen Verteidigungsrates. Der Nationale Verteidigungsrat ist der Volkskammer und dem Staatsrat für seine Tätigkeit verantwortlich.«

Die sechs Männer sind Erich Honecker, Erich Mielke, Willi Stoph, Heinz Keßler, Fritz Streletz, Hans Albrecht. Zuerst ist Willi Stoph ausgeschieden, wegen Krankheit, dann Erich Mielke, aus demselben Grund. Vorher schon hatte man die Zahl der Todesfälle reduziert, die Gegenstand der Anklage waren. Kurz vor dem 15. November hatte die 27. Strafkammer das Verfahren über 56 der 68 angeklagten Fälle abgetrennt. Es wurde jetzt nur noch über zwölf verhandelt. Hinter beiden Reduzierungen stand im Grunde ein einziges Problem, ein anderer Todesfall, der zwar noch nicht eingetreten war, aber drohend über dem ganzen Verfahren lag, nämlich der des Hauptangeklagten Erich Honecker.

Sehr bereitwillig und schnell hatte das Gericht die Verfahren gegen Stoph und Mielke abgetrennt, denn so konnte man Zeit gewinnen. Und die brauchte man dringend, denn für das ganze Verfahren hatte man zwei Jahre berechnet, aber der Hauptangeklagte, so die ärztlichen Voraussagen, würde wohl schon 1993 seinem Krebsleiden erlegen sein. Also reduzierte man die der Anklage zugrunde gelegten Todesfälle auf zwölf, um vielleicht gerade noch fertig werden zu können. So viel zu den zeitlichen Schwierigkeiten des Rechtsstaats im Prozeß gegen Erich Honekker. Nun zu den rechtlichen.

Der Rechtsstaat befindet sich hier in der merkwürdigen Situation, daß er fremdbestimmt wird. Er darf sein eigenes Recht nicht anwenden. Die Taten der Angeklagten sind begangen in der DDR, müssen also auch nach dem Recht beurteilt werden, das dort damals galt. *Nulla poena sine lege*. Keine Strafe ohne Gesetz. Der Westen kann dort nicht rückwirkend seine eigenen Gesetze einführen. Mit anderen Worten: Die DDR war für uns strafrechtliches Ausland. Im Einigungsvertrag ist allerdings vorgesehen, daß das Recht der Bundesrepublik für alle noch nicht abgeurteilten Straftaten gilt, wenn es milder ist als das der DDR. Aber darum ging es zunächst gar nicht. Das erste Problem des Rechtsstaats im Prozeß gegen den Staatsratsvorsitzenden bestand nämlich darin, daß er härter sein wollte. Und davon steht nichts im Einigungsvertrag.

Den Angeklagten wird Totschlag vorgeworfen, in den zwölf Fällen, die übrig geblieben sind. Es sind vier an der Berliner Mauer von 1984 bis 1989, durch Schußwaffengebrauch, und acht an der Grenze zur Bundesrepublik von 1964 bis 1984, durch Minen und Selbstschußanlagen. Die Minenfelder waren militärisches Sperrgebiet, sagen die Angeklagten. Überall waren deutlich Schilder angebracht: »Vorsicht! Minen! Lebensgefahr!« Wie gesagt, die Grenze zwischen zwei feindlichen Militärblökken. So einfach ist es strafrechtlich nicht zu lösen, ob das nun ein Totschlag war oder nicht. Viel leichter ist es an sich bei den Toten an der Mauer. Dort ist von Menschen auf Menschen geschossen worden, und auf militärisches Sperrgebiet kann man sich da nicht herausreden.

Dafür gibt es andere Probleme. Denn die Schüsse auf die Flüchtlinge waren an sich gerechtfertigt. Nach § 27 des Grenzgesetzes der DDR, das die Volkskammer 1982 einstimmig beschlossen hatte. Danach durfte an der Grenze geschossen werden, wenn jemand ein Verbrechen begeht. Und die Flucht über die Mauer war nach § 213 des Strafgesetzbuches der DDR regelmäßig ein Verbrechen. Meistens waren es besonders schwere Fälle des sogenannten ungesetzlichen Grenzübertritts. Wenn man sich den Wortlaut des § 27 des Grenzgesetzes genau ansieht, ist es zwar sehr fraglich, ob er tatsächlich auch das Erschießen von Menschen oder nur Schüsse auf Arme oder Beine erlaubt. Aber die Praxis des DDR-Rechts war eindeutig. Es durfte notfalls auch erschossen werden, nicht nur geschossen.

Es gab also für die Tötung einen Rechtfertigungsgrund, wie man das nennt. Und wenn jemand eine Straftat begeht, für die er einen Rechtfertigungsgrund hat, kann er nicht bestraft werden. Zum Beispiel, wenn ich jemanden in Notwehr töte. Dieselbe Qualität hatte für das Recht der DDR dieser § 27 des Grenzgesetzes. Und deshalb kann man die Angeklagten an sich nicht verurteilen, denn der Rechtsstaat muß das gesamte Recht der DDR anwenden. Aber er tut es nicht. Eines der entscheidenden Probleme dieses Prozesses. Der Rechtsstaat löst es über die Radbruchsche Formel.

Gustav Radbruch war Professor für Strafrecht und Rechtsphilosophie in Heidelberg, am Beginn der Weimarer Zeit der einzige Juraprofessor, der Mitglied der SPD gewesen ist, einige Zeit sogar Justizminister der Reichsregierung, dann von den Nazis 1933 aus seinem Amt an der Heidelberger Universität entlassen, nach dem Krieg noch einige Jahre aktiv, sogar als Rektor, die große moralische Instanz der deutschen Rechtswissenschaft. Kurz vor der Nazizeit hatte er noch in seinem Lehrbuch der Rechtsphilosophie geschrieben, daß staatliche Gesetze in jedem Fall und unbedingt befolgt werden müßten, auch wenn sie noch so ungerecht seien. Das erfordere die Rechtssicherheit. Aber dann kamen zwölf Jahre Rechtsverwüstung, mit unmenschlichen Gesetzen, und 1946 hat Gustav Radbruch seine Meinung geändert, in einem berühmten Aufsatz über »Gesetzliches Unrecht und übergesetzliches Recht« in der *Süddeutschen Juristenzeitung*: »Der Konflikt zwischen der Gerechtigkeit und der Rechtssicherheit dürfte dahin zu lösen sein, daß das positive, durch Satzung und Macht gesicherte Recht auch dann den Vorrang hat, wenn es inhaltlich ungerecht und unzweckmäßig ist, es sei denn, daß der Widerspruch des positiven Gesetzes zur Gerechtigkeit ein so unerträgliches Maß erreicht, daß das Gesetz als ›unrichtiges Recht‹ der Gerechtigkeit zu weichen hat.«

Diese Formel, die gerichtet war gegen die Anwendung von NS-Geset-

zen durch NS-Richter, ist in der Praxis der Bundesrepublik gegen Nationalsozialisten nie benutzt worden. Aber sie war jetzt ein geeignetes Instrument, um die Verurteilung von Mauerschützen zu ermöglichen, die als Soldaten den § 27 des Grenzgesetzes angewendet haben. Schon im ersten Verfahren vor dem Berliner Landgericht wegen der Erschießung von Chris Gueffroy spielte sie eine große Rolle, und schließlich ist sie vom Bundesgerichtshof bestätigt worden, als er über die Revision im zweiten Mauerschützenprozeß entschieden hat. Diese Bestätigung ist zwar verbunden mit einem juristischen Eiertanz, der manches stark einschränkt. Aber im Prinzip bleibt es so, wie vom Landgericht Berlin entschieden worden war. Der Rechtsstaat akzeptiert § 27 des Grenzgesetzes nicht. Diese Vorschrift, sagt man, steht in einem unerträglichen Widerspruch zu allen Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit. Ein Staat darf nicht das Recht haben, seine Bürger nur deswegen zu erschießen, weil sie das Land verlassen wollen.

Auch ich glaube, daß das letztlich richtig ist. Aber man soll sich da keiner Täuschung hingeben. Wenn man jemanden verurteilt, indem man einen gesetzlichen Rechtfertigungsgrund hinweginterpretiert, dann ist das genau dasselbe, wie wenn man ihn aufgrund eines Gesetzes bestraft, das zur Zeit der Tat noch nicht gegolten hat. Es ist letztlich ein Verstoß gegen das Prinzip *nulla poena sine lege*. Keine Strafe ohne Gesetz. Es ist Naturrecht, nicht staatliches Recht. Wir bewegen uns juristisch auf sehr dünnem Eis, nicht auf dem festen Boden des Rechts. Es ist genauso wie im Nürnberger Prozeß. Auch dort wurde naturrechtlich entschieden aufgrund von Vorschriften, die man erst hinterher konstruiert hat. Was damals richtig war, muß heute nicht falsch sein, wenn man sich nur bewußt bleibt, wie dünn das Eis ist, auf dem wir da gehen. Der ständig wiederholte und mit fester Stimme vorgetragene Hinweis auf die Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens erscheint dann eher als unerlaubte Irreführung des Publikums. Denn der Rechtsstaat hat hier allen Anlaß, ziemlich leise zu treten. Und man kann sich nur wundern, daß die Russen und Chilenen die Anklageschrift mit dieser Argumentation für die Auslieferung akzeptiert haben, ohne mit der Wimper zu zucken. Wahrscheinlich haben sie bei der Lektüre geschlafen.

Das war also das Kernproblem. Die Radbruchsche Formel, mit der ein Rechtfertigungsgrund herauskomplimentiert wird. Sie ist umlagert von einigen anderen juristischen Schwierigkeiten. Die Beteiligungsform zum Beispiel. Oder die Immunität eines ehemaligen Staatsoberhaupts.

Die Beteiligungsform: Honecker und Genossen sind angeklagt wegen Totschlags, und zwar als Täter, nicht als Anstifter. Nach dem Recht der Bundesrepublik wäre das überhaupt kein Problem, haben wir doch jahrelang in unzähligen Prozessen gegen nationalsozialistische Gewaltver-

brecher gelernt, daß es im Dritten Reich nur einen einzigen Täter gegeben hat, und Millionen andere waren nur Gehilfen. Juristisch löst man dieses Problem über subjektive oder objektive Theorien, indem man sagt, es komme – subjektiv – darauf an, ob der Täter die Straftat als eigene begehen will oder für einen anderen, oder es sei – objektiv – entscheidend, daß er die sogenannte Tatherrschaft hat, was bedeutet, »daß er das Tatgeschehen in den Händen hält«, ohne selbst Hand anlegen zu müssen. Der Bandenchef zum Beispiel, der seine Ganoven jederzeit zurückpfeifen kann. Das Strafrecht der DDR ist da sehr viel einfacher gestrickt, unanfällig für komplizierte Konstruktionen, die wir im Westen so lieben. Wer als Täter bestraft werden soll, muß die Handlung wirklich selbst vorgenommen haben. Wie der westliche Rechtsstaat das nun lösen will, hat die Staatsanwaltschaft auch noch nicht erklärt. Anstiftung – nach DDR-Recht – geht nämlich ebenfalls nicht, weil dafür jede einzelne Tat vorher individuell bestimmt gewesen sein muß. Und man wußte ja nicht, wer wann und wo zum Zweck eines ungesetzlichen Grenzübertritts an der Mauer erscheinen würde.

Die Immunität eines ehemaligen Staatsoberhaupts: Als Vorsitzender des Staatsrats der DDR war Erich Honecker für uns das Oberhaupt eines anderen Staates und hatte damit nach dem Völkerrecht strafrechtliche Immunität. Das bedeutete, er konnte in anderen Staaten strafrechtlich nicht verfolgt werden. Deshalb war es für ihn damals ohne weiteres möglich, Helmut Kohl in Bonn zu besuchen. So hat es der Bundesgerichtshof 1984 entschieden. Im Gegensatz zu anderen Diplomaten fällt die Immunität auch nicht weg, wenn das Staatsoberhaupt nicht mehr im Amt ist. Es ist eine sogenannte persönliche Immunität. Die Frage, das völkerrechtliche Problem, lautet nur: was ist mit dieser Immunität, wenn nicht nur das Amt, sondern der ganze Staat futsch ist. Das scheint völkerrechtlich noch nicht geklärt zu sein. Fragt man sich aber, wie die bundesdeutsche Justiz sich verhalten würde, wenn jemand auf die Idee käme, Michail Gorbatschow, dem ja ebenfalls Amt und Staat abhanden gekommen sind, wegen irgendwelcher Amtshandlungen in Deutschland mit einer Strafanzeige zu überziehen, dann kann man schon zweifeln, ob das Kammergericht so mir nichts, dir nichts entschieden hätte, natürlich, jetzt sei alles möglich. Wie es das im Fall Erich Honeckers getan hat. Der Staat ist weg, also auch die Immunität des ehemaligen Oberhaupts.

Ähnlich unsicher ist das ganze übrigens auch bei der Frage der Einstellung des Prozesses. Das Landgericht Berlin hatte ja darüber zu befinden, ob die tödliche Krankheit ein Verfahrenshindernis sei, das zur Einstellung des Verfahrens führt. In der Strafprozeßordnung steht nur »Verfahrenshindernis«. Aber gehört dazu auch eine Krankheit, an der ein Angeklagter mit hoher Wahrscheinlichkeit sterben wird, bevor der Pro-

zeß zu Ende geführt und ein Urteil gesprochen werden kann? Das Problem ist neu und zum erstenmal vor einiger Zeit für Angeklagte diskutiert worden, die an Aids erkrankt waren. Auch hier bewegt sich der Rechtsstaat also noch auf unsicherem Terrain.

Die Schwierigkeiten liegen tiefer. Der Rechtsstaat ist ein Instrumentarium zur Lösung von Konflikten, die in ihm selbst entstanden sind, und prinzipiell überfordert, wenn er sich mit dem auseinandersetzen soll, was in einem Unrechtsstaat geschehen ist. Das Instrumentarium paßt nicht, auch nicht im Strafrecht. Unser Strafgesetzbuch hat Vorschriften für Mord und Totschlag, Diebstahl und Raub, Unterschlagung und Nötigung. Aber es gibt keinen gesetzlichen Straftatbestand »Errichtung eines Unrechtsstaates«. Selbst wenn es ihn gäbe, wäre nicht leicht zu sagen, was das ist. Denn es gibt Unterschiede. Die Grausamkeit und Bestialität der Nazis auf der einen Seite und diese fürchterlich banale DDR auf der anderen, mit einer ganz anderen Form von Unterdrückung. Der Prozeß gegen Erich Honecker zielt auf diese Form der Unterdrückung und kann nur etwas anderes verfolgen, die Tötung einiger weniger. *Canis* heißt auf Latein der Hund, und *canere* ist das Singen. *Canis a non canendo,* sagten die alten Römer mit einer paradoxen Etymologie. Der Hund heißt *canis,* weil er nicht singt. Der Prozeß gegen Erich Honecker ist rechtsstaatlich, weil der Rechtsstaat bisweilen auf seine eigenen Noten pfeift.

PS. Am 12. Januar 1993 hat das Berliner Landesverfassungsgericht einer erstaunten Öffentlichkeit kundgetan, daß es ein Berliner Verfassungsgericht gibt, indem es auf eine Verfassungsbeschwerde Honeckers einige Beschlüsse des Berliner Landgerichts und des Kammergerichts aufhob und das Landgericht anwies, das Verfahren gegen ihn einzustellen, weil es gegen die Würde des Menschen verstößt, einen Prozeß gegen einen sterbenden Angeklagten zu führen, wenn man mit Sicherheit davon ausgehen muß, daß er das Urteil nicht mehr erleben wird. Das Landgericht ist dieser Weisung gefolgt, am 13. Januar 1993 hat der Staatsratsvorsitzende das Untersuchungsgefängnis in Moabit verlassen, ist zu seiner »geliebten Frau und tapferen Genossin« ins Exil nach Chile geflogen und hat nun nur noch das Urteil der Geschichte zu fürchten, nicht mehr das der 27. Strafkammer.

LITERATUR: Klaus Lüderssen, *Der Staat geht unter – das Unrecht bleibt?*, edition suhrkamp Nr. 1810, 1992. In diesem Buch sind alle wichtigen juristischen Probleme des Prozesses behandelt. Das Urteil im ersten Mauerschützenprozeß: Landgericht Berlin, *Juristenzeitung* 1992, Seite 691 bis 696. Zur Frage der Immunität ehemaliger Staatsoberhäupter: Ipsen, Epping u. a., *Völkerrecht,* 3. Aufl. 1990, Seite 344. Der Beschluß des Bundesgerichtshofes zu Honeckers Besuch bei Kohl: *Juristenzeitung* 1985, Seite 299 f.

Heribert Prantl
Moabiter Lernprozeß

Welcher strafrechtliche Masstab ist an politisches Handeln zu legen?

Drehen wir die Geschichte um: Es sei nicht die DDR der Bundesrepublik beigetreten, sondern umgekehrt die Bundesrepublik der DDR. Stellen wir uns also vor, in München und in Düsseldorf, in Frankfurt und in Hamburg habe es nach einem wirtschaftlichen Niedergang sondergleichen einen Volksaufstand gegeben. Stellen wir uns vor, die Zentrale der Deutschen Bank sei gestürmt, die Hauptverwaltung der Siemens Aktiengesellschaft... und so weiter, und so weiter. Vorgeschichte und nähere Umstände dieses Beitritts sprengen leider den Rahmen der vorliegenden Abhandlung und sind nachzulesen bei Alexander Schalck-Golodkowski, »Der Vertrag«, erschienen im Aufbau-Verlag.

Zugegeben, solche Vorstellung erscheint reichlich verrückt. Und das Buch des Herrn Schalck, so er es geschrieben hätte, müßte als utopischer Roman firmieren. Gleichwohl: Ein Stück mit vertauschten Rollen ist allemal nicht nur spannend, sondern auch lehrreich. Die Deutsche Richterakademie in Trier zum Beispiel könnte aus einem solchen fiktiven Rollentausch allerhand profitieren. Die Aufgabenstellung für Richter und Staatsanwälte im Rahmen eines Fortbildungsprogramms »Vergangenheitsbewältigung mit juristischen Mitteln« müßte etwa so lauten: »Herr Kollege, Frau Kollegin, Sie gehören nach dem Anschluß Westdeutschlands an die DDR zum Arbeitskollektiv Politkriminalität bei der Generalstaatsanwaltschaft der DDR. Ihre Aufgabe besteht darin, die Straftaten der politischen Klasse in Westdeutschland zu ermitteln und anzuklagen. Maßstab dabei soll das Recht sein, das zur Tatzeit galt – also das Strafgesetzbuch der Bundesrepublik.«

An dieser Stelle ist die Fiktion (so mag der zur Fortbildung in Trier weilende Staatsanwalt einwenden) in sich unschlüssig, da eine DDR-Justiz, die nie nach rechtsstaatlichen Grundsätzen geurteilt hat, nicht ausgerechnet »in Sachen Westdeutschland« nach rechtsstaatlichen Grundsätzen arbeiten würde. Wir wollen (sagt der Tagungsleiter darauf) diese Schlüssigkeitslücke übersehen und, um so genauer, die Lücken der bundesdeutschen Strafjustiz betrachten.

Zur Aufklärung der politischen Skandale der Bundesrepublik hat die bundesdeutsche Justiz wenig beigetragen; im Gegenteil: nur zu oft haben Staatsanwälte und Richter ihren Part in der Nachhut gespielt und es dubiosen Machtzirkeln erleichtert, sich demokratischer Kontrolle und strafrechtlicher Verantwortung zu entziehen. Es ist, als hätten die bundesdeutschen Politiker auf dem Weg zur Macht im Drachenblut gebadet – sie waren und sind juristisch kaum verwundbar. Welcher der großen politischen Skandale der Bundesrepublik ist strafrechtlich aufgearbeitet worden? Die Instrumente des Strafrechts kratzten, wenn überhaupt, nur an der Oberfläche. Nur ein einziges Mal, bei den Parteispendenaffären, wurden leibhaftige Politiker damit gepiekst.

Ein kursorischer Streifzug: Bei der sogenannten Spiegel-Affäre im Jahr 1962 versuchte der damalige Verteidigungsminister Franz Josef Strauß, das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* mit fadenscheinigen Vorwürfen, aber auf rücksichtslose Weise auszuschalten – ein gefährlicher Anschlag auf die Rechtsstaatlichkeit im Bereich der inneren Sicherheit. Die Justiz mochte diesen Anschlag nicht ahnden, sie mochte ihn nicht einmal nach den Regeln der juristischen Kunst ausleuchten. Strauß habe, so hieß es statt dessen, die Tatbestände der Amtsanmaßung und Freiheitsberaubung (er hatte Verhaftungen veranlaßt) zwar objektiv, nicht aber subjektiv verwirklicht. Ins Deutsche übersetzt: Er hat es zwar getan, aber es war ihm nicht nachzuweisen, daß er es bös gemeint hat. Solche Aussagen gehören zum Standard-Repertoire bei Verfahren gegen regierende Politiker. Und wenn sich die böse Absicht des Politikers ausnahmsweise wegen Offenkundigkeit partout nicht leugnen läßt, dann, ja dann muß es so sein, daß der Politiker just zum fraglichen Zeitpunkt, auch infolge der außergewöhnlichen Belastungen, die sein Beruf so mit sich bringt, an einem vorübergehenden Zustand der Verwirrung litt und also schuldunfähig war. Zu studieren ist dieses justizielle Reaktionsmuster in den Jahren 1959 ff. im bayerischen Spielbankenprozeß am Exempel des Falscheids von Dr. Friedrich Zimmermann – vormaliger CSU-Generalsekretär und nachmaliger Bundesinnenminister. Politiker tragen, so lernen wir daraus, wenn sie nur politisch handeln, den Strafbarkeits-Ausschlußgrund stets mit sich herum. Der Satz steht zwar nicht in der Strafprozeßordnung, gehört aber offenbar zu den ungeschriebenen Essentialia: Politisches Handeln entzieht sich der Strafbarkeit.

Ein Sprung aus den sechziger und in die siebziger Jahre: 1978 sprengte der niedersächsische Geheimdienst nach Absprache mit dem Ministerpräsidenten ein Loch in die Mauer des Gefängnisses von Celle und schob die fingierte Straftat anderen in die Schuhe – um sich beim Wähler als effektiver Terroristenverfolger in ein gutes Licht zu rücken. Zum Opfer wurden Unschuldige, aber auch die Polizei, die an die angebliche terro-

ristische Aktion glaubte; zum Narren gehalten wurde das niedersächsische Parlament, dem Lügenmärchen aufgetischt worden sind. Keiner der Akteure, Planer und mitwissenden Profiteure, in deren Händen Täterschaft, Tatherrschaft und Tatvorteil lagen, wurde je ernsthaft für das Celler Loch und seine Folgen zur Rechenschaft gezogen ... Vor dem Celler Loch stehend, kann man nicht nur falsche Verdächtigung, Freiheitsberaubung etc. prüfen – der Fall ist auch geeignet, darüber nachzudenken, wo eigentlich die noch straflose falsche Wahlpropaganda endet und wo die strafbare vorsätzliche »Wählertäuschung« beginnt, die nach Paragraph 108a des Strafgesetzbuches immerhin mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren bestraft wird. Und wer schon bei diesen Überlegungen ist, der mag auch darüber sinnieren, warum die irreführende Werbung um den Konsumenten von Waren verboten, die unlautere Werbung um den Wähler von Parteien aber erlaubt ist: Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb sorgt sich sehr wohl um den einigermaßen fairen Wettbewerb in der Marktwirtschaft; um den einigermaßen fairen Wettbewerb in der Politik kümmert sich niemand. Verbraucherverbände haben durchaus juristische Mittel, um den Wirtschaftsunternehmen auf die Eisen zu steigen. Wählerverbände, Bürgerinitiativen also, verfügen über vergleichbare Instrumente gegen politische Parteien nicht. Auch deshalb konnte zum Beispiel ein Jahrzehnt lang und Wahlkampf für Wahlkampf den Bürgern in den Kopf gehämmert werden, 95 Prozent aller Asylbewerber seien Asylschwindler – ungeachtet der Anerkennungszahlen bei Gericht, ungeachtet der dreißig bis vierzig Prozent von Bewerbern, die ein kleines Asyl nach der Genfer Flüchtlingskonvention erhalten.

Ein Sprung in die achtziger Jahre: Welche strafrechtlichen Konsequenzen sind eigentlich aus der Affäre Barschel gezogen worden? Es gab ein Strafverfahren gegen den Journalisten, der ins Genfer Hotelzimmer eingedrungen war, in dem der tote Ministerpräsident in der Badewanne lag; wegen Hausfriedensbruch wurde der Journalist bestraft. Und was ist mit denen passiert, die im schleswig-holsteinischen Gemeinwesen, im Haus der Verfassung, gehaust haben, die das Gift des Denunziantentums und der Spitzelei in ihm verspritzt haben? Der christdemokratische Ministerpräsident Uwe Barschel, der den Oppositionsführer Björn Engholm mit dem Verdacht hatte infizieren wollen, er sei Aids-krank, um ihn persönlich und politisch zu ruinieren, er hat sich allem Anschein nach selbst gerichtet. Und all die anderen Mitglieder der Barschel-Bande, ihre Sympathisanten, Helfershelfer, Mitwisser, die ganze Komparserie eines Schmutzwahlkampfes ohnegleichen (siehe oben) – wer hat über sie gerichtet? Niemand hat es getan. Der Justizapparat disqualifizierte sich »als Herrschaftsinstrument einer Partei« – so beschrieb Volker Skierka, der Korrespondent der *Süddeutschen Zeitung*, einseitige Ermittlungen der

Staatsanwaltschaft »von Barschel weg und in Richtung eines Komplotts der SPD gegen die CDU hin«. Alle, die von den schweinischen Machenschaften etwas merkten oder hätten merken müssen, sahen nichts, hörten nichts, sagten nichts. Noch einmal dazu der *SZ*-Korrespondent: »Unrechtsbewußtsein und Zivilcourage waren die am stärksten verkümmerten Charaktereigenschaften in der politischen Führungsklasse von Schleswig-Holstein und der ihr anvertrauten Administration. Hätte man nämlich seine Aufgaben als Staatsdiener und nicht als Parteidiener verstanden, hätte eigentlich irgendwann einmal jemand zum Telefonhörer greifen und nachfragen müssen, ob in Barschels Umgebung jemand sitzt, der übergeschnappt ist.«

Das Kieler Schurkenstück von 1987 war die Spitze eines Eisbergs aus Macht und Geld; diese Zutaten sind freilich keine schleswig-holsteinische Spezialität. Und es war auch keine Besonderheit des nördlichen Bundeslandes, daß alle einigermaßen einflußreichen Stellen mit Mitgliedern der Regierungspartei besetzt waren. Eine Besonderheit war nur, daß dies ganz besonders kriminelle Wirkungen zeitigte. Das Grundproblem findet sich in den anderen Bundesländern gleichermaßen, in jedwedem parteipolitischem Milieu. Es läßt sich bündig so beschreiben: Der Staat als Beute der Parteien. Nirgends funktionieren Kartelle so gut wie in der Politik. Jenseits des politischen Tageskampfes gibt es ein übergreifendzugreifendes Interesse der politischen Parteien an Posten und Geld, das sie, im großen und ganzen einvernehmlich, umfassend und in der Regel erfolgreich befriedigen: zum Beispiel durch Aufteilung der Posten in Verwaltung, Justiz, Wissenschaft und Rundfunk; zum Beispiel bei der Parteienfinanzierung; zum Beispiel durch opulente Diätenregelungen. In der Wirtschaft werden solche Kartelle durch Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge geschlossen; in der Politik funktionieren sie stillschweigend. Es gilt das alte Prinzip: *Cuius regio, eius religio.* Im Augsburger Religionsfrieden von 1555 war den Reichsständen das so beschriebene Recht gewährt worden, die Konfession der Untertanen zu bestimmen. Die Parteien haben diesen Vertrag auf ihre Weise fortgeschrieben. Wären die politischen Parteien Wirtschaftsbetriebe – das Kartellamt sähe sich mit einem gigantischen Fall der mißbräuchlichen Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung konfrontiert. Wer aber soll die Monopole der Parteien kontrollieren und verhindern – wer ist das Kartellamt der Politik? Der Wähler? Wen immer er wählt, alle sind Mitglieder des Parteienkartells...

Wer in eine Datenverarbeitung eingreift, um sich zu bereichern, ist ein Computerbetrüger. Wer sich mit falschen Angaben Subventionen erschleicht, ist ein Subventionsbetrüger. Wer beim Vertrieb von Wertpapieren falsche Angaben macht oder nachteilige Umstände verschweigt, ist

ein Kapitalanlagebetrüger. Für alle hat das Strafgesetzbuch Paragraphen, und selbst der, der in der U-Bahn fährt, ohne zu bezahlen, macht sich noch der »Erschleichung von Leistungen« schuldig. Diejenigen aber, die Posten in Verwaltung und Justiz verschachern, die, die in den Staatsbetrieb eingreifen, um ihre Partei zu stärken und zu bereichern – sie sollen unschuldig sein? Der Parteipolitik ist eine Befugnis, über den Staat wie über Privateigentum zu verfügen, weder durch Gesetz noch durch behördlichen Auftrag eingeräumt worden (wie dies Paragraph 266 des Strafgesetzbuchs für die Bestrafung als »Untreue« voraussetzen würde). Die Parteien haben sich diese Befugnis kraft eigener Frechheit eingeräumt, und diese Frechheit hat bisher gesiegt. Welchen Rat soll man angesichts dieser Sach- und Rechtslage den Staatsanwaltschaften geben? Der sächsische Justizminister Steffen Heitmann hat, in durchaus anderem Zusammenhang, bei der Verfolgung der SED-Straftaten nämlich, seinen Staatsanwälten empfohlen, die Bücher zuzuklappen und den Blick zur Decke zu richten.

Der Blick auf die weiße Fläche indes kann einen Strafjuristen schwindeln machen. Und im Schwindel hört er vielleicht die Beschwichtigungsformeln der Politik nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl; er hört den unseligen Innenminister Zimmermann: »Eine Gefährdung der Bürger in der Bundesrepublik ist absolut auszuschließen«; er hört den damaligen Kanzleramtsminister Schäuble: Eine konkrete Gefahrenlage »hat zu keinem Zeitpunkt vorgelegen«. Und der schwindelige Strafjurist quält sich angstschwitzend mit einem Subsumtionsproblem: ob dergleichen nur vorauseilende Interessenvertretung für die Industrie oder aber auch Beihilfe zur gemeingefährlichen Vergiftung darstelle ... Und es verfolgt ihn die Frage, ob die über Jahre hin geführte Asylagitation nicht den Tatbestand der Volksverhetzung erfülle und ob der beliebte konservative Spruch der achtziger Jahre, Gastarbeiter seien keine Mitbürger, nicht als Vorbereitungshandlung zu einer ausländerfeindlichen Straftat zu werten sein könnte ... Und er hat auch dies noch nicht zu Ende gedacht, da tanzen ihm schon Rüstungskreise vor den Augen, Waffenschmuggel im Staatsinteresse ... und die Frage, warum keiner der involvierten Politiker je belangt worden ist ...

So also könnte es einem altgedienten bundesdeutschen Staatsanwalt bei einem Rollenspiel ergehen – wenn ihm der Rollentausch wirklich gelingt. Der altgediente Staatsanwalt käme dann vielleicht zu dem Ergebnis, daß er die falschen politischen Prozesse betrieben hat, daß ausgerechnet die Verfahren, die wirklich notwendig gewesen wären, um die »Gefährdung des demokratischen Rechtsstaats« zu bekämpfen, wie dies der 2. Abschnitt im Besonderen Teil des Strafgesetzbuchs verlangt, nicht geführt

worden sind. Dann würde sich der altgediente Staatsanwalt vielleicht schämen, weil er den Ladendieb bestrafen und den Handtaschenräuber einsperren ließ, der Staatskriminelle aber unbehelligt blieb – und er wird sich trösten mit der Erkenntnis, daß es eben in der Politik noch schwieriger ist als in der Wirtschaft, die Grenze zu ziehen zwischen gerade noch erlaubter Geschäftstüchtigkeit und Betrug.

Wahrscheinlicher freilich ist, daß dem bundesdeutschen Staatsanwalt der Rollentausch nicht gelingt – weil er nicht auszubrechen vermag aus dem Gewohnten, in dem er gefangen und befangen ist. Er tut sich leichter, die Strafrechtslücken einer fremden, untergegangenen politischen Welt auszumessen und juristisch zu kartographieren, so wie dies die deutsche Justiz derzeit in den fünf neuen Bundesländern unternimmt. Freilich: Die Lücken dort sind eigentlich keine Lücken, sondern Ozeane. Es gab in der DDR keinerlei juristische Kontrolle politischen und staatlichen Handelns, und schon gar keine strafrechtliche Überprüfung. Und so ergeben sich die Schwierigkeiten strafrechtlicher Aufarbeitung aus der Dimension des aufzuarbeitenden Unrechts. Soll diese Dimension ein Strafausschließungsgrund sein? Die katholische Kirche hat dergleichen gelehrt: »Wenn von Völkern oder einer großen Menge gesündigt wird, so pflegt dies ungesühnt durchzugehen, da wegen der großen Zahl nicht gegen alle vorgegangen werden kann. Deshalb, so sage ich, muß das Vergangene dem Urteil Gottes überlassen bleiben und für die Zukunft mit äußerster Strenge vorgebeugt werden.« Dieser Satz findet sich im *Corpus Juris Canonici*, und er stammt von Papst Innozenz I., geschrieben am 13. Dezember 414.

In Berlin, im Leitverfahren gegen Honeckers Genossen, tagt nicht das Jüngste Gericht, sondern eine große Strafkammer. Soll sie sich dem Prozeß verweigern, weil sie in menschlichen, rechtlichen und richterlichen Unzulänglichkeiten befangen ist? Soll sie aufgeben, weil die Anklageschrift, so dick sie auch sei, ohnehin nur einen winzigen Ausschnitt einer Diktatur erfaßt? Sie kann sich mit der Tötung von Menschen befassen, nicht aber mit dem Diebstahl von Menschenleben, weil es dafür keine Paragraphen gibt. Sie kann und darf nicht über ein System richten, zur Anklage steht nicht der Sozialismus, nicht die Diktatur, nicht das Regime als solches – zur Anklage stehen einzig und allein einzelne Personen, die nur für das bestraft werden, was sie persönlich zu verantworten haben. Diese individuelle Verantwortung herauszufinden ist die Aufgabe des Gerichts.

Wer dies als politischen Prozeß begreifen will – ja bitte! Politische Prozesse solcher Art sind notwendig, weil es nicht sein kann, daß Unrecht allein durch Masse und Dimension dem Bereich des Strafrechts entrückt ist. Die Kriminalitätsskala ist nach oben offen. Straftaten der

politischen Klasse haben keine höheren Weihen. Weder Nötigung noch Untreue noch Freiheitsberaubung und schon gar nicht Tötung und Tötungsbefehl werden durch die Person des Täters zum unangreifbaren Staatsakt. Staatshaftung für den Fall der Schädigung durch rechtswidrige Ausübung hoheitlicher Gewalt beschränkt sich bisher auf einen Schadenersatz. Wenn öffentliche Gewalt aber gewalttätig ist, warum soll der, der sie ausübt, nicht bestraft werden, wie andere Gewalttäter auch? Die Geschäftsführer eines Wirtschaftsbetriebes müssen sich für einen betrügerischen Konkurs strafrechtlich verantworten. Soll das nicht auch für die Geschäftsführer des Gemeinwesens gelten? Strafe ist eine, zugegebenermaßen minimale, Quote zur Befriedigung ihrer Gläubiger, also der Wähler.

Es mag ja sein, daß es unüblich ist, Spitzenpolitiker für kriminelle Politik strafrechtlich zu belangen (und daß diese Unüblichkeit irritiert). Dann ist es aber Zeit, dies zu ändern. Der Prozeß gegen die ehemaligen Funktionäre des SED-Staates ist deshalb auch ein Lernprozeß: Die Justiz lernt, strafrechtliche Maßstäbe zu finden, die an politisches Handeln anzulegen sind. Daraus mag sich ein neues Verständnis dessen entwickeln, was in demokratischen Staaten unter einem politischen Prozeß zu verstehen ist: nicht die Kujonierung der Opposition, sondern die Überwindung der faktischen Sanktionsimmunität von Spitzenpolitikern. Der Spieß des politischen Prozesses wird umgedreht.

Jens Reich, geb. 1939; studierte Medizin und arbeitete bis 1964 als praktischer Arzt in Berlin (Ost); seit 1968 am Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin in Berlin-Buch. Im September 1989 Mitbegründer des Neuen Forum; 1990 Abgeordneter der Volkskammer in der DDR. 1992 erschien von ihm: *Abschied von den Lebenslügen. Die Intelligenz und die Macht* (Rowohlt · Berlin).

Irene Böhme, geb. 1933, wechselte 1980 von Ost- nach West-Berlin; lebt als freie Autorin in Berlin und Schleswig-Holstein. Ihr Buch zum Thema: *Die da drüben. Sieben Kapitel DDR* (Rotbuch Verlag).

Annette Simon, geb. 1952, Psychotherapeutin, arbeitete bis 1991 im Fachkrankenhaus Berlin-Lichtenberg und seitdem in freier Praxis in Berlin (Ost).

Cornelia Geißler, geb. 1965 in Berlin (Ost), studierte Journalistik in Leipzig und Moskau und arbeitet seit 1990 als Redakteurin bei der *Berliner Zeitung*.

Jonas Maron, geb. 1969 in Berlin (Ost), studierte Fotografie in Leipzig und Essen; lebt in Berlin.

Ulrich Schacht, geb. 1951; von 1973 bis 1976 politische Haft in der DDR, seitdem in Hamburg; arbeitet als kulturpolitischer Redakteur und Schriftsteller. Zuletzt erschien von ihm: *Gewissen ist Macht. Notwendige Reden, Essays, Kritiken zur Literatur und Politik in Deutschland* (Serie Piper, 1992).

Alexander Osang, geb. 1962, ist Reporter bei der *Berliner Zeitung* und lebt in Berlin (Ost). 1992 erschienen sein Reportagen-Band *Das Jahr 1. Berichte aus der neuen Welt* (Volk und Welt) und die Porträt-Sammlung *Aufsteiger und Absteiger. Karrieren in Deutschland* (Christoph Links Verlag).

Reimer Hinrichs, geb. 1949, arbeitet als niedergelassener Nervenarzt und Psychoanalytiker in Berlin (West). Soeben erschien sein Roman *Tanzstunde* (Haag + Herchen Verlag).

Wolfgang Engler, geb. 1952, Soziologe, lehrt Kultursoziologie am Institut für Schauspielregie in Berlin (Ost). 1992 erschien von ihm: *Selbstbilder. Das reflexive Projekt der Wissenssoziologie* (Akademie Verlag Berlin).

Cora Stephan, geb. 1951, Essayistin und Rundfunkjournalistin, lebt in Frankfurt a. M. Zuletzt erschien von ihr: *Wir Kollaborateure. Der Westen und die deutschen Vergangenheiten* (rororo-Tb., 1992).

Günter Schabowski, geb. 1929, ehemaliges Mitglied des Politbüros des ZK der SED (1981-1989). Arbeitet z. Zt. als Layouter in Rothenburg a. d. F., lebt in Berlin (Ost). 1991 erschien sein Buch *Der Absturz* (Rowohlt · Berlin).

Wolfgang Leonhard, geb. 1921, lebte von 1935 bis 1945 in der Sowjetunion; kam 1945 mit der Gruppe Ulbricht nach Berlin. 1945-47 war er Mitarbeiter der Abt. Agitation und Propaganda des ZK der SED; 1947-49 Lehrer an der SED-Parteihochschule »Karl Marx«. 1949 Flucht in den Westen; 1966-87 Professor an der Historischen Fakultät der Universität Yale; lebt in der Eifel. Zuletzt erschien von ihm: *Spurensuche – 40 Jahre nach »Die Revolution entläßt ihre Kinder«* (Kiepenheuer und Witsch).

Stefan Welzk, geb. 1942 in Leipzig, Physiker, Philosoph, Ökonom; floh 1968 nach Westdeutschland; arbeitet z. Zt. als Wirtschaftsreferent bei der Landesvertretung Schleswig-Holstein in Bonn. Zuletzt erschien von ihm: *Europa '93: Flop oder Fortschritt?* (Kiepenheuer und Witsch).

Gerd Wilde, geb. 1933, Finanzökonom, 1964-1990 Professor für Entscheidungsfindung und Computeranwendung an der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst, seit 1990 Lehrstuhlleiter für das Gebiet Grundlagen des Managements; lebt in Zeuthen.

György Dalos, geb. 1943, Schriftsteller und Übersetzer; lebt in Budapest und Wien. Zuletzt erschien von ihm der Roman *Die Beschneidung* (Insel Verlag).

Peter Glotz, geb. 1939, ist Mitglied des Bundestages und im Parteivorstand der SPD; außerdem Chefredakteur der Zeitschrift *Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte*. Zuletzt erschien von ihm *Die Linke nach dem Sieg des Westens* (DVA).

Gregor Gysi, geb. 1948; Jurastudium; seit 1971 Rechtsanwaltspraxis in Berlin (Ost); 1989-1992 Vorsitzender der SED/PDS; Vorsitzender der Abgeordnetengruppe der PDS im deutschen Bundestag; lebt in Berlin (Ost).

Uwe Wesel, geb. 1933, Professor für Rechtsgeschichte und Zivilrecht an der Freien Universität Berlin. Beobachter des Honecker-Prozesses für die Berliner *Wochenpost*. 1992 erschien von ihm: *Fast alles, was recht ist. Jura für Nicht-Juristen* (Die Andere Bibliothek/Eichborn Verlag).

Heribert Prantl, geb. 1953, Dr. jur., war zunächst mehrere Jahre Richter und Staatsanwalt, trat dann aus dem Justizdienst aus und arbeitet seit 1987 als politischer Kommentator der *Süddeutschen Zeitung*; z. Zt. Leitender innenpolitischer Redakteur der *SZ*.

Kursbuch 112 **Städte bauen** erscheint Mai 1993

Kursbuch 113 **Deutsche Jugend** erscheint September 1993

Vorschauen auf diese Nummern enthält der Beihefter in dieser Ausgabe zwischen den Seiten 16 und 17.

Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung

Mittelweg 36

Lewis Carroll Gespräch mit der Herzogin *Stichwort:* Mitteleuropa *Ulrich Brochhagen:* Vergangene Vergangenheitsbewältigung – zum Umgang mit der NS-Vergangenheit während der fünfziger und frühen sechziger Jahre

5

Thema: Aspekte der Nachkriegsliteratur *Jan Philipp Reemtsma* »Was bleibt ...«? *Lars Claussen* Die Finisten *Jan Philipp Reemtsma* Generation ohne Abschied. Wolfgang Borchert – als Angebot *Bettina Clausen* Der Heimkehrerroman *Bernd Rauschenbach* »Hab ewig Dank, erhabne Stadt« – Franz Führmann's »Fahrt nach Stalingrad« *Stephan Reinhardt* Alfred Andersch und der Desertionskomplex *Ulrich Greiner* Die politische Literatur eines Unpolitischen. Wolfgang Koeppens Nachkriegsromane *Roland Reuß* »Nur wahre Hände schreiben wahre Gedichte« – Bemerkungen zum Ort von Celans Dichtungsbegriff *Peter Rühmkorf* Gedichte

Bulletin 1995 *Klaus Naumann* ...d NS-Verbrechen. Wirklichkeiten und ...er kollektiven Gewalterfahrung *Walter* ...rmacht und Kriegsverbrechen

Zahlen: ...eider zur Umfrage: »Ich bin stolz darauf, ein Deutscher zu sein« *Aus der Protest-Chronik* Nachrichten aus dem Institut Autoren- und Inhaltsverzeichnis 1. Jahrgang »Mittelweg 36«

»Die Herausgeber ... verfolgen erkennbar nicht den angeblich ‚goldenen Mittelweg' der Anpasser und Opportunisten«
Arbeiterkampf

»Die Gefahr, ins Mediokre zu geraten, dürfte jedenfalls für den Mittelweg mit der Nummer 36 nicht bestehen«
Neue Zürcher Zeitung

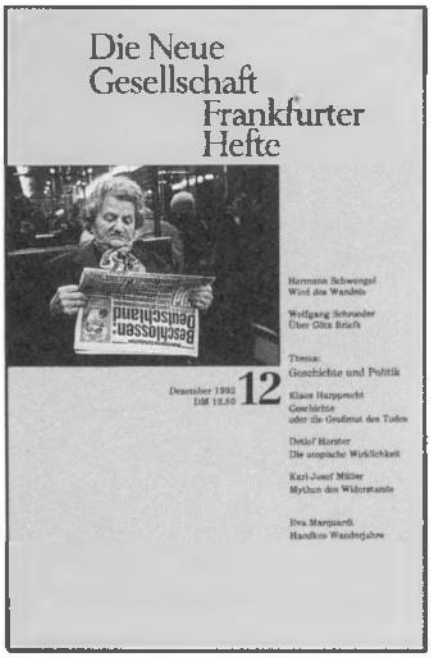
Dezember 1992 / Januar

»Für Leute, die sich auch nach der Wende von 1989 nicht unbedingt ihre historische Erinnerung und ihre gedankliche Unabhängigkeit abkaufen lassen möchten« *konkret*

Die Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung erscheint zweimonatlich. Der Einzelheftpreis kostet 18 DM, im Abonnement 16 DM plus Versandgebühr.
Redaktion: *Thomas Neumann (verantwortlich), Gabi Zipfel.* Redaktionsanschrift: *Mittelweg 36, 2000 Hamburg 13, Telefon 040/41409732, Telefax 040/41409711*

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung **Chefredakteur: Peter Glotz**



Thema 12/92: Geschichte und Politik

Klaus Harpprecht: Geschichte oder die Großmut des Todes
Detlef Horster: Die utopische Wirklichkeit
Bernd Faulenbach: Deutsche Vergangenheiten
Andreas Schwarcz: Der nächste Historikerstreit kommt bestimmt
Karl-Josef Müller: Mythen des Widerstands – 20. Juli und die ›Rote Kapelle‹

Weitere Beiträge

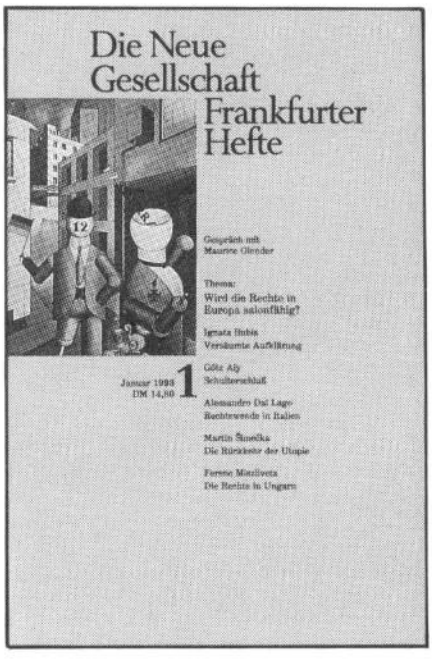
Hermann Schwengel: Wind des Wandels
Peter Pelinka: Österreichischer Medienkrieg mit deutschem Geld

Thema 1/93: Wird die Rechte in Europa salonfähig?

Ignatz Bubis: Versäumte Aufklärung
Götz Aly: Schulterschluß
Alessandro Dal Lago: Rechtswende in Italien
Martin M. Šimečka: Rückkehr der Utopie
Ferenc Miszlivetz: Die Rechte in Ungarn
Gespräch mit **Maurice Olender**

Weitere Beiträge

Bernd Witte: Die Verantwortung der Intellektuellen: Gottfried Benn u. a.
Rüdiger Dannemann: Entertainment, Metaphysik und die Ursprünge der Rockmusik



DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE erscheint monatlich. Einzelheftpreis 14,80 DM frei Haus, Jahresabonnement 99,– DM frei Haus.

Abonnements und ältere Probehefte bei: Redaktion DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE, Godesberger Allee 139, 5300 Bonn 2

ens

Schon gelesen?

ERICH FRIED
Mitunter sogar Lachen
Ein Buch der Erinnerung an die Jugend in Wien und die ersten Jahre der Emigration in London in einer reich bebilderten Geschenkausgabe.
Leinen. 160 Seiten, DM 32.–

RAMÓN GÓMEZ DE LA SERNA
Madrid. Spaziergänge
Ramón, Schriftsteller und seinerzeit intellektueller Mittelpunkt Madrids, als kundiger Führer über die Plätze, Straßen, Flohmärkte und in die verborgenen Winkel der spanischen Hauptstadt.
Ausgewählt und mit einem Nachwort von Fritz R. Fries.
Aus dem Spanischen von Gerda Schattenberg.
SALTO. Rotes Leinen. 144 Seiten, DM 24.80

JAVIER TOMEO
Das umstrittene Testament des Gaston de Puyparlier Roman
Ein teures Testament, eine einseitige Liebesgeschichte. Wahrheit und Fälschung, Liebe, Einsamkeit und Verzweiflung – Javier Tomeos große Themen, diesmal im Gerichtssaal kunstvoll kurz und klein geschlagen und beäugt durch die beschlagenen Brillen der erhitzten Kombattanten.
Aus dem Spanischen von Peter Schwaar.
Quartheft 184. 128 Seiten, DM 24.80

BERNARD VINCENT
»Das Jahr der Wunder« Spanien 1492:
Die Vertreibung der Juden und Mauren und die Einführung der Grammatik
Bernard Vincent zeigt, warum gerade Spanien zum Schauplatz der großen Ereignisse von 1492 wurde und wie die übrige westliche Welt seitdem mit der Erinnerung daran umgegangen ist.
Aus dem Französischen von Una Pfau.
Englische Broschur. 208 Seiten, DM 39.80

PIER PAOLO PASOLINI
Große Vögel, kleine Vögel
Eine Neuentdeckung und zum ersten Mal auf Deutsch: Wie Pasolini allen Dogmatikern den Vogel gezeigt hat, den kleinen und den großen. Oder: Über die Anarchie der Kunst und den Mangel an Heiterkeit in der Politik.
Aus dem Italienischen von Karin Fleischanderl.
208 Seiten mit vielen Fotos, DM 36.–

GESUALDO BUFALINO
Museum der Schatten
Ein ›Museum‹, neu illustriert:
Geschichten aus dem alten Sizilien, über verschwundene Berufe, alte Redewendungen, vergessene Orte und Gebräuche.
Aus dem Italienischen von Maja Pflug.
SALTO. Rotes Leinen. 96 Seiten, DM 19.80

VITO FUMAGALLI
Mensch und Umwelt im Mittelalter
Ein leicht zu lesendes und unterhaltsames Buch über das Verhältnis zwischen Mensch und Umwelt im Mittelalter, geschrieben von einem hervorragenden Kenner der italienischen Agrargeschichte.
Aus dem Italienischen von Walter Kögler und Dagmar Zerbst.
Wagenbachs Taschenbuch 214.
104 Seiten, DM 16.80

ROBERT PINGET
Theo oder die neue Zeit Roman
Verschwörung des Alters mit der Kindheit gegen das Diesseits der Erwachsenen. Eingehüllt in nicht abreißendes Gemurmel, Gekicher und raschelnde Seiten, befragt der große französische Romancier sein Werk und sich selbst.
Aus dem Französischen von Gerda Scheffel.
Quartheft 182. 80 Seiten, DM 19.80

bei

Wagenbach

Das Andere in der Forschung

Dieses Buch zeigt in völlig ungewohnter Weise die Vorgänge, die sich in den Gehirnen Forschender in aller Welt abspielen. Es bietet uns eine Wirklichkeit, die wir bisher nicht kannten. Texte und Bilder formen eine neuartige Symbiose: In der Natur gibt es viele Vorbilder, die Welt der Forschung kennt nichts Vergleichbares.

Zeigebuch
Format: 20 x 15 cm
Hardcover, 68 Seiten
24 Abbildungen

DM 18,–

ISBN: 3-922619-12-6

Normalausgabe
Format: 26 x 31 cm, Hardcover
68 Seiten, 24 Abbildungen

DM 78,–

ISBN: 3-922619-13-4

Erhältlich in allen Buchhandlungen

DA Verlag Das Andere

Röthensteig 15 · 8500 Nürnberg 10

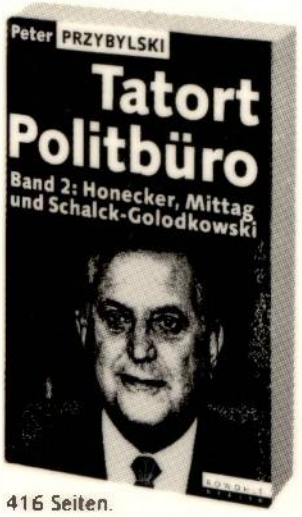
ROWOHLT
BERLIN

Sachbücher von Opfern und
über Täter der Staatssicherheit

Dreht Euch nicht um . . .

. . . wenn die Stasi geht um

■ Über Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski, drei Schlüsselfiguren des SED-Regimes – der Nachfolgeband des Bestsellers "Tatort Politbüro. Die Akte Honecker".

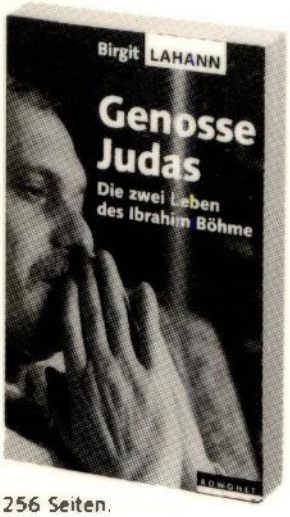


416 Seiten.
Kartoniert.DM 29,80

■ Peter Przybylski, Tatort Politbüro. Die Akte Honeker
432 Seiten. Kartoniert.
DM 29,80

■ Michael Müller/Andreas Kanonenberg,
Die RAF-Stasi-Connection
256 Seiten. Kartoniert.
DM 29,80

■ Stern-Autorin Birgit Lahann schrieb das Portrait eines Agent provocateur, der viele Gesichter hatte: Ibrahim Böhme, Medienstar und charismatischer Mitbegründer der DDR-SPD, war einer der erfolgreichsten inoffiziellen Mitarbeiter der Staatssicherheit.



256 Seiten.
Kartoniert. DM 32,–

■ Jochen von Lang,
Erich Mielke. Eine deutsche Karriere
304 Seiten. Gebunden.
DM 39,80

■ Hans Joachim Schädlich versammelt in «Aktenkundig» Schriftsteller und Bürgerrechtler, die ihre Stasi-Akten eingesehen haben. Sie enträtseln die Geheimnisse ihrer Vergangenheit und zerreißen das Gewebe aus Lüge und Verrat, in das der SED-Staat sie hatte einspinnen wollen.

288 Seiten.
Kartoniert. DM 29,80

■ David Gill/Ulrich Schröter,
Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums
528 Seiten. Kartoniert.
DM 36,–